



**DER BESTE WEG,  
DIE ZUKUNFT VORAUSZUSAGEN,  
IST, SIE ZU GESTALTEN.**

Willy Brandt

<b>EINLEITUNG</b>	6-7
<b>1. RÄUMLICHE LAGE UND GEBIETSABGRENZUNG</b>	<b>8</b>
1.1. DAS BELGISCHE STAATSGEFÜGE	9
1.2. GEOGRAFISCHE LAGE	10-11
1.3. GESCHICHTLICHER RÜCKBLICK	11-12
1.4. BEFUGNISSE UND INSTITUTIONEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	12-13
1.5. ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	13
<b>2. BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG</b>	<b>14</b>
2.1. BEVÖLKERUNGSSTAND	15-16
2.2. BEVÖLKERUNGSBEWEGUNGEN	17-20
2.3. BEVÖLKERUNGSPROGNOSE	21-22
2.4. SPEZIELLE DEMOGRAFISCHE ASPEKTE	23-24
2.5. PROBLEMFELDER	25-26
2.6. ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	27
<b>3. KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT</b>	<b>28</b>
3.1. JUGENDARBEIT	29-30
3.2. KULTURFÖRDERUNG	31-33
3.3. FOLKLORE	33
3.4. SPORT	34-35
3.5. MEDIEN	35-40
3.6. KULTURERBE	41-43
3.7. KULTUR- UND SPORTINFRASTRUKTUR	44-45
3.8. ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	45
<b>4. BILDUNG UND AUSBILDUNG</b>	<b>48</b>
4.1. GRUNDZÜGE DES UNTERRICHTSWESENS	49-53
4.2. AUSBILDUNGSNIVEAU DER BEVÖLKERUNG	54-55
4.3. PROBLEMFELDER DER SCHULISCHEN BILDUNG	55-59
4.4. MITTELSTÄNDISCHE AUSBILDUNG	60-62
4.5. FORSCHUNG UND LEHRE	63
4.6. LEBENSLANGES LERNEN	64-66
4.7. ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	67

<b>5.</b>	<b>WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR UND BESCHÄFTIGUNG</b>	<b>68</b>
5.1.	INFRASTRUKTURELLE VORAUSSETZUNGEN	69-71
5.2.	BETRIEBSGRÖSSENSTRUKTUR	72
5.3.	WIRTSCHAFTLICHE WERTSCHÖPFUNG	73-77
5.4.	ARBEITSMARKT	78-85
5.5.	KOMPETENZFELDANALYSE	86-92
5.6.	WIRTSCHAFTSAKTOR TOURISMUS	93-98
5.7.	STRUKTUREN DER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	99-101
5.8.	ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	102-103
<b>6.</b>	<b>GESUNDHEIT UND SOZIALES</b>	<b>104</b>
6.1.	BETREUUNG ÄLTERER MITBÜRGER	105-108
6.2.	KINDERBETREUUNG UND FAMILIENBEGLEITUNG	109-111
6.3.	KRANKENHÄUSER	112-113
6.4.	GESUNDHEITSPRÄVENTION	114-115
6.5.	JUGENDHILFE	116-118
6.6.	INTEGRATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	119-122
6.7.	GESELLSCHAFTLICHE UND SOZIALE INTEGRATION	123-127
6.8.	SOZIALER WOHNUNGSBAU	128
6.9.	ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	129
<b>7.</b>	<b>NATUR UND UMWELT</b>	<b>130</b>
7.1.	NATURRÄUMLICHE BESCHREIBUNG	131
7.2.	FLÄCHENNUTZUNG UND GRUNDLAGEN DER RAUMORDNUNG	132-135
7.3.	LANDWIRTSCHAFT UND FORSTWIRTSCHAFT	136-139
7.4.	UMWELTSITUATION	140-143
7.5.	NATURSCHUTZ	144-147
7.6.	KOMMUNALE PROGRAMME ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG	148
7.7.	ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	149
<b>8.</b>	<b>STRUKTURVERBESSERENDE MASSNAHMEN</b>	<b>150</b>
8.1.	EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (INTERREG)	151-152
8.2.	DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS	153
8.3.	LEADER	154-155
8.4.	DER MARSHALLPLAN DER WALLONISCHEN REGION	155
8.5.	TECHNOLOGISCHE TOP-REGION	156
8.6.	ZUKUNFTSINITIATIVE EIFEL	156
8.7.	ZUSAMMENFASSENDER SWOT-ANALYSE	157
	<b>QUELLENVERZEICHNIS</b>	<b>158-162</b>



Im Mai 2008 hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) in Auftrag gegeben. Ziel war es, auf Basis einer strukturierten Diskussion mit allen interessierten Gruppen und Einzelpersonen einen abgestimmten Zukunftsentwurf für die DG zu entwickeln und darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Gemeinschaft den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen kann.

Die Ausarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzeptes erfolgte über die Beratungsbüros Futour (München) und Aixplan (Aachen). Begleitet wurden die Arbeiten durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie durch einen Begleitausschuss mit Vertretern der Regierung, des Ministeriums, der paragemeinschaftlichen Einrichtungen, der Wirtschaftsförderung und des Tourismus.

Das Entwicklungskonzept baut auf einer umfassenden Regionalanalyse auf. Ziel dieser Regionalanalyse ist es, ein klares Bild über die aktuelle Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu geben. Das Regionale Entwicklungskonzept selbst umfasst ein regionales Leitbild und eine regionale Entwicklungsstrategie sowie Empfehlungen zu Maßnahmen in ausgesuchten Handlungsfeldern.

Der vorliegende Band 1 des Regionalen Entwicklungskonzeptes enthält die Regionalanalyse, während Band 2 das Leitbild, die Entwicklungsstrategie und die Handlungsfelder für die künftige Gestaltung der Gemeinschaft umfasst.

Für die Regionalanalyse wurde vor allem auf bestehende Arbeiten, Dokumente und Gutachten der Regierung, des Ministeriums und anderer öffentlicher Dienste zurückgegriffen. Des Weiteren stützt sich die Analyse auf Informationen, welche durch Gespräche mit Verantwortlichen der Regierung, des Ministeriums, der Gemeinden, der Sozialpartner und anderer gesellschaftlich relevanter Kräfte gewonnen werden konnten. Zur Vertiefung fanden mit rund 350 Akteuren aus der Region 19 Foren statt. Dabei wurden für jeden Themenbereich Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken herausgearbeitet.

Im Rahmen der Regionalanalyse werden folgende acht Themenbereiche dargestellt:

- Räumliche Lage und Gebietsabgrenzung
- Bevölkerung und demografische Entwicklung
- Kultur und kulturelle Identität
- Bildung und Ausbildung
- Wirtschaftliche Struktur und Beschäftigung
- Gesundheit und Soziales
- Natur und Umwelt
- Strukturverbessernde Maßnahmen

Für die Kapitel "Bevölkerung und demografische Entwicklung" und "Beschäftigung" basiert die Analyse auf den statistischen Angaben für das Jahr 2008. Den anderen Kapiteln liegen größtenteils Daten aus 2007 zugrunde, die sich aus Erhebungen oder Tätigkeitsberichten ergeben. Makroökonomische Daten beziehen sich je nach Quelle auch auf frühere Jahre.

Zum ersten Mal liegt somit eine über einzelne Sektoren, Fach- und Zuständigkeitsbereiche hinausgehende umfassende Bestandsaufnahme der Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor. Am Ende eines jeden Kapitels werden die Resultate der Stärken-Schwächen-Analyse dargestellt. Diese Resultate beruhen sowohl auf der Auswertung der vorhandenen Daten als auch auf den Ergebnissen der Expertengespräche und der Foren.



# **RÄUMLICHE LAGE UND GEBIETSABGRENZUNG**



## 1.1. DAS BELGISCHE STAATSGEFÜGE

Das Königreich Belgien umfasst zwei gliedstaatliche Ebenen: die Gemeinschaften und die Regionen, die als autonome Körperschaften für unterschiedliche Sachbereiche zuständig sind. In den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen gibt es kaum konkurrierende Materien. Die föderalstaatlichen und die gliedstaatlichen Ebenen nehmen ihre Kompetenzen jeweils mit eigenem Parlament, eigener Regierung und einem eigenständigen Verwaltungsunterbau wahr.

Es gibt drei Gemeinschaften: die Flämische, die Französische und die Deutschsprachige Gemeinschaft. Sie sind zuständig für Kultur und Sprache, das Bildungswesen und personenbezogene Angelegenheiten wie Gesundheitsvorsorge, Jugend-, Familien- und Seniorenhilfe, Behindertenpolitik oder soziale Angelegenheiten.

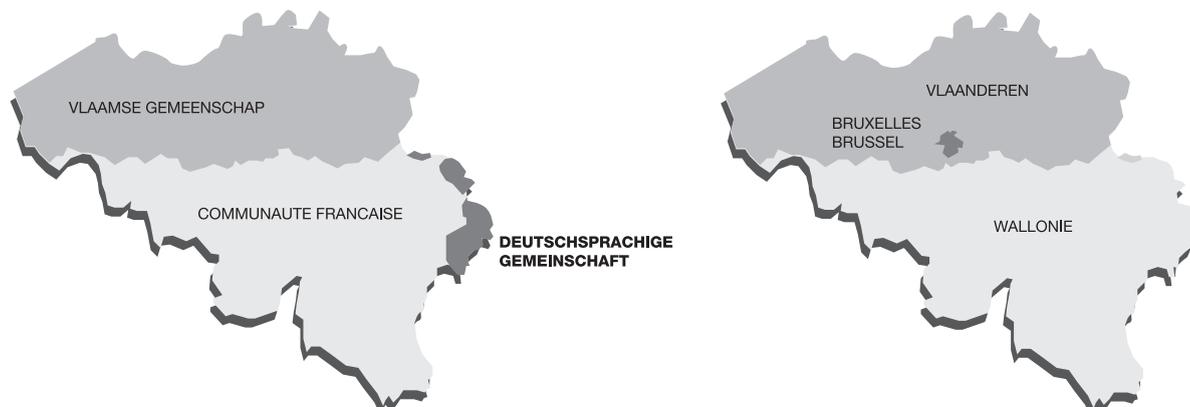
Daneben gibt es drei Regionen: Flandern, Brüssel und die Wallonie. Die Regionen verfügen über gebietsgebundene Befugnisse wie Raumordnung und Wohnungswesen, Umwelt, Landschaftsgestaltung und Naturschutz, Landwirtschaft und Fischerei, Wirtschaft und Beschäftigung, Wasser- und Energiepolitik, Öffentliche Arbeiten und Verkehr sowie die untergeordneten Behörden.

Sowohl Gemeinschaften als auch Regionen sind in ihren jeweiligen Befugnisbereichen für die wissenschaftliche Forschung und für die Außenbeziehungen zuständig.

Als untergeordnete Behörden bestehen zehn Provinzen und 589 Gemeinden. Die Provinzen sind in Bezirke und Kantone unterteilt, die als reine Verwaltungseinheiten ohne administrativen Unterbau fungieren. In der Region Brüssel gibt es keine Provinz. Hier werden die Zuständigkeiten von anderen Organen ausgeübt.

Das Land ist in vier Sprachgebiete unterteilt: das niederländische, das französische und das deutsche Sprachgebiet sowie das zweisprachige Gebiet Brüssel. Die Sprachgebiete sind reine Verwaltungseinteilungen, auf deren Grundlage der Sprachgebrauch der Behörden gesetzlich geregelt ist. In Gemeinden mit geschützten Sprachminderheiten wurden Sonderrechte für diese Minderheiten eingeführt. Zu den Gemeinden mit Sonderrechten für französischsprachige Bürger gehören die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes.

Das Gebiet deutscher Sprache bildet einen eigenen Gerichtsbezirk mit je einem Friedensgericht in Eupen und St. Vith, einem Polizeigericht mit Abteilungen in Eupen und St. Vith, einem Gericht erster Instanz sowie einer Abteilung eines Handels- und einer Abteilung eines Arbeitsgerichtes in Eupen. Gerichtssprache ist Deutsch. Es besteht die Möglichkeit, ein französischsprachiges Verfahren zu beantragen. Am Appellationshof und am Assisenhof in Lüttich kann Deutsch als Verfahrenssprache gewählt werden. Am Kassationshof in Brüssel ist die deutsche Sprache nur eingeschränkt zulässig.



## 1.2. GEOGRAFISCHE LAGE

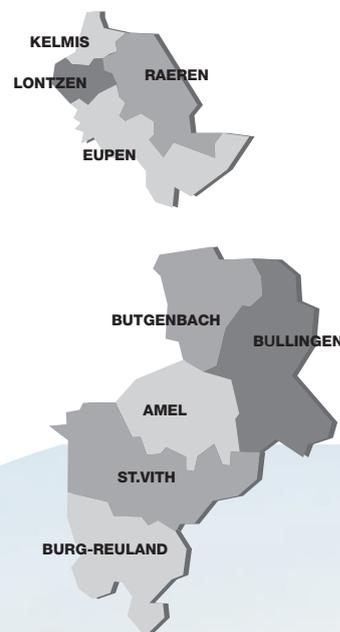
Die Deutschsprachige Gemeinschaft erstreckt sich im Osten des Landes über 854 Quadratkilometer entlang der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland. Sie reicht im Norden bis an die Niederlande und im Süden an Luxemburg.

Im Norden befindet sich der dichter besiedelte, an große Verkehrsachsen angebundene Kanton Eupen mit den Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren. Das Eupener Land liegt in einer sanft geschwungenen Hügellandschaft und beeindruckt durch alte Dörfer mit Wasserburgen und Bauernhöfen aus grauem Kalkstein. Die umgebenden großen Wiesen werden von niedrigen Hecken umrandet. Mehrere überregional bedeutende Industriebetriebe sind hier angesiedelt, wie zum Beispiel das Kabelwerk und die Chocolaterie Jacques in Eupen oder NMC in Raeren. Die Stadt Eupen ist Sitz des Parlamentes, der Regierung und des BRF, des öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die einzige deutschsprachige Tageszeitung, das Grenz-Echo, hat ebenfalls ihren Sitz in Eupen.

Im Süden liegt der Kanton St. Vith mit den Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und St.Vith. Hier, in der belgischen Eifel, bestimmen Wälder und weite Wiesen das Landschaftsbild. Wanderer und Touristen finden zahlreiche Erholungsmöglichkeiten vor. Auch wenn Forst- und Landwirtschaft eine prägende Rolle spielen, bilden mittlerweile die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe den Haupterwerbszweig. Die Stadt St. Vith ist Geschäfts- und Schulzentrum des Kantons.

Der nördliche und der südliche Teil der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind getrennt durch die Hochmoor- und Heidelandschaft des Hohen Venns, die zum großen Teil auf dem Gebiet französischsprachiger Gemeinden liegt. Von Norden nach Süden beträgt die größte Entfernung Luftlinie rund 70 Kilometer, von Osten nach Westen rund 30 Kilometer.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft leben rund 75.000 Menschen. Amts-, Schul- und Gerichtssprache ist Deutsch. Daneben spielen regional unterschiedliche Dialekte weiterhin eine Rolle, im Norden Niederfränkisch und Rheinfränkisch, im Süden Moselfränkisch und Rheinfränkisch. Eine Bevölkerungsminderheit, vorwiegend in den nördlichen Gemeinden Kelmis, Lontzen und Eupen, spricht Französisch. Die Bevölkerung ist weitgehend römisch-katholisch; es gibt drei Dekanate mit 32 Pfarren, die zum Bistum Lüttich gehören. Daneben bestehen zwei kleine protestantische Gemeinden.



Neben der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist als Gebietsbezeichnung oft die Rede von den Ostkantonen oder Ostbelgien. Die Ostkantone umfassen die vormals preußischen Kantone Eupen, Malmedy und St.Vith, die 1920 an Belgien angegliedert wurden. Der Kanton Malmedy mit den Gemeinden Malmedy und Weismes liegt im französischen Sprachgebiet. Der Begriff Ostbelgien ist nicht genau präzisiert, wird jedoch häufig mit den Ostkantonen gleichgesetzt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist eng in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingebunden. Sie ist Mitglied der Euregio Maas-Rhein und der Großregion Saar-Lor-Lux.

### **1.3. GESCHICHTLICHER RÜCKBLICK**

Die Geschichte des deutschsprachigen Landesteils in Belgien ist überaus wechselvoll und vor allem geprägt durch die Grenzlage, die das Gebiet seit Menschengedenken einnimmt. Dies war im letzten Jahrhundert nicht anders.

Durch den Versailler Vertrag 1919-1920 und nach einer umstrittenen Volksbefragung fallen die ehemals preußischen Kreise Eupen-Malmedy und das Gebiet Neutral-Moresnet an Belgien. In den Jahren 1920-1925 unterstehen die ehemaligen Kreise dem Übergangsregime des Generalleutnants Baltia und werden in die drei Gerichtskantone Eupen, Malmedy und St. Vith aufgeteilt. Ab dem 1. Januar 1926 sind die "Neubelgier" aus Eupen-Malmedy vollwertige Belgier: Die belgische Verfassung und die belgischen Gesetze finden nun auch auf sie Anwendung.

Innerhalb der Bevölkerung und in politischen Kreisen kommt Unmut über den Anschluss an Belgien auf. Eine starke revisionistische Bewegung stellt das als Diktat empfundene Vertragswerk von Versailles in Frage. Ab 1933, als die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kommen, gerät diese revisionistische Bewegung zusehends in das Fahrwasser der NS-Propaganda; es tun sich tiefe Gräben zwischen den "probelgischen" und den "prodeutschen" Bevölkerungsteilen auf.

Am 10. Mai 1940 marschieren Hitlers Truppen in das Land ein. Einige Tage später werden Eupen-Malmedy sowie einige altbelgische Gebietsstreifen durch Führererlass dem Deutschen Reich einverleibt. Die Kriegsbilanz ist für das kleine Gebiet Eupen-Malmedy ebenso verheerend wie für ganz Europa. 3.200 der 8.700 zur Wehrmacht eingezogenen Männer fallen an der Front, werden vermisst oder sterben in Gefangenschaft. Außerdem werden St. Vith und zahlreiche Eifelortschaften Ende 1944 während der Ardennenoffensive völlig zerstört. Nach der Befreiung durch die Alliierten wird das Gebiet wieder der belgischen Verwaltung unterstellt.

Mit dem Waffenstillstand am 8. Mai 1945 kehrt nicht wirklich Frieden in die Grenzregion ein, denn der belgische Staat führt eine Säuberungswelle gegen vermeintliche und tatsächliche Mittäter des Nazi-Regimes durch. Die Säuberung wird von der Bevölkerung als übertrieben hart und ungerechtfertigt empfunden. Dies vor allem deshalb, weil Belgien auf die einseitige Annexion des Gebietes durch Deutschland nicht wirklich reagiert hatte und nach dem Krieg zu wenig Verständnis für die spezifische Situation der Grenzregion aufbrachte. Fragen der Kriegsschädenregelung und vor allem die Frage der Zwangseingezogenen zur deutschen Wehrmacht beherrschen jahrzehntelang das politische Nachkriegsgeschehen.

Durch die 1962-1963 in Belgien verabschiedete neue Gesetzgebung über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten wird das deutsche Sprachgebiet geschaffen. Damit ist das Territorium der späteren Deutschsprachigen Gemeinschaft abgesteckt. In der ersten Staatsreform 1968-1971 zeichnen sich die Konturen der politischen Eigenständigkeit ab. Die damals noch so genannte deutsche Kulturgemeinschaft erhält einen eigenen, direkt gewählten Rat. Dieser ist der Vorläufer des heutigen Parlaments; er kann

allerdings nur verordnende Befugnisse im Rahmen der nationalen Kulturgesetzgebung ausüben. Die Exekutive wird von Mitgliedern der Nationalregierung gebildet.

Mit der zweiten großen Staatsreform wird die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft definitiv begründet: Sie verfügt nun über Gesetzgebungshoheit und eine eigene Exekutive. Außerdem kann sie künftig – im Einvernehmen mit der Wallonischen Region – Regionalbefugnisse ausüben. Am 30. Januar 1984 wird der neu geschaffene Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (RDG) eingesetzt, der am selben Tag die erste Gemeinschaftsregierung wählt.

Bei jeder weiteren Staatsreform konnte die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgebaut werden. Zusätzliche Erweiterungen der Autonomie kamen durch die Übertragung von Zuständigkeiten der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft zustande.

## **1.4. BEFUGNISSE UND INSTITUTIONEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist die kleinste gliedstaatliche Einheit Belgiens. Sie ist im Wesentlichen für die Gemeinschaftsangelegenheiten zuständig, die sich in kulturelle Angelegenheiten, personenbezogene Angelegenheiten und Bildung gliedern. Zu den kulturellen Kompetenzen gehören u.a. Schutz und Veranschaulichung der Sprache, Schöne Künste, Kulturerbe und Museen, Medien mit Rundfunk und Fernsehen sowie Bibliotheken und Mediatheken, Jugend- und Erwachsenenbildung, Sport, Freizeitgestaltung und kulturelle Animation, Tourismus und Sozialtourismus, Kunstausbildung sowie Berufliche Umschulung und Fortbildung.

Zu den personenbezogenen Angelegenheiten gehören u.a. Familie, Gesundheit, Sozialhilfe, Integration von Einwanderern, Behindertenfürsorge, Seniorenpolitik, Jugendhilfe und die Wiedereingliederung von Gefangenen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist für das Unterrichtswesen auf allen Ebenen zuständig: Kindergärten, Primarschulen, Sekundarschulen, Sonderschulen, Fortbildungsschulen und Hochschulen. Dieser Kompetenzbereich umfasst Unterrichtsinhalte, Sprachengebrauch, Schülertransport, Feriendauer, Studienbeihilfen, Lehrergehälter, Schulbauten, Internate usw.

Darüber hinaus sieht die belgische Verfassung die Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft vor, im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise auszuüben. Dazu bedarf es eines gegenseitigen Einvernehmens zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region. Seit 1994 wurden der Denkmal- und Landschaftsschutz und die Ausgrabungen, die Beschäftigung sowie die Aufsicht und Finanzierung der neun deutschsprachigen Gemeinden übertragen. In diesen übertragenen Materien übt die Gemeinschaft sowohl die legislativen als auch die exekutiven Befugnisse aus.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist außerdem für die zwischengemeinschaftlichen und internationalen Beziehungen in den ursprünglichen und in den übertragenen Kompetenzen zuständig. Dies heißt, dass sie befugt ist, internationale Abkommen und Verträge abzuschließen.

Die Befugnisse der Gemeinschaft werden von Parlament und Regierung ausgeübt. Das Parlament setzt sich aus 25 direkt gewählten Volksvertretern zusammen. Die Mitglieder des Lütticher Provinzialrates, des Wallonischen Parlaments, der Kammer, des Senats und des Europaparlaments, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihren Wohnsitz haben, gehören dem Parlament mit beratender Stimme an. Das Parlament nimmt seine Befugnisse per Dekret wahr. Dekrete haben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Gesetzeskraft.

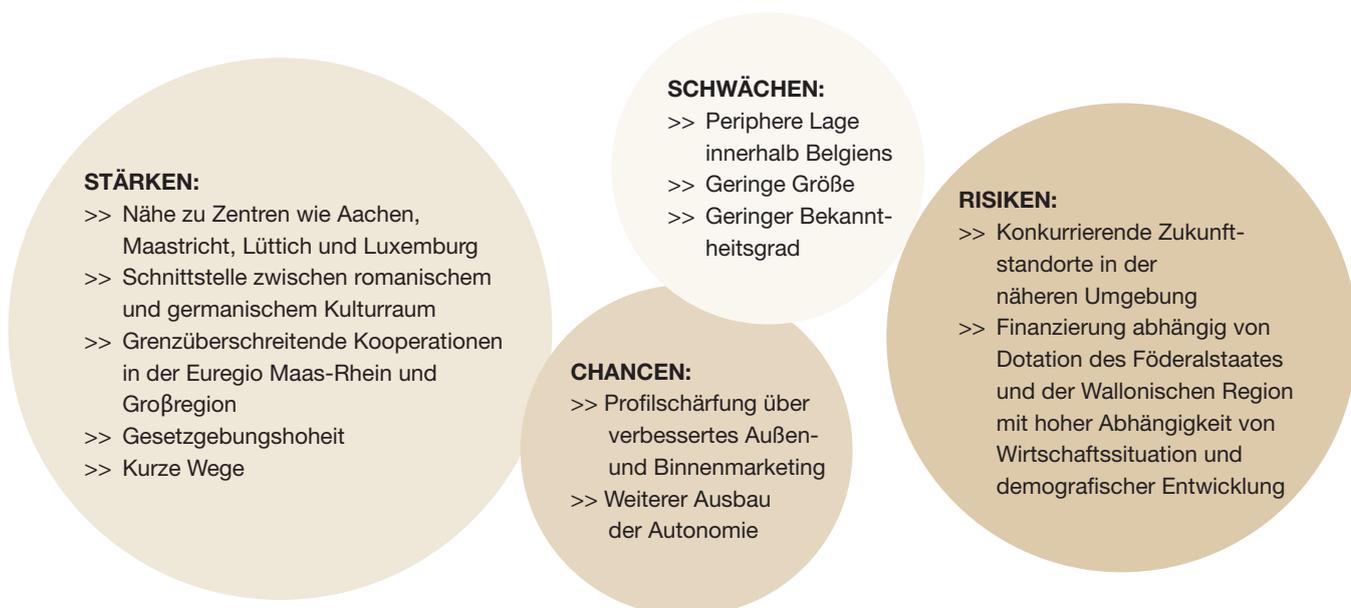
Die Regierung wird vom Parlament gewählt. Sie setzt sich aus vier Ministern zusammen, die aus ihrer Mitte einen Ministerpräsidenten benennen. Die Regierung führt die tägliche Politik, trifft alle notwendigen Einzelentscheidungen und führt die Dekrete aus. Sie bringt den Haushalt der Gemeinschaft ins Parlament ein und führt ihn aus.

Für die Durchführung ihrer Aufgaben verfügt die Regierung über das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das Ministerium beschäftigt derzeit 251 Mitarbeiter, die neunzehn Fachbereichen in vier Abteilungen zugeordnet sind. Dem Ministerium nachgeordnet sind Einrichtungen öffentlichen Interesses, die spezifische Aufgaben wahrnehmen: das Arbeitsamt, die Dienststelle für Personen mit Behinderung und das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen. Das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ebenfalls eine Einrichtung öffentlichen Interesses.

Die Finanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgt im Wesentlichen durch eine Dotation des Föderalstaates, die in etwa den Ausgaben entspricht, die zum Zeitpunkt der Übertragung von Zuständigkeiten für die Ausübung dieser Zuständigkeiten benötigt wurden. Die Dotation wird jedes Jahr an die Inflation, die Wirtschaftsentwicklung und seit 2001 an die demografische Entwicklung der Einwohner unter 18 Jahren angepasst. Eine weitere wichtige Einnahmequelle der Gemeinschaft sind die Dotationen der Wallonischen Region für die Wahrnehmung der übertragenen Regionalbefugnisse. Hinzu kommen Mittel aus den Europäischen Strukturfonds. Außerdem kann die Deutschsprachige Gemeinschaft Anleihen tätigen und im Prinzip eigene Steuern innerhalb ihrer Befugnisse erheben. Von dieser letzten Möglichkeit macht die Gemeinschaft keinen Gebrauch. In Einnahmen und Ausgaben beläuft sich der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft derzeit auf rund 195 Millionen Euro.

## 1.5. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Aus der vorliegenden Situationsanalyse sowie den Expertengesprächen und Foren ergibt sich folgende SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken) für den Bereich Räumliche Lage und Gebietsabgrenzung.

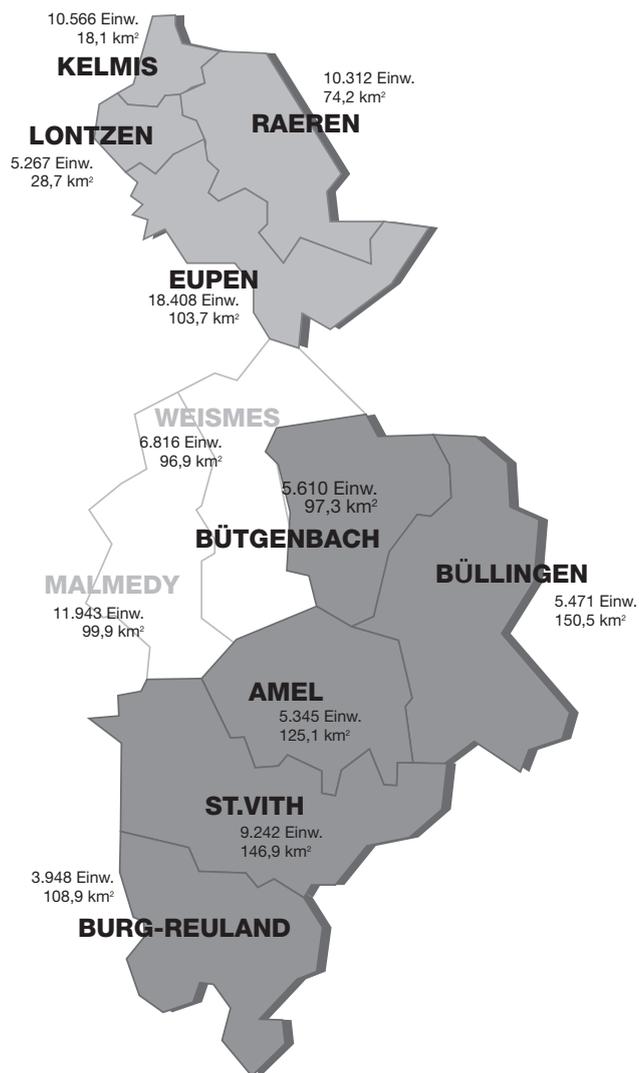




# BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

## 2.1. BEVÖLKERUNGSSTAND

Am 1. Januar 2008 zählte die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) 74.169 Personen, von denen rund 60 Prozent im Kanton Eupen wohnten. Auf dem Gebiet der DG leben damit 0,7 Prozent der Bevölkerung Belgiens. Mit einer Einwohnerdichte von 86,9 Personen pro km<sup>2</sup> ist die DG deutlich dünner besiedelt als Flandern mit 455,7 Personen pro km<sup>2</sup> oder die Wallonie mit 205,2 Personen pro km<sup>2</sup>.



Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2009

### BEVÖLKERUNG UND FLÄCHE (2008)

	Fläche km <sup>2</sup>	Bevölkerung	Bevölkerungs- dichte	Fläche %	Bevölkerung %
Amel	125,1	5.345	42,7	0,40%	0,05%
Büllingen	150,5	5.471	36,4	0,50%	0,05%
Burg Reuland	109	3.948	36,2	0,40%	0,04%
Büttgenbach	97,3	5.610	57,6	0,30%	0,05%
St.Vith	146,9	9.242	62,9	0,50%	0,09%
<b>Kanton St.Vith</b>	<b>628,8</b>	<b>29.616</b>	<b>47,1</b>	<b>2,10%</b>	<b>0,28%</b>
Eupen	103,7	18.408	177,4	0,30%	0,17%
Kelmis	18,1	10.566	583	0,10%	0,10%
Lontzen	28,7	5.267	183,3	0,10%	0,05%
Raeren	74,2	10.312	138,9	0,20%	0,10%
<b>Kanton Eupen</b>	<b>224,7</b>	<b>44.553</b>	<b>198,2</b>	<b>0,70%</b>	<b>0,42%</b>
<b>DG gesamt</b>	<b>853,5</b>	<b>74.169</b>	<b>86,9</b>	<b>2,80%</b>	<b>0,70%</b>
Malmedy	100	11.943	119,5	0,30%	0,11%
Weismes	96,9	6.816	70,3	0,30%	0,06%
Kanton Malmedy	196,9	18.759	95,3	0,60%	0,18%
Ostkantone	1050,4	92.928	88,5	3,40%	0,87%
Bezirk Verviers	2016,2	276.569	137,2	6,60%	2,59%
Flämische Region	13522,3	6.161.600	455,7	44,30%	57,76%
Wallonische Region	16844,3	3.456.775	205,2	55,20%	32,41%
Region Brüssel	161,4	1.048.491	6497	0,50%	9,83%
<b>Belgien</b>	<b>30527,9</b>	<b>10.666.866</b>	<b>349,4</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik, nach Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2009

Auf regionaler Ebene ergibt sich ein differenzierteres Bild. So sind die Gemeinden des Kantons Eupen ähnlich dicht besiedelt wie die Wallonie. Die Gemeinden des Kantons St. Vith hingegen sind so dünn besiedelt wie nur noch 60 weitere der 589 belgischen Gemeinden. Die Gemeinden Amel, Büllingen und Burg-Reuland zählen sogar zu den 30 am dünnsten besiedelten Gemeinden Belgiens.

Die DG zählte im Jahr 2008 nur zwei kleine Städte, nämlich Eupen mit 15.046 und St. Vith mit 3.289 Einwohnern. Somit leben etwa 25 Prozent der DG-Bevölkerung in den beiden Kleinstädten und 75 Prozent in dörflichen Einheiten. Betrachtet man den Kanton St. Vith isoliert, leben dort gerade einmal 11 Prozent in der Stadt. Der Verstädterungsgrad der DG liegt damit weit unter dem belgischen Durchschnitt. Mit 86,9 Einwohnern pro km<sup>2</sup> kann die DG in Bezug auf die Einwohnerdichte nach OECD-Richtlinien auch insgesamt als ländlicher Raum – mit Verdichtungstendenzen im Einzugsgebiet von Aachen – angesehen werden.

Im Jahr 2007 lag die Geburtenrate im Kanton St. Vith mit 0,97 Geburten pro 100 Einwohner auf etwas höherem Niveau als im Kanton Eupen mit 0,85 Geburten pro 100 Einwohner. Für die DG insgesamt liegt diese Rate bei 0,90. Im Kanton Malmédy liegt sie bei 0,99. Mit einem Wert von 1,24 erreicht Bütgenbach die höchste Rate innerhalb der DG, für Raeren hingegen steht nur ein Wert von 0,69. Der Anteil der über 65-Jährigen in der DG liegt 2008 bei 17,9 Prozent, der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter bei 65,2 Prozent und der Anteil der Kinder bis 14 Jahre bei 16,9 Prozent. Im Kanton St. Vith ist sowohl der Anteil der Kinder mit 17,8 Prozent als auch der Seniorenanteil mit 18,5 Prozent höher als im Kanton Eupen mit 16,3 Prozent bzw. 17,5 Prozent.

Das bedeutet, dass im Norden der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter relativ höher ist. Mit 67,5 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter steht die Gemeinde Kelmis an der Spitze. Den größten Kinderanteil mit 19,7 Prozent findet man in Amel. Die Gemeinden mit dem größten Seniorenanteil sind Eupen mit 19,2 Prozent und Büllingen mit 18,8 Prozent. Die geringsten Anteile an Personen im Erwerbsalter gibt es in Büllingen mit 61,9 Prozent, an Kindern in Kelmis mit 15,3 Prozent und an Senioren in Lontzen mit 14,3 Prozent.

#### BEVÖLKERUNGSANTEIL NACH ALTERSGRUPPEN IN % DER GESAMTBEVÖLKERUNG (2008)

■ Höchstwert ■ Tiefstwert

	0-14 Jahre	15-64 Jahre	65+
Norden	16,3 %	66,2 %	17,5 %
Süden	17,8 %	63,7 %	18,5 %
DG	16,9 %	65,2 %	17,9 %
Wallonie	17,7 %	65,9 %	16,4 %
Flandern	16,1 %	66,0 %	17,9 %
Brüssel	18,6 %	66,9 %	14,5 %
Belgien	16,9 %	66,1 %	17,1 %

Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2009

In der DG lag das Durchschnittsalter im Jahr 2007 insgesamt bei 40,28 Jahren, das der Männer beträgt 39,08 und das der Frauen 41,40 Jahre.

Die Lebenserwartung im Jahr der Geburt betrug 2008 bei Männern 79,01 Jahre und bei Frauen 84,03 Jahre und ist damit in der DG höher als in Brüssel, der Wallonie oder Flandern. Gleiches gilt auch für die Lebenserwartung in 2008 für die männliche Bevölkerung im Alter von 65 Jahren.



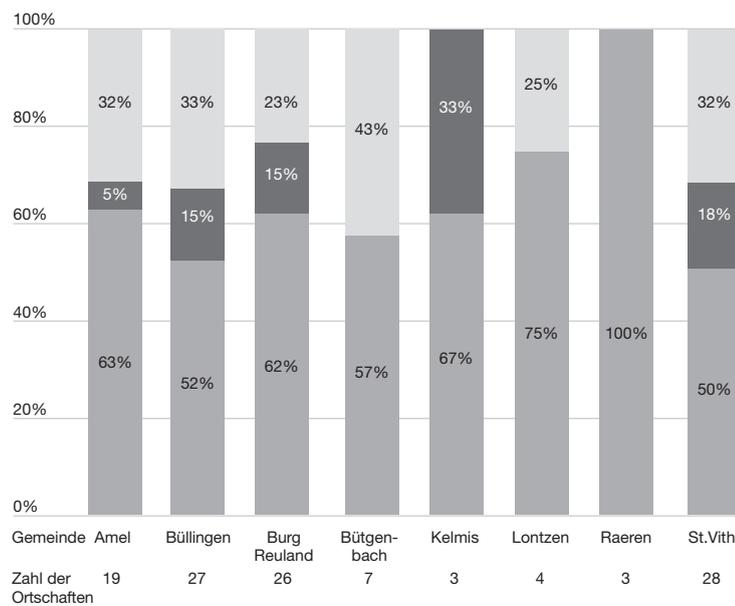
## 2.2. BEVÖLKERUNGSBEWEGUNGEN

Die Bevölkerungszahlen können auf kommunaler Ebene bis 1925 zurückverfolgt werden. Insgesamt stieg die Bevölkerungszahl von 52.056 in 1925 auf 74.169 in 2008 an. Dabei waren alle Gemeinden der DG, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, am Bevölkerungswachstum beteiligt.

Auch auf Ebene der einzelnen Ortschaften kann festgestellt werden, dass die Mehrzahl im Zeitraum 2005-2008 hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl gewachsen oder zumindest stabil geblieben sind. Gleichwohl zeigt sich, dass das Phänomen stagnierender oder schrumpfender Ortschaften trotz des Bevölkerungswachstums auf kantonaler Ebene in den südlichen Gemeinden präsenter ist. Die Tendenz einer Entleerung der Dorfkern zugunsten außerhalb liegender Neubaugebiete zeichnet sich in einigen Ortschaften - vor allem im Süden - ab, die Leerstände im Ortskern aufweisen.

### ANTEIL DER WACHSENDEN, STAGNIERENDEN UND SCHRUMPFENDEN ORTSCHAFTEN (2005-2008)

■ wachsend ■ stagnierend ■ schrumpfend

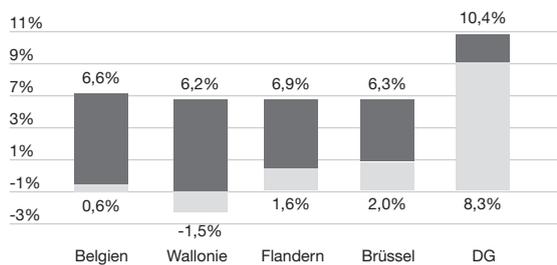


Quelle: Ministerium der DG 2008

Für die Gemeinde Eupen liegen für den Zeitraum von 2005 bis 2008 keine Zahlen auf Ebene der Ortschaften vor.

## BEVÖLKERUNGSWACHSTUM IN % (1989-2007)

■ Gesamtwachstum ■ Wachstum durch Zuwanderung



Quelle: Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

## NATÜRLICHER UND WANDERUNGSSALDO (2007)

	Natürlicher Saldo	Wanderungs-saldo	Intern*	Extern**
Amel	-3	15	3	12
Büllingen	-1	20	0	20
Bütgenbach	-15	23	21	2
Burg Reuland	-2	-4	-16	12
St. Vith	-4	47	19	28
Kanton St. Vith	-25	101	27	74
Eupen	-11	38	-44	82
Kelmis	2	67	-29	96
Lontzen	-11	105	97	8
Raeren	-2	106	4	102
Kanton Eupen	-22	316	28	288

\* Bewegungen innerhalb belgischer Gemeinden

\*\*Bewegungen von und nach ausländischen Gemeinden

Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2009

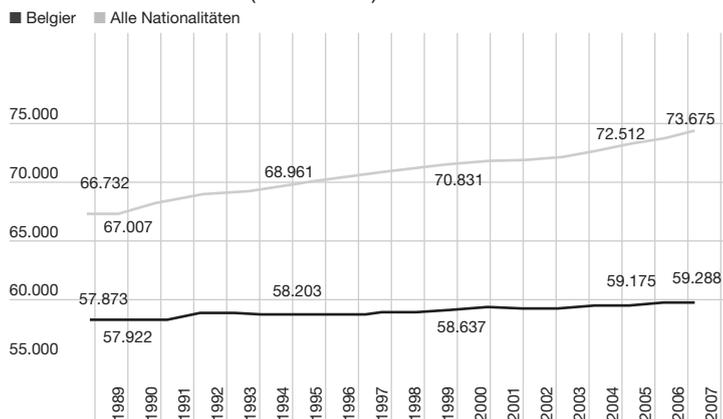
Im Zeitraum von 1989 bis 2007 stieg die Bevölkerung der DG um 10,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung der übrigen Landesteile lediglich um 6-7 Prozent.

Dieser Bevölkerungsanstieg ist primär das Ergebnis der Zuwanderung. So belief sich der DG-weite natürliche Saldo in 2007 auf minus 47. Der Vergleich mit den natürlichen Salden für die Kantone Eupen mit minus 22 sowie St. Vith mit minus 25 zeigt, dass die Bedeutung der Zuwanderung für den Bevölkerungsanstieg offenbar auch im Süden der DG immer stärker zunimmt.

Mit der Zuwanderung geht auch einher, dass die Anzahl der Ausländer von 8.859 in 1989 auf 14.759 in 2008 gestiegen ist. Der Ausländeranteil in der DG liegt bei 19,9 Prozent, der Vergleichswert auf Landesebene beläuft sich auf 9,1 Prozent. Die meisten Einwanderer sind Deutsche; sie stellen mit 11.109 Personen ca. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung und wohnen vorwiegend im grenznahen Kanton Eupen, der über einen Ausländeranteil von rund 29 Prozent verfügt, dies sind rund 13.000 Personen. Erst mit großem Abstand folgen Niederländer mit 731 Personen in der DG.



## BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG NACH NATIONALITÄT (1989-2007)



Quelle: Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

## INNERBELGISCHE ZU- UND ABWANDERUNG (2006)

	Wanderung		anteilig an der Bevölkerung	
	Ein	Aus	Ein	Aus
Kanton Sankt Vith	664	629	2,26%	2,15%
Kanton Eupen	1.357	1.423	3,10%	3,25%
DG	2.021	2.052	2,76%	2,81%
Belgien	505.216	505.216	4,81%	4,81%

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik 2007, nach Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

Das Wachstum der ausländischen Bevölkerung verlief dabei seit 1990 keineswegs linear. Unter der Annahme, dass viele Deutsche nach Belgien ziehen, um hier vergleichsweise günstige Immobilien zu erwerben, und mit Blick auf den stärkeren Zuzug in den Jahren 1990-92 und 2005-07, liegt die Vermutung nahe, dass der Zuzug von wirtschaftlichen Größen, wie etwa der Konjunktur oder dem Hypothekenzins beeinflusst wurde.

Betrachtet man nur das Wanderungsverhalten der belgischen Bevölkerung in der DG, so ergibt sich ein negativer Wanderungssaldo. Im Jahr 2006 sind 182 Belgier aus dem Ausland in die DG gezogen. Gleichzeitig wanderten 219 Belgier aus der DG ins Ausland ab.

Da die Zu- und Abwanderung zwischen den Gemeinschaften nicht registriert wird, ist die innerbelgische Mobilität lediglich über die An- und Abmeldungen auf Gemeindeebene zu beobachten. In den Gemeinden der DG sind 2006 zusammengerechnet etwa 4.000 Ein- und Ausschreibungen von Personen aus bzw. in belgische Gemeinden registriert worden.

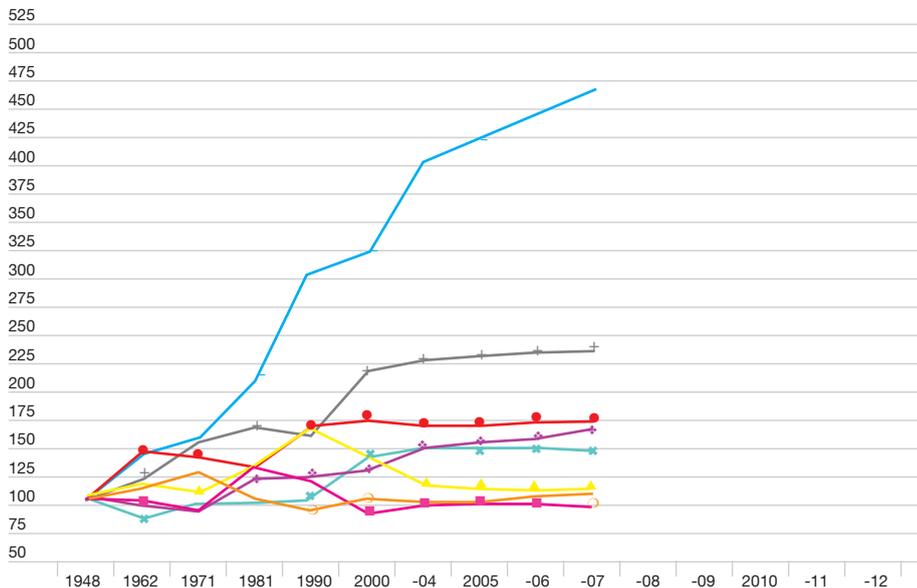
Vergleicht man diese Zahlen anteilig mit der Bevölkerung, ist die innerbelgische Mobilität in der DG deutlich geringer als im belgischen Durchschnitt. Aufgrund der Nähe zu nationalen Grenzen muss dieses Ergebnis allerdings differenziert bewertet werden: Die DG ist nur im Westen von anderen belgischen Gemeinden umgeben; somit ist die innerbelgische Zu- und Abwanderung in angrenzende Gemeinden geografisch eingeschränkt. Da beide DG-Kantone ähnlich lange Nationalstaatsgrenzen aufweisen, ist der Vergleich zwischen den Kantonen zulässig. Dieser Vergleich zeigt eine geringere innerbelgische Mobilität in den Gemeinden des Kantons St. Vith. Zahlen zu Wanderungsbewegungen zwischen den Gemeinden der DG liegen leider nicht vor.

Auch in der DG offenbart sich, wie in vielen anderen Regionen Europas, der Trend der "Überalterung" der Bevölkerung. So stellten die Senioren über 65 Jahren 1948 nur 9,1 Prozent der Bevölkerung und die Kinder von 0-14 Jahren 24,5 Prozent. Im Jahr 2008 lagen diese Werte bei 16,9 bzw. 17,9 Prozent. Bei den so genannten "Hochaltrigen" über 80 Jahren ist der Anstieg noch höher. Ihre Zahl wuchs allein zwischen 1990 und 2008 von 1.932 auf 3.097, d.h. um 38 Prozent auf 4,18 Prozent der Gesamtbevölkerung.

## ENTWICKLUNG DER ALTERSGRUPPEN

BEVÖLKERUNG: INDEX: 1948=100

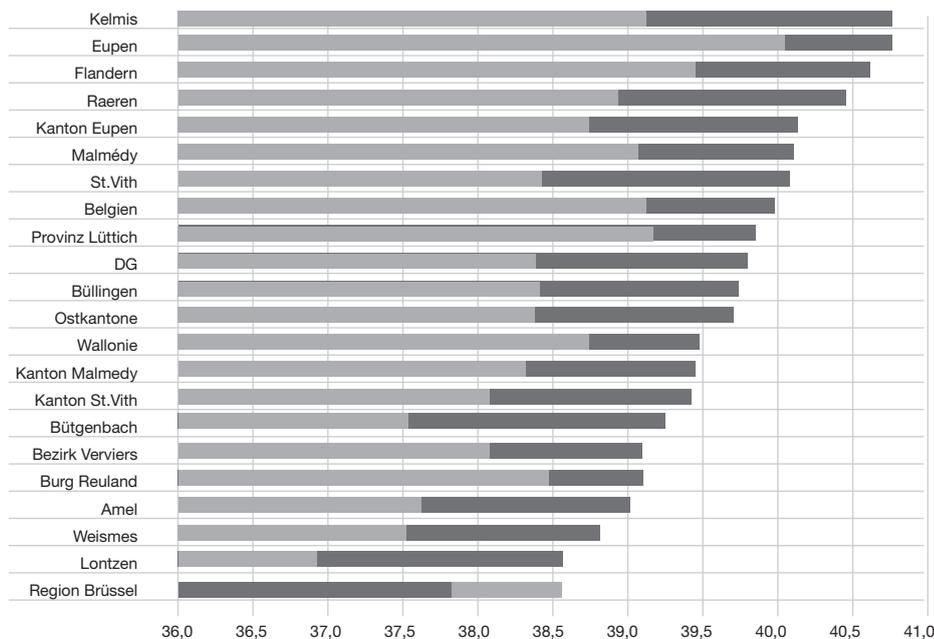
○ 0-14    ■ 15-24    ▲ 25-34    ✕ 35-44    ◆ 45-54    ● 55-64    + 65-79    — 80+



Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2009

## DURCHSCHNITTSALTER DER BEVÖLKERUNG

■ 2000    ■ 2006



Quelle: Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung stieg zwischen 2000-2007 von 38,4 auf 40,28 Jahre. Der Anstieg des Durchschnittsalters ist dabei in allen Gemeinden der DG festzustellen. Im Vergleich haben die Gemeinden Kelmis, Eupen und Raeren die durchschnittlich älteste Bevölkerung, wobei der Abstand zwischen der "jüngsten" Gemeinde Lontzen und der "ältesten" Gemeinde Kelmis nur etwas mehr als zwei Jahre beträgt. Da in diesen Gemeinden die stärkste Zuwanderung von Deutschen verzeichnet wird, ist zu vermuten, dass die Zuwanderer im Schnitt etwas älter als die belgische Bevölkerung sind und so das Durchschnittsalter erhöht haben.

In der Bevölkerungsstruktur der DG zeichnet sich dabei der Effekt der so genannten "Babyboomer-Generation" besonders deutlich ab. So hat die Generation der heute 40-55-Jährigen im Jahr 2008 einen Anteil von 24,3 Prozent an der Bevölkerung. Dieses Phänomen tritt nochmals verstärkt bei der Gruppe der Nicht-Belgier im Kanton Eupen auf: Diese weisen eine noch ausgeprägtere "Babyboomer-Generation" auf, was sich wahrscheinlich aus der Zuwanderung seitens der "Aachener Babyboomer" in den suburbanen Raum ergibt.

## 2.3. BEVÖLKERUNGSPROGNOSE

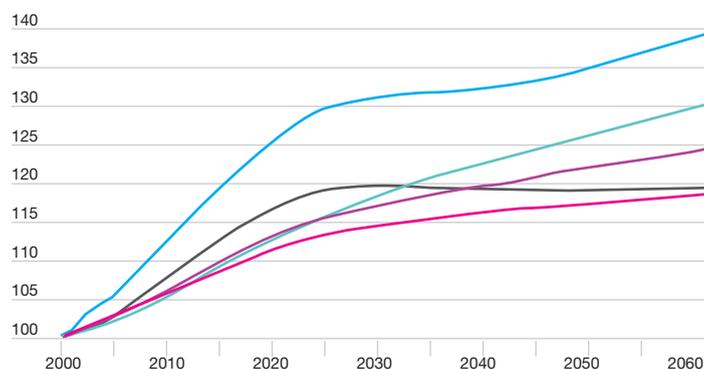
Von 2000 bis 2030 ist in der DG mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum von 17 Prozent zu rechnen; dies ist die zweithöchste Wachstumsrate nach Brüssel. Doch während sich die Bevölkerungszahlen in Flandern, Brüssel und der Wallonie auch nach 2030 positiv entwickeln werden, wird die Bevölkerungszahl in der DG ab 2030 vermutlich stabil bleiben oder sogar leicht absinken.

Die vorliegende Bevölkerungsprognose geht von einer Abnahme der Zuwanderung ab 2010 aus. Anzumerken ist jedoch, dass Zu- und Abwanderungen längerfristig schwer voraus zu sehen sind. Wenn man aber zugrunde legt, dass die DG besonders deutsche Einwanderer im "Familienalter" anzieht, und diese Gruppe gleichsam schrumpft, dann ist die Annahme einer rückläufigen Zuwanderung berechtigt.

### BEVÖLKERUNGSPROGNOSE (2000-2060)

(INDEX: 2000=100)

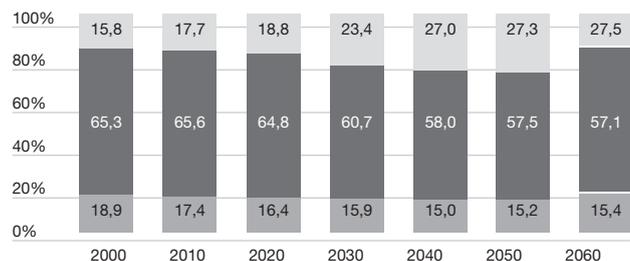
■ DG ■ Brüssel ■ Flandern ■ Wallonie ■ Belgien



Quelle: Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

### BEVÖLKERUNG DER DG NACH ALTERSGRUPPEN (2000-2060)

■ 65+ ■ 15-64 ■ 0-14



Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2009

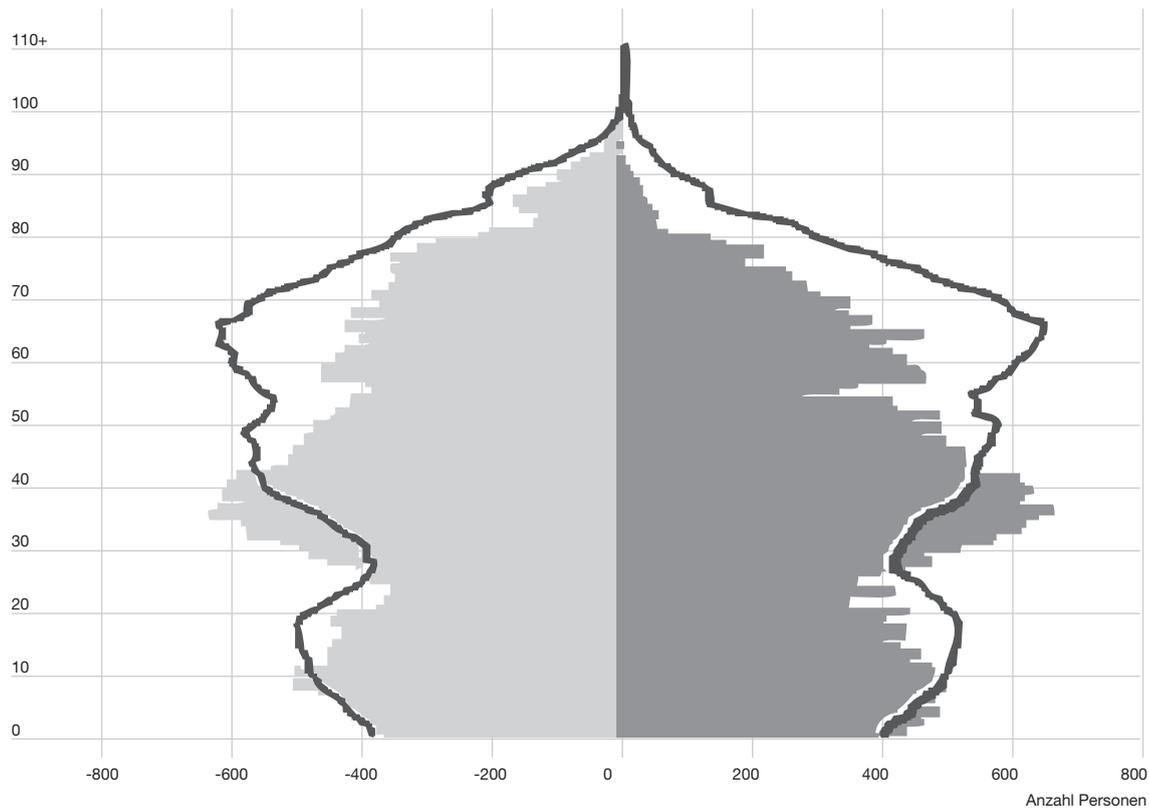
Die Lebenserwartung wird sich hingegen mit hoher Sicherheit positiv entwickeln. So rechnet man für 2030 mit einer Lebenserwartung für Frauen von 87,18 Jahren und für Männer von 82,17 Jahren.

Der demografische Wandel der nächsten zwei Jahrzehnte wird insgesamt bedeutende Folgen für die DG haben. Zum einen fällt die Generation der "Babyboomer" aus der "Reproduktionsphase" heraus. Zum anderen steigt der Anteil der über 65-Jährigen von derzeit 17,9 Prozent auf 27 Prozent in 2040 deutlich an.

Die seit der "Babyboomer-Generation" schrumpfenden Geburtenjahrgänge und die hohe Lebenserwartung werden insgesamt also dazu führen, dass die Alterspyramide zunehmend eine "Urnenform" als Ausdruck der "Überalterung" annimmt.

## ALTERSPYRAMIDE (2000 UND 2030)

■ Frauen ■ Männer — 2030



Quelle: Ministerium der DG 2008

Entsprechend wird sich auch der Abhängigkeitsquotient, also das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen (Personen, die noch nicht bzw. nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind), zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verändern. Auf jede Person im Erwerbsalter entfallen gegenwärtig 0,5 Personen im "Nicht-Erwerbsalter". Anders ausgedrückt: zwei Personen im Erwerbsalter stützen ein Kind oder einen Rentner. Bis 2020 bleibt das Verhältnis gewahrt, ab 2020 aber, wenn die "Babyboomer" ins Rentenalter kommen, werden auf drei Personen im Erwerbsalter zwei Personen im Nicht-Erwerbsalter entfallen.



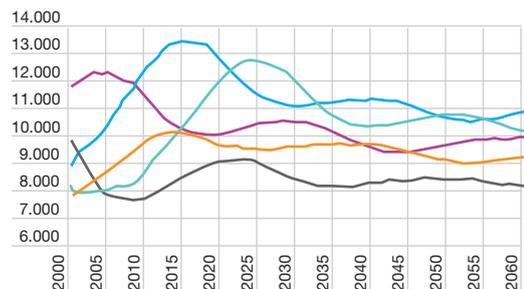
## 2.4. SPEZIELLE DEMOGRAFISCHE ASPEKTE

### ERWERBSBEVÖLKERUNG

Als Personen im Erwerbsalter werden alle Menschen zwischen 15 und 64 Jahren gezählt. Der Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung lag im Jahr 2000 bei 65,3 Prozent. Bis 2013 wird er sich auf über 66 Prozent steigern und anschließend langsam absinken. Von 2020 bis 2040 reduziert sich der Anteil der Personen im Erwerbsalter dann deutlich schneller von 64,8 Prozent auf 58 Prozent, um sich anschließend bis 2060 zwischen 58 Prozent und 57 Prozent zu stabilisieren. Diese anteilige Verringerung der Personen im Erwerbsalter zwischen 2020 und 2040 stellt eine bedeutende gesellschaftliche Herausforderung dar.

#### ANZAHL PERSONEN IM ERWERBSALTER PROGNOSE (10-JAHRES-KLASSEN)

■ 15-24 ■ 25-34 ■ 35-44 ■ 45-54 ■ 55-64



Zit. nach Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

#### ANZAHL PERSONEN IM ERWERBSALTER - PROGNOSE

	2000	2010	2020	2030	2040	2050	2060
<b>15-64</b>	46.283	49.752	53.311	51.176	48.777	48.259	48.147
<b>Index=2000</b>	100	107,5	115,2	110,6	105,4	104,3	104,0
<b>Anteil an der Bevölkerung</b>	65,3%	65,6%	64,8%	60,7%	58,0%	57,5%	57,1%

Der Blick auf die anteilige Entwicklung der Personen im Erwerbsalter nach 10-Jahres-Klassen macht deutlich, dass sich insbesondere auch das Profil der Personen auf dem Arbeitsmarkt ändern wird. Wenn heute vergleichsweise wenige Menschen zwischen 55 und 64 Jahre alt sind, und die größte Gruppe der Personen im Erwerbsalter zwischen 35 und 44 Jahre alt ist, so wird sich dieses Bild schon in den nächsten Jahren wandeln.

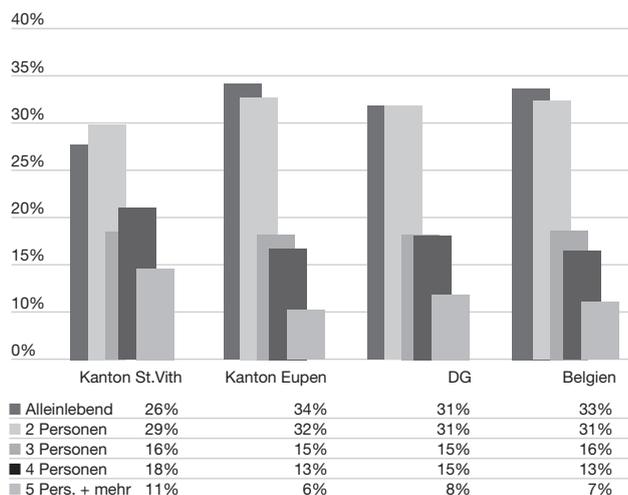
Anzumerken ist dabei, dass es bereits 2004 erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Berufszweigen gab. Der Anteil der über 50-Jährigen bei den Selbstständigen betrug in der DG in der Landwirtschaft bereits 53,6 Prozent, im Bereich der Freien Berufe waren es hingegen nur 28,6 Prozent. Bei den über 50-jährigen Arbeitnehmern erreicht der Bereich "Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht" mit 25,5 Prozent der Arbeitnehmer hohe Anteile.

Gleichwohl wird die Zahl der Erwerbseinsteiger in den kommenden Jahren zunächst noch ansteigen und erst in etwa 8 -10 Jahren wieder leicht absinken.

## ZIVILSTAND, HAUSHALTS- UND FAMILIENZUSAMMENSETZUNG

Der Anteil der ledigen, verheirateten, geschiedenen und verwitweten Personen an der Bevölkerung ist in der DG vergleichbar mit dem belgischen Durchschnitt. Vergleicht man jedoch die Haushaltszusammensetzung der DG mit dem belgischen Durchschnitt, stellt man einen Anteil an Einpersonenhaushalten fest, der etwas unter dem der Wallonie und Flanderns liegt. Daneben gibt es in der DG proportional etwas mehr Haushalte mit vier oder mehr Personen. Dies gilt insbesondere für den Kanton St. Vith. Hier leben in 29 Prozent aller Haushalte vier oder mehr Personen, in Belgien insgesamt sind es nur 20 Prozent. Hierin spiegelt sich wohl die ländliche Struktur wider. Auch die Auswertung nach Familienkernen führt zu der Annahme, dass die klassischen Mutter-Vater-Kind(er) Haushalte in der DG durch die ländliche Struktur noch etwas stärker verbreitet sind.

### HAUSHALTE (2004)



Quelle: Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008

## PERSONEN MIT BEHINDERUNG

Die genaue Anzahl der behinderten Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist nicht bekannt. Dies liegt auch daran, dass die Definition einer Behinderung nicht eindeutig ist. Eine Behinderung ist dann gegeben, wenn eine Person im Alltag, im Beruf, im Zugang zu Gebäuden, in ihrer Teilnahme an Freizeitaktivitäten usw. beeinträchtigt ist. Die jeweilige Bewertung hängt allerdings weitgehend vom gesellschaftlichen Umfeld ab. Nach Schätzungen der Europäischen Union und von Seiten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beträgt die Zahl der behinderten Menschen 7-10 Prozent der Bevölkerung. Auf der Ebene der DG beträgt die Anzahl der bei der zuständigen Dienststelle eingeschriebenen Personen mit Behinderung ca. 5.000. Dieser Wert entspricht den für die westlichen Industrieländer üblichen Prozentzahlen, wobei damit zu rechnen ist, dass manche Menschen mit Behinderungen aus verschiedenen Gründen nicht offiziell erfasst sind.

## 2.5. PROBLEMFELDER

Das Gebiet der DG ist vergleichsweise dünn besiedelt, insbesondere der Süden verfügt über Gemeinden mit den niedrigsten Einwohnerdichten in Belgien. Der Verstädterungsgrad ist mit ca. 25 Prozent sehr gering. Daraus folgt, dass ein Großteil der Ortschaften eine nur schwache Zentralität besitzt.

Die demografische Entwicklung in der DG ist durch einen stetigen Bevölkerungszuwachs gekennzeichnet. Der DG-weite Bevölkerungsanstieg liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die Bevölkerungszunahme ist dabei im Norden stärker ausgeprägt, was umgekehrt zu der Situation führt, dass das Phänomen stagnierender oder schrumpfender Ortschaften trotz Bevölkerungswachstum auf kantonaler Ebene in den südlichen Gemeinden präsenter ist.

Der Bevölkerungszuwachs ist in erster Linie auf die Zuwanderung - vornehmlich aus Deutschland - zurückzuführen. Die deutschen Zuwanderer konzentrieren sich auf den Kanton Eupen. Der Ausländeranteil in der DG liegt bei 19,9 Prozent. Hingegen ist der Wanderungssaldo der belgischen Bevölkerung für die DG negativ. Zusammen mit dem negativen natürlichen Saldo resultiert daraus die Frage der sozialen und beruflichen Integration der ausländischen Bevölkerung.

Mittelfristig werden die seit der "Babyboomer-Generation" (1955-1970) schrumpfenden Geburtenjahrgänge und die hohe Lebenserwartung dazu führen, dass die Alterspyramide der DG durch die Überalterung zunehmend eine "Urnenform" annimmt. Dies erfordert die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur und personeller Ressourcen im Bereich der Seniorenbetreuung und -pflege.

Darüber hinaus wirkt sich die "Überalterung" in der Erwerbsbevölkerung aus. Dies betrifft veränderte Strukturen in Bezug auf Arbeitskräfteverfügbarkeit, Innovationsfähigkeit und Erfahrungswissen. Bereits gegenwärtig gibt es erste Anzeichen für einen Fachkräftemangel. Diese Situation wird sich angesichts des wachsenden Arbeitskräftebedarfs im benachbarten Luxemburg vermutlich noch verschärfen.



Insbesondere ab 2025 ist mit einem massiven Rückgang der aktiven Bevölkerung zu rechnen. Laut einer dem Arbeitsamt vorliegenden Prognose werden 2027 etwa 25 Prozent der heutigen Arbeitskräfte fehlen. Die Auspendlerquote wird dabei auf 35 Prozent geschätzt. Gegen diese Entwicklung versucht das Arbeitsamt z. B. durch eine höhere Aktivierung der arbeitsfähigen Bevölkerung, die stärkere Vermittlung von Frauen, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Förderprogramme vorzugehen. Externe Arbeitskräfte reserven gibt es vor allem in der Wallonie, aber auch im Raum Aachen. Besonderer Handlungsbedarf ergibt sich bei den selbstständigen Landwirten, da sich hier bereits gegenwärtig eine zunehmende "Überalterung" zeigt.

Gleichzeitig ist jedoch anzumerken, dass nicht nur die relative Entwicklung bezüglich der Verschiebung der Bevölkerungsanteile berücksichtigt werden sollte. So wird der prozentuale Anteil der jungen Personen an der Gesamtbevölkerung zwar sinken, die absolute Anzahl der 0-14-Jährigen wird jedoch bis 2030 aufgrund des Gesamtwachstums noch leicht zunehmen und ebenfalls entsprechende Serviceleistungen und Infrastrukturen erfordern.

Entsprechend den Bevölkerungsprognosen wird sich die DG ab 2030 einem neuen Problem gegenüber sehen: Die Gesamtbevölkerung wird ab diesem Zeitpunkt stagnieren bzw. sogar in einen Schrumpfungsprozess übergehen. Allerdings ist das zukünftige Ausmaß der Zuwanderung nur schwer zu prognostizieren. Der Abhängigkeitsquotient wird sich ab 2020 jedoch mit Sicherheit drastisch erhöhen.



## 2.6. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Die folgende SWOT-Analyse für den Bereich Bevölkerung und demografische Entwicklung basiert zum einen auf der Situationsanalyse, zum anderen auf den Ergebnissen der Expertengespräche und thematischen Foren.



# 3



## **KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT**

Die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft basiert auf der Eigenständigkeit der Sprache und der Kultur der Bevölkerung. Gerade in diesen Bereichen unterscheiden sich die deutschsprachigen Belgier mit einem eigenständigen Profil von den Flamen, den Wallonen und den Brüsselern. Daher muss der kulturellen Besonderheit auch bei der weiteren Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in besonderer Weise Rechnung getragen werden.

Die Kultur gehört zu den Kernbereichen der Gemeinschaftsautonomie. Aus diesem Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft werden an dieser Stelle die Jugendarbeit, die Kulturförderung, die Folklore, der Sport, die Medien und das Kulturerbe näher beleuchtet. Die Erwachsenenbildung, die traditionell zu den kulturellen Zuständigkeiten der Gemeinschaft gehört, wird im Kapitel Bildung kurz vorgestellt.

### **3.1. JUGENDARBEIT**

Verbandsjugendarbeit und offene Jugendarbeit spielen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gleichermaßen eine wichtige Rolle.

In der Verbandsjugendarbeit gibt es acht anerkannte Jugendorganisationen mit mehr als hundertfünfzig Gruppen. Dort werden mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche in wöchentlichen Aktivitäten betreut. Bei den Organisationen handelt es sich um die Katholische Landjugend, die Pfadfinder, die Chirojugend und die Patrojugend sowie um die Jugenddienste der Christlichen Krankenkasse und der Christlichen Gewerkschaft. Die Jugendorganisationen beschäftigen insgesamt 4,5 hauptamtliche Animatoren, die die Arbeit von mehr als sechshundert ehrenamtlichen Jugendgruppenleitern unterstützen und koordinieren.

In der offenen Jugendarbeit sind Jugendzentren und Jugendinformationszentren tätig. Es gibt insgesamt neun anerkannte Jugendzentren, die den Jugendlichen im Durchschnitt an 25 Stunden pro Woche offen stehen. Die Zentren dienen als Treffpunkt für Jugendliche und bieten verschiedene Freizeitaktivitäten an. Um den besonderen Bedürfnissen der offenen Jugendarbeit in stark ländlich strukturierten Gemeinden Rechnung zu tragen, werden außerdem in vier Gemeinden mehrere kleinere Treffpunkte in verschiedenen Ortschaften betreut. Seit Januar 2003 ist in Eupen und Kelmis eine Streetworkerin für jene Jugendliche tätig, die über andere Formen der Jugendarbeit nicht mehr erreicht werden können oder wollen.

Zusätzlich besteht in Eupen und in St. Vith je ein Jugendinformationszentrum. Diese als Jugenddienste anerkannten Zentren halten zu den verschiedensten Themen Informationen für Jugendliche bereit: Bildung und Ausbildung, Jobsuche, Auslandsaufenthalte, Sexualität, Freizeitgestaltung, usw. In der offenen Jugendarbeit sind insgesamt 16,5 Mitarbeiter beschäftigt.

Die Mitwirkung von Jugendlichen am politischen und gesellschaftlichen Leben ist auf mehreren Ebenen möglich. So besteht ein Rat der deutschsprachigen Jugend (RdJ) als Zusammenschluss von Jugendlichen aus Jugendorganisationen, Jugendzentren, Jugenddiensten, kommunalen Jugendbeiräten und Jung-Parteien. Der RdJ ist ein beratendes Gremium der Regierung und des Parlamentes: Er gibt auf Anfrage oder auf eigene Initiative Gutachten zu allen Problemen, die die Jugend des Gebietes deutscher Sprache betreffen. Der RdJ sieht sich als Plattform, die Jugendlichen ermöglicht, sowohl Jugendpolitik aktiv mitzugestalten als auch Projekte zu verwirklichen. Für seine Arbeit greift er auf Ehren- und Hauptamtliche aus der Jugendarbeit sowie auf individuelle Jugendliche zurück. In Eupen und Raeren gibt es kommunale Jugendbeiräte mit ähnlichen Aufgaben auf Gemeindeebene, in Kelmis, Raeren und Lontzen sind Kindergemeinderäte aktiv.

Das Jugendbüro ist das technische Büro für Jugendfragen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seine Aufgaben umfassen die administrative und inhaltliche Unterstützung der Arbeit des Rates der deutschsprachigen Jugend, die Unterstützung und Beratung der Jugendorganisationen, die Beratung der Gemeinden, die Koordination und Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit und die Förderung der innerbelgischen und internationalen jugendpolitischen Zusammenarbeit. Ferner bietet es mit einem IT-Service und einem Service in Finanzmanagement Dienstleistungen an, die den Jugendeinrichtungen in ihrer alltäglichen Arbeit zugute kommen und sie entlasten. Das Jugendbüro gewährleistet das Management der EURO<26 Jugendkarte. Diese Karte dient der Information der Jugendlichen und ermöglicht eine Reihe von Preisermäßigungen und eine Reisebeistandsversicherung im In- und Ausland. Das Jugendbüro beschäftigt elf Mitarbeiter, inklusive einer Streetworkerin und der Jugendarbeiter in den Gemeinden Büllingen, Kelmis und Lontzen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft fördert die Jugendarbeit durch Bezuschussung der Funktions- und Personalkosten der Jugendorganisationen, -zentren und -dienste sowie durch projektbezogene Zuschüsse. Das Jugendbüro finanziert seine Tätigkeiten hauptsächlich durch Zuwendungen der Gemeinschaft. Die Gemeinden unterstützen die Jugendarbeit durch die Bereitstellung von Räumen, durch Funktionszuschüsse und durch eine Beteiligung an den Personalkosten in der offenen Jugendarbeit.

Die Bedeutung der Jugendarbeit in den einzelnen Gemeinden wird durch folgende Tabelle verdeutlicht:

#### BEDEUTUNG DER JUGENDARBEIT (2007)

	Bevölkerung	Jugendliche < 26 Jahre	Anzahl Jugendgruppen	Anzahl Jugendarbeiter der offenen Jugendarbeit
Amel	5.345	1.713	18	0
Büllingen	5.471	1.778	21	1
Burg-Reuland	3.948	1.275	1	0
Bütgenbach	5.610	1.799	15	1
Sankt Vith	9.242	2.852	17	1
Kanton St. Vith	29.616	9.417	72	3
Eupen	18.408	5.500	42	4
Kelmis	10.566	3.003	11	1,75
Lontzen	5.267	1.688	9	1,25
Raeren	10.312	3.002	19	1,5
Kanton Eupen	44.553	13.193	81	8,5
<b>DG</b>	<b>74.169</b>	<b>22.610</b>	<b>153</b>	<b>11,5</b>

Quelle: Ministerium der DG 2009

Im Zeitraum 2004-2006 wurde in einem breit angelegten Konsultationsprozess das Konzept P.R.I.M.A. mit Empfehlungen an die Jugendpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft erarbeitet.

Die Empfehlungen betreffen

- die Förderung der Beteiligung der Jugendlichen,
- die bessere Einbindung der Gemeinden in die Jugendpolitik,
- die Verbesserung der Mobilität,
- die Gewährleistung von Chancengleichheit,
- die Unterstützung von Toleranz und Weltoffenheit,
- die Stärkung der Jugendinformation und Jugendforschung,
- die Förderung der kulturellen Vielfalt,
- die Verbesserung der Begleitung von Jugendlichen,
- die Vernetzung in der Jugendarbeit und darüber hinaus
- die Aus- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen und der Jugendarbeiter,
- die Anerkennung der Bedeutung der Jugendarbeit für die Gemeinschaft.

In einem weiteren Beteiligungsprozess hat dann der Rat der deutschsprachigen Jugend Vorschläge zur Umsetzung der Zielsetzungen dieses jugendpolitischen Konzeptes erarbeitet und Ende 2006 einen Maßnahmenkatalog zur Jugendpolitik vorgelegt.

## 3.2. KULTURFÖRDERUNG

Das kulturelle Leben in der Gemeinschaft wird von einer Vielzahl von Vereinen geprägt. Im Jahr 2007 zählte die Gemeinschaft rund zweihundert Amateurkunstvereine mit mehr als 5.500 Mitgliedern. Dazu zählen unter anderem Musikvereine, Orchester, Chöre, Spielmannszüge, Theater- oder Tanzgruppen.

### ANZAHL KULTURVEREINE (2007)

Gemeinde	Gesang	Musik	Theater	Tanz	Anzahl Vereine	Bevölkerung	Anzahl Mitglieder
Amel	7	9	3	1	20	5.345	648
Büllingen	12	9	4	0	25	5.471	711
Burg-Reuland	12	9	2	0	23	3.948	590
Bütgenbach	8	9	4	1	22	5.610	802
Sankt Vith	16	14	3	4	37	9.242	1.039
Kanton St. Vith	55	50	16	6	127	29.616	3.790
Eupen	10	11	3	0	24	18.408	684
Kelmis	5	4	3	1	13	10.566	335
Lontzen	4	2	1	0	7	5.267	276
Raeren	7	5	3	1	16	10.312	495
Kanton Eupen	26	22	10	2	60	44.553	1.790
<b>DG</b>	<b>81</b>	<b>72</b>	<b>26</b>	<b>8</b>	<b>187</b>	<b>74.169</b>	<b>5.580</b>

Quelle: Tätigkeitsberichte und Angaben der Vereine 2007

In der Sparte Musik sind die Vereine im Verband Födekam Ostbelgien zusammengeschlossen. Der Verband versteht sich als Interessenvertreter der Vereine. Darüber hinaus leistet er administrative Unterstützung, verwaltet eine Notenbibliothek und organisiert regelmäßige Aktivitäten zur Musikförderung wie Singwochen oder Play-Ins.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft fördert die Amateurkunstvereine durch die Bezuschussung der Funktionskosten und der Anschaffungskosten von Ausrüstungsgegenständen. Außerdem führt das Ministerium der DG in den Bereichen Musik und Theater Einstufungswettbewerbe durch. Die Vereinigungen, die erfolgreich an einer Einstufung teilgenommen haben, werden während vier Jahren für eine begrenzte Anzahl von Auftritten finanziell unterstützt. Der Verband Födekam Ostbelgien erhält ebenfalls einen Jahreszuschuss für seine Tätigkeiten.

Ab 2009 tritt ein neues System der Basisförderung der Amateurkunstvereine in Kraft: Die Mittel für die Funktionszuschüsse werden den Gemeinden übertragen - mit der Auflage, den Vereinen diese Unterstützung zusammen mit ihren eigenen Fördermitteln nach einem transparenten Kriteriensystem zukommen zu lassen, das den Mindestanforderungen der Gemeinschaft genügt. Dadurch wird die Autonomie der Gemeinden gestärkt und der Verwaltungsaufwand für die Vereine verringert. Die übrigen Fördermittel werden weiterhin durch die Gemeinschaft verwaltet.

Ein wichtiger Bestandteil der Förderung der Amateurkunstvereine ist die Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie bietet Kunstunterricht in den Bereichen Musik, Schauspiel und Tanz an. 1.200 Schüler werden von den insgesamt 60 haupt- oder nebenamtlich tätigen Lehrern in rund 30 Fächern unterrichtet. Der Unterricht findet an insgesamt zehn Standorten in den neun Gemeinden statt. Zurzeit ist die Musikakademie in Form einer interkommunalen Vereinigung organisiert. Dienst- und besoldungsrechtlich wird sie wie eine Einrichtung des Unterrichtswesens behandelt. Um die rechtliche Situation der Akademie und insbesondere der Personalmitglieder zu verbessern und auf eine solidere Grundlage zu stellen, wird die Musikakademie 2009 ins Unterrichtswesen der DG übertragen.



Neben den Amateurkunstvereinen gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zehn professionelle Kulturveranstalter und -produzenten. Diese formen und beleben das Kulturbild und werden über die Grenzen der DG hinaus anerkennend wahrgenommen. In allen künstlerischen Bereichen engagieren sich die Kulturveranstalter und geben sowohl ortsansässigen als auch auswärtigen Künstlern Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten. Ein Blick auf den Veranstaltungskalender dieser Organisationen enthüllt ein umfassendes Angebot, das auch originelle und neue Wege oder Ausdrucksformen nicht scheut.

Dabei handelt es sich um folgende Kulturveranstalter:

- Chudoscnik Sunergia : Jugend- und Alternativkultur
- IKOB : Museum für zeitgenössische Kunst in Eupen
- Kulturelles Komitee der Stadt Eupen: Betrieb öffentlicher Kulturinfrastrukturen
- KuKuK : Kunst und Kleinkunst am ehemaligen deutsch-belgischen Grenzübergang
- Ostbelgien Festival : Konzertreihe mit Schwerpunkt auf klassischer Musik
- TheaterFest : jährliche Durchführung des internationalen Theaterfestes der DG
- Volksbildungswerk St. Vith: breites Kulturangebot im Süden der Gemeinschaft

Als Kulturproduzenten gibt es:

- Agora: das Theater der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Compagnie Irene K. : Tanz- und Ballettensemble
- Krautgarten : Literaturzeitschrift und Forum für junge Literatur

Die Förderung dieser professionellen Kulturträger erfolgt über jährliche Konventionen, in denen die Zielsetzungen und Aufgaben vereinbart und die Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten festgelegt werden. Zusätzlich gibt es projektgebundene Förderungen.

Bei diesen Kulturträgern sind rund 40 Personen hauptamtlich tätig. Sie beklagen teilweise, dass ihre Arbeitsplätze nicht dauerhaft abgesichert und nicht originär über den Kulturbereich, sondern über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden. Daneben greifen die meisten der Kulturträger auf ehrenamtliche Kräfte zurück, ohne die viele Veranstaltungen nicht durchgeführt werden könnten. Bei der Hälfte der Kulturträger waren oder sind Lehrer beschäftigt, die zu Beginn der 1990er Jahre für diese Tätigkeit vom Unterricht freigestellt worden sind. Sie haben wesentlich zum Aufbau und zur Professionalisierung dieser Träger beigetragen.

Die Tätigkeit der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft lebenden Künstler kann naturgemäß nur schwer durch Zahlen erfasst werden. Es gab und gibt eine beachtliche Zahl von Malern, von denen einige auch überregional bekannt sind, wie Walter Ophey (1882-1930), Alfred Holler (1888-1954), André Blank (1914-1987), Roger Greisch (1917-2000), Peter Hodiament (1925-2004) oder etwa Antonio Maro (1928) und Adolf Christmann (1927). Auch die literarische Produktion ist nicht unbedeutend. Eine Literaturgeschichte Ostbelgiens aus dem Jahre 1986 führt 37 Autoren an, darunter auch bekannte Namen wie zum Beispiel Paul Gérardy (1870-1933), der zum Kreis um Stefan George gehörte. In einer Anthologie aus dem Jahre 2007 werden Beiträge von 13 ostbelgischen Autoren der Gegenwart veröffentlicht. Bekanntere Namen sind hier Freddy Derwahl (1946), Bruno Kartheuser (1947), Leo Wintgens (1938) oder Dietmar Sous (1954). In der darstellenden Kunst finden wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zahlreiche Musiker sowie einige Schauspieler und Tänzer. Die Förderung einzelner Künstler und ihrer Werke erfolgt punktuell und projektbezogen. Eine systematische Talentförderung über die Grundausbildung hinaus findet nicht statt.

Das kulturelle Leben der Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ebenfalls geprägt durch die umliegenden Großstädte. Den Ostbelgiern steht in Aachen, Köln, Trier, Lüttich, Maastricht oder etwa Brüssel ein reichhaltiges Kulturangebot in deutscher, französischer oder niederländischer Sprache offen. Dieses städtische Angebot wird – wie überall im ländlichen Raum – sicher genutzt. Über die Intensität und die geographische Streuung dieser Nutzung liegen jedoch keine Zahlen vor.

### 3.3. FOLKLORE

Zu Folklore und Brauchtum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören Fastnacht, Burgfeuer, die Maiennacht, Kirmes, Schützenfeste mit Vogelschuss, Krugschlagen oder Ganshauen, Martinszug und Martinsfeuer oder etwa das Sternsingen.

Dem Karneval oder der Fastnacht wird dabei als „fünfte Jahreszeit“ die größte Bedeutung beigemessen. Der Karneval ist rheinisch und hebt sich dadurch deutlich ab von anderen belgischen Karnevalstraditionen. Höhepunkt ist der Straßenkarneval mit dem Aufmarsch der Alten Weiber am Fettdonnerstag und den großen Straßenumzügen am Karnevalssonntag, Rosenmontag und Veilchendienstag.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind insgesamt 45 anerkannte Folklorevereine mit 1.400 Mitgliedern tätig. Bei der Mehrzahl von ihnen handelt es sich um Karnevalsvereine.





### 3.4. SPORT

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind rund 250 anerkannte Sportvereine mit insgesamt 23.000 Mitgliedern tätig. Die Verteilung über die einzelnen Gemeinden wird in der folgenden Tabelle dargestellt:



ANERKANNTA SPORTVEREINE (2007)

	Bevölkerung		Anzahl	Sportvereine	
	(01.01.08)	0-17 Jahre (01.01.08)		Mitglieder	Jugendliche
Amel	5.345	1.233	16	1.609	727
Büllingen	5.471	1.286	23	1.906	701
Burg-Reuland	3.948	883	5	444	200
Bütgenbach	5.610	1.279	27	3.016	1084
Sankt Vith	9.242	1.858	37	2.918	1239
Kanton St. Vith	29.616	6.539	108	9.893	3.951
Eupen	18.408	3.674	53	6.257	2336
Kelmis	10.566	2.035	42	2.790	945
Lontzen	5.267	1.215	15	1.192	421
Raeren	10.312	2.138	29	2.814	965
Kanton Eupen	44.553	9.062	139	13.053	4.667
<b>DG</b>	<b>74.169</b>	<b>15.601</b>	<b>247</b>	<b>22.946</b>	<b>8.618</b>

Quelle: Tätigkeitsberichte und Angaben der Vereine 2007



In folgenden Sportarten können die Vereine sich einem Sportfachverband anschließen: Fußball, Amateurfußball, Volleyball, Tennis, Tischtennis, Reiten, Ski- und Wintersport, Turnen, Radfahren, Boxen, Taekwondo, Schach, Wandern, Kegeln, Stangenschießen und Flachbahnschießen. Diese Verbände sind in den belgischen Sportstrukturen unterschiedlich stark vertreten. Während manche neben den flämischen und französischsprachigen Verbänden als gleichberechtigter dritter Partner anerkannt sind, können andere ihren Interessen nur auf einer regionalen oder provinziellen Ebene Ausdruck verleihen.

Für drei Sportarten wurden Leitungszentren eingerichtet, in denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter der Leitung von qualifizierten Trainern auf eine Karriere im Bereich des Spitzen- und Leistungssportes vorbereitet werden. Bei den Sportarten handelt es sich um Turnen, Tennis und Schach. Ein viertes Leistungszentrum widmet sich dem Behindertensport.

In sieben von neun Gemeinden gibt es anerkannte lokale Sporträte. Sie sind die Interessenvertretung des Sports in der Gemeinde und gewährleisten die Verbindung zwischen den Sportvereinen; sie koordinieren die Nutzung der Sportstätten auf dem Gemeindegebiet. Die Sporträte stehen allen Sportvereinen ihrer Gemeinde offen. Einen lokalen Sportrat gibt es in Amel, Büllingen, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Raeren und St. Vith.

Der Sportrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist Sprachrohr und Interessenvertreter der Sportorganisationen. Er berät die Regierung auf Anfrage oder aus eigener Initiative zu allen Fragen des Sports in der Gemeinschaft. Er ergreift Initiativen zur Förde-

rung des Sports auf allen Gebieten und fördert die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Sportarten. Er unterhält Kontakte zu im Sportbereich tätigen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Sportvereine, der Sportfachverbände und der lokalen Sporträte.

Die Sportkommission arbeitet in Zusammenarbeit mit den Sportfachverbänden und den Vereinen jedes Jahr ein Aus- und Weiterbildungsprogramm aus für Übungsleiter und Trainer sowie für den Breitensport. Sie ist ebenfalls für die Überprüfung und Gleichstellung von Sportdiplomen zuständig, die außerhalb der DG erworben wurden. Eine weitere Aufgabe ist die Begleitung und Evaluierung der Umsetzung der Leistungsverträge, die die Regierung mit den Leistungszentren abschließt.

Die Sportförderung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgt durch pauschale Betriebskostenzuschüsse an Sportfachverbände, Leistungszentren und lokale Sporträte. Spitzensportler, hochqualifizierte Mannschaften und die Teilnahme an internationalen Spitzensportwettkämpfen werden gesondert bezuschusst. Projektbezogene Förderungen werden für die Zusammenarbeit zwischen Schule und Sport, für Sport- und Trainingslager sowie für Wettkämpfe und Turniere gewährt.

Wie für die Amateurlandsmannschaften erfolgt die Basisförderung der Sportvereine ab 2009 ausschließlich durch die Gemeinden, die zu diesem Zweck zusätzliche Mittel aus dem Haushalt der Gemeinschaft erhalten. Die Förderung muss nach einem transparenten Kriteriensystem erfolgen, das den Mindestanforderungen der Gemeinschaft genügt.

### **3.5. MEDIEN**

Die Medien sind Ausdruck der kulturellen und institutionellen Eigenständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft und tragen gleichzeitig zur Gestaltung und Konsolidierung dieser Eigenständigkeit bei.

#### **ZEITUNGEN**

Einzig deutschsprachige Tageszeitung Belgiens ist das Grenz-Echo mit einer Auflage von rund 10.000 verkauften Exemplaren (Centre d'Information sur les médias, 2007). Die Zeitung beschäftigt ungefähr 35 Mitarbeiter, davon 15 in der Redaktion. Schwerpunkte der Eigenberichterstattung sind das lokale und regionale Geschehen sowie das belgische Inland. Die Zeitung bezeichnet sich als christlich und politisch unabhängig. Aufgrund ihrer Monopolstellung hat sie einen großen Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das Internetportal netecho umfasst neben der online-Version der Zeitung zahlreiche Service-Rubriken wie einen Veranstaltungskalender, einen Branchenindex, ein Vereinsverzeichnis oder einen Kleinanzeigenmarkt. Zweimal jährlich, im April und September, gibt das Grenz-Echo ein Sonderheft mit dem Titel "Neu in Belgien" heraus, das den deutschsprachigen Neuankömmlingen das Zurechtfinden und Einleben in Belgien erleichtern soll. Das Grenz-Echo erhält eine Presseförderung aus dem Haushalt der Gemeinschaft.

Neben der Tageszeitung gibt es mehrere Werbezeitungen, die gratis in alle Haushalte verteilt werden. Der Wochenspiegel und Kurier Journal erscheinen wöchentlich, Der Treffpunkt monatlich. Der redaktionelle Teil dieser Zeitungen besteht in der Regel aus Eigenbeiträgen und Veranstaltungsankündigungen der Vereine.

## HÖRFUNK UND FERNSEHEN

Der Belgische Rundfunk (BRF) ist die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sein Auftrag ist die Information, die ständige Weiterbildung und die Unterhaltung. Er soll auch dazu beitragen, die Gemeinschaft innerhalb und außerhalb Belgiens bekannt zu machen. Der Belgische Rundfunk gestaltet drei Hörfunkprogramme und ein Fernsehprogramm. Die beiden Hörfunkprogramme BRF1 und BRF2 sind im regionalen Sendegebiet, das weite Teile der Euregio Maas-Rhein abdeckt, zu empfangen; sie bieten das gleiche Informationsangebot, unterscheiden sich vor allem durch die Musik: BRF1 mit Pop-Rockmusik und BRF2 mit Schlager- und Volksmusik. Das Brüsseler Hörfunkprogramm ist ein Gemeinschaftsprogramm des Belgischen Rundfunks mit dem Deutschlandfunk, das abwechselnd Programmelemente der laufenden Sendungen der beiden Sender übernimmt. Die Ausstrahlung einer spezifischen Sendung für die zahlreichen Deutschsprachigen in Brüssel wurde mittlerweile eingestellt.

Das Fernsehprogramm des BRF konzentriert sich in erster Linie auf die regionale Aktualität und auf nationale Informationen in deutscher Sprache. Es ist über das Kabelnetz und über Internet zu empfangen. Wochentags wird täglich ein Regionalmagazin von einer Viertelstunde ausgestrahlt, das abends stündlich wiederholt wird. Am Wochenende ist dann der Wochenrückblick aller Magazinsendungen in Schleife zu sehen. Hinzu kommen eine wöchentliche Talksendung des Medienzentrums und ein zweiwöchentliches Gesundheitsmagazin in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seit jeher besteht eine Zusammenarbeit mit dem lokalen Fernsehsender Télévesdre, der den französischsprachigen Teil des Bezirks Verviers abdeckt. Beide Sender strahlen zum Beispiel am Wochenende neben dem eigenen Programm den Wochenrückblick des Nachbarsenders aus. Schließlich gestaltet der BRF ein Nachrichten- und Informationsportal mit den letzten Meldungen, zahlreichen Servicrubriken, Reisegewinnspielen, Live Stream von zwei Radioprogrammen und Video on Demand.

Der BRF beschäftigt 80 feste Mitarbeiter vor Ort und zahlreiche Korrespondenten. Er unterhält drei Studios: Die Hauptredaktion in Eupen stellt täglich 15 nationale und internationale Nachrichten- und zwei Magazinsendungen mit euregionalen und internationalen Kernthemen sowie das TV-Magazin zusammen. Die Inland-Redaktion in Brüssel beliefert das Eupener Studio mit aktuellen inländischen und europäischen Informationen. Schließlich berichtet das Regionalstudio St.Vith über die belgische und deutsche Eifel sowie über das angrenzende Großherzogtum Luxemburg.

Der Belgische Rundfunk ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Er wird von einem Verwaltungsrat geleitet, dessen Mitglieder vom Parlament im Proporz zur Stärke der Fraktionen bezeichnet werden. Der laufende Haushalt des BRF beläuft sich auf rund 6,1 Millionen Euro pro Jahr; achtzig Prozent dieser Summe werden durch eine Dotation aus dem Haushalt der Gemeinschaft gedeckt, der Rest durch Eigeneinnahmen, hauptsächlich aus der Werbung.

Die regelmäßigen telefonischen Befragungen, die der BRF selbst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchführt, bescheinigen einen großen Hörerstamm und eine hohe Zufriedenheit mit den Hörfunk- und Fernsehprogrammen, besonders seit der Einführung von BRF2 und der damit verbundenen Trennung der Musikfarben. Aus den Umfragen geht ebenfalls hervor, dass viele Zuschauer mehr Regionalfernsehen wünschen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es ebenfalls fünf private Hörfunksender: die beiden Regionalsender 100,5 Das Hitradio und Radio Contact sowie die Lokalsender Radio Fantasy in Raeren, Radio Sunshine in Lontzen und Radio OK in St. Vith. Während die beiden regionalen Sender eher eine Altersgruppe von 20 bis 40 ansprechen, richtet sich Radio Fantasy an junge Leute bis 25 Jahre. Radio Sunshine hat sich seit Jahren der deutschen Volksmusik und dem deutschen Schlager verschrieben und erreicht die Hörer über 50. Daneben bietet er Musiksendungen mit gleicher Klangfarbe in französischer und niederländischer Sprache. Radio OK als einziger Sender im Süden der Gemeinschaft ist eine Kooperation mit dem Trierer Mainstream-Sender Antenne West eingegangen und übernimmt im Wesentlichen dessen Programm. Die Zulassung der Sender und die Zuteilung der Frequenzen erfolgt durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



Im Fernsehen gibt es zusätzlich zum BRF TV die Sendungen des Offenen Kanals, die auf einer eigenen Frequenz im Kabelnetz ausgestrahlt werden. Der Offene Kanal ist ein Bürgerfernsehen in Trägerschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die technische und organisatorische Durchführung wurde einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht übertragen. Der Offene Kanal gibt Privatpersonen und -organisationen die Möglichkeit, in eigener Verantwortung zeitlich begrenzte Fernsehbeiträge zu verbreiten. Zu diesem Zweck bietet er technische und organisatorische Hilfe und Beratung an und stellt die Produktionsmittel zur Verfügung. Nutzungsberechtigt ist, wer im deutschen Sprachgebiet seinen Wohnsitz, seinen Gesellschaftssitz, seine Arbeitsstätte oder seinen Ausbildungsort hat. Der Offene Kanal beteiligt sich an den Arbeiten des Bildungszentrums Bürgermedien, einer Weiterbildungseinrichtung in Trägerschaft verschiedener deutscher Bundesländer, der Stadt Ludwigshafen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Offenen Kanals geht hervor, dass im Jahr 2008 insgesamt 145 Beiträge ausgestrahlt wurden, was ungefähr drei Beiträgen von insgesamt 90 Minuten pro Woche entspricht. Die Beiträge wurden am Wochenende in Schleife ausgestrahlt, mit einer Wiederholung an einem oder zwei Tagen in der Woche. Hinzu kommt die integrale Aufzeichnung und zurzeit noch zeitversetzte Ausstrahlung von fünfzehn Sitzungen des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wobei für eine Sitzung mehr als dreißig ehrenamtliche Helfer im Einsatz sind.

Selbstverständlich nutzen die deutschsprachigen Belgier das reichhaltige Medienangebot im In- und Ausland. Auch wenn keine gesicherten Angaben zum Medienkonsum vorliegen, so ist doch klar, dass vor allem deutsches Fernsehen geschaut und deutsches Radio gehört wird. So machen zum Beispiel die regelmäßigen Umfragen des BRF deutlich, dass neben den Regionalsendern in der DG vor allem der WDR als Hauptkonkurrent identifiziert werden kann. Ein nicht näher in seinen Anteilen erfasster Personenkreis informiert sich aber auch regelmäßig über französischsprachige belgische Rundfunkanstalten und Zeitungen. Die Möglichkeit des gleichzeitigen Rückgriffs auf deutsch- und französischsprachige Medien macht einen wichtigen Teil der kulturellen Identität aus.

## MEDIENZENTRUM UND NETZWERK DER BIBLIOTHEKEN

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es insgesamt 37 öffentliche Bibliotheken, das Medienzentrum inbegriffen. Sie sind zumeist in Schulen und Pfarrämtern untergebracht, werden ehrenamtlich betreut und sind auch an Wochenenden geöffnet. Der dort vorhandene Bestand belief sich im Jahre 2007 auf knapp 325.000 Bücher mit 211.000 Ausleihen, die sich wie folgt über die neun Gemeinden verteilen:

### BUCHBESTAND DER BIBLIOTHEKEN (2007)

	Bevölkerung 01.01.08	Anzahl Bibliotheken	Anzahl Medien	Anzahl Ausleihen	Bestand pro Kopf	Ausleihen pro Kopf	Anzahl Schüler 2007-2008
Amel	5.345	8	32.635	10.965	6,1	2,1	597
Büllingen	5.471	7	37.265	16.551	6,8	3,0	921
Burg-Reuland	3.948	2	10.751	3.994	2,7	1,0	435
Bütgenbach	5.610	4	31.130	22.416	5,5	4,0	649
Sankt Vith	9.242	7	47.240	40.186	5,1	4,3	3.062
Kanton St. Vith	29.616	28	159.021	94.112	5,4	3,2	5.664
Eupen	18.408	4	109.785	91.159	6,0	5,0	5.272
Kelmis	10.566	1	49.265	21.375	4,7	2,0	1.371
Lontzen	5.267	1	3.755	2.266	0,7	0,4	586
Raeren	10.312	3	18.243	28.750	1,8	2,8	980
Kanton Eupen	44.553	9	181.048	143.550	4,1	3,2	8.209
<b>DG</b>	<b>74.169</b>	<b>37</b>	<b>340.069</b>	<b>237.662</b>	<b>4,6</b>	<b>3,2</b>	<b>13.873</b>

Quelle: Eigenangaben der Bibliotheken 2007. Die Anzahl der Schüler werden indikativ aufgeführt, da Schüler in der Regel die Bibliotheken stärker nutzen.

Wie für die Sportvereine und für die Amateurkunstvereine erfolgt die Basisförderung der Bibliotheken ab 2009 ausschließlich durch die Gemeinden. Die Gemeinschaft finanziert das Medienzentrum als unterstützende Einrichtung für die Bibliotheken und gewährt weiterhin projektbezogene Förderungen. Als beratendes Gremium der Regierung in Bibliotheksfragen fungiert der Bibliotheksbeirat, in dem alle Bibliotheken vertreten sind. Daneben gibt es den Verband der deutschsprachigen Bibliotheken und Bibliothekare Belgiens, der in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum spezifische Weiterbildungen anbietet.

Das Medienzentrum bietet zahlreiche Dienstleistungen rund um das Thema Medien an und arbeitet eng mit den Bibliotheken zusammen. Es ist als Dienst mit getrennter Geschäftsführung der Abteilung Kulturelle Angelegenheiten des Ministeriums der DG zugeordnet. Die Dienstleistungen lassen sich in sieben Bereiche gliedern.

Das Medienzentrum fungiert als Zentralbibliothek der DG. Über 60.000 Printmedien können ausgeliehen werden. Romane, Sachbücher, Sekundärliteratur, Kinderbücher, Nachschlagewerke und Zeitschriften in deutscher Sprache werden regelmäßig aktualisiert. Außerdem sind die Bibliothèque Jean Nyssen mit Büchern in französischer Sprache, die Dr. A. Heymann Bibliothek mit Werken in niederländischer Sprache, die Jugendbuchbibliothek der Stadt Eupen sowie kleinere Bestände in englischer Sprache im Medienzentrum angesiedelt. Das Medienzentrum bietet ebenfalls Literatur in Großdruckformat an. Drei Internetplätze und das Angebot der Fernleihe erweitern die Recherchemöglichkeiten.

Das Medienzentrum ist ebenfalls Zentralmediathek. Mehr als 12.000 audio-visuelle Medien stehen den Kunden des Medienzentrums zur Verfügung. Das Angebot umfasst neben Video-Kassetten, DVDs, Hörbüchern und Hörkassetten auch eine Vielzahl an Medien speziell für Schulen und Institutionen. Kooperationsverträge mit dem Medienzentrum Aachen und der Mediathek der Französischen Gemeinschaft ermöglichen eine gezielte Fernleihe.

Das Team Medienpädagogik ist für die Planung und die Koordination der Medienanimation im Medienzentrum zuständig und unterstützt die übrigen Bibliotheken der Gemeinschaft. Für Schulen, Jugend- und Erwachsenenbildungsorganisationen sowie Menschen jeden Alters werden neben Beratung und Hilfestellung bei der Medienauswahl zahlreiche Veranstaltungen angeboten. So treffen sich Gruppen von Kindern und Jugendlichen regelmäßig zum kreativen Umgang mit den Medien. Das Projekt "Mit Büchern groß werden!" unterstützt Familien, ihren Kindern die Freude am Lesen näherzubringen. Lesepaten, die vom Medienzentrum angeworben, ausgebildet und betreut werden, helfen bei Leseförderungsmaßnahmen, die auch außerhalb des Medienzentrums durchgeführt werden. Internetrallyes, Lesenächte, Krimiwochen, Schreibwettbewerbe, Filmprojekte und vieles mehr runden die Liste der Aktivitäten im Bereich Medienkompetenzvermittlung ab.

Die Multimediawerkstatt ist Anlaufstelle für Fragen und Projekte rund um die Neuen Medien. Neben den klassischen Aufgaben, wie das Kopieren von privaten Beiträgen in hohen Stückzahlen oder die Hilfestellung zum selbstständigen Schneiden von Video-filmen auf unterschiedlichen Schnittsystemen, gehören auch Multimedia- oder Internetkurse für Einsteiger zu den Dienstleistungen der Multimediawerkstatt.

Das Medienzentrum bietet ebenfalls eine Materialausleihstelle in Eupen und St. Vith an. Vereine, Jugendgruppen oder Privatpersonen nutzen seit Jahren das umfangreiche Sortiment und die fachkundige Beratung der Mitarbeiter, um kleinere und größere Veranstaltungen professionell zu organisieren. Neben der Wartung und Aktualisierung des Materialbestandes findet eine kontinuierliche Anpassung an die Kundenbedürfnisse statt.

Die Konzepterarbeitung und die Realisierung von professionellen TV-Formaten, die als Fernsehsendung ausgestrahlt werden können, gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Medienzentrums. So wird die wöchentliche Talk-Sendung des BRF TV vom Medienzentrum unter der redaktionellen Verantwortung des BRF gestaltet. Zudem ist das Medienzentrum mit seinem Location-service Ansprechpartner für Anfragen von Filmschaffenden. Es vermittelt Drehorte in der DG und im französischsprachigen Landesteil, informiert über Möglichkeiten der Filmförderung in Belgien und unterstützt Filmproduzenten bei der Suche nach Komparsen, Hotels oder anderen Dienstleistern.

Mit seiner Medienagentur ist das Medienzentrum Bindeglied und Vermittler für Medienschaffende und -interessierte. Die Agentur sammelt Informationen, schafft Netzwerke und bietet Hilfestellung. Sie ist Anlaufstelle für Personen mit Anfragen und Konzepten im kreativen oder wirtschaftlichen Bereich rund um das Thema Medien. Die Agentur pflegt den sogenannten Medienatlas, eine internetgestützte Datenbank, in der alle Dienstleister im Medienbereich erfasst sind. Sie ist auch Ansprechpartner für alle Organisationen, Einrichtungen und Schulen in den Belangen der Medienkompetenzvermittlung. Eine Studie des Medienzentrums aus dem Jahre 2004 bildet die Basis für die ständige Verbesserung des Angebots in diesem Bereich.

Das Medienzentrum ist ebenfalls für die bibliothekarische Betreuung und technische Verwaltung des Verbundes MediaDG verantwortlich. Bei diesem Verbund handelt es sich um die Vernetzung von vier öffentlichen Bibliotheken mit zwei pädagogischen Mediotheken und fünf Schulmediotheken, davon eine in Rheinland-Pfalz. Die Bestände aller angeschlossenen Einrichtungen sind zentral katalogisiert, sodass die Online-Suche nach Medien von jedem Internetanschluss aus sowohl im Bestand jeder einzelnen Bibliothek oder Mediothek als auch im Gesamtbestand möglich ist. Dabei kann der Nutzer in Echtzeit den Standort jedes Mediums sowie seine Verfügbarkeit ablesen und die Bestellung vornehmen. Über einen wöchentlichen Kurierdienst werden die Medien zur ausgewählten Bibliothek oder Mediothek gebracht. Die angeschlossenen Einrichtungen verfügen über einen einheitlichen Nuterausweis sowie über eine gemeinsame Nutzerordnung mit einheitlichen Gebühren und Ausleihfristen. Im Verbund werden zurzeit mehr als 250.000 Medien angeboten. MediaDG ist Schnittstelle für die Ausleihe von Medien aus den Bibliotheken der Virtuellen Bibliothek Rheinland-Pfalz und für die Nutzung von EDMOND (Elektronische Distribution von Bildungsmedien on Demand) des Landschaftsverbandes Rheinland. Bei diesen Medien handelt es sich einerseits um Lehrmittel bekannter Herausgeber und andererseits um Schulfunk- und Schulfernsehsendungen oder Produktionen anderer Institutionen und Firmen, die im Unterricht einsetzbar sind.

## KINO

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es drei Kinos mit je einem Saal: das private Kino Scala in Büllingen sowie das Kino Corso in St. Vith und das Kino Cinema in Eupen, die vom Volksbildungswerk bzw. vom Kulturellen Komitee betrieben werden. Die Anzahl der Kinovorstellungen lag 2007 bei insgesamt 1.069, die Gesamtzahl der Besucher bei 57.328, wobei jedes der beiden Eifeler Kinos bei einer ungefähr gleichen Anzahl von Vorstellungen mehr als doppelt so viele Besucher hatte wie das Kino in Eupen. Dies mag durch die unmittelbare Nähe zu Aachen, Verviers und Lüttich begründet sein.

Das Angebot besteht in der Regel aus Mainstream-Filmen der großen Filmverleiher, Programm kino wird nicht angeboten. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass mit kleineren Filmverleihern häufig in jedem Einzelfall die Autorenrechtsfragen in zeit- aufwendigen Verhandlungen geklärt werden müssen, während große Filmverleiher für die meisten Filme europaweite Rechte besitzen. Allerdings müssen bei diesen Filmen auch für die deutschsprachigen Versionen die Daten der Filmstarts für Belgien berücksichtigt werden, was meistens dazu führt, dass bekannte Filme in benachbarten deutschen Städten längst angelaufen sind, bevor sie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gezeigt werden können. Die Zeitspanne zwischen den nationalen Filmstarts hat sich jedoch in den letzten Jahren verkürzt, da aufgrund der technischen Entwicklung der Zeitraum für die Erstverwertung von Filmen insgesamt kürzer geworden ist. Die Kinos werden im Rahmen einer Konvention durch einen Pauschalzuschuss aus dem Haushalt der Gemeinschaft gefördert.



## VERLAGSWESEN UND BUCHHANDLUNGEN

Der einzige Verlag in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit professionellen Vertriebsstrukturen ist der Grenz-Echo-Verlag. Schwerpunkt der Verlagstätigkeit ist die Region im weitesten Sinne. Das Angebot umfasst Bildbände zu Belgien und zum belgischen Königshaus, Bildbände zu Ostbelgien, Reiseführer zu regionalen Themen, regionalgeschichtliche Werke und Romane ostbelgischer Autoren. Die meisten Bücher erscheinen in deutscher Sprache, einige wenige in Französisch, Niederländisch oder Englisch.

Daneben gibt es einige kleinere Verlage, meist Eigenverlage, wie zum Beispiel den Lexis-Verlag mit geschichtlichen Publikationen oder die Edition Krautgarten, in dem die Autoren der gleichnamigen Literaturzeitschrift verlegt werden.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es sieben Buchhandlungen, die sich naturgemäß gegenüber einer starken Konkurrenz in den umliegenden Großstädten behaupten müssen.

## 3.6. KULTURERBE

### MUSEENLANDSCHAFT UND GESCHICHTSVEREINE

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es vier anerkannte Museen. Die Grundlage für die Anerkennung als Museum bildet die Erfüllung der musealen Grundaufgaben: Sammeln, Bewahren, Erforschen und Vermitteln.

Das Töpfermuseum Raeren ist in einer Wasserburg aus dem 14. Jahrhundert untergebracht und präsentiert einen kompletten Überblick über die Geschichte des Raerener Steinzeugs, das seine Blütezeit im 16. und 17. Jahrhundert erlebte. Das Raerener Steinzeug gehört seit 2007 zum europäisch anerkannten Kulturerbe. Darüber hinaus besitzt das Museum neben römischer Keramik vor allem historisches Steinzeug aus den rheinischen Produktionszentren sowie ostdeutsches Steinzeug. Eine Ausstellung veranschaulicht auf umfassende und wissenschaftliche Weise die wirtschaftliche und künstlerische Bedeutung des Töpferhandwerks in Raeren.

In Kelmis befindet sich das Göhlalmuseum, das in erster Linie Geschichte und Verfahren des Galmeiabbaus darstellt. Die Exponate gehen insbesondere auf die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Zinkverhüttung ein und runden die Informationen mit Illustrationen über die charakteristische Galmeiflora ab. Auch das Gebäude an sich ist in diesem Zusammenhang interessant, da es sich um eine typische Herrenvilla des beginnenden 20. Jahrhunderts handelt.

Eupen kannte im 17. und 18. Jahrhundert eine florierende Tuchindustrie, von der zahlreiche Patrizierhäuser im Stadtzentrum sowie Weber- und Färberateliers zeugen. Der Eupener Geschichts- und Museumsverein verfügt über Dokumentation und Ausstellungsmaterial, das im Museum selbst aus räumlichen Gründen nur teilweise ausgestellt werden kann. Das Eupener Stadtmuseum, das in einem Bürgerhaus aus dem 17. Jahrhundert untergebracht ist, beherbergt jedoch eine ansehnliche Sammlung aufschlussreicher Zeugnisse der Heimatgeschichte.

Auch das Museum Zwischen Venn und Schneifel in Sankt Vith widmet sich der Heimatgeschichte und gibt Einblick in Wohnkultur und Lebensgewohnheiten der vergangenen Jahrhunderte. Die Sammlung umfasst Mobiliar, Kleidung und Werkzeug aus Handwerk und Landwirtschaft. Weitere Bestandteile sind die sakrale Kunst, Blausteinkreuze, Takenplatten und archäologische Funde. Auf der ersten Etage befindet sich eine Ausstellung zur Geschichte der Eisenbahn im St. Vith Raum. Das Museum ist im ehemaligen Bahnhofsgebäude untergebracht. Zugänglich sind das Erd- und Kellergeschoss sowie ein Stockwerk. Zur Verfügung steht ebenfalls eine heimatgeschichtliche Bibliothek.

Neben den anerkannten Museen gibt es weitere heimatgeschichtliche Einrichtungen in der DG wie das etwa Wurzel- und Heimatmuseum Amel, die Dorfgeschichtliche Sammlung Lontzen und das Heimatmuseum Burg-Reuland mit einer Sammlung über den Dichter Paul Gérardy. Eng mit den Museen verbunden arbeiten die Geschichtsvereine in Eupen, Kelmis und Sankt Vith. Sie sehen es als ihren Auftrag, durch Vorträge, Ausstellungen und Veröffentlichungen das historische Wissen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sofern nicht die Museen diese Aufgabe direkt übernehmen.

Alle Museen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt werden möchten, müssen sich einer Einstufung stellen. Derzeit sind die strukturelle Orientierung der Museen der DG und die Qualität der dort geleisteten Arbeit unterschiedlich ausgeprägt, ebenso die Unterbringungsmöglichkeiten und die Präsentation der Sammlungen. Um der Heterogenität der Museumslandschaft Rechnung zu tragen, werden bei der Anerkennung drei Kategorien geschaffen. Pro Kategorie erhalten die anerkannten Museen eine Pauschale, die der Finanzierung der Funktionskosten dient. Zudem sind zusätzliche Fördermittel vorgesehen, deren Bewilligung und Höhe in einer Vereinbarung festgehalten werden und insbesondere in Verbindung mit Qualitätssteigerung und Personaleinsatz stehen. Darüber hinaus ist eine gesonderte Unterstützung für besondere Initiativen und Veröffentlichungen vorgesehen.

## STAATSARCHIV

Das Staatsarchiv in Eupen ist eine Einrichtung des Föderalstaates. Es verwaltet das Archivgut von öffentlichen und privaten Einrichtungen, die ihren Sitz im heutigen Gerichtsbezirk Eupen, dessen Territorium mit dem der Deutschsprachigen Gemeinschaft identisch ist, hatten, beziehungsweise noch haben. Wichtige Archivbildner waren vor 1796 vor allem die Schöffengerichte, Gemeinden, Notare und Pfarreien. Seit dem 19. Jahrhundert sind besonders die Gerichte, staatliche Verwaltungen, Gemeinden, Sozialhilfezentren und Kirchenfabriken sowie, seit 1984, die Regierung und das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Archivbildner hervorgetreten. Zu deren Archivgut kommen noch die Akten von über 100 privatrechtlichen Vereinigungen und Privatpersonen sowie eine Sammlung von Karten und Plänen. Die im Staatsarchiv in Eupen aufbewahrten Bestände reichen bis in das 14. Jh. zurück. Das Staatsarchiv in Eupen bewahrt auch das Historische Archivgut (16.-Mitte 20. Jh.) und die Zeitungssammlung (1827-heute) der Stadt Eupen auf.

Die historische Bibliothek im Staatsarchiv in Eupen zählt ca. 30.000 Bände unterschiedlicher Provenienz zur Regionalgeschichte, zu archivwissenschaftlichen, allgemein- und kirchengeschichtlichen Themen, zahlreiche Inventare, Quelleneditionen sowie eine umfangreiche Sammlung von Gesetzestexten vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Das Staatsarchiv arbeitet eng mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammen.

## DENKMAL- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

Ursprünglich gehörte der Denkmal- und Landschaftsschutz in Belgien zu den Kernkompetenzen der Gemeinschaften, wobei Landschaftsschutz hier nicht gleichbedeutend mit Naturschutz ist, sondern der ästhetische, historische oder kulturelle Wert im Vordergrund steht. Bei der Staatsreform im Jahr 1988 wurde er den Regionen zugeschlagen, und folglich war auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Wallonische Region für diesen Bereich zuständig. In Anwendung von Artikel 139 der Verfassung wurde die Zuständigkeit jedoch mit Wirkung vom 1. Januar 1994 an die Deutschsprachige Gemeinschaft rückübertragen. Seit diesem Zeitpunkt waren die wallonischen Regelungen auf dem Stand vom 31. Dezember 1993 im deutschen Sprachgebiet gültig.

Seit dem 1. Januar 2009 findet eine eigene Gesetzgebung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Denkmalschutzdekret, Anwendung. Dass die Eigenständigkeit in diesem Bereich erst so spät ihren gesetzlichen Niederschlag fand, liegt daran, dass die Verfahren zum Erhalt einer Genehmigung für Veränderungsarbeiten an einem geschützten Denkmal sich mit städtebaulichen Zuständigkeiten der Wallonischen Region überschneiden und dass wechselnde Regierungen in



der Deutschsprachigen Gemeinschaft lange Zeit versucht haben, durch ein Zusammenarbeitsabkommen einen doppelten Verfahrensweg für die Bürger zu vermeiden, jedoch ohne Erfolg.

Das Denkmalschutzdekret regelt unter anderem die Unterschutzstellung von Denkmälern und Landschaften, legt das Verfahren zum Erhalt der Denkmalgenehmigung im Falle von Veränderungsarbeiten fest und sieht die Zuschüsse bei Arbeiten an geschützten Objekten vor. Diese Zuschüsse können sowohl von öffentlichen als auch privaten Eigentümern beantragt werden, wobei für Privatpersonen ein vereinfachtes Verfahren vorgesehen ist. Auch Arbeiten an Kleindenkmälern können von der Gemeinschaft bezuschusst werden. Hierbei handelt es sich um kleine gebaute Elemente, die das Lebensumfeld prägen, bei der lokalen Bevölkerung als Bezugspunkt dienen oder zum Zugehörigkeitsgefühl beitragen und nicht unter Denkmalschutz stehen. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind 190 Objekte als Denkmal oder Landschaft geschützt.

## ARCHÄOLOGIE

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über ein reiches archäologisches Potenzial. Die Besiedlung begann früh, wie vereinzelte Funde aus der Steinzeit belegen. Häufiger aber sind die Spuren aus vorrömischer und römischer Zeit, vor allem im St. Vither Land. Aus dem Mittelalter haben Norden wie Süden einiges zu bieten.

Hier finden sich zahlreiche interessante Zeugnisse der Besiedlung, und das obwohl die Gegend stets Grenz- und damit eher Durchgangsgebiet war. Viele der archäologischen Stätten sind durch Funde oder Grabungen im 19. Jahrhundert bekannt, aber nur wenige wurden ernsthaft wissenschaftlich untersucht. Das archäologische Potenzial ist für jede der neun Gemeinden ausführlich dokumentiert.

Die Zuständigkeit für archäologische Ausgrabungen wurde der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Wirkung zum 1. Januar 2005 von der Wallonischen Region übertragen. Seitdem arbeitet im Ministerium der DG ein Grabungsdienst mit drei Mitarbeitern, der systematische Grabungen durchführt und dokumentiert. Neben einigen Rettungsgrabungen wurden bisher vor allem Grabungen an einer Töpferwerkstatt in Raeren und an Hügelgräbern im Süden der Gemeinschaft durchgeführt.

### 3.7. KULTUR- UND SPORTINFRASTRUKTUR

Die deutschsprachigen Gemeinden verfügen über eine sehr vielfältige Kultur- und Sportinfrastruktur, deren Aufbau und Unterhalt von der Gemeinschaft zu sechzig Prozent bezuschusst wird. Eigentümer der Infrastrukturen sind entweder die Gemeinden selbst oder Kultur- und Sportvereine. Häufig gibt es Mischformen, bei denen die Gemeinde Eigentümerin ist, die Verwaltung der Infrastruktur jedoch einem oder mehreren Vereinen überträgt. Wie in den übrigen Bereichen der Gemeinschaftspolitik erfolgt die Bezuschussung über den Infrastrukturplan der Regierung, der für drei oder fünf Jahre festgelegt und jährlich angepasst wird. Festlegung und jährliche Anpassung erfolgen in enger Absprache mit den Gemeinden.

Im Jahr 1997 ließ das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Erhebung der bis zu diesem Zeitpunkt bezuschussten Infrastrukturen durchführen. Auf der Grundlage dieser Erhebung und der Infrastrukturpläne 1999 bis 2009 konnte folgende Darstellung der Kultur- und Sportinfrastruktur in den Gemeinden erstellt werden:

#### KULTUR- UND SPORTINFRASTRUKTUR (2008)

Gemeinde	Vereinslokal	Mehrzweckhalle	Festhalle	Sporthalle	Schützenlokal	Fussballanlage	Schwimmbad	Tennisplatz	Verschiedenes	Total
Amel	9	1	1	1	5	2	0	0	1	20
Büllingen	7	0	1	4	3	3	0	0	1	19
Burg-Reuland	10	0	1	1	0	2	0	0	0	14
Bütgenbach	5	3	1	3	1	4	1	1	4	23
Sankt Vith	8	1	2	4	3	3	2	1	3	27
Kanton St. Vith	39	5	6	13	12	14	3	2	9	103
Eupen	2	1	4	5	5	5	2	1	10	35
Kelmis	0	0	2	2	3	2	1	1	2	13
Lontzen	2	1	1	0	1	2	0	0	0	7
Raeren	0	1	1	3	3	2	0	1	4	15
Kanton Eupen	4	3	8	10	12	11	3	3	16	70
<b>DG</b>	<b>43</b>	<b>8</b>	<b>14</b>	<b>23</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>25</b>	<b>173</b>

Quelle: Ministerium der DG 2009

Die hier angegebenen Zahlen stellen Größenordnungen dar und bilden in Einzelfällen nur einen Teil der Realität ab. Zum einen handelt es sich nur um die bezuschussten Infrastrukturen von Gemeinden oder Vereinen und um Infrastrukturen der Gemeinschaft. Daneben gibt es eine Reihe privater Lokale und Säle, die in dieser Aufstellung nicht vorkommen. Zum anderen werden viele Infrastrukturen polyvalent genutzt, sodass eine eindeutige Zuordnung zu den einzelnen Rubriken manchmal schwierig ist. Hinzu kommt, dass häufig die Schulen, insbesondere die Sporthallen, den Vereinen außerhalb der Schulzeit zur Verfügung gestellt werden. Dennoch gibt diese Tabelle einen guten Gesamteindruck der vorhandenen Infrastruktur. In der Rubrik Verschiedenes werden unter anderem Reithallen, Skizentren, Kinos und Museen erfasst. Auffallend ist die hohe Anzahl an Vereins- und Schützenlokalen, die natürlich der Vereinsstruktur entspricht.

Im Jahr 2009 wird in St. Vith das Kultur-, Konferenz- und Messezentrum Triangel fertig gestellt, das durch eine Autonome Gemeinderegierung verwaltet wird. Das Zentrum verfügt über zwei Veranstaltungssäle, ein großes Foyer sowie Probe- und Konferenz-

räume. Angegliedert sind das Jugendinformationszentrum, eine Bibliothek sowie Studios des Belgischen Rundfunks. Das Triangel gilt als regionales Kulturzentrum, sodass die Baukosten zu 75 Prozent von der Gemeinschaft bezuschusst werden. Im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages wird die Gemeinschaft sich ebenfalls an den Betriebs- und Personalkosten für die kulturellen Tätigkeiten des Zentrums beteiligen. Von diesem Zentrum werden wichtige Impulse für das kulturelle Leben über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus erwartet.

In Eupen ist das regionale Kulturzentrum Nord in Planung, das bestehende Saalinfrastrukturen und den renovierten Alten Schlachthof in Nähe des Stadtzentrums umfassen wird. Hier wird die Gemeinschaft sich, ähnlich wie in St. Vith, an den Baukosten sowie an den Betriebs- und Personalkosten beteiligen.

### 3.8. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Aus der vorliegenden Situationsanalyse sowie den Expertengesprächen und Foren ergibt sich folgende SWOT-Analyse für den Bereich Kultur und kulturelle Identität.



4



**BILDUNG UND AUSBILDUNG**

Die Zuständigkeit für Unterricht und Ausbildung ist ein zentraler Bestandteil der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie stellt darüber hinaus einen wichtigen Hebel für die regionale Entwicklung und die Qualität des Standortes DG dar.

## 4.1. GRUNDZÜGE DES UNTERRICHTSWESENS

Die nachfolgende Darstellung des Unterrichtssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist im Wesentlichen dem dritten Band der Schriftenreihe des Ministeriums der DG "Unterricht und Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens" entnommen.

### SCHULNETZE

Die Deutschsprachige Gemeinschaft unterscheidet drei Schulnetze: das freie subventionierte Unterrichtswesen (FSUW), das offizielle subventionierte Unterrichtswesen (OSUW) und das Gemeinschaftsunterrichtswesen (GUW).

Bei den Schulen des freien subventionierten Unterrichtswesens handelt es sich um katholische Schulen, die von der VoG Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert und von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden. Andere private Schulträger gibt es in der DG zurzeit nicht. Bei den Schulen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens geht es um öffentlich-rechtliche Schulen, die von den Gemeinden organisiert und von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden. Die Schulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens werden von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert und finanziert.

Die Autonome Hochschule (AHS) ist eine offizielle subventionierte Unterrichtseinrichtung in gemeinsamer Trägerschaft der Gemeinschaft und des katholischen Schulträgers.

### SCHULFORMEN UND LEHRINHALTE

Die Mehrheit der Kinder in der DG verbringt zunächst drei Jahre im Kindergarten, anschließend sechs Jahre in der Primarschule und besucht dann die Sekundarschule. Nach der zweijährigen Beobachtungsstufe im Sekundarschulunterricht können verschiedene Schwerpunkte und Spezialisierungen im allgemeinbildenden, technischen oder berufsbildenden Unterricht gewählt werden.

Der allgemeinbildende Unterricht soll Schülern eine breite Allgemeinbildung vermitteln und ihnen verschiedene Studienrichtungen offen halten. Zur Grundausbildung gehören die Fächer Deutsch, Französisch, Mathematik, Sport, Ethik oder Religion, Geschichte und Erdkunde. Mit Wahlfächern werden weitere inhaltliche Schwerpunkte gelegt, wobei die späteren Studienmöglichkeiten offen bleiben. Die angebotenen Schwerpunkte der Sekundarschulen in der DG umfassen insgesamt 25 Bereiche, darunter unter anderem Wirtschaft, Naturwissenschaften, Informatik, Umwelt oder Sprachen.

Der technische Unterricht bereitet Schüler auf ein Studium oder den Berufseinstieg in bestimmte Fachrichtungen vor. Er gliedert sich entsprechend in Übergangsunterricht und Befähigungsunterricht. Im technischen Übergangsunterricht werden insgesamt fünf Spezialisierungsbereiche angeboten, so zum Beispiel angewandte Wirtschaftswissenschaften, Humanwissenschaften oder Elektromechanik. Der technische Befähigungsunterricht richtet sich an Schüler, die am Ende der Sekundarschule einen

Beruf ausüben wollen. Die Sekundarschulen der DG bieten dabei einen gewerblich-technischen Unterricht mit insgesamt 24 Spezialisierungsbereichen an. Hierzu gehören Sprachen in Kombination mit Mediengestaltung, Sekretariat, öffentliche Beziehungen oder Touristik, angewandte Kunst und Grafik, Mechanik oder Holz/Schreinerei.

Der berufsbildende Unterricht zielt prioritär auf den Einstieg ins Berufsleben nach Abschluss der Sekundarschule ab. Die fünf Sekundarschulen mit berufsbildenden Abteilungen bieten insgesamt 28 verschiedene Fachrichtungen an. Darunter sind unter anderem Verkauf und Bekleidung, Bürowesen, Gastronomie/Hotellerie, Landwirtschaft oder Zerspannungsmechanik. Um im berufsbildenden Unterricht die Hochschulreife zu erlangen, muss ein 7. Unterrichtsjahr erfolgreich absolviert werden.

Darüber hinaus können die Jugendlichen nach der Beobachtungsstufe auch eine duale Ausbildung in Form einer Lehre oder im Teilzeitunterricht wählen. Das System der Lehre wird im Absatz über die mittelständische Ausbildung näher erläutert.

Neben den genannten Regelschulen gibt es die Förderschulen für Schüler mit erheblichen Lernschwierigkeiten bzw. mit Behinderungen. Es gibt vier Förderprimarschulen und eine Fördersekundarschule. Kindergartenklassen werden nach Bedarf in die Förderprimarschulen integriert. Darüber hinaus können Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf über Projekte eine Regelschule besuchen.

An der Autonomen Hochschule der DG werden Kindergärtner, Primarschullehrer und Krankenpfleger auf Bachelor-Niveau ausgebildet. Um anderen Studiengängen zu folgen, müssen die Abiturienten sich außerhalb der DG in Belgien oder ins Ausland orientieren.

### STRUKTUR DES UNTERRICHTSWESENS



Quelle: Ministerium der DG 2008

## SCHULEN UND SCHÜLERZAHLEN

Im Schuljahr 2007-2008 besuchten 13.873 Schüler eine Schule in der DG: rund 17 Prozent den Kindergarten, 41 Prozent die Primarschule und 39 Prozent die Sekundarschule im Regelschulwesen. Die restlichen drei Prozent verteilen sich auf den Teilzeitunterricht, das Förderschulwesen und die Hochschule.

### VERTEILUNG DER SCHÜLER (2007/2008)

	Kinder- garten	Primar- schule	Sekundar- schule	Förder- schule	Hoch- schule	Teilzeit- unterricht	Total
Amel	196	401	0	0	0	0	597
Büllingen	186	445	290	0	0	0	921
Burg-Reuland	131	304	0	0	0	0	435
Bütgenbach	186	437	0	26	0	0	649
Sankt Vith	296	760	1.950	44	0	12	3.062
Kanton St. Vith	995	2.347	2.240	70	0	12	5.664
Eupen	592	1.520	2.793	196	151	20	5.272
Kelmis	321	718	332	0	0	0	1.371
Lontzen	165	421	0	0	0	0	586
Raeren	318	662	0	0	0	0	980
Kanton Eupen	1.396	3.321	3.125	196	151	20	8.209
<b>DG</b>	<b>2.391</b>	<b>5.668</b>	<b>5.365</b>	<b>266</b>	<b>151</b>	<b>32</b>	<b>13.873</b>

Quelle: Ministerium der DG 2009



Ende 2007 betrug die Zahl der voll- bzw. teilzeitbeschäftigten Lehrer 1.847 Personen, was einer Relation von rund sieben Schülern pro Lehrer entspricht. Dieses sehr gute Verhältnis muss jedoch leicht relativiert werden, da in der Zahl der Lehrer die Teilzeitbeschäftigten gleichermaßen eingerechnet sind.

Eine Betrachtung der Schulgrößen zeigt eine Struktur mit einer Vielzahl von kleinen Schuleinheiten im Primarschulbereich. Im Schuljahr 2007-2008 gab es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 62 Niederlassungen von Primarschulen. Die Schülerzahlen schwanken zwischen Extremwerten von minimal 12 Schülern und maximal 517 Schülern in einer Schule. 17 Primarschulen haben weniger als 50 Schüler. Die Verteilung der Schüler auf die Primarschulen der verschiedenen Gemeinden entspricht in etwa der Verteilung der Bevölkerung. Eupen liegt hierbei etwas über dem Bevölkerungsanteil. Kelmis und Raeren liegen etwas darunter, da hier viele deutsche Kinder wohnen, die in eine deutsche Schule gehen.

In den neun Sekundarschulen sind 5.365 Jugendliche eingeschrieben. Sie sind auf vier Gemeinden verteilt, wobei Eupen und St. Vith die höchsten Anteile haben. Die Schülerzahlen pro Schule liegen zwischen 290 und 1.215 Schülern.

## PSYCHO-MEDIZINISCHE-SOZIALE ZENTREN (PMS-ZENTREN)

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es drei PMS-Zentren, eines für die freien subventionierten Schulen, eines für die Gemeinschaftsschulen und eines für die Gemeindeschulen. Die PMS-Zentren bieten Schülern, Eltern und Lehrern verschiedene Dienstleistungen an. Hierzu gehören u. a. Beratungen zum Schulübergang, zu schulischen und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten, zur Integration von Schülern mit Behinderungen und zur Gesundheitsförderung. Auf spezielle Anfrage bieten PMS-Zentren auch Unterstützung bei Erziehungsfragen, Lernschwierigkeiten und kritischen Lebenssituationen. Sie führen spezifische Untersuchungen z. B. der Schulreife, Intelligenz, Interessen und Fähigkeiten durch und erstellen Gutachten für den Förderschul- und Integrationsunterricht.

## SPRACHENUNTERRICHT

In Belgien ist die Unterrichtssprache prinzipiell die des Sprachgebiets. Dementsprechend ist Deutsch die Unterrichtssprache in allen Schulen der DG, außer in den Grundschulen, die zum Schutz der französischsprachigen Minderheit in der DG eingerichtet worden sind. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist gesetzlich festgelegt, dass die erste Fremdsprache Französisch und an den französischsprachigen Primarschulen Deutsch ist.

Die Vermittlung der ersten Fremdsprache setzt bereits ab der Vorschule mit täglichen Aktivitäten in einem Gesamtumfang von mindestens 50 Minuten pro Woche ein. Ab dem ersten Unterrichtsjahr in der Primarschule ist die erste Fremdsprache Pflichtfach in einem Umfang von mindestens zwei Stunden wöchentlich. Der Umfang steigert sich bis zur sechsten Klasse auf mindestens fünf Stunden. Im Vergleich zu anderen Ländern ist dies als Stärke der DG anzusehen, da hier sehr früh mit dem Fremdsprachenunterricht begonnen wird.

In der Sekundarschule umfasst der Unterricht der ersten Fremdsprache mit mindestens vier Wochenstunden im allgemeinbildenden und drei im technischen Unterricht in etwa die gleiche Wochenstundenzahl wie der Muttersprachenunterricht. In einigen Sekundarschulen wird die Möglichkeit geboten, dass bis zu 50 Prozent des Fachunterrichts in französischer Sprache erteilt werden darf. In der ersten Stufe des Sekundarunterrichts kann der Prozentsatz auf 65 Prozent steigen, um den Schülern aus den französischsprachigen Primarschulen der DG den Übergang zu erleichtern.

## MEDIENKOMPETENZ

Auf der Grundlage einer Erhebung über den Zustand der Schulbibliotheken und eines anschließenden Memorandums der Leiter der Sekundarschulen beschloss die Regierung im Jahr 2000, alle Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die heutige Autonome Hochschule mit neuen Mediotheken nach einem einheitlichen Konzept auszustatten mit dem Ziel, in jeder Schule ein Wissens- und Kommunikationszentrum bereitzustellen, die Informations- und insbesondere die Lesekompetenz der Schüler zu verbessern und neue Unterrichtsformen zu unterstützen.



Mittlerweile konnten zwei pädagogische Mediotheken und vier Mediotheken an Sekundarschulen eingerichtet werden. An vier weiteren Sekundarschulen sind die infrastrukturellen Voraussetzungen noch nicht gegeben, so dass dort Übergangsmediotheken geschaffen wurden. Im Rahmen eines grenzüberschreitenden Förderprojektes wurde auch ein Gymnasium in Prüm (Rheinland-Pfalz) mit einer Mediothek bestückt. Der Bau der Mediotheken sowie die Ausstattung mit Mobiliar, Computern und dem Erstbestand werden von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert. Die Gemeinschaft beteiligt sich ebenfalls an den Betriebskosten und der Bestandserneuerung und stellt für jeden Standort eine Lehrkraft als Mediothekar zur Verfügung.

Zusammen mit vier öffentlichen Bibliotheken sind die Mediotheken im Verbund MediaDG zusammengeschlossen, so dass alle Medien in einem virtuellen Katalog jederzeit online recherchiert und ausgeliehen werden können.

Das Investitionsprogramm wird in den nächsten Jahren fortgeführt. Parallel dazu wird an einem angepassten Konzept für Primarschulen gearbeitet.

## SCHULINFRASTRUKTUR

Die Kosten für Schulbau und Schulausstattung werden von der Gemeinschaft zu 80 Prozent bezuschusst. Wie in den anderen Zuständigkeiten der Gemeinschaft erfolgt die Förderung über den Infrastrukturplan der Regierung.

Eine Analyse der Infrastrukturpläne 1999 bis 2008 zeigt, dass die Schulträger und die Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren 50 Millionen Euro in den Schulbau investiert haben. Beginn 2009 sind noch Projekte für insgesamt 15 Millionen Euro vorgesehen. Der Registrierungskatalog, der alle beantragten und noch nicht zugesagten Infrastrukturprojekte enthält, weist im Schulbereich insgesamt zwei Projekte auf.

Ein wichtiges Infrastrukturprojekt der kommenden Jahre ist sicher der Neubau und die Sanierung von insgesamt sieben Schulen an drei Standorten in Eupen im Rahmen eines sogenannten Public Private Partnership (PPP). In einem europaweiten Ausschreibungsverfahren sucht die Gemeinschaft einen privaten Partner, der bis Ende 2012 die gesamten Bau- und Sanierungsarbeiten durchführt und im Anschluss daran den Unterhalt und die Reinigung der Schulen gewährleistet. Die Gesamtinvestition dürfte bei mehr als 100 Millionen Euro liegen. Besonderer Nachdruck wird bei diesem Projekt auf die Energieeffizienz gelegt.

Parallel dazu werden weitere Schulsanierungen in den übrigen Netzen und in den übrigen Gemeinden in den kommenden Jahren auf klassische Weise finanziert.

## 4.2. AUSBILDUNGSNIVEAU DER BEVÖLKERUNG

Die Qualifikation der aktiven Bevölkerung ist ein wichtiges Kriterium bei der Ansiedlung von Unternehmen. Auf Basis der Volkszählung von 2001 wurden Daten zum Ausbildungsniveau der Bevölkerung erhoben und ausgewertet. Zu berücksichtigen ist, dass bei dieser Erhebung unter dem Begriff "Abitur" Personen mit abgeschlossener Lehre dem beruflichen Abitur und Meisterabsolventen dem allgemeinbildenden Abitur zugerechnet wurden.

Die Auswertung für die 15-64-Jährigen zeigt, dass 2001 die Bevölkerung in der DG geringer qualifiziert war als in den anderen Regionen Belgiens: Der Anteil der Personen, die lediglich über einen Primarschulabschluss verfügen, fällt mit 18 Prozent höher als im Landesdurchschnitt aus und der Anteil der Personen, die über einen Hochschul- oder Universitätsabschluss verfügen, liegt mit 18 Prozent deutlich darunter.

### AUSBILDUNGSNIVEAU DER BEVÖLKERUNG VON 15-64 JAHREN (2001)

	Primar- schule	Mittlere Reife	Abitur	Hochschule Universität	Unbekannt	Gesamt
<b>DG</b>	18%	27%	23%	18%	14%	100%
Brüssel	12%	22%	24%	35%	7%	100%
Flandern	15%	23%	31%	25%	5%	100%
Wallonie	14%	27%	28%	24%	7%	100%
<b>Belgien</b>	15%	25%	30%	25%	6%	100%

Quelle: Standortanalyse der DG 2007

Werden die Daten der DG weiter nach Altersgruppen differenziert, so zeichnet sich ab, dass die jüngeren Bevölkerungsgruppen bessere Werte erzielen. So liegt der Anteil der 25-34-Jährigen, die nur Primarschulabschluss haben, bei nur noch 4,1 Prozent und der Anteil der Hochqualifizierten mit Hochschulabschluss beträgt 26,9 Prozent.

Betrachtet man das Ausbildungsniveau der Beschäftigten, so spielt auch hier der Anteil ohne Abitur mit insgesamt 42,1 Prozent eine vergleichsweise große Rolle. Gleichzeitig zeigt die weitere Differenzierung der Abschlüsse auch positive Tendenzen, wie beim allgemeinbildenden Abitur, das mit 10,5 Prozent, oder bei Hochschulabschlüssen, die mit einem Prozent über dem belgischen Durchschnitt liegen.

Um die jüngsten Entwicklungen beurteilen zu können, wären Erhebungen zur Entwicklung der Abitur-, Lehre- und Hochschulabschlüsse sowie Vergleichsdaten mit anderen Regionen aus den letzten fünf Jahren aufschlussreich.

## AUSBILDUNGSNIVEAU DER BESCHÄFTIGTEN (2001)

	DG	Belgien	Flandern	Wallonie	Brüssel	
1=Primarschule	2.818	9,7%	5,8%	5,7%	6,1%	6,4%
18=kein Diplom	1.176	4,0%	1,9%	1,7%	1,9%	3,0%
<b>A</b> 2=Mittlere Reife - beruflich	2.778	9,6%	8,9%	8,8%	9,7%	6,0%
3=Mittlere Reife - technisch	1.948	6,7%	6,7%	6,9%	7,2%	3,8%
4=Mittlere Reife (allg.+Kunst)	3.518	12,1%	5,5%	4,6%	6,7%	7,6%
5=berufl. Abitur oder Lehre	2.719	9,4%	10,3%	11,3%	9,4%	5,8%
6=techn. Abitur	1.926	6,6%	12,7%	14,1%	11,6%	6,1%
<b>B</b> 7=allg. oder Kunst-Abitur	3.062	10,5%	9,6%	9,5%	9,6%	10,9%
8=7.Jahr, Meister, berufl. Zusatzstufe	498	1,7%	2,3%	2,5%	1,9%	1,8%
9=Hochschule	286	1,0%	0,7%	0,7%	0,7%	1,6%
10=Hochschule nicht universitär	3.691	12,7%	19,9%	19,8%	20,6%	17,8%
<b>C</b> 11=Universität 1.Zyklus	232	0,8%	1,0%	0,9%	0,9%	2,1%
12=Universität 2.Zyklus	2.372	8,2%	12,1%	11,3%	10,7%	22,9%
13=Doktorat	137	0,5%	0,7%	0,6%	0,7%	1,8%
19=keine Antwort	1.911	6,6%	1,9%	1,7%	2,2%	2,6%
<b>Total</b>	<b>29.072</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
=A ohne Abitur	12.238	45,1%	29,3%	28,1%	32,3%	27,4%
=B Abitur o. Lehre/Meister	8.205	30,2%	35,6%	38,0%	33,2%	25,2%
=C Hochschule/Universität	6.718	24,7%	35,1%	33,8%	34,4%	47,4%
<b>Total beantwortet</b>	<b>27.161</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Quelle: Standortanalyse der DG 2007

## 4.3. PROBLEMFELDER DER SCHULISCHEN BILDUNG

### SCHWÄCHEN IN DEN GRUNDFERTIGKEITEN

Die IGLU-Studie ist eine internationale Grundschul-Leseuntersuchung, an der 2007 erstmals alle deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler der 4. Jahrsstufe in der DG teilnahmen. Die Studie zeigt, dass die Schwächen in den Grundfertigkeiten zu hoch sind, was darüber hinaus durch das Feedback von Unternehmern in der DG bestätigt wird. Im Vergleich der drei belgischen Gemeinschaften liegt die Deutschsprachige Gemeinschaft bei der Lesekompetenz auf der Gesamtskala zwischen den beiden anderen Gemeinschaften. Die Flämische Gemeinschaft schneidet signifikant besser ab und die Französische Gemeinschaft liegt signifikant hinter der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Substanzielle Unterschiede zwischen den drei Gemeinschaften zeigen sich auch hinsichtlich des Anteils von "Risikokindern", d.h. Kindern, die besonders leistungsschwach sind. Dieser beträgt in der Flämischen Gemeinschaft 10,2 Prozent, in der DG 16,4 Prozent und in der Französischen Gemeinschaft 34,4 Prozent.

Schüler mit Migrationshintergrund verfügen im Vergleich sowohl in der Flämischen als auch in der Französischen Gemeinschaft über eine geringere Lesekompetenz. In der DG ist dieser Zusammenhang in der IGLU-Studie jedoch nicht feststellbar (vgl. Bos, W. u.a.: IGLU Belgien).

Mit der PISA-Studie wurden in den Jahren 2000, 2003 und 2006 die Leistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in den Bereichen Leseverständnis, Mathematik, Naturwissenschaften und Problemlösen getestet.

## LEISTUNGEN VON 15-JÄHRIGEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN (2000 UND 2003)

Land/Region	Mathematik		Naturwissenschaften		Lesekompetenz		Problemlösen	
	2000	2003	2000	2003	2000	2003	2000	2003
Flandern	108,6	110,6	103,8	105,8	106,4	107,3		109,4
DG	103,6	103,0	101,0	98,4	101,4	101,0		102,8
OECD	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		100,0
Franz. Gem.	98,2	99,6	93,4	96,6	95,2	96,6		99,2
Belgien		105,8		101,8		102,6		105,0
Deutschland	98,0	100,6	97,4	100,4	96,8	99,4		102,6
Frankreich	103,4	102,2	100,0	102,2	101,0	100,4		103,8
Niederlande		107,6		104,8		103,8		104,0
Luxemburg	89,2	98,6	88,6	96,6	88,2	97,0		98,8

Quelle: Standortanalyse der DG 2007

## KOMPETENZSTUFEN DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER (2003)

Land/Region	Mathematik		Naturwissenschaften	Lesekompetenz		Problemlösen	
	K 1-2	K 5-6	Streuung P5/P95 <sup>18</sup>	K 1-2	K 5-6	K 1-2	K 5-6
2003							
Flandern	12	34	326	12	46	9	36
Franz. Gem.	23	17	349	25	27	19	18
DG	17	19	325	20	33	15	23
Deutschland	21	16	365	22	32	14	22
OECD	21	15	344	19	30	19	18

Quelle: Standortanalyse der DG 2007

## ERGEBNISÜBERSICHT PISA-STUDIE - KOMPETENZSTUFEN (2008)

Welche Kompetenzstufen (in %) erreichen die 15-jährigen Schüler in Naturwissenschaft

Stufen	< 1.Stufe	1.Stufe	2.Stufe	3.Stufe	4.Stufe	5.Stufe	6.Stufe
Fläm. Gem.	2,7	8,9	18,4	28,8	28,9	11,2	1,1
Franz. Gem.	7,7	16,5	23,9	26,1	18,7	6,3	0,8
DG	3,1	12,4	21,2	28,1	23,4	10,5	1,4
Deutschland	4,1	11,3	21,4	27,9	23,6	10,0	1,8
Finnland	0,5	3,6	13,6	29,1	32,2	17,0	3,9
OECD	5,2	14,1	24,0	27,4	20,3	7,7	1,3

Quelle: Ministerium der DG 2008

In allen Bereichen, außer Naturwissenschaften, lagen die Ergebnisse der DG im Jahr 2003 über dem OECD-Durchschnitt, jedoch unter denen von Flandern. 2006 konnte eine Verbesserung im Bereich der Naturwissenschaften erreicht werden, wo die DG nun über dem Wert der OECD, jedoch nach wie vor unter dem von Flandern liegt. Die anderen Bereiche zeigten im Vergleich zu 2003 keine signifikanten Unterschiede.

Betrachtet man die Extremwerte – d.h. Schüler, die das Elementarniveau Stufe 1 und 2 nicht erreichen, und Schüler die mit Stufe 5 und 6 auf sehr hohem Niveau liegen, so zeigt die PISA-Studie von 2003, dass die DG mit Ausnahme der Lesekompetenz wiederum leicht besser als der OECD-Durchschnitt, aber deutlich schlechter als Flandern abschneidet.

In Naturwissenschaften wurde die Streuung mit der durchschnittlichen Punktezahlgemessen, die zwischen fünf Prozent der schlechtesten Schüler und den fünf Prozent der besten Schüler liegt.

PISA 2006 erfasst die Kompetenzstufen im Bereich Naturwissenschaften. Auch hier zeigt sich, dass die DG im Bereich der niedrigen Kompetenzstufen unterhalb des OECD-Wertes bleibt und in den höchsten Kompetenzstufen bessere Werte als der OECD-Schnitt aufweist. Im Vergleich erreicht Flandern wiederum bessere Ergebnisse. Darüber hinaus zeigt sich, dass innerhalb der verschiedenen Schulen der DG bei gleichem Klassenniveau eine relativ hohe Streuung der Kompetenzen erreicht wird.



## ZU FRÜHE SELEKTION – SCHULRÜCKSTÄNDE – UMGANG MIT VERHALTENS AUFFÄLLIGKEITEN

Der Übergang von der Vorschule in die Primarschule sowie von der Primarschule zur Sekundarschule führt zu einer frühen Selektion von Schülern mit Lernschwierigkeiten. In der Konsequenz kommt es zu einem hohen Anteil an Wiederholern und Schulversagern.

Laut PISA-Studie 2006 hat sich mit 42 Prozent der Anteil der Schulrückstände, d.h. der Klassenwiederholer, in der DG im Vergleich zu den Vorstudien verbessert. Dennoch liegt er immer noch weit höher als der von Flandern mit 23 Prozent.

Im Schuljahr 2006-2007 wiesen in der Primarschule rund 26 Prozent der Kinder einen Schulrückstand auf. Klammert man Sonderfälle aus, wie zum Beispiel die absichtliche spätere Einschulung, so zeigt sich, dass 16 Prozent der Kinder in der Primarschule ein Jahr Rückstand hatten, und zwei Prozent der Schüler einen Rückstand von zwei Jahren (vgl. Bos, W. u.a.: IGLU Belgien).

Hinzu kommt ein weiteres Problem, das häufig zu Schulversagen und unzureichender Förderung führt: Verhaltensauffälligkeiten und spezielle Lernschwierigkeiten (ADHS, Diskalkulie, Legasthenie usw.) werden oftmals nicht erkannt bzw. es mangelt vielfach an fachlicher Kompetenz, um die Probleme frühzeitig zu erkennen und professionell damit umzugehen.

## BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Die Bildungsgerechtigkeit wird von den Verantwortlichen für das Unterrichtswesen als wichtige Aufgabe eingestuft. Hier wurden bereits erste Fortschritte erzielt : Während die DG bei PISA 2003 noch unter dem OECD-Durchschnitt lag, belegt sie bei der PISA-Studie 2006 Platz zwei hinter Finnland und gehört damit zu den Ländern, in denen die sozio-ökonomische Herkunft einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das Bildungsniveau hat.

## LEHRERMANGEL

Die Zahl der Lehrer, die auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, ist kritisch zu sehen. Zum einen wirkt der Lehrerberuf nicht attraktiv genug, so dass es Nachwuchsprobleme gibt. Ausgebildete Lehrkräfte werden oftmals von Wirtschaftsbetrieben abgeworben, die bessere Gehälter zahlen. Zum anderen wirkt sich die Alterspyramide auch hier mehr und mehr negativ aus, da in absehbarer Zeit viele Lehrer ins Pensionsalter kommen werden. Mangel zeichnet sich vor allem in Naturwissenschaften, Sprachen und Wirtschaftsfächern bei Lehrern der Sekundarschulen ab. In den Primarschulen zeigt sich das Problem, wenn im Laufe des Schuljahres Lehrpersonal ausfällt und ersetzt werden muss.

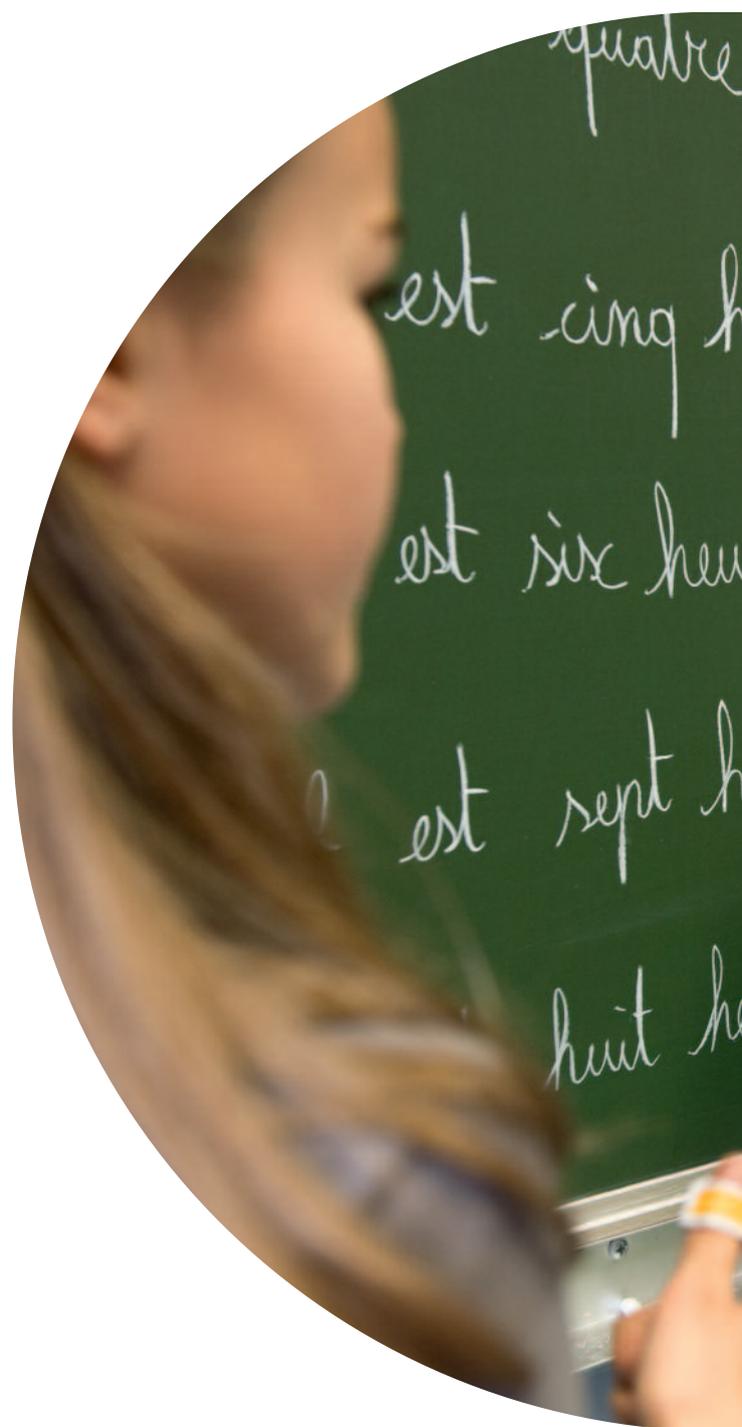
Als Maßnahme zur Attraktivierung des Lehrerberufes wurden mit der Tarif- und Dienstrechtsreform die Tarife, Rechte und Pflichten neu gestaltet. Die dienstrechtlichen Unterschiede zwischen den Schulnetzen wurden ausgeglichen und das Tarifniveau nach einheitlichen Kriterien gestaltet (Ausbildungsgrad, Dienstalter etc.). Zudem wurden die Einstiegsgehälter erhöht und Altersteilzeitmodelle eingeführt.

## AUSSTATTUNG DER SCHULEN

Laut IGLU-Studie besuchen knapp drei Viertel der Viertklässler in der DG eine Schule, in der es eine Schulbibliothek gibt. Dies ist im internationalen Vergleich ein relativ geringer Wert, allerdings ist die Versorgung mit Klassenbibliotheken mit 96 Prozent sehr hoch.

Die Ausstattung mit Computern und Internetzugängen ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im internationalen Vergleich leicht unterdurchschnittlich. Etwas mehr als drei Viertel der Viertklässler haben in der Schule Zugang zu einem Computer (78 Prozent) und knapp zwei Drittel können das Internet nutzen (65 Prozent). In diesem Punkt ergeben sich deutliche Unterschiede zu den beiden anderen belgischen Gemeinschaften. In der Flämischen Gemeinschaft liegen die Werte höher, hier beträgt die Verfügbarkeit von Computern 99 Prozent und von einem Internetzugang 91 Prozent. Hingegen können in der Französischen Gemeinschaft nur 58 Prozent der Kinder einen Computer nutzen und 46 Prozent einen Computer mit Internetzugang (vgl. Bos, W. u.a.: IGLU Belgien).

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der vergangenen Jahre u. a. mit der Einrichtung von Schulmediodatenbanken in den Sekundarschulen, ist eine erneute Erhebung und Evaluierung notwendig.



## SPRACHENKOMPETENZ UND MEHRSPRACHIGKEIT

Die Mehrsprachigkeit ist eine Stärke und ein Potenzial der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die deutsche Muttersprache ein kulturelles Gut, das für die Identität und das Selbstverständnis der DG eine zentrale Bedeutung hat. Es gilt, dieses Potenzial als Trumpf zu nutzen und zu fördern. Dennoch ist es wichtig - auch wenn die Sprachkompetenz als Stärke anzusehen ist - auf Signale in Studienergebnissen zu achten, und so zu erkennen, in welchen Bereichen Verbesserungen erzielt werden können.

Die DELF-Studie (Diplôme d'Etudes de la Langue Française) der Universität Lüttich 2007 zeigte, dass Fremdsprachenkenntnisse im Französischen zwar früh erworben werden, aber dem Ruf, überdurchschnittlich gut zu sein, nicht vollständig gerecht werden. So waren z. B. die Französischkenntnisse im fünften Primarschuljahr in der DG eher schwach ausgeprägt. Weiterhin kann ein deutliches Gefälle zwischen dem Norden und Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgestellt werden. Die Nord-Süd-Unterschiede verschwinden jedoch in der Sekundarschule, wie die Testergebnisse mit Schülern des zweiten und des sechsten Sekundarschuljahres ergeben haben. Bemerkenswert ist, dass die Sekundarschülerinnen und -schüler sich allgemein sehr gut in Französisch verständigen können. Ein deutliches Defizit ist jedoch im Abiturjahr beim Verstehen von gesprochenem Französisch auf gehobenem Niveau festzustellen. Die DELF-Studie zeigt, dass Abiturienten zwar zu einem hohen Anteil in Französisch das sogenannte "B2-Niveau" als Eingangsvoraussetzung für ein französischsprachiges Studium erreichen, dies ist jedoch in Bezug auf die Sprachkompetenz ein Minimalziel.

In Niederländisch und Englisch gibt es zunehmend das Problem, Fachlehrer anzuwerben.

Zur Kompetenz der Muttersprache wurden im Rahmen der IGLU-Studie drei Unterrichtsexperten aus der DG befragt. Sie weisen darauf hin, dass die Schülerinnen und Schüler in der DG einen "ärmeren" Wortschatz haben als Kinder in Deutschland (vgl. Bos, W. u. a.). In den Sekundarschulen ergibt sich die Situation, dass die Lehrer in der DG ihr Studium fast alle im französischsprachigen Landesteil absolviert haben, was zur Festigung der Fremdsprache ein Vorteil ist. Das bedeutet auch, dass sie die Fachterminologie in ihrem Bereich sehr gut auf Französisch beherrschen, aber nicht unbedingt in deutscher Sprache, was in manchen Fällen zu Problemen führen kann (vgl. EURIDICE 2007). Zudem sprechen nicht alle Schüler in der DG zu Hause Deutsch, sondern viele einen Dialekt oder Französisch. Die DELF-Studie ergab, dass 37 Prozent der befragten 314 Primarschüler im fünften Schuljahr zu Hause einen Dialekt sprechen und 18 Prozent Französisch (vgl. Universität Lüttich: DELF-Studie 2007).



## 4.4. MITTELSTÄNDISCHE AUSBILDUNG

Mittelständische Unternehmen haben in der DG eine große Bedeutung. Zurzeit gibt es mehr als 600 Ausbildungsbetriebe und 800 Lehrlinge in der DG.

Über 90 Prozent der Ausbildungsbetriebe stellen Kleinstbetriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern dar. Mit 800 Lehrlingen ist das Verhältnis von Auszubildenden zur Gesamtbevölkerung im Vergleich zur Wallonie und Flandern in der DG rund zehnmals höher.

Zu Beginn der zweiten Stufe der Sekundarschule haben Schüler in der DG die Möglichkeit, einer mittelständischen dualen Ausbildung mittels eines Lehrvertrages in einem Lehrbetrieb und einem Ausbildungszentrum zu folgen. Eine weitere Möglichkeit der dualen Ausbildung bietet sich im Teilzeitunterricht, der in einem schulischen Teilzeitunterrichtszentrum an einer Sekundarschule sowie in Betrieben erfolgt und zur weiteren Orientierung der Jugendlichen dienen soll. Zurzeit gibt es an den beiden technischen Sekundarschulen in Eupen und St. Vith je ein Teilzeitunterrichtszentrum.

### GRUNDZÜGE DER MITTELSTÄNDISCHEN AUSBILDUNG

Die mittelständische Ausbildung erfolgt mittels eines Lehrvertrages, wobei drei bis vier Tage pro Woche im Lehrbetrieb und ein bis zwei Tage in der Berufsschule verbracht werden. Der Vertragsabschluss wird über einen Lehrlingssekretär vermittelt, der auch zentraler Ansprechpartner für Lehrlinge, Eltern und Betrieb während der Lehrzeit ist, in Streitfällen vermittelt und in Ausbildungsfragen berät. Die Lehrzeit beträgt drei Jahre und schließt mit dem Gesellenzeugnis ab. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zu einer, je nach Beruf zwei- oder dreijährigen, aufbauenden Betriebsleiterausbildung und dem Erhalt des Meisterbriefes.

Eingangsvoraussetzung für die Lehre ist ein Abschlusszeugnis der Grundschule und das Absolvieren des zweiten Sekundarschuljahres. Das Mindestalter ist 15 Jahre.



Für Abiturienten, die in den letzten Jahren vermehrt eine betriebliche Ausbildung anstreben, und für Gesellen, die eine zweite Ausbildung absolvieren wollen, gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, an allgemeinbildenden Leistungskursen – genannt “Geselle Plus” – teilzunehmen, die angewandte Betriebsführungskenntnisse vermitteln.

Lern- oder sozial benachteiligte Lehrlinge werden hingegen durch Sozialpädagogen und in Stützkursen begleitet und erhalten die Möglichkeit, ihre handwerklichen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Bei handwerklichem Talent, aber Schwächen in der Allgemeinbildung, können sie statt des Gesellenbriefes ein Praktikerzertifikat erwerben.

Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM) ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses der DG und bildet die zentrale Aufsichtsbehörde der dualen mittelständischen Aus- und Weiterbildung. Es ist zuständig für die Lehrlingsausbildung, die Meisterausbildung und die berufliche Weiterbildung und sichert die finanzielle, pädagogische und administrative Aufsicht über die Ausbildungszentren. Lehrprogramme und pädagogische Neuerungen werden hier entwickelt.

Zwei von Innungen und Mittelstand getragene Ausbildungszentren, die Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes (ZAWM) in Eupen und St. Vith, bieten die berufsschulische Ausbildung an. Fachkurse an den ZAWM werden bereits ab vier Teilnehmern eingerichtet. Die beiden ZAWM haben eine hohe Eigendynamik und Einbindung in lokale Strukturen. Beide setzen unterschiedliche berufliche Schwerpunkte: in St.Vith im klassischen Schreiner- und Metallbauerhandwerk sowie im Einzelhandel und in Eupen – neben klassischem Bau-, Metall-, Frisör- oder Lebensmittelhandwerk – auch im Dienstleistungsgewerbe.

Ausbildungsbetriebe werden über das IAWM geprüft und anerkannt. Im Lehrvertragsabschluss zwischen Lehrmeister und Lehrling ist auch eine regelmäßige Moderation und Betreuung über die Lehrlingssekretäre des IAWM integriert.

Mit mehr als 50 Ausbildungsberufen und einer hohen Praxisnähe wird die duale Ausbildung als Standortvorteil der DG gesehen, der in Zukunft sowohl aus Perspektive der Jugendlichen als auch der Betriebe weiter herausgestellt und entwickelt werden sollte. Als wesentliche Themen für die Zukunft wird die Nachwuchssicherung für die Betriebe sowie die Beschäftigungs- und Gesellschaftsfähigkeit der Auszubildenden angesehen.

Generell lässt sich ein Aufschwung der Lehrberufe feststellen. Die Zahl der neuen Lehrverträge stieg von 288 im Jahr 2003-2004 auf 326 in 2007-2008. Gründe sind im hohen Bedarf mit entsprechender Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, im großen Ausbildungsangebot und in einer steten qualitativen Aufwertung der dualen Ausbildung zu sehen. Kompetenzschwerpunkte sind in den Bereichen Bau, Kraftfahrzeugtechnik, Metallverarbeitung, Einzelhandel und Ernährung angesiedelt.

#### DIE ZEHN BELIEBTESTEN LEHRBERUFE (2007-2008)

Lehrberuf	Anzahl Verträge
1 Kfz-Mechatroniker/in	29
2 Restaurateur/in	25
2 Einzelhändler/in	25
3 Bauschreiner/in	22
3 Friseur/in	22
4 Metallbauer/in	20
5 Heizungsinstallateur/in	15
5 Elektroinstallateur/in	15
6 Speditionskaufmann/frau	14
6 Maurer	14

Quelle: Ministerium der DG 2008

Darüber hinaus haben Lehrberufe aufgrund der guten Beschäftigungssituation einen hohen Zulauf. In den letzten Jahren wurden verstärkt auch Mädchen in Lehrberufen gefördert sowie Lehren nach dem Abiturabschluss angefangen. Mit 95 Prozent ist die Integrationsrate der Auszubildenden in der DG außerordentlich hoch.

Über die berufliche Grundausbildung hinaus bieten die Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes die Meisterausbildung sowie zahlreiche fachliche und fachübergreifende Weiterbildungen an. Letztere wurden im Schuljahr 2007-2008 von annähernd 1.000 Teilnehmern genutzt.

## HERAUSFORDERUNGEN

Der demografische, gesellschaftliche und technologische Wandel sowie die Europäisierung beruflicher Bildung stellen die mittelständische duale Ausbildung und ihre Akteure vor große Herausforderungen. Zum einen gilt es, die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in bestimmten Gewerken einerseits und das Interesse und Potenzial an Jugendlichen andererseits in Einklang zu bringen und zum anderen die Brücke zwischen steigenden Leistungsanforderungen in allen Berufen und höchst unterschiedlicher Ausbildungsreife von Schülern zu spannen.

Die wichtigsten Problemfelder sind dabei die Übergänge zu Beginn und am Ende der Grundausbildung, die Mobilität und die Kleinststruktur der Unternehmen.

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung gestaltet sich für Jugendliche mit großen Lern- und Sozialdefiziten trotz guten Lehrstellenangebotes als schwierig. Steigende theoretische Wissensanforderungen und mehr Kundenorientierung in fast allen Unternehmensbranchen sowie auf den Ausbildungsmarkt drängende Abiturienten erschweren den Stand schwacher Lehrstellenbewerber. Auch zeigen sich bei ihnen verstärkt im ersten Ausbildungsjahr Schwierigkeiten, die teilweise zum Ausbildungsabbruch führen.

Bei Eltern, Schülern und Lehrern sind veraltete Sichtweisen von Beruf und Ausbildung weit verbreitet. Lehreinsteiger unterschätzen deshalb nicht selten die Anforderungen in der Ausbildung oder haben falsche Vorstellungen vom Beruf. Andere Schüler verkennen die beruflichen Möglichkeiten in Handwerk und Mittelstand und gehen so der Ausbildung verloren.

Der Übergang von der Ausbildung zu weiterführenden Studien verläuft derzeit ebenfalls nicht reibungslos. Die fehlende schulische Anerkennung des Gesellenabschlusses erschwert es Auszubildenden nicht nur, den Schritt in ein Studium zu wagen – obwohl dieser bei akutem Mangel an Akademikern im technischen und naturwissenschaftlichen Fach sicher wünschenswert wäre – sondern lässt manche guten Schüler und deren Eltern auch vor dem Schritt in die Ausbildung zurückschrecken.

Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und das Leben und Arbeiten an der Schnittstelle zwischen verschiedenen Sprach- und Wirtschaftsräumen erfordert Mobilität in der Ausbildung, sowohl von den Ausbildungseinrichtungen als auch von den Auszubildenden. Handwerk ist ein Exportgut der DG und dies ist keine Selbstverständlichkeit. Das Vermitteln der Zweit- oder Drittsprache ist bei dem sehr begrenztem schulischen Teil der dualen Ausbildung ebenso eine Herausforderung wie die Sensibilisierung der Lehrlinge für die Notwendigkeit, über den Tellerrand ihres lokalen Umfeldes und ihres Betriebes hinaus zu schauen.

Die Klein- und Kleinststruktur der Unternehmen in der DG stellt eine besondere Problematik in Sachen Weiterbildung dar: Kleine und kleinste Unternehmen verfügen meist über kein strukturiertes langfristiges Weiterbildungskonzept und sind sich über den eigenen Qualifizierungsbedarf und ihre unternehmensinterne Demografie nicht immer im Klaren. Sie können – anders als größere Unternehmen – nicht auf interne Personalmanagement- und Weiterbildungsfachleute zurückgreifen und Qualifizierung ist so oft dem Zufall überlassen.



## 4.5. FORSCHUNG UND LEHRE

Die DG verfügt über eine eigene Hochschule: die in Eupen angesiedelte Autonome Hochschule in der DG (AHS), die 2005 als Zusammenschluss von drei Hochschulen verschiedener Träger gegründet wurde. Das Programm an der Autonomen Hochschule in der DG sieht die Bachelor-Studiengänge zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen, Primarschullehrern und Krankenpflegern vor. An der Hochschule werden neben der Erstausbildung auch Weiterbildungen angeboten. Die nicht-universitäre Hochschulbildung dauert drei Jahre.

Die Lehrerausbildung umfasst folgende Bildungsbereiche: Erwerb von beruflichem Grundwissen, wissenschaftliche Forschungshaltung und Vorgehensweise, fachliche/überfachliche und didaktische Ausbildung, professionelle Identität, Laboratorien und Praktika und einige Wahlfächer. Dieser Bachelor-Studiengang hat insgesamt einen Umfang von 180 Kreditpunkten.

Die Mehrheit der Studierenden an der AHS kommt aus der DG, etwa 20 Prozent aus Luxemburg und Deutschland. Die Ausbildungszeit ist mit drei Jahren sehr kurz. Von verschiedener Seite wird angemerkt, dass die Ausbildung nicht genügend wissenschaftlich orientiert sei. Die verstärkte Öffnung zu anderen wissenschaftlichen Hochschulen oder die Kooperationen mit anderen Einrichtungen stellt eine Priorität dar, so zum Beispiel durch externe Semester oder den Einsatz von externem Lehrpersonal. Eine Zusammenarbeit besteht bereits, etwa mit der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen, dem Institut für Schulentwicklungsforschung in Dortmund oder dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in Berlin. Im Bereich Forschung beschränkt sich die AHS auf empirische Unterrichtsforschung.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft liegt in unmittelbarer Nähe zu neun Universitäten, die eine breit gefächerte Palette an Ausbildungen anbieten: Aachen, Trier, Luxemburg, Lüttich, Namur, Neu-Löwen, Brüssel, Maastricht und Hasselt. Darüber hinaus gibt es in direkter Nachbarschaft eine Vielzahl von Hochschulen mit den unterschiedlichsten Fachrichtungen. Die ostbelgischen Studenten orientieren sich in der Regel zu den Hochschulen in Aachen, Lüttich, Namur, Neu-Löwen und Brüssel.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist von zahlreichen Forschungszentren umgeben, die innerhalb kurzer Zeit zu erreichen sind. Dazu gehören die Forschungszentren an den Universitäten, das Kernforschungszentrum Jülich oder auch die Labors zahlreicher Firmen. Einzelne Unternehmen der DG kooperieren mit Forschungsinstituten, so zum Beispiel das Kabelwerk Eupen im Bereich der Nanotechnologie mit der Universität Namur.

Eine in ihrer Auswirkung noch nicht absehbare Entwicklung zeichnet sich durch die Anerkennung der RWTH Aachen als Elite-Universität in Deutschland ab. Der damit verbundene Zuzug hochqualifizierter Mitarbeiter in den Raum Aachen könnte zwar bei der Wohnungsraumsuche auch in der DG zu einem stärkeren Preisdruck führen. Aber in dieser Entwicklung stecken auch Chancen durch eventuell ausgelagerte Forschungsabteilungen an dezentrale Standorte.



## 4.6. LEBENSLANGES LERNEN

### WEITERBILDUNGSEINRICHTUNGEN

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es eine Vielzahl von Organisationen und Einrichtungen, die Weiterbildungen anbieten: die Institute für schulische Weiterbildung, die Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes, die Zentren für landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung, das Arbeitsamt, die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung, die Autonome Hochschule, das Ministerium selbst, der Jugendrat und die anerkannten Erwachsenenbildungsorganisationen. Hinzu kommen Jugendverbände, Sportverbände, Berufsverbände und Gewerkschaften mit eigenen Angeboten.

Es gibt fünf von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder von ihr subventionierte Institute für schulische Weiterbildung, die mit Ausnahme der Haushaltsabendschule der Stadt Eupen Sekundarschulen angegliedert sind. Das Angebot beinhaltet allgemeinbildende Kurse, einschließlich diverser Sprachkurse, berufliche Weiterbildungen und soziale Weiterbildungen zur Vermittlung von Fertigkeiten im Haushaltsbereich. Die Weiterbildungsinstitute organisieren in der Regel Abendkurse. Sie ermöglichen das Nachholen schulischer Abschlüsse in einzelnen Fächern und bieten die Möglichkeit, sich in zwei bis vier Jahren auf die Prüfung zum Erwerb des Abiturs vorzubereiten. Im Schuljahr 2007-2008 waren 1.132 Schüler in diesen Instituten eingeschrieben.

Die Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes in Eupen und St. Vith bieten berufsbezogene und berufsübergreifende Weiterbildungen an, letztere zum Beispiel in den Bereichen Betriebsführung, Informatik, Buchhaltung, Verkaufstraining, usw. Die Weiterbildungen der Zentren werden von der Gemeinschaft gefördert.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind vier Zentren für landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung tätig. Zu den Angeboten gehören die Grundausbildung zum Leiter eines landwirtschaftlichen Betriebes und die Ausbildung zum Praktikantenausbilder. Im Rahmen der Weiterbildung bieten die Zentren Studientage, Studienversammlungen, Führungen, Kontakttage und Aufbau-seminare an. Hier werden technische, wirtschaftliche und juristische Fragen des landwirtschaftlichen Betriebes behandelt.

Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert qualifizierende Ausbildungen für Arbeitsuchende und Beschäftigte, Vorschaltmaßnahmen und Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Arbeitsuchenden sowie Ausbildungen von Arbeitsuchenden im Unternehmen. Es greift dazu auf seine eigenen Berufsbildungszentren in den Bereichen Büro, Baufach und Gebäudereinigung zurück oder arbeitet mit anderen Bildungsträgern innerhalb und außerhalb der DG zusammen. Betriebspraktika oder individuelle Ausbildungen im Unternehmen werden in Zusammenarbeit mit Betrieben durchgeführt.

Das Weiterbildungs- und Beratungsangebot der Autonomen Hochschule richtet sich an Kindergärtner, Primarschullehrer und Krankenpfleger. Es umfasst fachspezifische und pädagogische Kurse. Ein besonderes Weiterbildungsangebot wird den jungen Lehrern und Lehrerinnen gemacht mit dem Ziel, Berufsneulingen den Übergang vom Studium zum Berufsleben zu erleichtern. Die Weiterbildungen im Bereich Krankenpflege erfolgen in Zusammenarbeit mit dem deutschsprachigen Berufsverband der Krankenpfleger. Die Hochschule bietet zwei Zusatzstudiengänge an: den pädagogischen Befähigungsnachweis für alle, die zum Unterrichten zwar fachliche, aber nur unzureichende pädagogische Kenntnisse besitzen, und den verkürzten Studiengang zum Erwerb des Primarschullehrerdiploms für diplomierte Kindergärtner.

Das Weiterbildungsangebot der Dienststelle für Menschen mit einer Behinderung beinhaltet Seminare für die Mitarbeiter der

Dienste und Einrichtungen, die behinderte Menschen professionell betreuen, Seminarangebote für Menschen mit einer Behinderung in einem individuell angemessenen Umfeld sowie Schulungsangebote für Sportanimatoren, Jugendgruppenleiter, Freizeitanimatoren, Verantwortliche von Vereinigungen und sonstige interessierte Personen. Ziel ist es hier, die Gesellschaft für die Belange von Menschen mit einer Behinderung zu sensibilisieren und zu befähigen, damit Personen mit einer Behinderung verstärkt in Freizeitangebote einbezogen werden.

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bietet selbst Weiterbildungen an. Der Fachbereich Pädagogik organisiert und vermittelt pädagogische und fachliche Weiterbildungen für die Personalmitglieder des Unterrichtswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Er vermittelt Stipendien und Hospitationen im In- und Ausland, so zum Beispiel Angebote der EU im Rahmen der europäischen Bildungsprogramme, der Euregio Maas-Rhein oder der Großregion Saar-Lor-Lux. Der Fachbereich Sport organisiert ein umfangreiches Programm in Zusammenarbeit mit der Sportkommission, den Sportfachverbänden und den Vereinen. Er vermittelt die Teilnahme an Lehrgängen im In- und Ausland.

Der Rat der deutschsprachigen Jugend organisiert in Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen und Jugendzentren Aus- und Weiterbildungen zu den verschiedensten Themen für Ehrenamtliche aus der Jugendarbeit. Wird die Grundausbildung erfolgreich absolviert, stellt das Ministerium einen Animatorenausweis aus.

Im Rahmen des Lebensbegleitenden Lernens spielen die Erwachsenenbildungseinrichtungen eine wichtige Rolle. Neben der Förderung der aktiven Staatsbürgerschaft bieten sie außerhalb des schulischen Rahmens Bildungsangebote an. Die einzelnen Organisationen haben verschiedene Schwerpunkte wie etwa Nachhaltigkeit, Ökologie, Politik, Gesellschaftspolitik, Medienkompetenz, Eine-Welt, Geschlechtergerechtigkeit oder Integration. Ziel der Erwachsenenbildung ist die Förderung der sozialen Integration und der Chancengleichheit im weitesten Sinne sowie das Erlernen grundlegender sozialer und bürgerlicher Werte.

Zurzeit werden rund zwanzig anerkannte Erwachsenenbildungseinrichtungen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch Betriebs- und Personalkostenzuschüsse gefördert. Ende 2008 hat das Parlament eine neue gesetzliche Grundlage für diese Förderung verabschiedet mit dem Ziel, die Erwachsenenbildung stärker in das Lebenslange Lernen als Teil der Lissabonstrategie und in die Ziele der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einzubinden. Die Förderung erfolgt nunmehr auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes einer Einrichtung und einer ständigen überprüfbaren Qualitätsverbesserung. Gefördert werden nur noch solche Einrichtungen, die an mindestens 150 Tagen pro Jahr Angebote durchführen. Die Novellierung der geltenden Bestimmungen war bei den betroffenen Organisationen eher umstritten.

## WEITERBILDUNGSINFORMATION UND -BERATUNG

Im Rahmen eines Projektes des Europäischen Sozialfonds hat das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Weiterbildungsinformations- und -beratungsstelle (WIB) eingerichtet, die über Weiterbildungen innerhalb und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie über Fördermöglichkeiten informiert und die Interessenten entweder über die kostenlose Weiterbildungshotline oder in individuellen Beratungsgesprächen bei der Suche nach einem passenden Weiterbildungsangebot unterstützt. Die WIB stellt im Netz eine umfangreiche Weiterbildungsdatenbank mit zahlreichen Angeboten aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung und veröffentlicht jeweils zur Jahresmitte ein umfangreiches Weiterbildungshandbuch. Sie bearbeitet rund dreihundert Anfragen pro Jahr.

## WEITERBILDUNGSFÖRDERUNG

Über die institutionelle Förderung der Weiterbildungsträger hinaus unterstützt die Deutschsprachige Gemeinschaft die individuelle Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen.

So gewährt die Gemeinschaft unter bestimmten Bedingungen Studienbeihilfen für Sekundar- und Hochschulstudien sowie Stipendien für Aufbaustudien und wissenschaftliche Forschungsprojekte im In- und Ausland.

Im Rahmen der Beruflichen Aus- und Weiterbildungsoffensive (BRAWO) können private Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbstständige, Freiberufler und Arbeitsuchende eine Weiterbildungsprämie erhalten für die Teilnahme an qualitativ hochwertigen, arbeitsmarktrelevanten beruflichen Weiterbildungen im In- und Ausland. Ein Drittel der zulässigen Ausgaben wird zurückerstattet, und dies bis zu 1.000,- Euro pro Person und pro Weiterbildung bzw. Ausbildungsjahr. Zwischen Juli 2007 und Dezember 2008 wurden rund 1.000 Prämienanträge eingereicht.

Das Arbeitsamt gewährt Arbeitgebern, die ihr Personal schulen lassen möchten, eine finanzielle Beihilfe zur Deckung der Ausbildungskosten. Gefördert werden allgemeine Ausbildungen und betriebspezifische Ausbildungen. Arbeitsuchende, die an einer vom Arbeitsamt organisierten oder anerkannten Ausbildung teilnehmen, haben Anspruch auf eine Ausbildungsprämie (0,99 Euro pro Stunde) und Rückerstattung der Fahrtkosten.

Über die Agentur für Europäische Bildungsprogramme können Mittel aus dem Bildungsprogramm für Lebenslanges Lernen 2007-2013 der Europäischen Union beantragt werden.

## WEITERBILDUNGSKONZEPT

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat zu Beginn 2009 ein Weiterbildungskonzept verabschiedet, das den Empfehlungen der EU-Kommission zum Lebenslangen Lernen Rechnung trägt. Bei der Umsetzung dieses Konzeptes soll die bisherige Informations- und Fördertätigkeit fortgeführt werden. Darüber hinaus sollen die Weiterbildungsträger stärker begleitet und das Angebot besser koordiniert werden. Auch die Sensibilisierung der Bürger und die Zusammenarbeit mit externen Partnern soll weiter ausgebaut werden.



## 4.7. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Die vorliegende SWOT-Analyse fasst die Ergebnisse für den Bereich Bildung und Ausbildung zusammen. Sie basiert zum einen auf der oben beschriebenen Situationsanalyse, zum anderen auf Expertengesprächen und Foren.



### STÄRKEN:

- >> Früher Beginn des Erlernens der Zweitsprache
- >> Systematische Förderung der Mehrsprachigkeit
- >> Relativ gute Ergebnisse in System- und Schulvergleichen
- >> Neue bildungspolitische Rahmenpläne mit Zukunftsperspektiven
- >> Gutes Berufsbildungssystem und gute handwerkliche Ausbildungsstruktur
- >> Hohe Vermittlungsquote von Lehrlingsabsolventen und Betreuung durch Lehrlingssekretäre
- >> Breit gefächertes Weiterbildungsangebot
- >> Weiterbildungsförderung und -beratung

### RISIKEN:

- >> Abnahme französischer Sprachkompetenz
- >> Zunahme des Abstands zwischen sehr guten und sehr schwachen Schülern

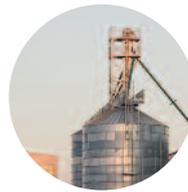
### SCHWÄCHEN:

- >> Schwächen in den Grundfertigkeiten
- >> Hoher Anteil an Schulrückständen durch frühe Selektion und fehlende Kompetenz im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und speziellen Lernschwierigkeiten
- >> Lehrermangel, v. a. in den Bereichen Naturwissenschaften, Wirtschaft, Sprachen
- >> Mangelnde Professionalität im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten
- >> Ausbau- und Sanierungsbedarf vieler Sekundarschulen
- >> Zu geringer Frauenanteil in der dualen Ausbildung
- >> Zu geringe Durchlässigkeit zu Beginn und am Ende der mittelständischen Ausbildung

### CHANCEN:

- >> Einheitliche kompetenzorientierte Bildungsstandards
- >> Attraktivierung des Lehrerberufes bei Umsetzung der Tarif- und Dienstrechtsreform
- >> Qualitätsmanagement in den Schulen durch Inspektionen, Evaluation und Vergleichsarbeiten
- >> Ausbau der Sprachenkompetenz (Muttersprache / Frz. / Eng. / NL)
- >> Interkulturelle Kompetenz
- >> Kooperation mit angrenzenden Wissenschaftsstandorten
- >> Stärkung der DG als Bildungsstandort durch Ausbau der AHS
- >> Grenzüberschreitende Kooperation in der dualen Ausbildung
- >> Stärkere Vernetzung der Weiterbildungsangebote
- >> Anstehende Investitionen in Infrastrukturen / Kooperationen mit Hochschulen

# 5



## **WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR UND BESCHÄFTIGUNG**

## 5.1. INFRASTRUKTURELLE VORAUSSETZUNGEN

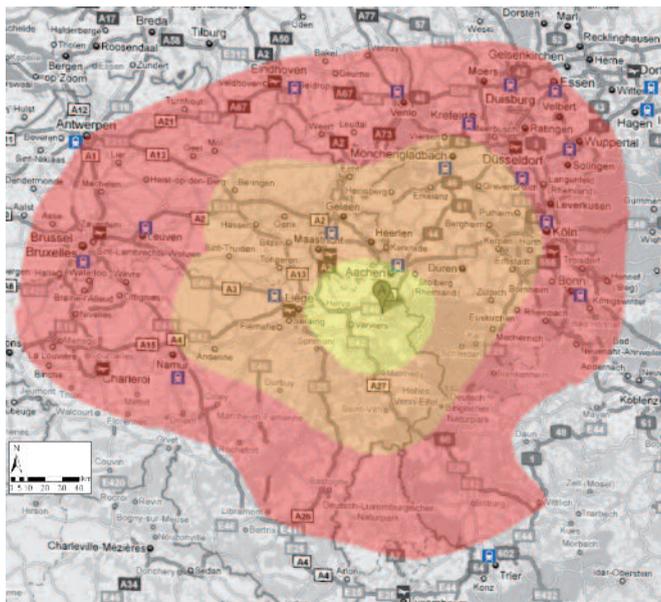
### GEOGRAFISCHE LAGE UND VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die DG verfügt über eine gute Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz und ist mit europäischen Zentren wie dem Ruhrgebiet, dem Raum Köln/Bonn, der Randstad Holland und Amsterdam, dem Großraum Brüssel sowie Luxemburg in erster Linie durch gute Straßenverbindungen erreichbar. Die Reisezeitzonen im Norden der DG mit Ausgangspunkt Eupen reichen naturgemäß weiter nach Norden, Westen und Osten. Bereits innerhalb von 30 Minuten (PKW) können Autobahnen, ein überregionaler Bahnhof (Aachen) sowie ein Flughafen bzw. Binnenhäfen erreicht werden (Lüttich). Im Zeitraum bis 60 - 90 Minuten (PKW) sind die Rheinschiene, Eindhoven, Antwerpen und Brüssel sowie Charleroi mit überregionalen Verbindungen (Flughäfen, Bahnhöfe) einbezogen.

#### REISEZEITZONEN EUPEN (BELGIEN)

PKW-Fahrzeit in Minuten von Eupen: ■ bis 30 ■ 30 bis 60 ■ 60 bis 90

Flughafen Wichtige Bahnhöfe

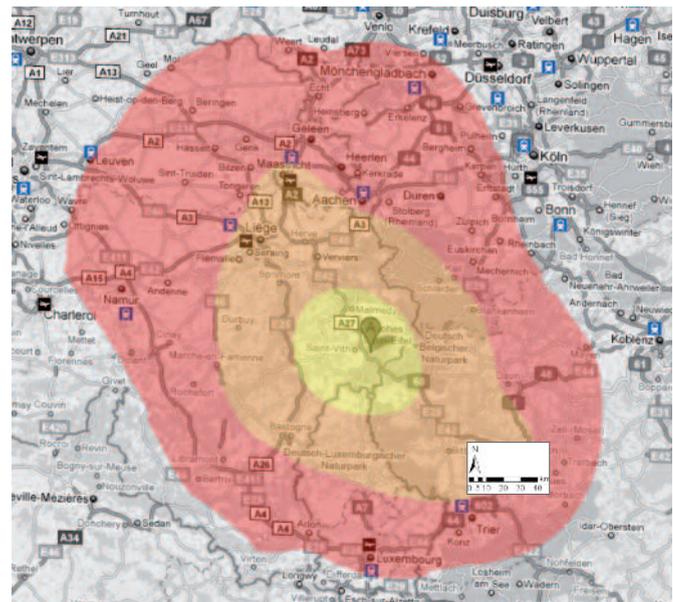


Kartgrundlage: GoogleMaps · Datengrundlage: map24.de · Kartografie: Th. Wieland, Geographisches Institut der Universität Göttingen, 2008

#### REISEZEITZONEN ST.VITH (BELGIEN)

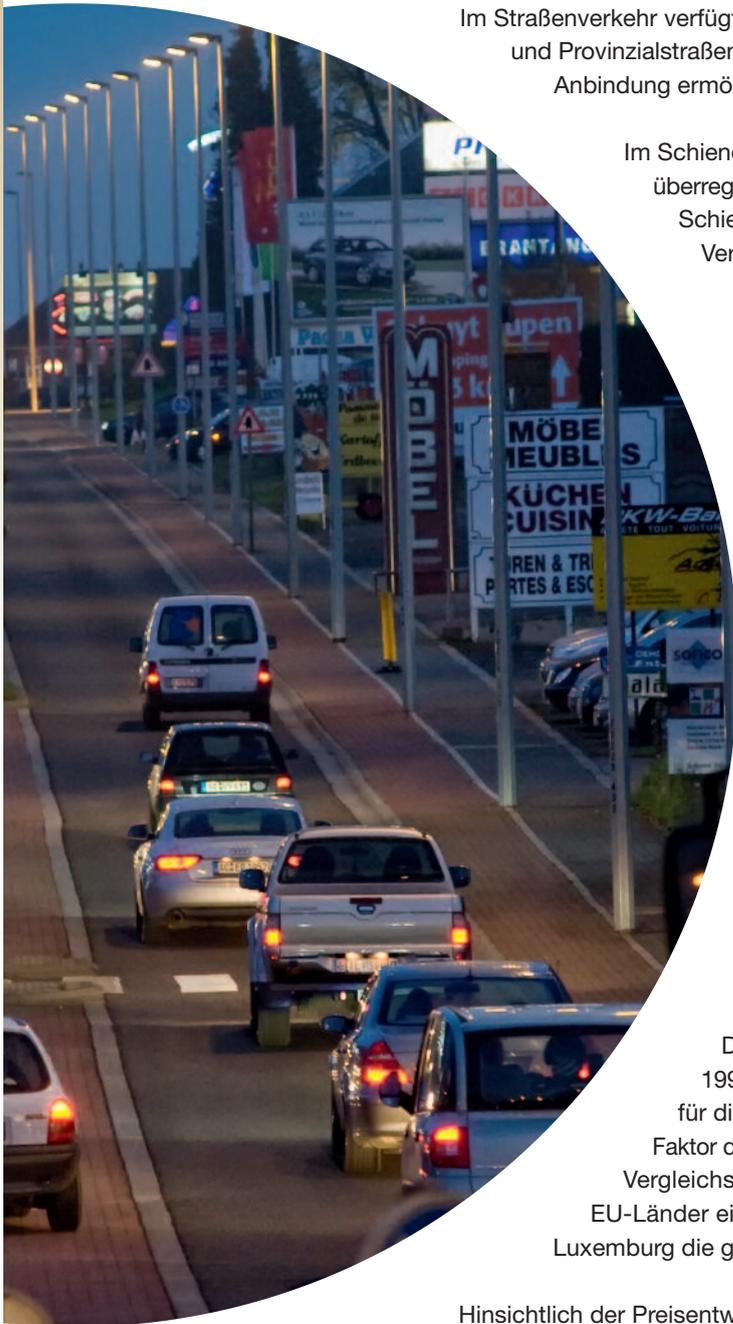
PKW-Fahrzeit in Minuten von Eupen: ■ bis 30 ■ 30 bis 60 ■ 60 bis 90

Flughafen Wichtige Bahnhöfe



Kartgrundlage: GoogleMaps · Datengrundlage: map24.de · Kartografie: Th. Wieland, Geographisches Institut der Universität Göttingen, 2008

Die Reisezeitzonen im Süden der DG mit Ausgangspunkt St. Vith weisen insbesondere aufgrund des Mittelgebirgsreliefs und der daraus resultierenden Straßenführung eher eine Nord-Süd-Orientierung auf. Dementsprechend sind die Bevölkerungsagglomerationen im Norden schwieriger, Luxemburg und Trier hingegen deutlich schneller zu erreichen. Eine Autobahnanbindung ist innerhalb der 30 Minuten-Zone gewährleistet, überregionale Bahnhöfe und die Flughäfen Lüttich und Maastricht sind ebenfalls innerhalb der Zeitzone von 30-60 Minuten erreichbar.



Im Straßenverkehr verfügt die DG über rund 1.600 km Gemeindestraßen und 245 km Regional- und Provinzialstraßen sowie über zwei Autobahnverbindungen, die eine gute überregionale Anbindung ermöglichen.

Im Schienenverkehr ist die DG mit Haltestellen in Eupen oder Welkenraedt an überregionale Netzverbindungen angeschlossen. Der Süden ist allerdings vom Schienenverkehr nicht tangiert, von hier können Bahnhöfe mit öffentlichen Verbindungen nur über Busse erreicht werden.

Ein unmittelbarer Anschluss an die Binnenschifffahrt besteht nicht, aber mit dem Hafen von Lüttich ist die DG mittelbar sogar sehr gut an die großen Seehäfen von Antwerpen und Rotterdam angebunden.

Die DG besitzt keinen eigenen Flughafen. Die nächsten Flughäfen sind mit Düsseldorf, Köln/Bonn, Maastricht/Aachen, Amsterdam, Brüssel, Brüssel-Charleroi, Lüttich und Luxemburg alle in einer relativ attraktiven Zeit erreichbar.

Sowohl im Norden als auch im Süden der DG wurden grenzüberschreitende Mobilitätsstudien erstellt. Die Mobilitätsstudie Nord zur Mobilität im Dreiländereck hat ergeben, dass im Norden der DG die Infrastruktur für den motorisierten Verkehr zufriedenstellend ist. In der gesamten DG allerdings sind Verbesserungen im ÖPNV-Bereich notwendig. Dies trifft in gleicher Weise für den Ausbau der Radwege sowie der Radwanderwege zu.

## ENERGIE UND TELEKOMMUNIKATION

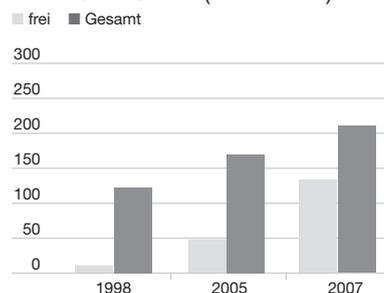
Die Strompreise für industrielle Endverbraucher liegen in Belgien seit 1995 über dem Durchschnittswert der damaligen 15 EU-Länder. Sie stellen für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts der DG einen begrenzenden Faktor dar. Hinsichtlich der Gaspreise liegt Belgien im Mittelfeld der europäischen Vergleichswerte und hat sich seit 2002 sogar unter dem Durchschnittswert der EU-Länder eingependelt. Beim Dieselöl bietet Belgien hingegen zusammen mit Luxemburg die günstigsten Dieselpreise in Europa an.

Hinsichtlich der Preisentwicklung für Telekommunikation werden in Belgien und Großbritannien seit 1997 die höchsten Preise bezahlt. Belgien liegt damit weit über dem Durchschnittspreis der EU-Länder und ist seit 2004 sogar Spitzenreiter.

## GEWERBEFLÄCHEN

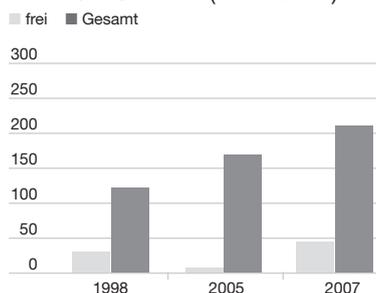
Die DG verfügt über mehrere Industrie- und Gewerbebezonen sowohl im Süden als auch im Norden. Diese befinden sich im Besitz der Gemeinden oder der SPI+, einem kommunalen Zweckverband, der auf Ebene der Provinz Lüttich im Bereich der Gewerbeflächenerschließung tätig ist. Durch verschiedene Sektorenplanrevisionen steht in den kommenden Jahren wieder mehr Freiraum in den Gewerbeflächen zur Verfügung. So sind Erweiterungsmöglichkeiten über die Sektorenpläne für St. Vith, Eupen-Baelen-Welkenraedt-Lontzen und Büllingen-Bütgenbach verankert und für Amel anvisiert worden.

GEWERBEFLÄCHEN IN HA  
KANTON EUPEN (1998-2007)



Quelle: WFG 2008

GEWERBEFLÄCHEN IN HA  
KANTON ST. VITH (1998-2007)



Quelle: WFG 2008

Im Kanton Eupen waren nach einer Umfrage der WFG im März 2008 131,18 ha freie Flächen ausgewiesen. Davon waren zu diesem Zeitpunkt 28,69 ha erschlossen und effektiv verfügbar. Von den 44,48 ha freien Flächen im Kanton St. Vith waren im März 2008 lediglich 11,48 ha erschlossen. Dabei handelt es sich um Flächen in den Industriezonen Kaiserbaracke (Erweiterung) und St. Vith II (Erweiterung). Ein Mangel besteht in der Ausweisung von Gewerbeflächen mit eindeutiger Clusterausprägung und von Gewerbeflächen für ortsansässige Handwerksbetriebe im ortsnahen Bereich, bei gehobenen Qualitätsstandards für Gewerbeflächeninfrastruktur. Lediglich die neue Industriezone Kaiserbaracke im Süden ist vorwiegend für Unternehmen aus dem Holzverarbeitenden- und Lebensmittelsektor zugänglich und leistet damit einer erwünschten Clusterbildung erstmals Vorschub. Im Preisvergleich zu den Industrie- und Gewerbebezonen in der deutschen Nachbarschaft und in der Provinz Lüttich ist das Angebot der DG durchaus konkurrenzfähig.

Die Industriezonen in der DG sind nicht alle mit gleichem Standard von Strom, Wasser, Gas, Beleuchtung, Telefon, Kanalisation und Glasfaser ausgestattet, was sich vor allem im internationalen Wettbewerb als nachteilig erweist. So verfügt der Süden nicht über einen Gasanschluss. Eine Glasfaseranbindung gibt es nur in Eupen.

## 5.2. BETRIEBSGRÖSSENSTRUKTUR

### BESCHÄFTIGTE

Die DG ist von einer Struktur von klein- und mittelständischen Unternehmen geprägt. 70 Prozent der Beschäftigten im Privatsektor sind in Betrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern tätig. Der Vergleich mit den anderen Regionen des Landes zeigt, dass die abhängige Beschäftigung in der DG stärker in Kleinunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern und in Unternehmen bis zu 100 Beschäftigten konzentriert ist.

#### ARBEITNEHMERZAHLEN NACH GRÖSSE DER UNTERNEHMEN (2007)

	<10	10-100	100-999	>1.000
DG	23%	47%	30%	0%
Wallonie	17%	40%	34%	8%
Flandern	16%	40%	35%	9%
Belgien	16%	38%	35%	12%

Quelle: LASS

### ARBEITGEBER

Die meisten Arbeitgeber im Privatsektor sind in der DG in der herstellenden Industrie, insbesondere im Ernährungsgewerbe, der Metallverarbeitung und im Holzgewerbe, im Baugewerbe, in Handel und Reparatur sowie in den personenbezogenen Dienstleistungen zu finden.

Die oben beschriebene Struktur der KMU wird durch die Analyse der Arbeitgeberzahlen bestätigt. Nur zwei Prozent der Arbeitgeber des Privatsektors in der DG beschäftigen mehr als 100 Mitarbeiter. 63 Prozent der Arbeitgeber beschäftigen weniger als fünf Arbeitnehmer und etwa 81 Prozent weniger als zehn Arbeitnehmer.



## 5.3. WIRTSCHAFTLICHE WERTSCHÖPFUNG

### WERTSCHÖPFUNG

Die DG ist ein Wirtschaftsraum, der auf der Basis seiner ökonomischen Daten im Vergleich mit anderen belgischen Regionen differenziert abschneidet. Laut Institut der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Institut des Comptes Nationaux – ICN) lag die Bruttowertschöpfung der DG 2006 bei 1.416 Millionen Euro, dies entspricht einem Anteil von einem halben Prozent der belgischen Wirtschaft. Zu den bedeutendsten Wirtschaftssektoren der DG gehören derzeit die produzierende Industrie, der Bereich Handel und Reparatur, der gesamte Logistikbereich, sowie Unternehmensdienstleistungen. Insbesondere der Bausektor und die produzierende Industrie spielen hier eine herausragende Rolle. Land- und Forstwirtschaft prägen zwar das Landschaftsbild sehr markant, sind jedoch direkt wirtschaftlich nicht in vergleichbarem Maße von Bedeutung.

Die Bruttowertschöpfung des tertiären Sektors zeigt auch in der DG mit knapp 70 Prozent dessen überragende Bedeutung. Dem gegenüber fallen die anderen Wirtschaftssektoren ab.

#### UNTERNEHMENSSTRUKTUR (2006)

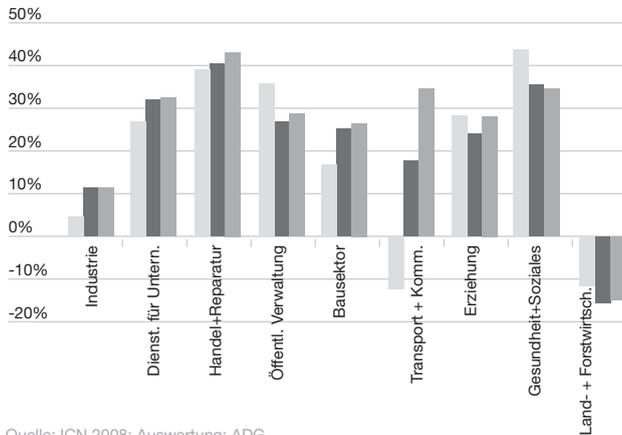
Sektor	Zahl der Arbeitgeber	Zahl der Beschäftigten	Anteil an Wertschöpfung in %
Dienstleistungen für Unternehmen	155	1.102	18,6%
Bausektor	237	1.303	7,5%
Transportsektor	133	1.382	7,1%
Elektromaterial	13	1.084	5,1%
Chemie-Industrie, Kunststoffe	12	650	4,4%
Lebensmittelverarbeitung	59	697	3,6%
Metallverarbeitung	46	771	2,7%
Land- und Forstwirtschaft	47	181	2,7%
Dienstleistung für Personen	233	756	1,8%
Textil	9	378	1,8%
HORECA	172	733	1,7%
Fahrzeugbau	7	339	1,2%
Holzverarbeitung, Möbelherstellung	20	244	1,0%
Druckerei/Verlage	13	179	0,7%
Glas, Keramik, Steine	13	156	0,6%

Quelle: LASS, ICN 2008

Im Tourismus werden nach dieser statistischen Übersicht immerhin 1,7 Prozent der Wertschöpfung in der DG erarbeitet. Die tatsächliche Bedeutung dieses Sektors ist jedoch schwierig einzuschätzen, denn er ist statistisch nicht eindeutig abgegrenzt. Eine Reihe anderer Sektoren erwirtschaften ebenfalls einen Teil des Umsatzes über den Tourismus wie z.B. der Handel, das Transportwesen oder die personenbezogenen Dienstleistungen. Die Bruttowertschöpfung stieg in der DG zwischen 2000 und 2006 lediglich um ca. 14 Prozent, während im Landesdurchschnitt dieser Wert um 20,6 Prozent anstieg.

## ENTWICKLUNG DER BRUTTOWERTSCHÖPFUNG (2000-2006)

■ DG ■ Wallonie ■ Belgien

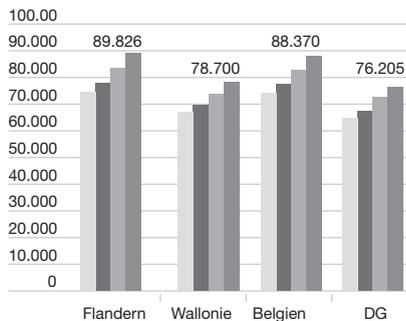


Quelle: ICN 2008; Auswertung: ADG

Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitnehmer stieg in diesem Zeitraum langsamer an als im Landesdurchschnitt, jedoch in einer geringeren Differenz: 9,2 gegenüber 11,4 Prozent. In absoluten Zahlen (2006) waren dies 317 Milliarden Euro für Belgien, 74 Milliarden Euro in der Wallonie bzw. 1,6 Milliarden Euro in der DG.

## BIP PRO ARBEITNEHMER (€)

■ 2000 ■ 2002 ■ 2004 ■ 2006



Quelle: ICN 2008; Auswertung: ADG



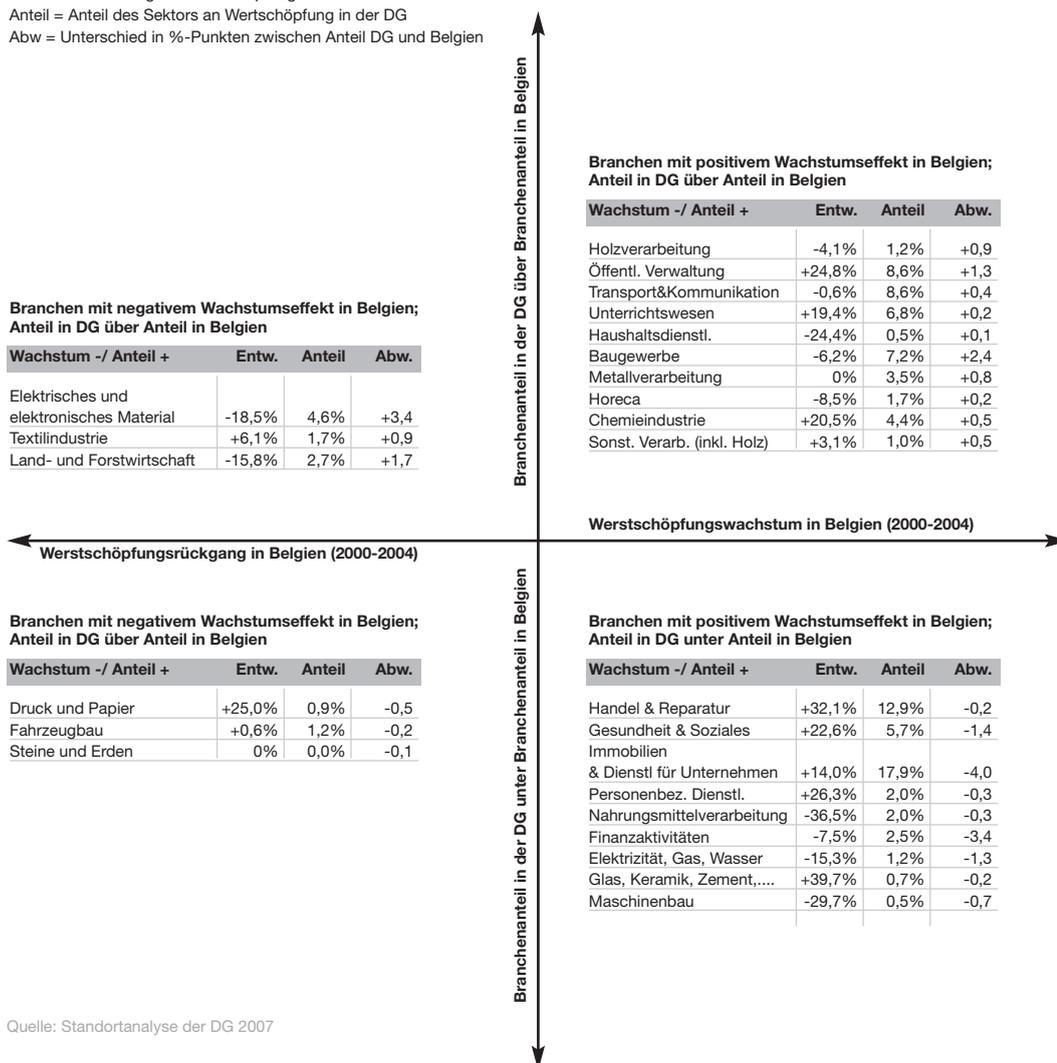
Im Rahmen der Standortanalyse haben Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Arbeitsamt untersucht, ob Branchen, die allgemein als Wachstumsbranchen gelten, in der DG besonders stark oder eher schwach im Vergleich zur gesamtbelgischen Situation vertreten sind. Umgekehrt kann die besonders hohe Bedeutung eines Sektors in der DG in Branchen, die allgemein eine rückläufige Entwicklung aufweisen, auch ein Risiko für die künftige Beschäftigung in der DG darstellen. Die Analyse der Branchenstruktur nach Mehrwert ergibt folgendes Bild:

## BRANCHENSTRUKTUR - ASPEKT WERTSCHÖPFUNG

Entw. = Entwicklung der Wertschöpfung in der DG

Anteil = Anteil des Sektors an Wertschöpfung in der DG

Abw. = Unterschied in %-Punkten zwischen Anteil DG und Belgien

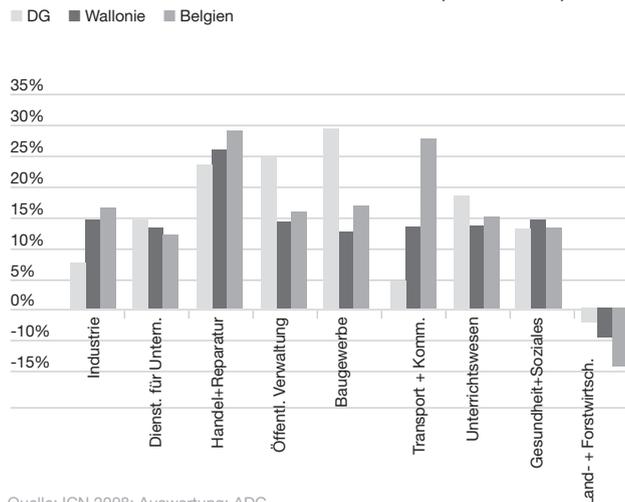


Quelle: Standortanalyse der DG 2007

## PRODUKTIVITÄT

Die Pro-Kopf-Wertschöpfung in den Unternehmen der DG lag 2006 bei 53.782 Euro. Damit liegt sie unter dem Landesdurchschnitt von 65.895 Euro und erreicht auch nicht den entsprechenden Durchschnitt der Wallonie. Im Bereich der Europäischen Union wurde für die verarbeitende Industrie 2006 eine Pro-Kopf-Wertschöpfung von 46.200 Euro erhoben. Hier liegt die DG deutlich darüber.

### ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVITÄT (2000-2005)



Quelle: ICN 2008; Auswertung: ADG



Eine überdurchschnittliche Steigerung der Produktivität wurde in den Bereichen Dienstleistungen für Unternehmen, öffentliche Verwaltung, Baugewerbe und Unterrichtswesen festgestellt. Der Rückgang der Produktivität im Bereich Land- und Forstwirtschaft fällt im Vergleich mit anderen Regionen dagegen noch moderat aus.

Die hohe Pro-Kopf-Wertschöpfung in den Dienstleistungen für Unternehmen erklärt sich im Wesentlichen aus der geringen Bedeutung des Wareneinkaufs in diesem Sektor. Grundsätzlich ist allerdings zu berücksichtigen, dass die im Nenner verwendete Anzahl der Beschäftigten (Arbeitnehmer und Selbstständige) nicht der Arbeitszeit Rechnung trägt. Sektoren mit einem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten sind also von vornherein „benachteiligt“. Eine umfassende Erklärung für den globalen Produktivitätsrückstand der Wirtschaft in der DG liegt noch nicht vor. Nach Einschätzung von Arbeitsamt und WFG im Rahmen der Standortanalyse wird der Gesamtwert vor allem dadurch nach unten gezogen, dass gerade Sektoren mit vergleichsweise geringer Arbeitsproduktivität und Entwicklungsdynamik in der DG ein besonders hohes Gewicht haben, wie etwa die Landwirtschaft, die herstellenden Industrien und die personenbezogenen Dienstleistungen. Umgekehrt haben Sektoren mit hoher Produktivität und höherer Entwicklungsdynamik, wie etwa Dienstleistungen für Unternehmen, ein eher geringeres Gewicht.

## LOHNKOSTEN

Die Entwicklung der Lohnkosten in Belgien ist von der Entwicklung der direkten Brutto-Lohnkosten sowie von den Sozialbeiträgen oder Lohnnebenkosten, die zu Lasten der Arbeitgeber anfallen, abhängig. Die Lohnkosten lagen 2003 vor diesem Hintergrund in Flandern – alle Sektoren zusammengenommen – im Schnitt rund acht Prozent höher als in der Wallonie und 16 Prozent höher als in der DG. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass der Anteil der Teilzeit-Beschäftigten in der DG etwas höher ist als im Landesdurchschnitt.

Die Personalkosten pro Arbeitnehmer liegen in der DG im Schnitt bei etwa 34.600 Euro und erreichen damit knapp 84 Prozent des belgischen Durchschnitts mit 41.184 Euro. Sie liegen dabei auch noch unter dem Durchschnitt in der Wallonie mit 37.550 Euro. Hinter Schweden und Dänemark nehmen auch die Kosten pro geleistete Arbeitsstunde in Belgien – gleichauf mit Luxemburg – mit 32,70 Euro einen europäischen Spitzenplatz bei Durchschnittskosten von 26 Euro ein.

Die Personalkosten übersteigen in der DG den belgischen Durchschnitt lediglich im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, im Bereich der öffentlichen Verwaltung und nahezu in den Bereichen der Haushaltsdienstleistungen sowie des Baugewerbes.

Das mittlere Einkommen in der DG hat sich – auch im Vergleich mit anderen belgischen Regionen – seit 15 Jahren deutlich verbessert. Es liegt bereits heute hinter Flandern an zweiter Stelle.

### MITTLERES EINKOMMEN PRO STEUERERKLÄRUNG (IN 1.000 EURO)

Sektor	1990	2000	2005
DG	16,69	21,98	24,19
Wallonie	17,37	22,66	22,80
Flandern	18,28	24,64	25,61
Region Brüssel	18,37	23,14	22,57
Belgien	18,00	23,89	24,42

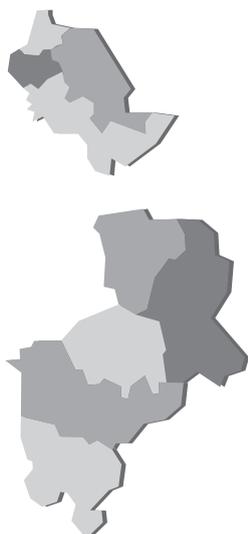
Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2008



Eine Untersuchung für die Großregion Saar-Lor-Lux ergab, dass im Jahr 2002 die mittlere Steuer- und Abgabenbelastung in Frankreich bei 41,8 Prozent, in Luxemburg bei 28 Prozent und in Belgien bei 43,5 Prozent lag. Diese unterschiedlichen Belastungen in den einzelnen Ländern führen zu weiteren Verschiebungen der Attraktivität von Standorten. Dies trifft insbesondere in der DG für Standorte in der Nähe des Großherzogtums Luxemburg zu, was sich auch an den täglichen Pendlerströmen nach Luxemburg ablesen lässt.

## 5.4. ARBEITSMARKT

### KERNDATEN DER KANTONE EUPEN UND ST. VITH



Kanton Eupen	
Bevölkerung	44.553
Einwohnerdichte	198,2 EW/km <sup>2</sup>
Arbeitslosenquote	9,9%
Arbeitnehmer/Betrieb	11,3
Anteil Beschäftigter in herstellender Industrie	29,7%
Anteil Erwerbstätiger in der Landwirtschaft	2,1%

Kanton St. Vith	
Bevölkerung	29.616
Einwohnerdichte	47,1 EW/km <sup>2</sup>
Arbeitslosenquote	4,4%
Arbeitnehmer/Betrieb	8,4
Anteil Beschäftigter in herstellender Industrie	26,4%
Anteil Erwerbstätiger in der Landwirtschaft	9,9%

Quelle: agiplan 2009

## AKTIVITÄTSSTRUKTUR

Die aktive Bevölkerung, d.h. die Zahl der Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, weist in der DG bislang noch eine steigende Tendenz auf. Laut Berechnungen des statistischen Dienstes der Wallonischen Region (IWEPS) belief sich die Aktivitätsrate in der DG 2007 auf 66,1 Prozent. Für die nahe Zukunft wird ein leichter Rückgang und eine starke Alterung der aktiven Bevölkerung prognostiziert. Ab etwa 2025 zeichnet sich eine äußerst kritische Entwicklung in punkto Arbeitskräftepotenzial ab.

Die Beschäftigungsrate liegt in der DG mit 61,6 Prozent im Jahr 2007 auf einem für belgische Verhältnisse hohem Niveau und kann mit dem ebenfalls überdurchschnittlichen Standard von Flandern verglichen werden.

### ENTWICKLUNG DER AKTIVITÄTSSTRUKTUR (1997-2007)

	1997 - Raten			2007 - Raten			Entwicklung 1997-2007 - Raten		
	Aktivität	Beschäftigung	Arbeitslosigkeit	Aktivität	Beschäftigung	Arbeitslosigkeit	Aktivität	Beschäftigung	Arbeitslosigkeit
Wallonie	64,4%	53,2%	17,4%	63,5%	54,5%	14,3%	-1,4%	2,4%	-17,8%
Flandern	66,6%	60,9%	8,5%	64,5%	60,9%	6,6%	-3,2%	0,0%	-22,4%
Brüssel	59,9%	47,7%	20,3%	56,1%	44,8%	19,3%	-6,3%	-6,1%	-4,9%
Belgien	65,3%	57,2%	12,3%	63,8%	57,5%	10,4%	-2,3%	0,5%	-15,4%
DG	63,2%	59,6%	5,7%	66,1%	61,6%	7,0%	4,6%	3,4%	22,8%

Quelle: IWEPS, Steunpunt / Berechnung: Ministerium der DG, 2009

Auffällig ist die steigende Erwerbsbeteiligung älterer Personen – wie allerdings in allen Regionen in Belgien – und auch die sehr hohe Aktivitäts- und Beschäftigungsrate bei den Jugendlichen in der DG. Eine hohe Aktivitätsrate – wie in der DG gerade bei den 15- bis 24-Jährigen – bedeutet aber auch, dass ein nicht unerheblicher Teil der potenziell eine weiterführende Ausbildung in Anspruch nehmenden Personen sich bereits in einem Arbeitsprozess befinden. In der DG ist dies vor allem deshalb der Fall, weil hier das sehr gute duale System entsprechende Anreize bietet. Vor diesem Hintergrund stellt die Aktivitätsrate für die DG sowohl eine Stärke als auch als eine Schwäche dar.

## BESCHÄFTIGUNG NACH SEKTOREN

Dem Volumen nach sind die beschäftigungsintensivsten Sektoren in der DG 2006 das verarbeitende Gewerbe, der Handel, das Kraftfahrzeug- und das Reparaturgewerbe, die Dienstleistungen von Unternehmen, der öffentliche Sektor und die Gesundheits- und Sozialberufe. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft liegt bei 4,4 Prozent im Vergleich zu zwei Prozent in Belgien.

### ANTEILE AN GESAMTBESCHÄFTIGUNG (2006)

	DG	Wallonie	Flandern	Belgien
Land- und Forstwirtschaft	4,4%	2,2%	2,3%	2,0%
Verarbeitendes Gewerbe	19,5%	12,5%	16,9%	13,8%
Elektrizität, Gas, Wasser	0,2%	0,8%	0,4%	0,6%
Baugewerbe	7,3%	6,7%	6,2%	5,8%
Handel, KFZ, und Reparatur	14,9%	14,3%	14,9%	14,2%
Horeca	4,3%	3,3%	3,5%	3,5%
Transport & Kommunikation	6,3%	6,3%	6,7%	6,9%
Banken, Versicherungen	1,5%	1,9%	2,0%	3,2%
Dienstleistungen für Unternehmen	9,2%	12,9%	16,9%	16,0%
Öffentliche Verwaltung	9,1%	11,3%	7,1%	9,8%
Unterrichtswesen	8,1%	9,5%	7,5%	8,0%
Gesundheit & Soziales	9,5%	12,9%	11,0%	11,1%
Personenbezogene Dienstleistungen	3,9%	3,8%	3,3%	3,6%
Haushaltsdienstleistungen	1,7%	1,7%	1,2%	1,4%
Total	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: ICN

Laut Standortanalyse der WFG sind im Bereich Innovation und Technologie in der DG lediglich 13 Betriebe im Bereich der Hochtechnologie tätig (IT, Elektronik, Automation, Medizintechnik etc.). Immerhin liegt die DG mit einem Anteil von acht Prozent der Gesamtbeschäftigung im Bereich Hoch- und Mittelhochtechnologie noch deutlich über dem belgischen Durchschnitt von 6,4 Prozent. Der Beschäftigungsanteil in stark wissensbasierten Dienstleistungen wie Gesundheitswesen, Finanzwesen oder Forschung & Entwicklung liegt mit 31 Prozent spürbar hinter dem belgischen Gesamtwert von 39 Prozent zurück, jedoch steigt dieser Wert seit Jahren beständig an.

### Abhängige Beschäftigung

Zum 31. Dezember 2007 zählte die DG laut Angaben des Landesamtes für Soziale Sicherheit (LASS) 22.218 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Die abhängige Beschäftigung ist folglich von 2006 bis 2007 um 1.000 Einheiten gestiegen. Betrachtet man die Tatsache, dass der Anstieg bis 2005 mit rund 15 Prozent noch hinter dem belgischen Durchschnitt von 16 Prozent und dem Anstieg in Flandern von 20 Prozent zurück blieb, ist in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung zu verzeichnen.

Die Unterscheidung zwischen Sekundär- und Tertiärsektor wird zunehmend schwieriger, da eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe als „Outsourcing“ tertiärisiert wurde. Dennoch liegt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nach wie vor weit über dem Landesdurchschnitt. Der Beschäftigungszuwachs im unternehmensbezogenen Dienstleistungssektor wird – wie Untersuchungen z.B. in Deutschland ergeben haben – zu etwa einem Drittel durch Auslagerung von vormals durch Industriebetriebe selbst erbrachte Dienstleistungen und zu etwa zwei Drittel durch die wachsende „durchdringende Warenproduktion und des Warenabsatzes mit Dienstleistungs- und Service-Komponenten“ erklärt.

Während die Zuwächse vor allem im Tertiärsektor lagen, konzentriert sich der Rückgang von Arbeitsplätzen im Sekundärsektor im Wesentlichen auf den Bausektor, was u. a. durch eine Verlagerung der Arbeitsplätze nach Luxemburg zu erklären ist.

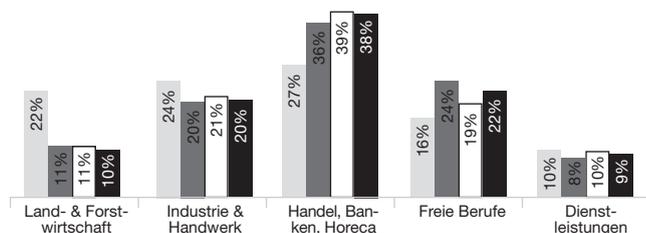
### Selbstständige Beschäftigung

Zum 31. Dezember 2006 zählte die DG laut Angaben des zuständigen Landesinstituts der Sozialversicherungen 6.683 Selbstständige. Nach Art der Tätigkeit handelt es sich bei 70 Prozent um die Haupttätigkeit, bei 20 Prozent um eine nebenberufliche Tätigkeit und bei 10 Prozent um eine Aktivität nach der Pensionierung. 55,4 Prozent der Selbstständigen sind im Kanton St. Vith ansässig gegenüber 44,5 Prozent im Kanton Eupen. Ein Drittel der Selbstständigen sind Frauen.

Betrachtet man die Aufteilung nach Tätigkeitssektor, fällt der nach wie vor hohe Anteil der Selbstständigen in der Landwirtschaft auf, wenngleich dieser auch in den letzten 20 Jahren einen dramatischen Rückgang zu verzeichnen hatte. So sank die Zahl der selbstständigen Landwirte von 1990 bis 2006 um 31 Prozent.

#### SELBSTSTÄNDIGE AUFTEILUNG NACH TÄTIGKEITSSEKTOR (2006)

■ DG ■ Wallonie □ Flandern ■ Belgien



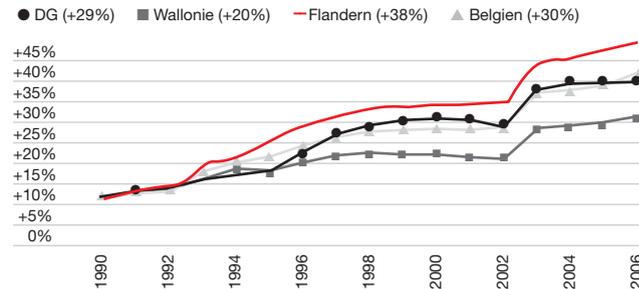
Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2008

Bei der Altersstruktur der Selbstständigen zeigt sich, dass 55 Prozent zwischen 35 und 53 Jahre alt sind, während nur relativ wenige junge Erwachsene den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Immerhin sind 18 Prozent der Selbstständigen jünger als 35, während es bei den Arbeitnehmern etwa 40 Prozent sind. Der sektorale Vergleich zeigt dabei, dass die Jugendlichen mit 27 Prozent vor allem die Selbstständigkeit im Dienstleistungsbereich suchen.

Klammert man die Landwirtschaft aus, so ist die Selbstständigkeit in der DG von 1990 bis 2006 um rund 30 Prozent gestiegen.



### ENTWICKLUNG DER SELBSTSTÄNDIGKEIT OHNE DEN BEREICH LANDWIRTSCHAFT (1990-2008)



Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2008

Dennoch ist die Anzahl der Betriebsgründungen seit 1999 gerade einmal um 14 Prozent angestiegen. Dieses ist der schwächste Wert im Vergleich zu den anderen belgischen Regionen: in der Wallonie stieg die Anzahl im gleichen Zeitraum um 16 Prozent, in Flandern um 23 Prozent und in Brüssel um 26 Prozent. Die DG hat erstmals im Jahre 2000 durch die Einrichtung einer Existenzgründer-Initiative versucht, Dienstleistungen für Betriebsgründungen zu bündeln und so die Anzahl der Gründungen zu steigern. So konnten im ersten Jahr des Bestehens bereits 240 Anfragen verzeichnet werden. Diese Anzahl von Anfragen ist kontinuierlich gestiegen und liegt momentan bei 300 im Jahr. Trotz zahlreicher ergriffener Maßnahmen im Sinne einer gebündelten und professionellen Beratung bestehen aber noch immer einige Defizite, insbesondere im Bereich der Existenzsicherung und der Betriebsnachfolge.

Es gibt auch noch zu wenige funktionierende Kooperationen zwischen der Wirtschaft und den um die DG liegenden Hochschulen. Begründet wird dieses Defizit vor allem mit einer aktuell fehlenden "Gesprächskultur" zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Sich anbietende Kooperationen bestünden beispielsweise mit der RWTH Aachen, den Universitäten von Maastricht, Hasselt und Lüttich sowie dem Forschungszentrum Jülich.

Es ist außerdem auffallend, dass viele Patente in der DG von Privatpersonen hinterlegt werden, die aber fast nie in einen industriellen Produktions- und Vermarktungsprozess münden.

Die durchschnittliche Unternehmensdichte in der DG ist allerdings mit 195 Betrieben pro 1.000 aktive Personen höher als in den anderen belgischen Regionen, was mit der in der DG relativ geringen Betriebsgröße zusammenhängt. Insgesamt genießt die Selbstständigkeit in Belgien keinen besonders guten Ruf. Das Land bildet in dieser Bewertung mit Spanien und Frankreich das europäische Schlusslicht.

## ARBEITSLOSIGKEIT

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft waren 2008 im Jahresschnitt 2.413 Vollarbeitslose gemeldet. Dabei handelt es sich um Personen, die ohne Beschäftigung sind, dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung stehen und aktiv eine Beschäftigung suchen. Dies entspricht einer Arbeitslosenrate von 7,2 Prozent. Im Februar 2009 liegt die Arbeitslosigkeit in der DG mit 7,3 Prozent (2.450 Personen) weit unter dem belgischen Durchschnitt und nur knapp über der sehr niedrigen Arbeitslosenrate von Flandern.

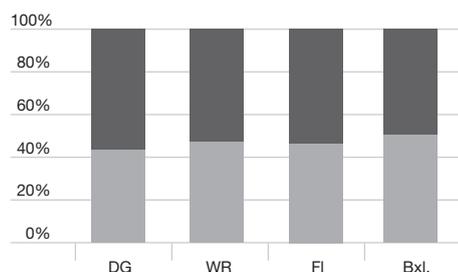
Etwa 55 Prozent der Arbeitslosen in der DG sind Frauen. Dieser Anteil ist den letzten Jahren stetig gesunken, liegt aber noch immer über dem Wert der anderen Regionen Belgiens. Die Arbeitslosenrate bei den Frauen liegt mit 9,2 Prozent deutlich über derjenigen der Männer mit 5,7 Prozent.

Die Aufgliederung der Arbeitslosen nach Altersgruppen zeigt, dass die Mehrheit der Arbeitssuchenden in der Altersgruppe der 35- 50-Jährigen zu finden ist. Ein Vergleich mit dem Jahr 2001, als die Arbeitslosigkeit in der DG ihren bisherigen Tiefststand erreichte, zeigt jedoch, dass der seitdem erfolgte Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere die über 50-Jährigen und die unter 25-Jährigen betrifft. Der Anteil der über 50-Jährigen an den Vollarbeitslosen ist dabei von 12 auf rund 22 Prozent gestiegen, während der Anteil der Jugendlichen mit rund 20 Prozent in etwa stabil geblieben ist.

### STRUKTUR DER ARBEITSLOSIGKEIT (2007)

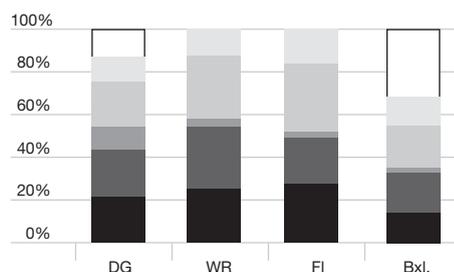
**Anteil der Geschlechter an der Arbeitslosigkeit**

■ Frauen ■ Männer



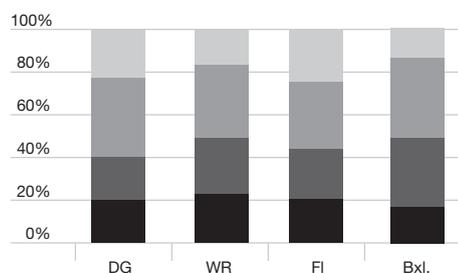
**Verteilung nach Ausbildungsniveau**

■ Primar ■ Lehre ■ Mittlere Reife  
■ Abitur ■ Hochschule/Uni ■ Sonstige



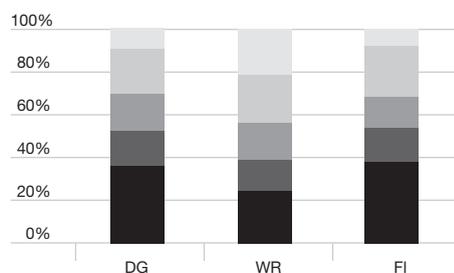
**Anteile der Altersgruppen an der Arbeitslosigkeit**

■ unter 25 ■ 25-35 ■ 35-50 ■ über 50



**Verteilung nach Dauer der Arbeitslosigkeit**

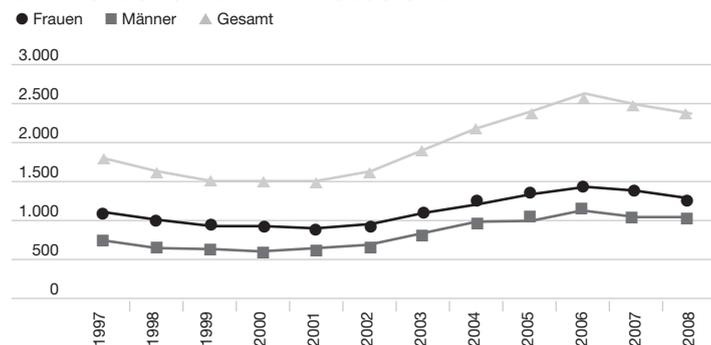
■ < 6 Monate ■ 6-12 Monate ■ 1-2 Jahre  
■ 2-5 Jahre ■ > 5 Jahre



Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2008

Der Anteil der unterqualifizierten Arbeitslosen, das heißt der Personen, die höchstens über einen Primarschulabschluss oder die Mittlere Reife bzw. die 2. Stufe des Sekundarschulunterrichtes verfügen, beläuft sich in der DG auf mehr als 45 Prozent. Ihr Anteil an den Arbeitslosen ist in den letzten Jahren etwas gesunken, während der Anteil der Personen mit einem ausländischen Schulabschluss entsprechend angestiegen ist, wovon jedoch ein Teil wiederum als unterqualifiziert eingestuft werden muss.

### ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT



Quelle: Arbeitsamt der DG, SAVE 2009

Gut ein Drittel der Arbeitslosen ist seit weniger als sechs Monaten arbeitslos. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren stark gesunken, während die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die über ein Jahr arbeitslos sind, sich innerhalb von drei Jahren verdoppelt hat und nunmehr deutlich höher liegt als die Zahl der Kurzarbeitslosen mit weniger als sechs Monaten Arbeitslosigkeit.

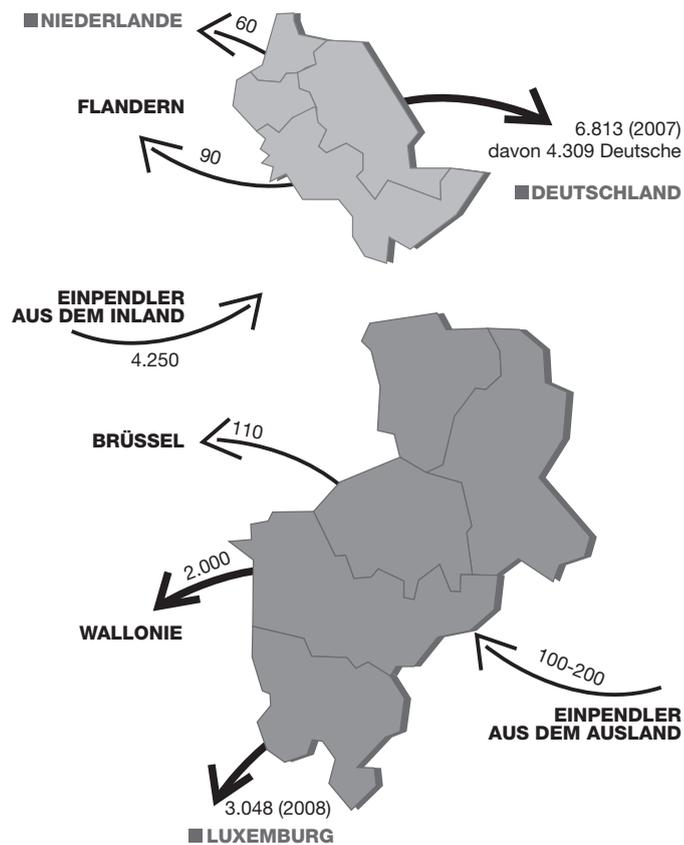
Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren dürfte auf eine Reihe verschiedener Faktoren zurückzuführen sein:

- der Anstieg der aktiven Bevölkerung, insbesondere in den älteren Arbeitsgruppen;
- der Rückgang der Konjunktur nach 2001 und damit einhergehend die eher negative Beschäftigungsentwicklung während der letzten Jahre in der DG;
- die Verschlechterung der Arbeitsmarktchancen für gering Qualifizierte;
- die Anhebung der Altersgrenze für die Freistellung von der Arbeitssuche von 50 auf 58 Jahre seit Juli 2002;
- die verstärkte Zuwanderung von Ausländern.

Zur Qualifizierung und Beschäftigung von Personen mit Vermittlungsproblemen existieren in der DG eine Reihe von Sozialbetrieben und Projekten, die als Zielsetzung haben, Langzeitarbeitslose, Personen mit niedrigem Ausbildungsniveau, arbeitslose Jugendliche sowie Personen mit Behinderung in betriebliche Strukturen zu integrieren, die im regulären Arbeitsmarkt operieren bzw. in dessen unmittelbarer Nähe angesiedelt sind. Um dies zu gewährleisten, müssen die Sozialbetriebe kontinuierlich der Klientel angepasste Arbeitsplätze schaffen.

## ARBEITSKRÄFTEMOBILITÄT

PENDLERSTRÖME IN UND AUS DER DG (2004)



Quelle: Standortanalyse der DG 2007, IGSS, Landesarbeitsamt NRW 2009

Die Arbeitskräftemobilität und die Pendlerströme sind im Vergleich zu anderen Regionen extrem hoch.

Daten zu den Pendlern nach Deutschland und Luxemburg stehen jährlich zur Verfügung, beziehen sich für die Pendler nach Deutschland jedoch nicht ausschließlich auf die Bewohner der DG. Bei den Zahlen der Ein- und Auspendler ins belgische Landesinnere und in die Niederlande handelt es sich um Schätzungen des Arbeitsamtes.

Die Zahl der Pendler nach Deutschland ist zwischen 1990 und 2002 stark angestiegen und stagniert seitdem bei etwa 6.850 Personen. Hiervon sind aber mittlerweile rund zwei Drittel Deutsche, die sich in Belgien niedergelassen haben und in Deutschland arbeiten.

Die Zahl der Pendler ins Großherzogtum ist von rund 1.000 Personen im Jahr 1994 und 2.550 Personen im Jahr 2005 auf 3.048 Personen im Jahr 2008 angestiegen. Während für die Pendler nach Luxemburg das Baufach mit 33 Prozent der Pendler sowie Handel und Reparatur mit 25 Prozent die wichtigsten Beschäftigungssektoren darstellen, sind es in Deutschland die Industrie sowie, mit steigender Tendenz, Gesundheits- und Sozialwesen, Handel und Reparatur sowie Dienstleistungen für Unternehmen.



## KRITISCHE BERUFE

Ein besonderes Problem stellt der Arbeitskräftebedarf in der DG dar. Laut einer dem Arbeitsamt vorliegenden Prognose werden im Jahre 2027 etwa 25 Prozent der heutigen Arbeitskräfte fehlen. Die Mobilitätsrate, also der Auspendlerstrom, wird dann auf etwa 35 Prozent geschätzt.

Als Indikator für den Fachkräftemangel wird in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einmal jährlich eine Liste sogenannter "kritischer Berufe" festgelegt. Bei dieser Analyse geht das Arbeitsamt der DG in zwei Phasen vor: Das Arbeitsamt berücksichtigt die Berufe für die mindestens fünf Stellenangebote vorliegen, die nicht innerhalb der durchschnittlichen Vermittlungsdauer besetzt werden konnten. In einer zweiten Phase wird diese Liste auf Grundlage folgender Indikatoren validiert bzw. ergänzt:

- dem Verhältnis der Anzahl Arbeitsuchender zur Anzahl Stellenangebote je Berufsgruppe;
- der Analyse der in der hiesigen Lokalpresse veröffentlichten Stellenangebote, die vom Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt wird;
- der Erfahrungsberichte der Stellenvermittler.

Zuletzt wurde diese Liste im Mai 2008 aktualisiert.

### LISTE DER KRITISCHEN BERUFE (2008)

basierend auf einer Analyse der Stellenangebote

Code	Bezeichnung
2	Ingenieure, Architekten
35	Paramedizinisches Personal (Kinesitherapeuten, Ergotherapeuten)
36	Krankenpfleger
38	Pflegehilfspersonal
46	Lehrer für die Oberstufe
47	Lehrer für die Unterstufe
48	Primarschullehrer
61	Jurist
81	Technische Zeichner
89	Techniker (Graduat): Ingenieure, Elektromechaniker
91	Buchhalter
92	Psychologe, Sozialassistent
94	Fachleute im Bereich Handel und Betriebswirtschaft
95	Erzieher
96	Informatiker
110	Einkäufer, Lagerverwalter
201	Buchhaltungsangestellte
210	Sekretär(in)
231	Verwaltungsangestellte
232	Juristische Angestellte
235	Bank- und Versicherungsangestellte
236	Versandangestellte, Dispatcher
237	Lageristen
320	Handelsvertreter, technisch-kommerzielle Angestellte
401	Arbeiter im Gartenbau

Code	Bezeichnung
641	LKW-Fahrer
752	Schlosser, Monteur
753	Mechaniker, KFZ-Mechaniker
754	Karosserieklempner
755	Heizungs- und Sanitätsinstallateure, Klempner
756	Schweißer
759	Sonstige Metallarbeiter (Fräser, Schlosser)
761	Elektriker
762	Elektromechaniker
771	Bau- und Möbelschreiner
791	Maurer und Fliesenleger
796	Dachdecker
799	Sonstige Bauarbeiter (Vorarbeiter, Gerüstbauer, Unterhaltsarbeiter,...)
822	Bäcker
826	Metzger
912	Koch, Hilfskoch
921	Kellner, Bedienung

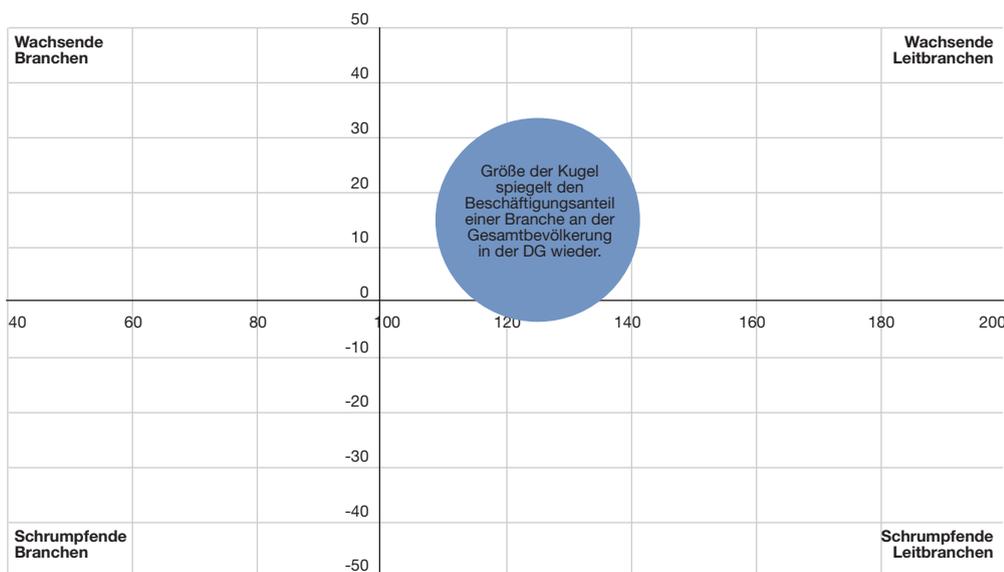
Im Bereich der Lehrer macht sich der Mangel weniger zu Beginn des Schuljahres als für Ersatzstellen im Laufe des Schuljahres bemerkbar. Nahezu alle Fächer sind davon betroffen.

Quelle: Arbeitsamt der DG 2008

## 5.5. KOMPETENZFELDANALYSE

Im Rahmen einer Kompetenzfeldanalyse wurden durch die Firma agiplan die Branchen ermittelt, die gegenüber Belgien bzw. der Euregio Maas-Rhein als jeweilige Vergleichsregionen eine deutlich höhere Bedeutung im Hinblick auf ihre Beschäftigtenzahl haben. Grundlage der Analyse war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach NACE-Codes. Mit diesem Ansatz soll ermittelt werden, welche Branchen in der DG zu den Wachstumsbranchen zählen, wo im Hinblick auf den Beschäftigungseffekt Perspektiven zu erwarten sind und wo mögliche schrumpfende Branchen im Hinblick auf die Arbeitsplatzeffekte befürchtet werden müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Hinblick auf eine Bewertung von Branchen für eine weitere positive Entwicklung in der DG die Beschäftigungszahlen zwar eine hohe, aber keinesfalls eine alleinige Bedeutung besitzen.

### METHODIK KOMPETENZPORTFOLIO



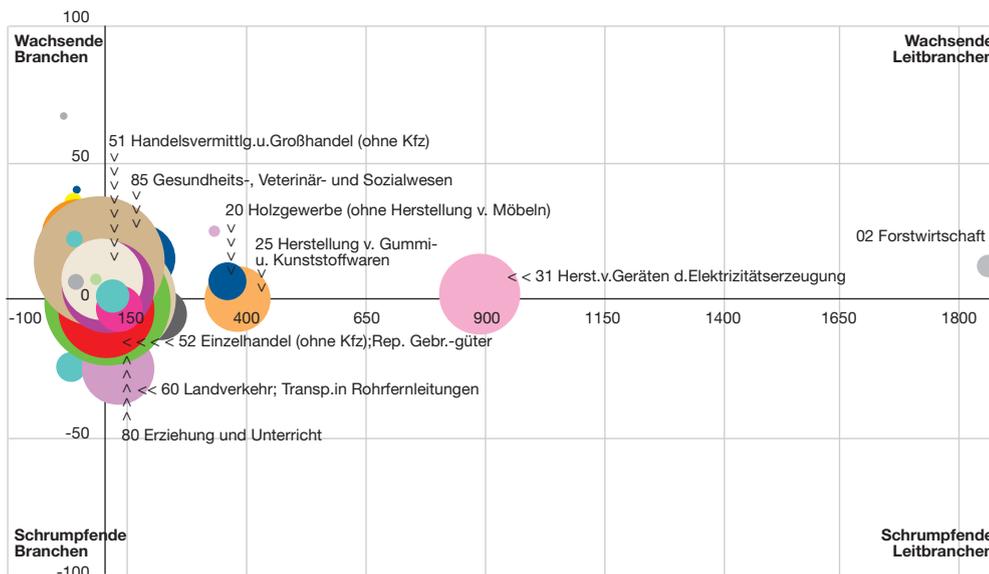
Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Im Vergleich aller Branchen der DG mit Belgien fällt vor allem der weit überdurchschnittlich höhere Anteil an Beschäftigten in der Forst- und Holzwirtschaft auf, wenngleich dort die Beschäftigtenzahl insgesamt nicht so hoch ins Gewicht fällt. Zusätzlich ist bei dieser Branche aber auch erkennbar, dass die Anzahl der Arbeitsplätze deutlich gestiegen ist.

Eine stabile Branche stellt in diesem Vergleich die Branche der Elektrizitätsleitungs-Hersteller dar, die weit über dem belgischen Durchschnitt liegt. Zu den ebenfalls gegenüber Belgien herausragenden Branchen zählen auch noch die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie das Holzgewerbe, allerdings ohne Herstellung von Möbeln.

## BESCHÄFTIGTE IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT - ALLE BRANCHEN

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Belgien in % 2006



Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Im Vergleich mit der Euregio Maas-Rhein relativieren sich diese Verhältnisse. Auch hier fällt die überdurchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in der Forstwirtschaft auf, wenngleich diese Relation deutlich schwächer ausfällt als im Vergleich mit Belgien. Die Branche Elektrizitätsgeräte und -leitungen liegt weit über dem Durchschnitt der Euregio und stellt auch in diesem Vergleich eine stabile Branche im Hinblick auf die Arbeitsplatzeffekte dar. Auffällig ist hier aber auch die überdurchschnittliche Bedeutung des Textilgewerbes und des Holzgewerbes mit leicht steigenden Arbeitsplatzeffekten. Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung und Unterricht sowie Interessensvertretungen und kirchliche Vereinigungen liegen mit wachsenden Beschäftigungseffekten ebenfalls leicht über dem Durchschnitt des Euregio-Beschäftigungsanteils.

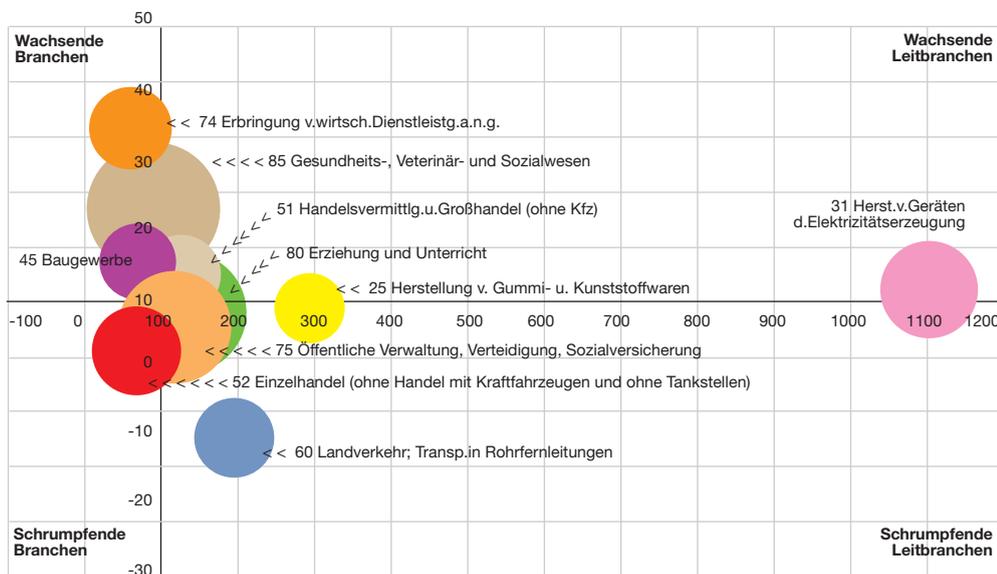
Der Vergleich der Beschäftigtenzahlen in der DG mit Belgien und mit der Euregio Maas-Rhein lässt folgende Schlussfolgerungen zu:

- Starke und solide Wirtschaftsstruktur durch ausgeprägten Branchenmix auf der Basis von klein- und mittelständischen Betrieben;
- Produzierendes Gewerbe, Handwerk und Baugewerbe haben insgesamt eine überdurchschnittliche Bedeutung;
- Einzelne Industriebranchen treten mit sehr hohen Arbeitsmarkteffekten auf, wenngleich größere Einbindungen in Wertschöpfungsketten singular nicht erkennbar sind;
- Das Hotel- und Gaststättengewerbe zählt zu den zehn stärksten Bereichen der Branche und unterstreicht die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor;
- Der wachsende Dienstleistungssektor bewirkt einen starken Beschäftigungseffekt auf einem allerdings geringen Niveau;
- Der Sektor der öffentlichen Dienstleistungen hat eine überdurchschnittliche Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt;
- Land- und Forstwirtschaft stellen aus der Sicht der Beschäftigungseffekte starke Sektoren dar.

Eindeutige Profile lassen sich jedoch vor allem erkennen, wenn man zwischen dem Norden und dem Süden der DG differenziert.

## BESCHÄFTIGTE IM KANTON EUPEN NACH BRANCHEN - TOP TEN

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Belgien in % 2006



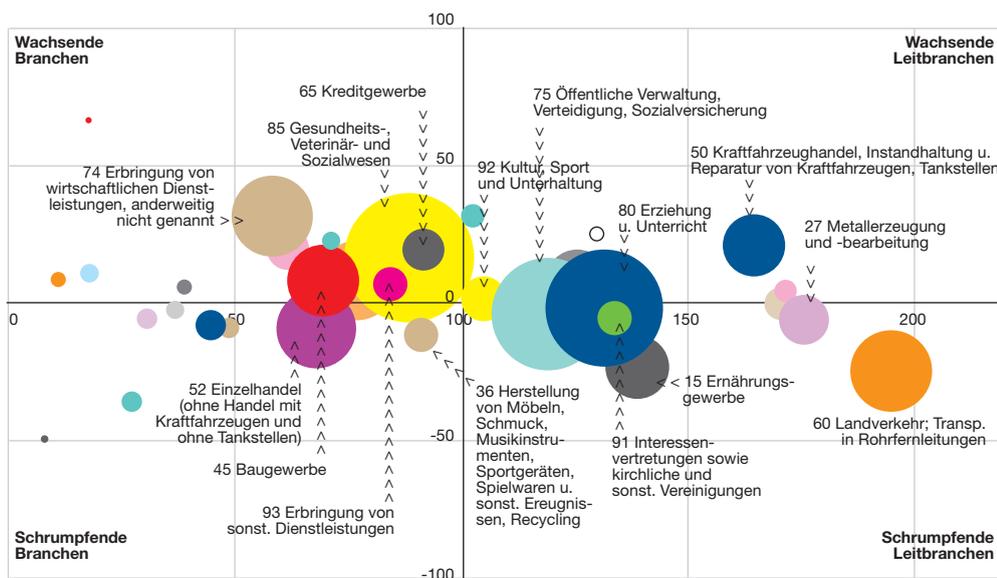
Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Der Kanton Eupen zeichnet sich durch einen breiten und stabilen Branchenmix aus. Sowohl im Vergleich zur Euregio Maas-Rhein als auch zur gesamtbelgischen Situation ist eine starke Basis an verarbeitendem Gewerbe in unterschiedlichen Bereichen zu erkennen.

Einzelne industrielle Sektoren wie Chemie/Kunststoff, Metallerzeugung und -bearbeitung, Elektronik und Kraftfahrzeuge haben einen Anteil von vier bis sieben Prozent an der Gesamtbeschäftigung. Zum Teil handelt es sich dabei um spezialisierte Einzelunternehmen ohne Einbindung in eine regionale Wertschöpfungskette, z.B. in den Bereichen Elektro/Automation oder Kunststoffverarbeitung.

## BESCHÄFTIGTE IM KANTON EUPEN - ALLE BRANCHEN ZOOM

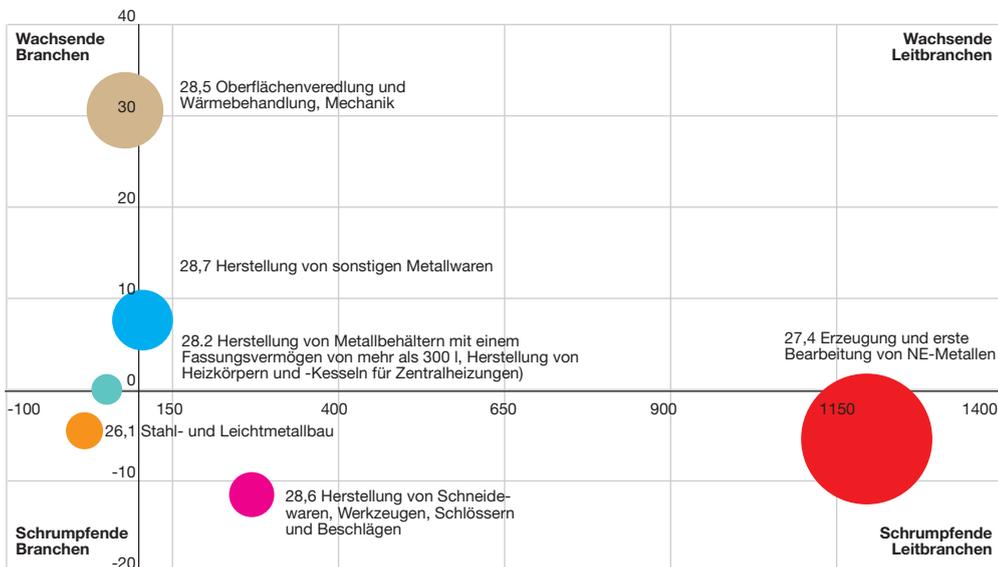
Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Euregio Maas Rhein in % 2006



Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

## BESCHÄFTIGTE IN DER METALLERZEUGUNG UND -BEARBEITUNG IM KANTON EUPEN

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Euregio Maas Rhein in % 2006

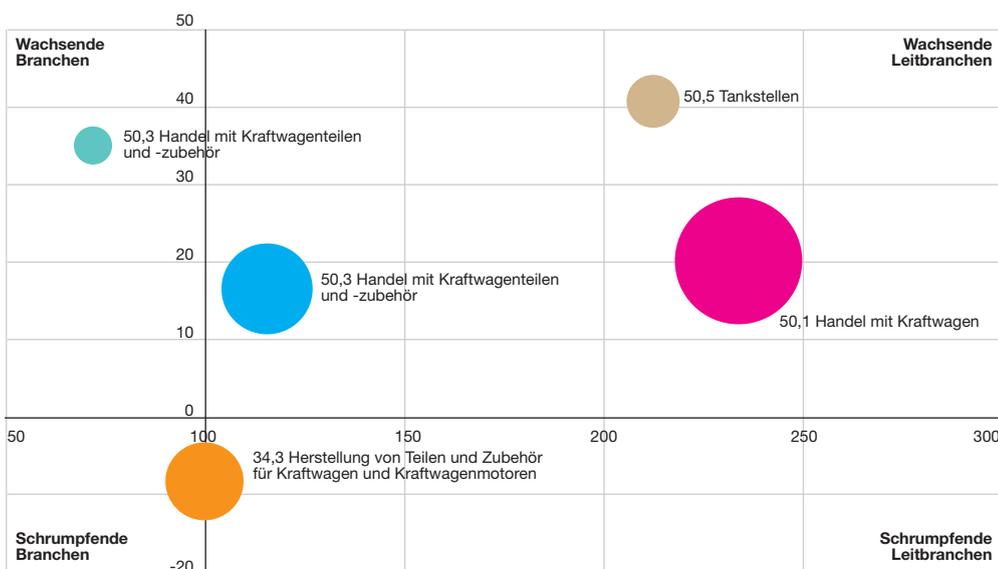


Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Andererseits ist eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Betriebe vor allem in den Bereichen Metallerzeugung und -bearbeitung und Maschinenbau zu erkennen. Auffallend ist ebenfalls der Bereich Kraftfahrzeughandel und -reparatur, der im Vergleich zur Euregio eine wachsende Leitbranche darstellt.

## BESCHÄFTIGTE IM BEREICH KRAFTFAHRZEUGE IM KANTON EUPEN

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Euregio Maas Rhein in % 2006



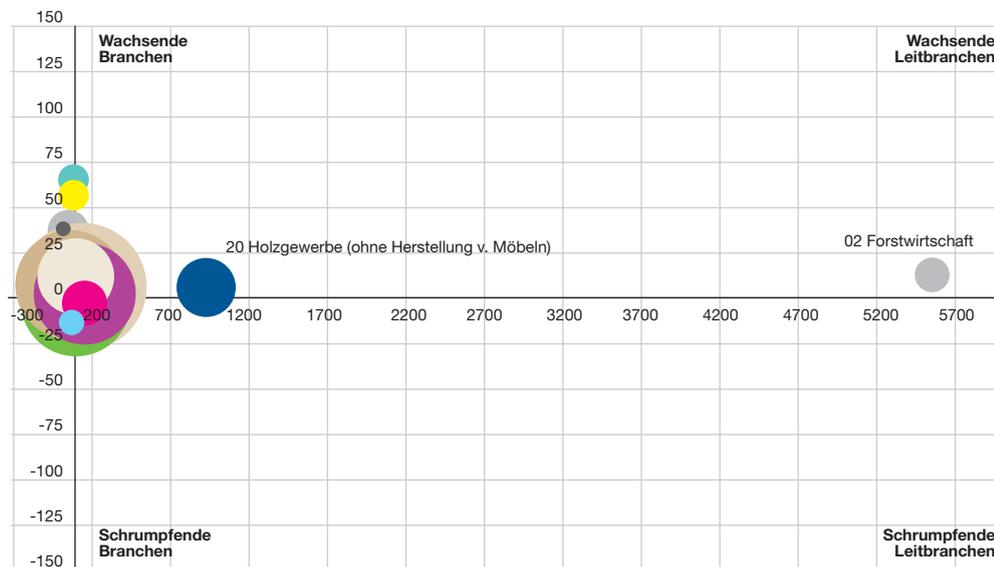
Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Neben der Industrie stellt der Bereich Transport/Logistik mit rund sechs Prozent der Beschäftigten ebenfalls einen bedeutsamen Sektor dar, der durch viele kleine Transportunternehmen und einige wenige größere Logistikdienstleister geprägt ist.

Überdurchschnittlich ausgeprägt sind die Sektoren Bildung und Verwaltung/ öffentlicher Dienst. Holzwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Textilindustrie bilden weitere Schwerpunkte. Sie bieten Anknüpfungspunkte zum Kanton St. Vith.

## BESCHÄFTIGTE IM KANTON ST. VITH - ALLE BRANCHEN

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Belgien in % 2006



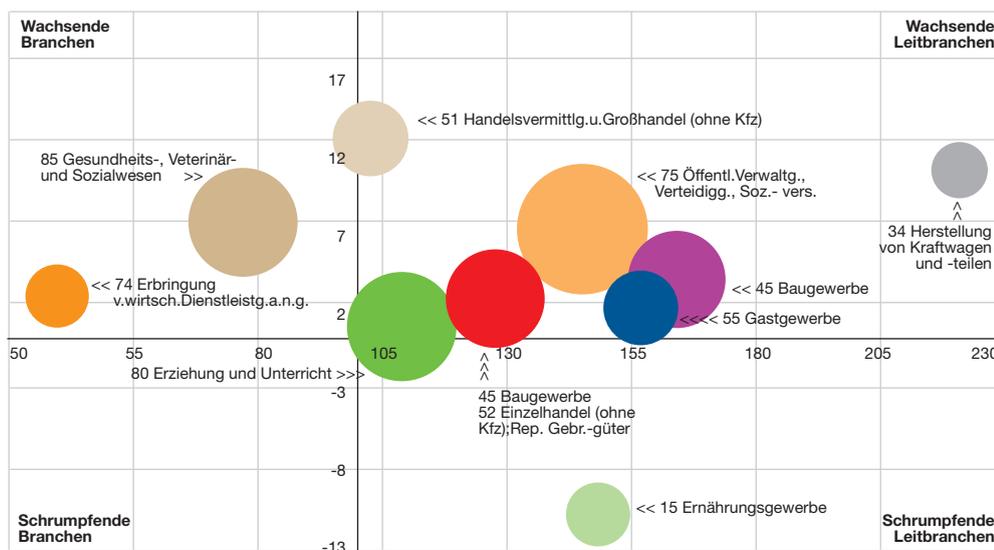
Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Anders als im Kanton Eupen mit einem sehr breiten Branchenmix lassen sich im Süden der DG zwei dominante Cluster mit einem jeweils diversifizierten Profil erkennen:

- die Forst- und Holzwirtschaft mit immerhin 5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und knapp 10 Prozent aller Erwerbstätigen;
- ein umfassendes Tourismustercluster mit knapp 20 Prozent der abhängig Beschäftigten in spezifischen Tourismusschwerpunkten (Gastgewerbe, Sport- und Freizeitzentrum) und weiteren tourismusrelevanten Branchen (Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Einzelhandel).

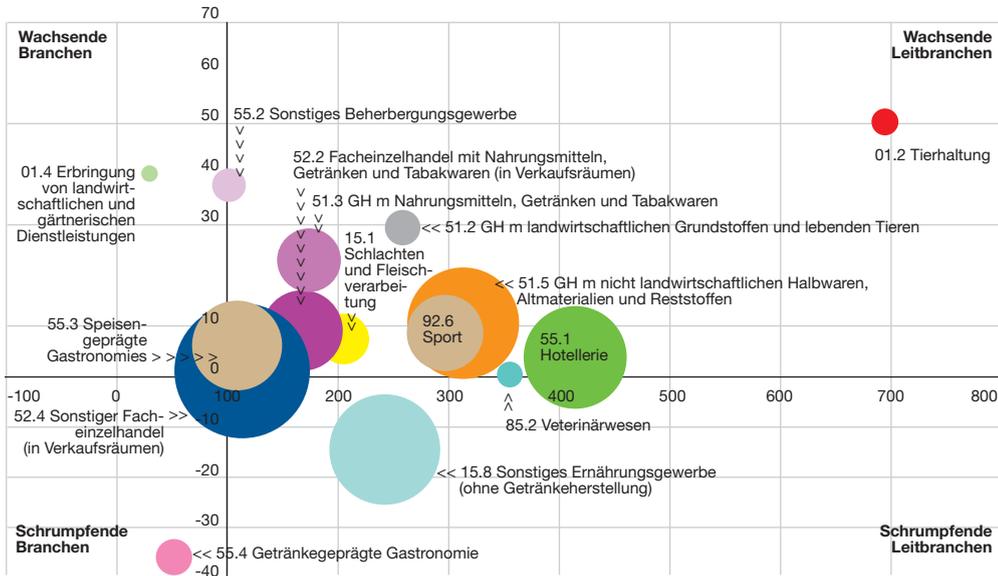
## BESCHÄFTIGTE IM KANTON ST. VITH NACH BRANCHEN - TOP TEN

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Belgien in % 2006



Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

**BESCHÄFTIGTE IN LANDWIRTSCHAFT/ERNÄHRUNG/TOURISMUS/HANDEL IM KANTON SANKT VITH - Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Euregio Maas Rhein in % 2006**

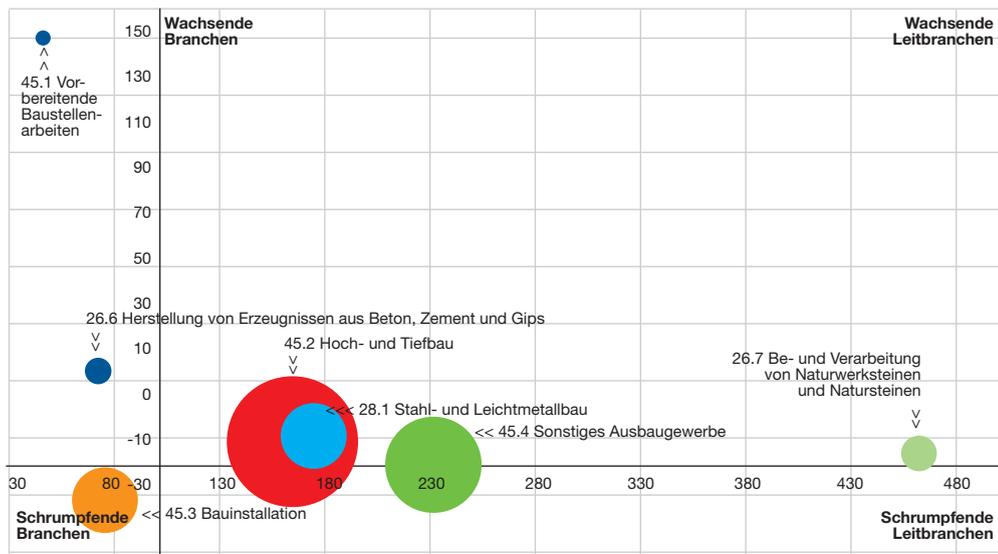


Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Drittes zentrales Handlungsfeld ist eine diversifizierte Bauwirtschaft mit etwa 11 Prozent der Beschäftigten. Darüber hinaus fallen einzelne Industriesektoren durch einen überdurchschnittlichen Anteil an der Gesamtbeschäftigung auf, so z.B. Kfz-Zulieferer, Stahlguss, Stahl- und Apparatebau, Oberflächenveredelung und Kunststoffverarbeitung. Zusammengenommen bilden sie eine weitere wichtige Säule der Wirtschaftsstruktur.

**BESCHÄFTIGTE IN DER BAUWIRTSCHAFT IM KANTON SANKT VITH**

Wachstum in % (2004-2006) - Relativer Anteil der Beschäftigten zu Euregio Maas Rhein in % 2006



Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

Schließlich hat der öffentliche Sektor mit Bildung, Verteidigung (Lager Eisenborn) und Verwaltung trotz relativ niedriger Gesamtbeschäftigung eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung.

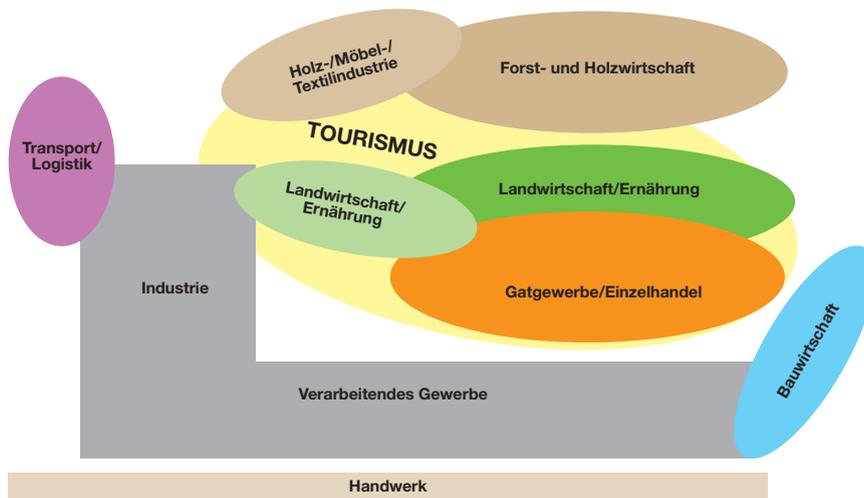
Das Profil des Kantons St. Vith deckt sich fast nahtlos mit dem der angrenzenden deutschen Eifel.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Kompetenzprofil für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

### KOMPETENZFELDER DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

KANTON EUPEN

KANTON ST. VITH



Quelle: agiplan: Kompetenzportfolio der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009

## 5.6. WIRTSCHAFTSFAKTOR TOURISMUS

### TOURISTISCHE REGION UND ORGANISATION

Die DG besitzt mit dem Eupener Land, dem Hohen Venn und der Eifel sehr unterschiedliche und touristisch attraktive Landschaftsräume. Dies erschwert eine einheitliche Bezeichnung als touristische Region, deren landschaftsräumliche Einheiten zudem über die Grenzen der DG hinausgehen.

Als Stärke der Destination Ostbelgien lässt sich vor allem der Reichtum an Natur und Landschaft anführen, der neben der gastronomischen Tradition ein wesentliches Zugpferd der Region bildet. Als herausragendes Alleinstellungsmerkmal kann das Hohe Venn angesehen werden. Entsprechend bilden Wander- und Radwandermöglichkeiten elementare Angebotsbereiche. Eifel-Ardennen-Steig und die RAVeL-Radwege sind hier als zukünftige Leuchtturm-Projekte zu bewerten. Die Wanderprojekte der ViaGulia und die GrenzRouten zeigen neu entwickelte grenzüberschreitende Ansätze im Norden der DG. Mit dem Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken und dem Besucherzentrum Wesertalsperre wurden wichtige Produkte entwickelt, die zum Wasser- und Landschaftserlebnis-Profil der Angebote der DG beitragen.

Seit 1987 werden die DG und die beiden wallonischen Gemeinden Weismes und Malmedy vom Verkehrsamt der Ostkantone (VAO) touristisch repräsentiert, beworben und vermarktet. Diese Organisationsstruktur und Zusammenarbeit hat sich bewährt und zu einer hohen Kontinuität der Marktwahrnehmung sowie Stabilität der partnerschaftlichen Entwicklung mit Leistungsträgern, Anbietern und Kooperationspartnern geführt. Im Norden besteht im Bereich des Dreiländerecks ebenfalls ein Potenzial für eine erweiterte Zusammenarbeit. Als Destinationsbegriffe, die den gesamten Bereich umfassen, haben sich nach Zielmärkten unterschiedliche Sprachbezeichnungen bewährt: „Ostbelgien“ für den deutschen Markt, „Oostkantons“ für den niederländischen und flämischen Markt und „Cantons de l’Est“ für den französischsprachigen.

Auf der Ebene der Wallonischen Region stellt Ostbelgien ein eigenständiges, von der wallonischen Region kofinanziertes Haus für Tourismus („Maison du Tourisme“) dar, das den Gesamtbereich der Ostkantone vertritt. Auf Ebene der Provinz Lüttich besteht eine Kooperation mit der Fédération du Tourisme de la Province de Liège. Eine weitere Zusammenarbeit besteht im Bezirk Verviers mit den Häusern für Tourismus von Herve, Verviers, Spa und dem interkommunalen Zweckverband Aqualis unter der Bezeichnung „Ardenne Bleue – Wasserland Ardennen“.

Eine deutlich intensivere Zusammenarbeit mit der deutschen Eifel wurde durch die Gründung der EWIV „Eifel-Ardennen-Marketing“ mit einer eigenen Verwaltungsstruktur erreicht. Hier sind neben der DG die Provinzen Lüttich und Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und in Zukunft auch das Großherzogtum Luxemburg Partner. Vordergründig werden hier gemeinsame Tourismusangebote in den Bereichen Naturerlebnis, aktive Freizeit (Wandern, Radwandern), Kultur und Gastronomie mit Unterstützung der grenzüberschreitenden INTERREG-Programme und der Mitgliedsbeiträge der Gesellschafter koordiniert und finanziert.

Über diesen Ansatz hinaus gibt es auch auf der Ebene der Euregio Maas-Rhein und der Großregion Saar-Lor-Lux Kooperationsansätze, die aber wegen des fehlenden Destinationsimages dieser Institutionen als thematische Cluster dargestellt werden. In beiden Fällen sind die INTERREG IV-Anträge auf ein internes und ein externes Marketing ausgerichtet mit dem Ziel, sowohl die Qualität der Dienstleistungen als auch der grenzüberschreitenden Produkte zu optimieren.

## BISHERIGE ARBEITSSCHWERPUNKTE

Inhaltlich hat sich das VAO bisher über zehn verschiedene Themen profiliert, die auf der Ebene Marketing, Angebot und Infrastruktur weiterentwickelt werden. Zu den zehn Themen gehören:

- |                      |  |
|----------------------|--|
| • Wohlfühlland       | Lebensqualität, intakte Umwelt, Landleben, Qualität - Wellness |
| • Naturland          | Naturpark, Naturzentren, Wälder, Flüsse, Naturaktivitäten      |
| • Wanderland         | Wanderwegenetz, Fernwege (Eifel-Ardenne-Steig)                 |
| • Veloland           | stillgelegte Bahnstrecken (RAVeL, Knotenpunktsystem, MTB-Netz) |
| • Wasserland         | Stauseen, Wassersport, Strandbad, Freizeitzentrum              |
| • Aktiv-Urlaubsland  | Indoor- und Outdooraktivitäten                                 |
| • Erlebnisland       | Kunst, Kulturtourismus   |
| • Eventland          | Feste, Veranstaltungen   |
| • Genießerland       | Gastronomie, regionale Produkte                                |
| • Urlaubsland nahbei | gute Erreichbarkeit  |

Die Erstellung des grenzüberschreitenden belgisch-deutschen Tourismuskonzepts Protour - Hohes Venn - Eifel (1995) hat in der DG den Bewusstseinsprozess eingeleitet, Tourismus in engem Zusammenhang mit den natürlichen und kulturellen Ressourcen zu sehen und einen nachhaltigen Ansatz anzustreben. Eine umfassende Strategie zur Tourismusentwicklung in der DG liegt bisher noch nicht vor.



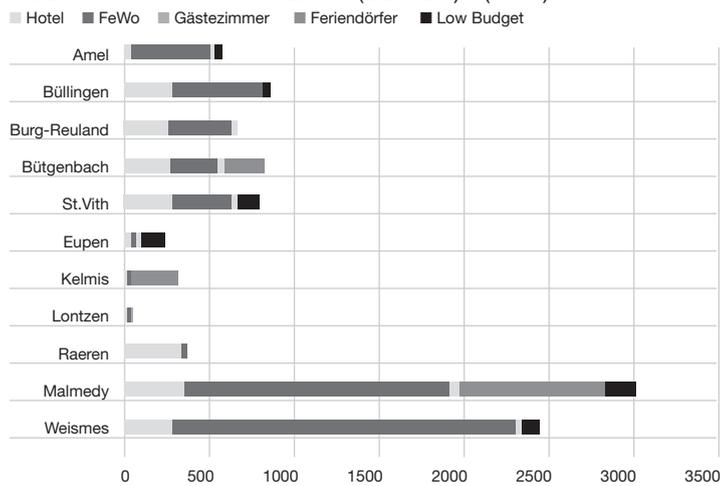
Die "Vision 2014" des Verkehrsamtes der Ostkantone beinhaltet Zielsetzungen für die folgenden Bereiche:

- Qualität und Entwicklung der Beherbergungskapazität
- Verbesserung der Tourismusstruktur (Gemeinden, Leistungsträger)
- Erhebungen zum Wirtschaftsfaktor Tourismus
- Gesamtansatz zum touristischen Marketing
- Netzwerk Tourist-Informationen
- Touristischer Infrastrukturplan
- Überregionale Kooperation und Europäische Programme

## UNTERKUNFTSSTRUKTUR

Die Übersichtstabelle der Beherbergungsmöglichkeiten weist eine Gesamtkapazität von 10.186 Betten für die elf Gemeinden der Ostkantone auf. Mit 5.461 Betten stellen die Gemeinden Malmedy und Weismes mehr als die Hälfte des Angebots. Hinzu kommen 2.613 Stellplätze auf 24 Campingplätzen. Wendet man einen allgemein gültigen Schlüssel von drei Personen pro Stellplatz an, ergibt dies eine Gesamtkapazität von 7.839 Personen. Schlussfolgernd kann man behaupten, dass in Ostbelgien insgesamt 18.025 Personen zur gleichen Zeit eine Übernachtungsmöglichkeit finden können.

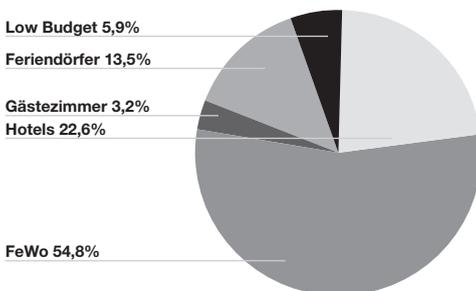
### ÜBERNACHTUNGSKAPAZITÄT (BETTEN) - (2009)



Quelle: VAO 2009

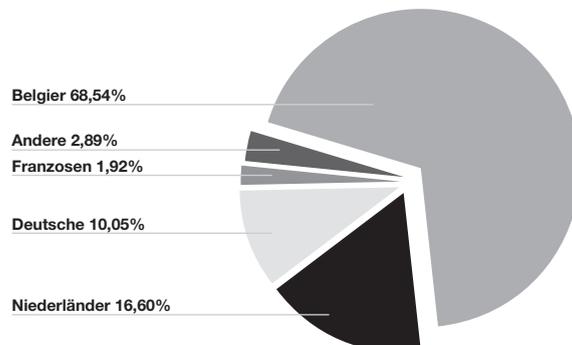
Eine Betrachtung der Anteile der Unterkunftsarten in den Ostkantonen zeigt die Ferienwohnungen mit 54,8 Prozent an der Spitze vor Hotelunterkünften mit 22,6 Prozent. Rein auf die Gemeinden der DG bezogen spielen Hotels mit 35 Prozent der Bettenkapazität eine etwas größere Rolle. Ferienwohnungen liegen hier mit 42 Prozent ebenfalls an der Spitze der Übernachtungskapazitäten.

### ÜBERNACHTUNGSKAPAZITÄT NACH UNTERKUNFTSARTEN (2009)



Quelle: VAO 2009

### ÜBERNACHTUNGEN NACH HERKUNFT (2006)

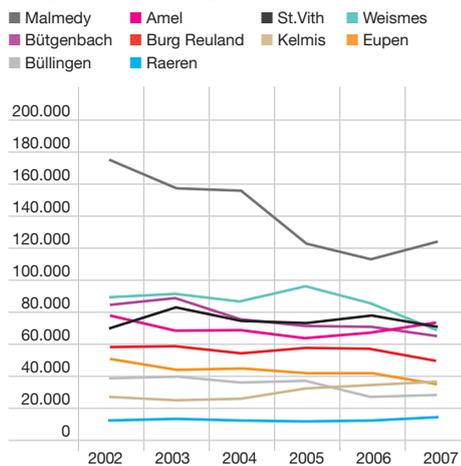


Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik 2007

## GÄSTESTATISTIK

Im Spiegel der Gästestatistik lässt sich ablesen, dass der Norden stärker vom Tagestourismus, der Süden stärker vom Übernachtungstourismus profitiert. Jüngste Analysen des VAO zur Gästeherkunft zeigen, dass die meisten touristischen Informationsanfragen aus Flandern kommen (36%), dahinter folgen Deutschland (28%), die Wallonie (19%) sowie die Niederlande (13%). Die Anzahl der Anfragen aus den Niederlanden und aus Deutschland konnten in den letzten drei Jahren wieder gesteigert werden, während die Anzahl der Anfragen aus Flandern gesunken ist.

### ÜBERNACHTUNGEN



Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik 2007

Die Übernachtungsstatistik zeigt mit 68 Prozent einen höheren Anteil inländischer Gäste, als dies bei den touristischen Anfragen der Fall ist. Niederländer bilden vor Deutschen die wichtigste ausländische Gästegruppe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 3,09 Nächte.

In der Alterszusammensetzung der Touristen überwiegt die Gruppe der 41- bis 60-Jährigen mit 45 Prozent sowie die der über 60-Jährigen mit 14 Prozent. Die Altersgruppe von 17 bis 25 Jahren ist lediglich mit 10 Prozent vertreten und macht deutlich, dass sich die DG als ein vorrangiges Reiseziel der mittleren Generation – teilweise mit Kindern – und der Generation 50+ entwickelt hat. Im Hinblick auf deren zunehmenden Anteil an der Gesamtbevölkerung und das verfügbare Einkommen dieser Zielgruppe stecken darin erhebliche Entwicklungsperspektiven, wenn sich die Dienstleister auf die Bedürfnisse und Erwartungen dieses Marktsegments einstellen. Wandern (38%), kulturelle (20%) und kulinarische Angebote (16%) gehören vorrangig zu den erwarteten Leistungen. Dabei wird immer auch ein zunehmend hoher Anspruch an Qualität und Serviceleistung gelegt.

### ÜBERNACHTUNGSZAHLEN DG UND MALMEDY/WEISMES

Jahr	DG	Malmеды/Weismes	Ostbelgien gesamt
1990	359.819	295.283	655.102
1995	471.245	288.954	760.199
2000	416.829	251.907	668.736
2005	391.790	218.738	610.528
2007	376.265	192.766	569.031

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik 2007

Die Übernachtungsstatistik von 2007 zeigt 569.031 Übernachtungen für das Gebiet der Ostkantone. Die Gemeinden mit den höchsten Übernachtungszahlen sind Malmеды mit 123.665 sowie Amel mit 73.011. Betrachtet man den Zeitraum von 1990 bis 2007, sind die Übernachtungszahlen um 13 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Übernachtungen in der DG an der Gesamtzahl der Übernachtung in Ostbelgien von 1990 bis 2007 von 55 auf 66 Prozent.

Die statistischen Angaben spiegeln jedoch nicht die vollständige touristische Realität wider. Zu berücksichtigen ist, dass die offiziellen Zahlen des Föderalen öffentlichen Dienstes Wirtschaft ausschließlich die Übernachtungen in Hotels, Campingplätzen, Feriendörfern und anderen Gruppenunterkünften enthalten. Angaben für Ferienwohnungen und Gästezimmer sind nicht aufgenommen. Dies sind jedoch Bereiche, die gerade in den letzten zehn Jahren stark angewachsen sind und mittlerweile mehr als 50 Prozent der Übernachtungskapazität stellen.

Stellt man eine Hochrechnung auf der Basis der 560 Ferienwohnungen in Ostbelgien mit ihren 5.584 Betten an, so erreicht man bei einer sehr niedrig angesetzten Belegungsquote von 30 Prozent bereits 611.448 zusätzliche Übernachtungen, die bisher nicht von der Statistik erfasst werden. Dies ergäbe für 2007 eine Gesamtzahl von 1,1 Millionen Übernachtungen, was dem tatsächlichen Aufkommen sehr viel näher kommt.

## PROBLEMFELDER UND ENTWICKLUNGSANSÄTZE

Der Tourismus stellt in der DG einen Wirtschaftszweig dar, der eine wichtige Rolle und ein Ausbaupotenzial bei der Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung einnimmt. Gleichzeitig zeigen sich im Vergleich mit anderen, ähnlich strukturierten Regionen noch touristische Defizite.

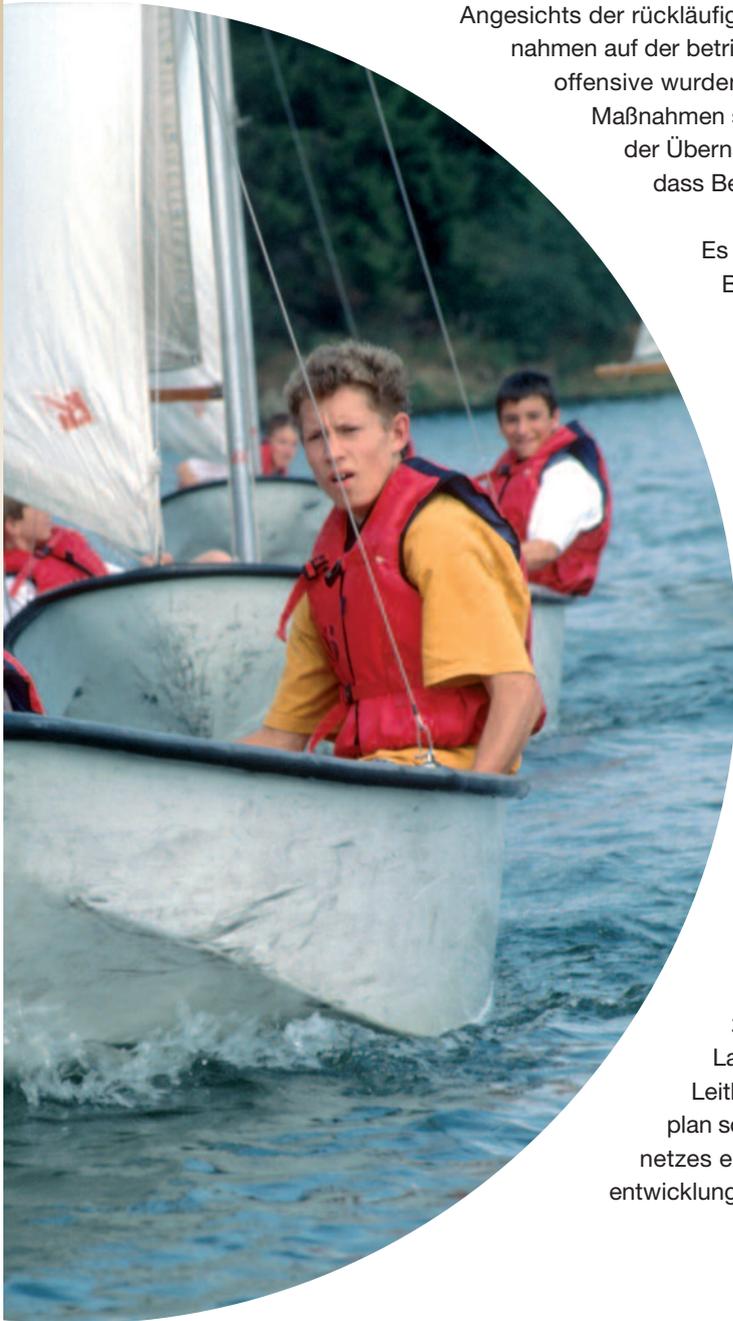
Zwar wird deutlich, dass die Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen oftmals schwierig anzuwenden sind, doch bringen sie auch zusätzliche finanzielle Spielräume und Vermarktungsperspektiven mit sich. Die weiter gefasste Tourismusdestination Ostbelgien hat sich bewährt und sollte dauerhaft weiterentwickelt werden. Im Norden eröffnen sich mit dem Göhltal, Herver Land sowie der niederländisch-deutschen Grenzregion Perspektiven zu weiteren Kooperationen. Darüber hinaus müssen auf Basis der Gemeinden und touristischen Träger systematische Strukturen geschaffen werden, die die regionale Zusammenarbeit erleichtern und effektiver machen.

Ostbelgien zeigt sich als Reiseziel für Familien und für die Generation 50+. Entsprechend bieten sich hier Entwicklungsperspektiven mit einer speziellen Ausrichtung auf diese Zielgruppen, die auch im benachbarten Ausland zu sehen sind. In diesem Zusammenhang sind eine Überarbeitung der Schwerpunktthemen und eine Bündelung auf zukunftsfähige Marketingmodule notwendig. Entwicklungschancen bestehen vor allem in der Qualitätsentwicklung und der Bindung von touristischen Angeboten an Produkte.

Das Thema "Naturerlebnis", verbunden mit entsprechenden Angeboten, bildet ein wesentliches Potenzial. Wandern und Radwandern bilden elementare Angebotsbereiche, in denen mit der Planung der grenzüberschreitenden Vennbahnradweges und des Eifel-Ardennen-Steigs auch für die Zukunft Akzente gesetzt wurden, die in der touristischen Produktentwicklung, Vermarktung und im Qualitätsmanagement dauerhaft begleitet werden müssen. Gleichzeitig gibt es mit dem Naturpark Potenziale zur touristischen Angebots- und Qualitätsentwicklung, die noch weiter ausgebaut werden könnten.

Auch im Bereich Kultur bieten sich Potenziale, die weiterentwickelt werden können und so gleichzeitig auch die kulturelle Identität nach innen stärken. Dies betrifft vor allem die immaterielle Kultur mit Lebensart, Sprache und Veranstaltungen. Hier sind kreative Ansätze notwendig, um dies in das touristische Marketing und die Produktentwicklung einfließen zu lassen. Darüber hinaus ist eine verstärkte Zusammenarbeit von Tourismus- und Kulturanbietern und privaten Trägern notwendig. Schlussendlich kann auch das besondere Potenzial der DG an sich, das sich durch die hoch angesiedelten politischen und administrativen Funktionen ergibt, in diesem Zusammenhang verstärkt eingesetzt werden.

Prinzipiell lässt sich in der touristischen Datenlage ein Defizit feststellen. Die Verbesserung der Datenlage ist als wichtiges Instrument einer zukünftigen touristischen Entwicklungsplanung von wichtiger Bedeutung. Es ist ein umfassenderer und DG-bezogener Ansatz notwendig, um Daten zu Gästen (Übernachtungsaufkommen, Ausgaben, Herkunft usw.) und Betrieben sowie zu den wirtschaftlichen Effekten des Tourismus zu erfassen.



Angesichts der rückläufigen Übernachtungszahlen im Hotelbereich sind Qualifizierungsmaßnahmen auf der betrieblichen Ebene zwingend notwendig. Erste Schritte einer Qualitäts-offensive wurden mit der Einstufung von Ferienwohnungen eingeleitet. Weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung. Ein weiteres Problem stellt die rückläufige Zahl der Übernachtungskapazitäten im Hotelgewerbe und die drohende Gefahr dar, dass Betriebe in der nächsten Generation nicht weitergeführt werden.

Es ist zudem erforderlich, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedeutung des Tourismus und mögliche Synergieeffekte zu stärken, die insbesondere zusammen mit der Landwirtschaft, Forstwirtschaft aber auch mit neuen Ansätzen aus dem Handwerk entwickelt werden können. Dies sollte als Herausforderung gesehen werden, den Stellenwert des Tourismus in den Gemeinden, aber auch in der Landwirtschaft als Träger der Kulturlandschaftsentwicklung zu stärken.

Im Bereich der Außendarstellung ist ein verstärkter Ansatz der Zusammenarbeit in der Außendarstellung auf DG-Ebene (VAO, Verwaltung, Wirtschaftsförderung) erforderlich. Hierzu sollte eine gemeinsame Kommunikationslinie entworfen werden, die sich auf allen Ebenen der touristischen Kommunikation – auch auf Gemeindeebene – wiederfindet. In diesem Zusammenhang sollte darüber hinaus eine Qualitätsoffensive sowie eine Struktur für die touristische Information vor Ort initiiert werden.

Für die touristische Destination Ostbelgien sollte über das REK hinaus ein umfassendes touristisches Leitbild entwickelt werden, das die gezeigten Problemfelder berücksichtigt. Ziel ist, touristische Themen, Produkte, Marketing, touristische Information und die Zusammenarbeit marktgerecht weiterzuentwickeln und hier Akzente zu setzen. Darüber hinaus sollte in Abstimmung mit dem Natur- und Landschaftsschutz ein touristischer Infrastrukturplan als räumliches Leitbild für die infrastrukturelle Planung erstellt werden. Dieser Gesamtplan sollte Infrastrukturprojekte und den Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes enthalten sowie notwendige Maßnahmen zur Pflege und Qualitätsentwicklung vorsehen.

## 5.7. STRUKTUREN DER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit. Gleichzeitig erfordert dies aber ein höheres Engagement in der Wirtschaftsförderung. Die wirtschaftliche Tätigkeit in der DG soll auf den Ressourcen und Potenzialen der Region aufbauen und vorrangig von innen entwickelt werden. Aus diesem Grund wird die endogene wirtschaftliche Entwicklung in der Region durch verschiedene Institutionen gefördert. Denn nur so kann mittel- und langfristig wirtschaftliche Stabilität erreicht werden.

### DIE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT OSTBELGIENS

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens (WFG) ist die zentrale Anlaufstelle für Institutionen, Gemeinden, Unternehmen, Unternehmensgründer und Betriebe bei Anliegen und Fragen rund um das Thema Wirtschaft in Ostbelgien.

Die WFG ist eine Vereinigung ohne Gewinnerzielung (VoG). Ihr Leistungsspektrum erstreckt sich über drei große Bereiche: Die WFG unterstützt Existenzgründer und fördert hiesige Unternehmen bei der Verwirklichung ihrer Projekte (Export, Erweiterungen, Genehmigungen etc.). Sie berät Betriebe aus der Solidarwirtschaft und hilft auswärtigen Unternehmen bei einer Ansiedlung. Außerdem unterstützt die WFG die Entwicklung des ländlichen Raums. Diese Entwicklung umfasst sowohl wirtschaftliche, soziale, kulturelle als auch ökologische Aspekte. Mitgliedsgemeinden der WFG sind neben den Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Gemeinden Bleyberg, Baelen, Gouvy und Welkenraedt.

Die WFG hat sich zur Aufgabe gemacht, den Wirtschaftsstandort Ostbelgien zu stärken und zu sichern. Neben dem Standortmarketing fallen somit auch die Anwerbung und Betreuung von ausländischen Investoren in den Kompetenzbereich der WFG. Die Schwerpunkte, mit denen der Standort Ostbelgien bzw. die DG bisher für sich geworben hat, waren kurze Entscheidungswege, unmittelbare Zuständigkeit für Ausbildung, hervorragende Verkehrslage, kulturell flexible und mehrsprachige Mitarbeiter sowie interkulturelle Kompetenz.

Hauptziel der WFG ist es, die Region Ostbelgien zu einem idealen und wettbewerbsfähigen Standort für Industrie, Handel und Gewerbe auszubauen. Die WFG initiiert, koordiniert und unterstützt dabei zahlreiche wirtschaftliche Projekte, wie z.B. den Aufbau eines Kompetenzzentrums Holz oder die Erstellung eines Gewerbeflächenkonzeptes für Ostbelgien.

### DAS VERKEHRSAMT DER OSTKANTONE

Eine weitere Einrichtung der Wirtschaftsförderung in der DG ist das Verkehrsamt der Ostkantone (VAO). Das VAO ist eine gemeinnützige Einrichtung, die 1986 als „Stiftung“ gegründet worden ist. Ziel des VAO ist es, den Tourismus der Ostkantone in Belgien und im Ausland zu fördern. Dabei repräsentiert es die neun deutschsprachigen Gemeinden und die zwei französischsprachigen Gemeinden Malmédy und Weismes.

Die Aufgaben des VAO reichen von Öffentlichkeitsarbeit, Kundenbetreuung, Veröffentlichung von Katalogen und Prospekten, Erstellung und Vertrieb von Pauschalangeboten bis hin zur Durchführung von Werbeaktionen. Das VAO übernimmt auch Beraterfunktionen bei der Erstellung von Konzepten oder Infrastrukturen für Gemeinden sowie private und öffentliche Institutionen.

## DIE OSTBELGIENINVEST

Die Ostbelgieninvest AG (OBI) stellt mittelständischen Unternehmen in Ostbelgien und der Euregio Maas-Rhein Risikokapital und Management-Knowhow zur Verfügung. Sie vergibt Kapitalbeteiligungen, nachrangige Darlehen und Wandelschuldverschreibungen bei Start-Ups, Expansionsfinanzierungen und Management Buy-In oder Buy-Outs. Seit ihrer Gründung 1989 hat die OBI über 12 Millionen Euro Risikokapital investiert. Das Portfolio umfasst Unternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen.

Das Tätigkeitsgebiet umfasst die neun Gemeinden der DG, die angrenzenden französischsprachigen Gemeinden in der Provinz Lüttich sowie die deutschen, niederländischen und luxemburgischen Grenzgemeinden, wie sie laut Steuer-gesetzgebung definiert sind. Jede Intervention, die im Ausland getätigt wird, muss mit einer Gesellschaft in Ostbelgien wirtschaftlich verbunden sein. Zielgruppe sind finanziell gesunde und professionell geführte Betriebe mit maximal 100 Mitarbeitern, wobei besonders Augenmerk auf die Förderung von jungen, expandierenden und innovativen Unter-nehmen gelegt wird. Die Größe des Unternehmens spielt nur eine unter-geordnete Rolle.

## DAS ARBEITSAMT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Seit dem 1. Januar 2000 ist das Arbeitsamt der DG für die Bereiche Be-schäftigung, Berufsberatung und Berufsausbildung in der DG zuständig. Der Aufgabenbereich des Arbeitsamtes ist doppelter Art. Auf der einen Seite ist das Arbeitsamt Arbeitssuchenden und Arbeitnehmern bei der Ent-wicklung ihrer beruflichen Laufbahn behilflich und andererseits unterstützt es Unternehmen in der Entwicklung ihres Personalbestandes. Zu den Aufgaben gehören dabei Stellenvermittlung, Betriebsberatung, Berufsausbildung, Vermitt-lung und Arbeitsberatung sowie Berufs- und Ausbildungsberatung.

Daneben obliegen dem Arbeitsamt noch weitere Dienstleistungen wie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Beratung bei der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik in der DG sowie die Mitarbeit in verschiedenen lokalen, nationalen und internationalen Gremien und Einrichtungen im Rahmen der Beschäftigungs- und Bildungspolitik.





## DAS GEMEINSCHAFTLICHE AUSBILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSBÜNDNIS

Das Gemeinschaftliche Ausbildungs- und Beschäftigungsbündnis (GABB) ist eine partnerschaftliche Initiative der Regierung, des Wirtschafts- und Sozialrates der DG und des Sonderausschusses für die besonderen Belange des deutschsprachigen Gebiets des wallonischen Wirtschafts- und Sozialrates mit dem Ziel, bessere Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu schaffen.

Das GABB III (2005-2009) wurde vor dem Hintergrund der Feststellung konzipiert, dass Humankapital die wichtigste Ressource der DG darstellt. Dies setzt eine zukunfts- und praxisorientierte Aus- und Weiterbildung, wirtschaftliche Standbeine in zukunftsorientierten Branchen mit einem hohen Stellenwert für Forschung und Entwicklung sowie ein herausragendes Qualitätsniveau in Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistungen voraus. Das GABB beinhaltet die zentralen Maßnahmen und Projekte der Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik im Rahmen der Gemeinschaft, aber auch im weiteren Rahmen, sei es bei der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie, der gegenseitigen Verpflichtungen mit dem Föderalstaat oder bei Projekten im Rahmen grenzüberschreitender Partnerschaften. Die Ziele des GABB III sind u. a.:

- Erreichen einer höheren Qualifikation und besseren Qualität des Aus- und Weiterbildungsstandortes DG,
- Erhöhung der Durchlässigkeit der Berufsbildungssysteme,
- Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen,
- Förderung des lebensbegleitenden Lernens,
- Erreichen einer stärkeren Kooperation und Vernetzung von Aus- und Weiterbildungsträgern in der DG,
- Angleichen des Arbeitskräfteangebots an die Nachfrage,
- Standortsicherung durch Forschung.

## 5.8. ZUSAMMENFASSENDE SWOT ANALYSE

Aus der vorliegenden Situationsanalyse sowie den Expertengesprächen und Foren ergibt sich folgende SWOT-Analyse für den Bereich Wirtschaftliche Struktur und Beschäftigung.

### STÄRKEN:

- >> Gute Verkehrsanbindung an Gesamtregion
- >> Lage innerhalb dynamischer Räume
- >> Gut verfügbare Industriezonen zu konkurrenzfähigen Preisen, aber Unterschiede zwischen Norden und Süden
- >> Nähe zu mehreren Universitäten, Hochschulen und Forschungszentren
- >> Zentraler Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in Westeuropa
- >> Klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft
- >> Solide Wirtschaftsstruktur durch ausgeprägten Branchenmix
- >> Gute Handwerksbetriebe zu konkurrenzfähigen Preisen
- >> Innovative Mittelhochtechnologie-Betriebe
- >> Stabile Basis an Beschäftigungsentwicklung
- >> Niedrige Arbeitslosenzahlen
- >> Mobilität der Arbeitskräfte (aber auch eine Schwäche)
- >> Geringe Personalkosten aus Unternehmenssicht
- >> Grenzüberschreitende touristische Vermarktung und Zusammenarbeit (EWIV)
- >> "Ostbelgien" als offener räumlicher Destinationsbegriff mit "Hohem Venn"
- >> Professionelles Verkehrsamt
- >> Gute Wander- und Radfahrmöglichkeiten sowie jugendtouristische Angebote

### RISIKEN:

- >> Anstieg der Personalkosten
- >> Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere bei den über 50-Jährigen und unter 25-Jährigen
- >> Abwanderung örtlich nicht gebundener Unternehmen
- >> Abwanderung mehrsprachig ausgebildeter Personen/Zunahme des "Brain Drain"
- >> Fachkräftemangel, begründet insbesondere durch Auspendler und Abwanderung
- >> Verlust touristischer Attraktivität (Rückgang Landwirtschaft, Zersiedlung, Landschafts- und Umweltqualität)

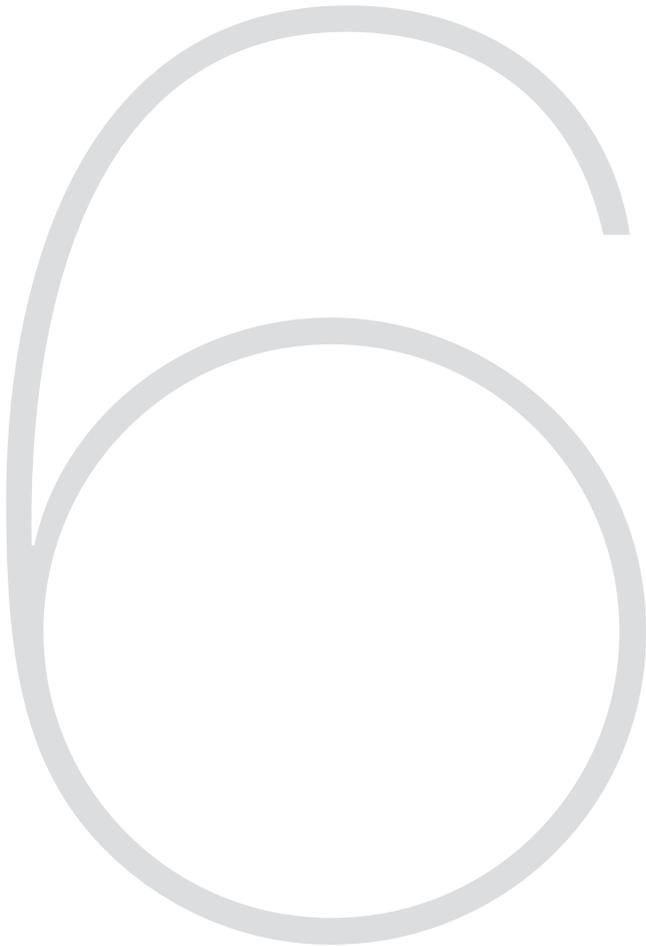
### **SCHWÄCHEN:**

- >> Unzureichende ÖPNV-Verbindungen
- >> Gewerbeflächendefizit im Süden
- >> Mangelnde infrastrukturelle Ausstattung der Industriezonen
- >> Bruttowertschöpfung und BIP unter Landesdurchschnitt
- >> Zu geringer Anteil an sehr jungen und älteren Personen in der Erwerbsarbeit
- >> Niedrige Bruttolöhne und niedrige Arbeitsproduktivität (aus volkswirtschaftlicher Betrachtung)
- >> Geringe Zahl an Betriebsgründungen
- >> Arbeitskräftemangel/Fachkräftemangel
- >> Branchen mit generell geringerer Entwicklungsdynamik sind stärker vertreten
- >> Zu wenig ausgeprägtes Standortmarketing
- >> Fehlendes Tourismus-Bewusstsein in vielen Kommunen
- >> Rückgang der Übernachtungszahlen
- >> Ostbelgien/Oostkantons/Cantons de l'Est im Ausland nicht bekannt genug



### **CHANCEN:**

- >> Neues Gewerbeflächenkonzept
- >> Ausbau der Gewerbebezonen mit nachhaltigen Qualitätsstandards
- >> Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Standortvorteil für internationale Unternehmen
- >> Potenzial für Vernetzung und Stabilität
- >> Gute Ausgangslage für nachhaltiges Wachstum
- >> Aussichtsreiche Anknüpfungspunkte für überregionale/grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- >> Verbesserung des Zugangs zu Innovationen für klein- und mittelständische Betriebe
- >> Gründungs- und Innovationsnetzwerk und Kooperation mit Hochschulen
- >> Immobilienangebote für Existenzgründer
- >> Nachhaltige Bauentwicklung (Modellregion) im Bereich Neubau und Sanierung
- >> Erneuerbare Energie sowie Holz- und Kunststoffverarbeitung als Wachstumsbranchen
- >> Neuausrichtung Standortmarketing in Verbindung mit touristischem Destinationsmarketing
- >> Erhöhung der Frauenerwerbsquote – Erleichterungen durch Service-Angebote
- >> Nutzung des Know-how-Potenzials älterer Mitbürger
- >> Nachhaltiger Tourismus – Natur - Kultur
- >> Genuss-Region Ostbelgien
- >> Touristische Qualitätsoffensive



## **GESUNDHEIT UND SOZIALES**

## 6.1. BETREUUNG ÄLTERER MITBÜRGER

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft lag 2008 der Anteil der Menschen über 60 Jahre an der Gesamtbevölkerung bei 22,7 Prozent gegenüber 22,6 Prozent in Belgien. Der Anteil der Menschen über 80 Jahre betrug in der DG 4,2 Prozent, in Belgien 4,7 Prozent. Laut Angaben des Statistischen Dienstes des belgischen Wirtschaftsministeriums wird der Anteil der über 80-Jährigen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis 2030 auf fast 6,5 Prozent steigen. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft hier vor großen Herausforderungen steht.

Im Bereich der Betreuung älterer Mitbürger legt die Deutschsprachige Gemeinschaft die Normen für die Anerkennung und die Finanzierung von Wohn- und Begleitstrukturen sowie von Diensten der häuslichen Hilfe fest.

### WOHN- UND BEGLEITSTRUKTUREN

Im Gebiet deutscher Sprache gibt es insgesamt acht Alten- und Pflegewohnheime. Bei einem weiteren Heim in der französischen Gemeinschaft ist die Gemeinde Kelmis in der Trägerschaft vertreten. Die Heime befinden sich teils in privater, teils in öffentlicher Trägerschaft.

Alle Einrichtungen haben sich im Jahr 2002 individuelle Heim- und Pflegekonzepte gegeben, die sich vorrangig an folgenden Grundwerten orientieren: Recht auf Privatsphäre, Respekt der Würde des alten Menschen, Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sowie Wahlfreiheit. 2007 haben alle Heime eine Charta unterschrieben, in der sie sich gegenüber den Bewohnern zu bestimmten Qualitätsstandards in der Betreuung verpflichten.

Die Finanzierung der Alten- und Pflegewohnheime erfolgt über die Selbstbeteiligung der Bewohner und über die Tagessätze des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV), das sich an den Betriebskosten beteiligt, sofern vereinbarte Programmierungsnormen nicht überschritten werden. Infrastrukturarbeiten werden im Rahmen des Infrastrukturplanes zu 60 Prozent durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst.

Bei den Alten- und Pflegewohnheimplätzen wurde der DG durch das LIKIV eine gesicherte Finanzierung für insgesamt 850 Plätze zugesagt. Aktuell sind davon 723 Plätze geschaffen oder genehmigt worden, 312 Altenwohnheimplätze und 411 Pflegewohnheimplätze. Rund 82 Prozent der Alten- und 67 Prozent der Pflegewohnheimplätze sind im Norden der DG angesiedelt, der Rest im Süden.

Die Wartelisten weisen einen theoretischen Bedarf für 587 Altenwohnheim- und 194 Pflegewohnheimplätze aus, wobei anzumerken ist, dass viele Menschen sich auch auf verschiedenen Wartelisten eintragen und die Anfrage auf einen Heimplatz oft prophylaktisch mehrere Jahre im Voraus gestellt wird.

Die Anzahl der verfügbaren Alten- und Pflegewohnheimplätze in der DG entspricht einem Anteil von 3,88 Prozent der Einwohner, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Die Vergleichszahlen liegen bei 4,59 Prozent für Flandern und bei 6,41 Prozent für den französischsprachigen Teil der Wallonie.

Im Durchschnitt ziehen die Menschen, die ein Alten- oder Pflegewohnheim nutzen, im Alter von 80,3 Jahren in dieses Heim ein. Der Durchschnitt liegt im Süden der DG bei 82,9 Jahren, im Norden bei 77,6 Jahren. Das höhere Durchschnittsalter im Süden



hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass dort zum einen weniger Plätze vorhanden sind und somit eine längere Wartezeit in Kauf genommen wird. Zum anderen ist in den noch stärker ländlich strukturierten Gebieten des Südens traditionell eine längere Betreuung der älteren Menschen in den Familien möglich. Die Verweildauer in den Alten- und Pflegewohnheimen unterscheidet sich ebenfalls nach Norden und Süden der DG. So liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Altenwohnheimen im Norden bei 3,3 Jahren, im Süden bei 2,5 Jahren. Bei den Pflegeheimen wurde keine Differenzierung vorgenommen. Hier liegt die durchschnittliche Verweildauer bei etwas mehr als 2,5 Jahren.

Zu den von der Gemeinschaft anerkannten Begleitstrukturen gehören das betreute Wohnen, die Tagespflege und die Kurzzeitpflege, die in der Regel an Alten- und Pflegewohnheimen angebundnen sind.

Betreute Wohnungen sind Wohnungen, in denen Senioren eigenständig wohnen können, zusätzlich aber einen Notrufservice und weitere Dienstleistungen des Trägers beanspruchen können. Regelmäßige Pflegedienstleistungen erfolgen bei Bedarf durch die Dienste der häuslichen Hilfe. Betreute Wohnungen sind auf jeden Fall einem Alten- und Pflegewohnheim angegliedert. Das LIKIV gewährt keinerlei Zuwendungen zu den Betriebskosten. Beim betreuten Wohnen liegt die Programmierungsnorm bei einer Wohnung pro 100 Einwohner, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Dies bedeutet, dass in der DG augenblicklich maximal 168 betreute Wohnungen geschaffen werden könnten. Es gibt zurzeit elf betreute Wohnungen, die dem Alten- und Pflegewohnheim "Marienheim Raeren" angegliedert sind. Weitere Wohnungen, unter anderem in Eupen, sind in Planung.

Im Rahmen der Tagespflege kann ein im familiären Umfeld lebender alter Mensch an bis zu fünf Tagen pro Woche im Alten- und Pflegewohnheim betreut werden. Die Betreuung ist ganztägig oder auch nur für halbe Tage möglich. Sie kann besonders hilfreich sein bei Senioren mit Demenzerkrankung. Auch Personen mit hoher Pflegebedürftigkeit können Tagespflege in Anspruch nehmen. Die Programmierungsnorm beträgt 1,5 Plätze je 1.000 Einwohner, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Das LIKIV berücksichtigt für seine Finanzierung der Tagespflege in der DG eine Programmierungsnorm von 24 Plätzen. Derzeit werden 21 Plätze in vier Heimen in Anspruch genommen.

Bei der Kurzzeitpflege zieht der pflegebedürftige alte Mensch für maximal zwei Monate in ein Alten- und Pflegewohnheim ziehen. Dadurch können pflegende Angehörige entlastet oder die Rückkehr nach Hause nach einem Krankenhausaufenthalt vorbereitet werden. Derzeit sind 14 Kurzzeitpflegeplätze anerkannt, für die das LIKIV ebenfalls finanziell interveniert.

## DIENSTE DER HÄUSLICHEN HILFE

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Betreuung älterer Menschen sind die Begleit- und Betreuungsstrukturen der häuslichen Hilfe. In diesem Bereich sind in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwei Familienhilfsdienste und der Dienst SOS-Hilfe tätig.

Aufgabe der Familienhilfsdienste ist es, hilfsbedürftige Menschen in ihrer häuslichen Umgebung zu unterstützen. Zielgruppe sind in erster Linie kranke und ältere Menschen, Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderung, Alleinlebende und Alleinerziehende. Die angebotenen Dienstleistungen der Familien- und Seniorenhilfe umfassen Hilfe im Haushalt bei der Körperpflege und bei Besorgungen im Alltag. In geringerem Umfang werden Putzhilfe und Krankenwache angeboten. Die Kosten für den Nutznießer liegen aktuell im Durchschnitt bei 6,28 Euro pro Stunde.

Im Jahr 2007 beschäftigten die Dienste 74 Familien- und Seniorenhelferinnen. Dies entspricht rund 47 Vollzeitäquivalent (VZÄ). Hinzu kamen 10 Putzhilfen (5 VZÄ) und 8 Krankenwachen (4,5 VZÄ). Die Familien- und Seniorenhelferinnen betreuten 293 Nutznießer im Norden und 261 Nutznießer im Süden der DG. 77 Prozent der Nutznießer waren älter als 60 Jahre, 42 Prozent 80 Jahre und älter.



Im Hinblick auf die Dauer der Inanspruchnahme durch die einzelnen Nutznießer ergibt sich folgende Differenzierung:

- Weniger als ein Jahr: 43,7 %
- 1-3 Jahre: 26,8%
- 4-6 Jahre: 15,1%
- 7-10 Jahre: 9,6%
- Mehr als 10 Jahre: 4,8%

Die Bezuschussung der Familienhilfsdienste durch die Gemeinschaft erfolgt proportional zur Anzahl der insgesamt geleisteten Stunden. Im Jahr 2007 wurde jede geleistete Stunde mit 19,25 Euro durch die Gemeinschaft bezuschusst.

Ein weiterer Dienst der häuslichen Hilfe ist die SOS-Hilfe. Das Angebot des Dienstes richtet sich in erster Linie an ältere und weniger bemittelte Personen oder Familien und umfasst Putzarbeiten, Gartenarbeiten, kleinere Reparaturen und Renovierungsarbeiten, kleine Transporte und Umzüge sowie den Verkauf von Möbeln aus zweiter Hand.

Im Jahr 2007 waren bei der SOS-Hilfe 36 Personen (24 VZÄ) beschäftigt, davon 26 Haushaltshilfen und sechs Handwerker. Die Dienste wurden von 696 Haushalten in Anspruch genommen, davon rund 45 Prozent im Süden und 55 Prozent im Norden. Drei Viertel der Nutznießer haben Anrecht auf einen verbilligten Tarif von 3,50 Euro pro Stunde, weitere 15 Prozent haben Anrecht auf den niedrigsten Tarif von 1,50 Euro pro Stunde. Die Zahl der geleisteten Stunden hat sich in den letzten zehn Jahren um 25

Prozent erhöht. Die Bezuschussung der SOS-Hilfe durch die Gemeinschaft erfolgt auf der Basis eines jährlichen Geschäfts-führungsvertrages.

Im Februar 2009 wurde ein Dekret über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle verabschiedet, mit dem folgende Themen geregelt werden:

- Konzentration der Betreuung auf die zentralen und essentiellen Dienstleistungen;
- Organisation der erforderlichen Dienstleistungen nach erfolgter Bedarfsermittlung;
- Förderung der transmuralem Angebote, Schaffung von Brücken zwischen der häuslichen Hilfe und den Alten- und Pflegeheimen;
- Fortlaufende Begleitung von Senioren vom Beginn der häuslichen Hilfe bis zum definitiven Einzug in ein Alten- und Pflegeheim;
- Verbesserung der Koordination der Dienstleistungen ausgehend vom realen Betreuungs- und Pflegebedarf;
- Aufbau einer Beratungsstelle für eine bürgernahe und unbürokratische Information über alle Beratungsdienstleistungen.

Neben den anerkannten Diensten der häuslichen Hilfe können ältere Menschen auf weitere Dienstleistungsanbieter zurückgreifen, so zum Beispiel auf einen Hauskrankenpflagedienst oder auf selbstständige Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen oder etwa einen Lieferservice für warme Mahlzeiten.

Aufgrund der demografischen Entwicklung kommt verschiedenen Alternativen zum Altenwohneheimaufenthalt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Die demografische Entwicklung verlangt nach einem breiten Splitting von Angeboten von Hilfs-, Begleit- und Wohnangeboten für Senioren. Dabei stellt insbesondere die Entlastung der pflegenden Angehörigen einen Schwerpunkt künftiger Bemühungen dar, wenn das Aufkündigen der Hilfe zwischen den Generationen vermieden werden soll. Auch die Vernetzung zwischen häuslicher und stationärer Hilfe kann in diesem Fall eine wertvolle Unterstützung bieten.

Ein immer wichtiger werdendes Thema stellt – im Zuge der demografischen Entwicklung – die steigende Demenzanfälligkeit dar. In der DG wird aktuell mit etwa 1.000 Demenzbetroffenen gerechnet. Bis zum Jahre 2025 könnte sich diese Zahl nahezu verdoppeln. Da in diese Problematik vor allem die Angehörigen aktiv mit eingebunden sein müssen, wird hier eine neue Kultur der Begleitung von Menschen mit Demenz notwendig. Die vorherrschende biologisch-medizinische Kultur der Demenzpflege wird nicht mehr ausreichen.



## 6.2. KINDERBETREUUNG UND FAMILIENBEGLEITUNG

### DER DIENST FÜR KIND UND FAMILIE

Mit Einrichtungen im gesamten Einzugsgebiet der DG übernimmt der “Dienst für Kind und Familie” (DKF) eine wesentliche Dienstleistungsrolle. Das kostenlose Angebot ist auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren abgestimmt. Das erste Ziel des DKF besteht darin, einen gesundheitsfördernden Lebensstil der schwangeren Frauen, der Kinder und der Familien zu unterstützen, um die optimale Entwicklung aller Kinder, insbesondere der chancenärmeren, auf gesundheitlicher und emotionaler Ebene zu fördern und dadurch ihre Persönlichkeitsentwicklung zu stärken. Im Bereich der Gesundheitsprävention (siehe Punkt 6.4) erfüllt der DKF zentrale Aufgaben. So gewährleistet er unter anderem den Impfschutz der meisten Säuglinge und Kleinkinder und sorgt durch die Organisation regelmäßiger Untersuchungen bereits im frühesten Lebensalter für das Feststellen von Erkrankungen, die bei fehlender Früherkennung zu Langzeitschäden führen könnten.

Ein weiteres Ziel des DKF besteht darin, die Kompetenzen der Familien und das Selbstvertrauen der Eltern in ihre Erziehungsfähigkeit zu stärken. Dieser Bereich hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen, sind doch viele Eltern im Zeitalter der totalen medialen Information mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Wissen überfordert. Das innerhalb einer Familie vorhandene Wissen kann durch häufige Zersplitterung der Familienstrukturen nicht mehr so zum Tragen kommen, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Der Dienst für Kind und Familie wird vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert. Er beschäftigt 13 Krankenpflegerinnen, deren Arbeitszeit 7 Vollzeitäquivalenten entspricht. Die Untersuchungen finden in den Vorsorgestellen, Beratungen telefonisch oder zu Hause statt. In den meisten Vorsorgestellen werden die DKF-Beraterinnen durch weitere ehrenamtliche Mitarbeiterinnen unterstützt. Lediglich die Vorsorgestellen von Bütgenbach und Burg-Reuland arbeiten ohne ehrenamtliche Mitarbeiterinnen.

### KINDERBETREUUNG

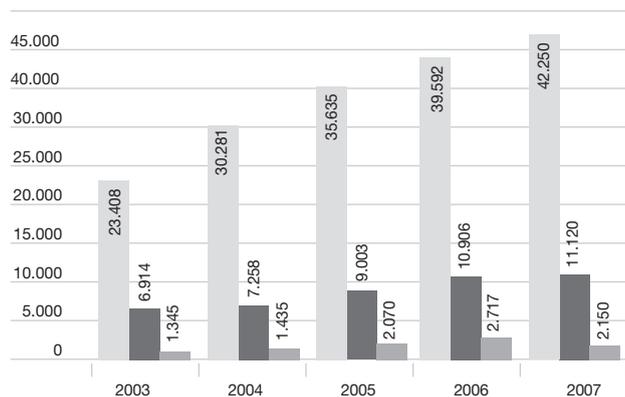
Grundlage für die Organisation, Anerkennung und Bezuschussung jeglicher Kinderbetreuung in der DG ist ein entsprechender Erlass der Regierung. Ein Grossteil der Angebote der – offiziell anerkannten - Kleinkindbetreuung wird durch das Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB) organisiert. Daneben gibt es selbstständige Tagesmütter und einige Standorte der außerschulischen Betreuung in Trägerschaft von Schulen oder Gemeinden. In der Kleinkindbetreuung werden in der DG Tagesmütterdienste, Kinderkrippenplätze, Ferienbetreuungen und außerschulische Betreuung angeboten.

Tagesmütter übernehmen die Betreuung von Kleinkindern von 0 bis 3 Jahren in ihrer eigenen Wohnung. Es muss unterschieden werden zwischen Tagesmüttern des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung (RZKB) mit einem Teilstatut im Rahmen der Sozialversicherung und selbstständigen Tagesmüttern. In beiden Fällen sind die Entschädigungen bis zu einem bestimmte Grenzbetrag steuerfrei. Der Tagesmütterdienst des RZKB betreut im Schnitt 85 anerkannte Tagesmütter in der DG. Er vermittelt die Kinder und gewährleistet die kontinuierliche psycho-soziale Begleitung und Weiterbildung der Tagesmütter. Der Dienst wird von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst. Die Koordination und Qualitätskontrolle der selbstständigen Tagesmütter erfolgt durch den Dienst für Kind und Familie.

Nachfolgende Graphik verdeutlicht die Steigerung der Anzahl Betreuungstage durch Tagesmütter des RZKB.

### ENTWICKLUNG DER BETREUUNGSTAGE IM TAGESMUTTERDIENST (2003-2007)

■ Ganze Tage ■ Halbe Tage ■ Drittel Tage



Quelle: Ministerium der DG 2007

Die Anzahl der Tagesmütter stagniert. Es ist davon auszugehen, dass das Teilstatut im Rahmen der Sozialversicherung die Beschäftigung als Tagesmutter zu wenig attraktiv macht. Mit der Einführung des Statuts wurde eine große Öffentlichkeitskampagne durchgeführt, welche diese Dienstleistung bekannter gemacht hat. Der Erfolg der Kampagne konnte jedoch nicht nachhaltig gesichert werden. Einen Schwerpunkt stellt derzeit die Verbesserung des Statuts dar, um den Beruf attraktiver zu gestalten und weitere Anwerbungen vornehmen zu können.

In Eupen existiert eine Kinderkrippe mit 24 Plätzen in Trägerschaft des RZKB. Im Süden reicht der artikuliert Bedarf derzeit nicht aus, um die Normen zur Gründung bzw. zur Bezuschussung einer Kinderkrippe zu erreichen. In Eupen ist das Angebot an Krippenplätzen nach wie vor nicht ausreichend, wie die langen Wartelisten dokumentieren. Bemühungen, in der Eupener Industriezone eine Kinderkrippe in Zusammenarbeit mit den dort ansässigen Betrieben zu errichten, sind bisher gescheitert. Die Auslastung der Krippenplätze steigt seit 2003 und lag 2007 bei 82 Prozent. In den Sommermonaten Juli und August sinkt die Auslastung verständlicherweise.

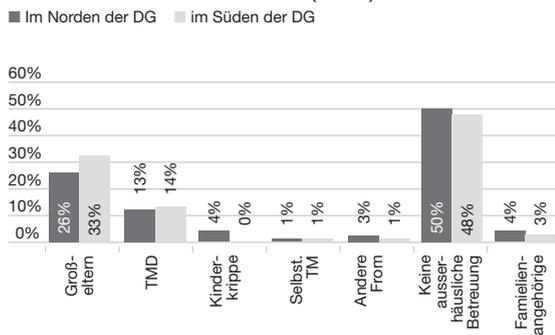
2002 wurde in verschiedenen Gemeinden die Möglichkeit angeboten, Kinder vor und nach der Schulzeit in der Obhut von Fachpersonal betreuen zu lassen. Diese außerschulische Betreuung (AUBE) hat sich seitdem stark entwickelt, vor allem im Süden der Gemeinschaft. Seit 2009 wird sie flächendeckend angeboten: an sechzehn Standorten durch das RZKB, an drei weiteren durch die Schule oder die Gemeinde. Die außerschulische Betreuung beginnt in der Regel ab 7 Uhr morgens und endet zwischen 17.30 Uhr und 18 Uhr abends. Die Betreuung findet nur während der Schulöffnungszeiten statt.

Ein weiteres Angebot besteht in der Kinderbetreuung, die das RZKB in den Allerheiligen- und Karnevalsferien, in den Osterferien sowie im Juli und August anbietet. Darüber hinaus gibt es vor allem in den Sommermonaten Angebote von Gemeinden und Vereinen in Form von Ferienlagern.

Mittels der verschiedenen Angebote kann derzeit eine Tagesbetreuung der Kinder von 0 bis 3 Jahren für 32 Prozent der betroffenen Jahrgänge gewährleistet werden. Die Lissabon-Kriterien zur Förderung von Beruf und Familie verfolgen als Zielsetzung, einen Deckungsgrad von 33 Prozent in der Kinderbetreuung für die 0 bis 3-Jährigen zu erreichen. Im Jahr 2007 lag die DG somit im Soll. Für den Bereich der vor- und nachschulischen Betreuung von Kindern von 3 bis 12 Jahren stehen ebenfalls genügend Betreuungsplätze zur Verfügung.

Die nachfolgende Grafik zeigt auf, wie insgesamt die Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet wird. Die Angaben beruhen auf einer Erhebung des Dienstes für Kind und Familie im Jahr 2004.

### BETREUUNG DES KINDES (2004)



Quelle: Ministerium der DG 2005

Die Betreuung der Kinder im Süden der DG wird vorrangig von den Müttern bzw. Eltern (48 Prozent), von den Großeltern (33 Prozent) und nur eingeschränkt durch Tagesmütterdienste und selbstständige Tagesmütter (15 Prozent) übernommen.

Im Norden der DG werden die Kinder zu 50 Prozent durch die Eltern, meistens die Mutter, zu 26 Prozent durch die Großeltern und zu 18 Prozent über den Tagesmütterdienst, die Kinderkrippe und selbstständige Tagesmütter betreut. Es ist davon auszugehen, dass viele Frauen zunächst Elternurlaub nehmen und erst später auf Kinderbetreuung durch andere Personen zurückgreifen.



## 6.3. KRANKENHÄUSER

### KRANKENHAUSANGEBOT



In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es zwei Krankenhäuser, eines in Eupen und eines in St. Vith.

Das Eupener St. Nikolaus Hospital verfügt über 200 Betten, davon acht in der Tagesklinik. Im Jahr 2007 belegten 6.761 Patienten 45.657 Pflage tage, was einer Belegungsquote von 65 Prozent und einer mittleren Verweildauer von 6,8 Tagen entspricht. Das Krankenhaus verfügt unter anderem über Abteilungen für Chirurgie und Innere Medizin, ein Entbindungsheim, eine Kinderstation, eine Geriatriestation, eine Station für chronische Pflege, einen Dienst für Radiologie, einen Dienst für Nierendialyse, einen Notfalldienst und einen Notarzttdienst. Die Kinderstation wies mit 15 Prozent eine sehr geringe Belegquote auf und konnte nur aufgrund einer Ausnahmegenehmigung aufrecht erhalten werden.

Die St. Vither St. Josef Klinik verfügte 2007 über 141 Betten, davon 21 in der psychiatrischen Tagesklinik. Im Jahr 2007 belegten 3.809 Patienten rund 36.916 Pflage tage. Die Belegungsquote betrug somit 72 Prozent und die mittlere Verweildauer 7,7 Tage. Im Jahr 2008 wurden 15 zusätzliche Betten zuerkannt. Das Krankenhaus verfügt unter anderem über Abteilungen für Chirurgie und Innere Medizin, ein Entbindungsheim, eine Station für chronische Pflege, eine psychiatrische Station, einen Dienst für Radiologie mit Kernspintomograph, einen Notfalldienst und einen Notarzttdienst.

In beiden Krankenhäusern wurden in den letzten Jahren umfangreiche Ausbau- und Modernisierungsarbeiten durchgeführt. Diese Bauarbeiten dauern zurzeit noch an.

Insgesamt gibt es in Belgien fast 220 Krankenhauseinrichtungen mit mehr als 70.000 Betten. Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt mit ihren zwei Einrichtungen über 335 Betten sowie über 21 tagesklinische Plätze in der Psychiatrie. Weitere Bettenkapazitäten stehen in direkter Nähe zur Deutschsprachigen Gemeinschaft sowohl in Belgien als auch in Deutschland zur Verfügung, darunter in den Universitätskliniken in Lüttich und Aachen. Damit liegt der Versorgungsgrad mit Krankenhausbetten im belgischen Durchschnitt.

Der Föderalstaat ist zuständig für die Krankenhausgesetzgebung. Er regelt die Zulassung zu medizinischen Berufen und Pflegeberufen, legt die Programmierungs- und Qualitätsnormen für Krankenhausdienste fest und übernimmt einen Großteil der Finanzierung entweder über das Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV) oder direkt über seinen Haushalt.

Zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Krankenhausbereich zählen die Anerkennung der Krankenhausdienste im Rahmen der föderalen Normen, die Inspektion und Kontrolle bezüglich der Einhaltung dieser Normen sowie die Finanzierung von Neu- und Ausbaumaßnahmen. Die Gemeinschaft kann zusätzliche Normen erlassen, solange diese nicht im Widerspruch zu den föderalen Normen stehen und keine Auswirkungen auf die Zuständigkeit des Föderalstaates haben. Die Aufsichtsfunktion der Gemeinschaft gestaltet sich oft schwierig, da sie zum einen als Kontrollinstanz auftritt und zum anderen Interessenvertreter der Krankenhäuser gegenüber dem Föderalstaat ist. Vom Ministerium wurde deshalb angeregt, auf der Ebene der Inspektionen möglichst mit einem externen Inspektionsdienst zusammenzuarbeiten, zum Beispiel mit den Diensten der Flämischen Gemeinschaft.

## HERAUSFORDERUNGEN

Eine zentrale Frage der künftigen Gesundheitspolitik in der DG wird sein, wie die Krankenhaus-Standorte in der DG dauerhaft abgesichert werden können. Im Dialog mit dem Föderalstaat ist zu klären, wie der Zugang der Bevölkerung zu einem umfassenden Gesundheitsversorgungsangebot in einem Krankenhaus in vertretbarer Nähe und mit einer Gewährleistung der Kommunikation in seiner Muttersprache sichergestellt werden kann.

Viele vom Föderalstaat erlassene Normen für Krankenhäuser tragen den Gegebenheiten kleinerer Häuser nicht Rechnung und führen an den beiden Standorten in der DG zu Problemen, die ohne Mithilfe des Föderalstaats kaum zu lösen sein werden. So ist es für die beiden Krankenhäuser in der DG äußerst schwierig, die aufgrund von Qualitätsnormen erforderlichen Fachkräfte zu rekrutieren, da diese auf dem Arbeitsmarkt der Region nicht zu finden sind. Viele der Krankenpfleger in der DG ziehen es wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten vor, an anderen Krankenhausstandorten wie beispielsweise in Luxemburg zu arbeiten. Hinzu kommt, dass die den Normen zu Grunde liegenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen für kleinere Einheiten oft nicht zutreffen.

Die Tatsache, dass es in Belgien in den letzten Jahren zu sehr vielen Fusionen unter Krankenhäusern gekommen ist, hat zu einer starken Reduzierung von Betten beigetragen. Die so hervorgegangenen neuen Krankenhaus-Fusionen bemühen sich um ein Wachstum, um sich ökonomisch am Markt behaupten zu können. Die damit einhergehende Abwanderung von Patienten und die geringeren Skaleneffekte stellen insbesondere für kleine Krankenhäuser eine existenzielle Bedrohung dar. Die DG hat daher auch an den Föderalstaat die Forderung erhoben, für ihre zwei Krankenhausstandorte eine Basisfinanzierung einzuführen, um damit eine Unabhängigkeit von den Pathologieprofilen zu erhalten. Auf diese Forderung ist der Föderalstaat bislang nicht eingegangen; allerdings prüft derzeit eine Kommission diese föderalen Normen.

Netzwerkbildung und Zusammenarbeit sind in jedem Fall unerlässlich zur Standortfestigung der Krankenhäuser in der DG, um ein qualitativ höheres Pflegeangebot zu gewährleisten und Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Wichtig wäre eine Kooperation zwischen beiden Krankenhäusern im Bereich des Managements und der administrativen Strukturen. Dies würde eine Spezialisierung von Diensten und einen Patientenaustausch zwischen beiden Einrichtungen ermöglichen. Eine Fusion der beiden Krankenhäuser zur Behebung einiger struktureller Probleme scheint nicht sinnvoll, da dies eher zu einer Reduzierung der Anzahl der Betten führen würde. Da die beiden Krankenhäuser in der DG privat geführt werden, sind den staatlichen Bemühungen um engere Kooperationen Grenzen gesetzt.

Die Hausärzte spielen bei der Gesundheitsvorsorge nach wie vor eine große Rolle. Im Norden der DG sind bereits 80 Prozent der Hausärzte über 50 Jahre alt, so dass sich hier ein gravierendes Defizit abzeichnet. Daher stellt auch die Sicherung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung über Hausärzte und Notaufnahmedienste eine wichtige Zukunftsaufgabe dar, der ein ähnlicher Stellenwert zukommt wie der Erhaltung der wohnortnahen Krankenhausstandorte.

Im Bereich der Notrettungsdienste besteht eine Situation, wo die DG auf Abkommen mit benachbarten Regionen angewiesen ist. So erfolgt der Einsatz von Rettungshubschraubern in Zusammenarbeit mit den Luftrettungsdiensten in Bra-sur-Lienne sowie mit dem ADAC Rettungshubschrauber aus Deutschland.

## 6.4. GESUNDHEITSPRÄVENTION

Die Gesundheitsprävention stellt eine Querschnittsaufgabe für alle Handlungsfelder im Bereich Gesundheit und Soziales dar. Es gilt, das Gesundheitsbewusstsein sämtlicher Bevölkerungsgruppen zu verbessern und Strategien zur Vermeidung von krankmachenden Faktoren einzusetzen, die zu chronischen Gesundheits- und Sozialdefiziten führen. Sozialer Ausschluss und Krankheit können eng miteinander verknüpft sein. Hier sind insbesondere Präventionsmaßnahmen erforderlich, um vom Ausschluss bedrohte Personen zu integrieren.

Für die Gesundheitsprävention sind ausschließlich die Gemeinschaften zuständig. Der Föderalstaat kann die Aktionen der Gemeinschaften unterstützen. Die Gesundheitsprävention der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgt durch den Dienst für Kind und Familie, die Schulgesundheitsvorsorge und die Zahnprophylaxe, durch die Arbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung und Lebensbewältigung (ASL), durch den Patienten Rat & Treff (PRT) und durch Kampagnen des Ministeriums. Der Dienst für Kind und Familie mit seiner Schwangerschaftsvorsorge, seinen flächendeckenden Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen sowie seinen Beratungen wurde bereits unter Punkt 6.2 vorgestellt.

Eine weitere Dienstleistung ist die Schulgesundheitsvorsorge. Die Aufgabenschwerpunkte sind hier die frühzeitige Erkennung gesundheitlicher Störungen, die Fortsetzung des systematischen Impf-Programms und die Gesundheitsförderung. Im Prinzip handelt es sich um die Weiterführung der Untersuchungen, die der Dienst für Kind und Familie bei Kindern zwischen 0 und 3 Jahren durchführt. Die medizinischen Untersuchungen werden in den Gesundheitszentren von Eupen und St. Vith bzw. in den PMS-Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt. Während seiner schulischen Laufbahn nimmt jeder Schüler alle zwei bis drei Jahre an einer Untersuchung teil. Die Schulvorsorge bietet ebenfalls ein Impfprogramm an, das jedoch nicht verpflichtend wahrgenommen werden muss. Schularzt und Krankenpflegerin nehmen verstärkt Aufgaben im Bereich der Gesundheitsförderung in den Schulen wahr. Ziel dieser Aktivitäten ist es, die Schüler zu einer gesunden Lebensweise anzuleiten, die sich direkt auf ihren allgemeinen Gesundheitszustand auswirkt – sowohl in körperlicher als auch in psycho-sozialer Hinsicht. Außerdem besteht die Hoffnung, dass im Kindesalter erlangte gute Gewohnheiten auch später beibehalten werden. Bei der Zahnprophylaxe handelt es sich um einen Dienst des Ministeriums der DG. Vier Schulzahnpflegehelferinnen führen in den Kindergärten und Primarschulklassen Animationen zum Thema Zahngesundheit durch. Die Kinder erlernen auf spielerische Art die richtige Zahnpflichtechnik sowie Wissenswertes über Zahnhigiene und gesunde Ernährung. Die regelmäßigen zahnärztlichen Untersuchungen der Kinder des 3. Kindergartenjahres sowie des 2. und 6. Primarschuljahres sollen die Kinder an den Zahnarzt gewöhnen und ihnen die Angst nehmen.

Zwei Vereinigungen übernehmen wichtige Aufgaben in der Gesundheitsprävention und werden für diese Arbeit von der Gemeinschaft finanziell unterstützt. Die Arbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung und Lebensbewältigung (ASL) ist in der Suchtvorbeugung tätig. Sie verfolgt dabei einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und bindet die Schulen sowie kommunale Suchtvorbeugungsgruppen in ihre Arbeit ein. Ihr Angebot ist vielfältig: Erziehungstraining und familienpädagogische Angebote, Betreuung von Selbsthilfegruppen, Freizeitgestaltung für Alleinstehende, Raucherentwöhnungskurse, Schulprojekte, Beteiligung an Kampagnen, Information und Öffentlichkeitsarbeit, u.v.m. Die ASL beschäftigt sieben hauptamtliche und koordiniert die Arbeit zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter.

Der Patienten Rat & Treff ist eine Anlaufstelle für Bürger, die Informationen und Beratung zu Gesundheitsthemen suchen. Er verfügt über umfangreiches Informationsmaterial und hält Broschüren, Bücher und Artikel zu zahlreichen Gesundheitsthemen für die breite Öffentlichkeit bereit. Ferner betreut er Selbsthilfegruppen, beispielsweise zu Schlaganfall, Epilepsie, Fibromyalgie, Krebs, Ängsten und Depressionen oder Magersucht und Bulimie. Er betreut auch Gruppen von Angehörigen, etwa von

Psychatriepatienten oder von altersverwirrten Menschen und Alzheimerkranken. Daneben organisiert der Patienten Rat & Treff auch Kurse, Schulungen und Vorträge zu den unterschiedlichsten Themen im Gesundheitsbereich, so zum Beispiel Diabetikerschulungen oder die Rückenschule. Die Vereinigung beschäftigt sechs Halbtagskräfte.

Schließlich führt das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eigene Kampagnen zur Gesundheitsprävention durch. Die Themen sind vielfältig: Aids und Sexualerziehung, gesunde Ernährung, Null Promille unter sechzehn, u.v.m. In diesem Rahmen gestaltet das Ministerium ebenfalls die wöchentliche Gesundheitsrubrik Fit & Gesund auf BRF TV. Hinzu kommen die Früherkennung von Risikofaktoren für einen Schlaganfall und die Krebsfrüherkennung.

## HERAUSFORDERUNGEN

Die Resultate verschiedener Erhebungen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt worden sind, zeigen deutlich die Herausforderungen der kommenden Jahre auf.

Durch die Ermittlung eines Body-Mass-Index (BMI) bei allen Kindern und Jugendlichen von 6, 12 und 15 Jahren in der DG im Rahmen der Schulgesundheitsvorsorge werden Daten und Erkenntnisse gewonnen, die Hinweise auf den Gesundheitszustand erlauben werden. Die Ergebnisse deuten bereits darauf hin, dass die Anzahl übergewichtiger Kinder jährlich um etwa ein Prozent zunimmt; in den anderen belgischen Regionen ist dieses Phänomen noch ausgeprägter. Allerdings gibt es nach ersten Erkenntnissen auch eine hohe, aber leicht sinkende Anzahl von Kindern, die als untergewichtig anzusehen sind.

Im Jahre 2008 hat die ASL zum zweiten Mal nach 2001 eine Untersuchung zum Risikoverhalten von Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren durchgeführt. Die Studie beinhaltet auch einige Fragen zum Essverhalten der Jugendlichen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Anzahl jugendlicher, die Obst konsumieren, sinkt. Im Jahr 2008 gaben 40 Prozent der Jugendlichen an, täglich Obst zu konsumieren, gegenüber 59 Prozent im Jahr 2001. Ebenfalls kommt zum Vorschein, dass nur noch jeder zweite Jugendliche täglich frühstückt. Die Ergebnisse zeigen weiter auf, dass der Alkoholkonsum bei den Jugendlichen stagniert; 14 Prozent der befragten Jugendlichen geben allerdings an, mehr als 20 Glas Alkohol pro Woche zu konsumieren. Die Anzahl der jugendlichen Raucher ist leicht rückläufig. 2001 gaben 33 Prozent der Jugendlichen an, täglich zu rauchen, 2008 sind es noch 25 Prozent. Der Cannabiskonsum ist laut dieser Erhebung ebenfalls von dreizehn auf sieben Prozent zurückgegangen.

Die Schwerpunkte der Gesundheitsförderung der DG müssen deshalb in der Gewährleistung einer gesunden Ernährung, der Förderung von Bewegung und in der Förderung mentaler Gesundheit liegen. Die Jugend bleibt weiterhin ein prioritäres Zielpublikum bezüglich der Aufklärung und Sensibilisierung zum legalen und illegalen Drogenkonsum, des Risikoverhaltens und einer gesunden Lebensführung.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus der Vielzahl von Akteuren in der Gesundheitsprävention. Es ist zu überlegen, in welcher Form die Arbeiten des Dienstes für Kind und Familie, der Zahnprophylaxe, der PMS-Zentren und der Gesundheitszentren zusammengeführt werden können.

## 6.5. JUGENDHILFE

Bei der Jugendhilfe handelt es sich um eine spezialisierte Erziehungshilfe für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die sich in schwierigen Situationen befinden. Sie bietet dem Jugendlichen und dessen familiärem Umfeld Schutz und Beistand bei der Stärkung seines Verantwortungsbewusstseins und bei seiner sozialen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung. Durch die Jugendhilfe soll dem Jugendlichen ein altersgerechtes und menschenwürdiges Leben ermöglicht und seine Entwicklung bestmöglich gefördert werden.

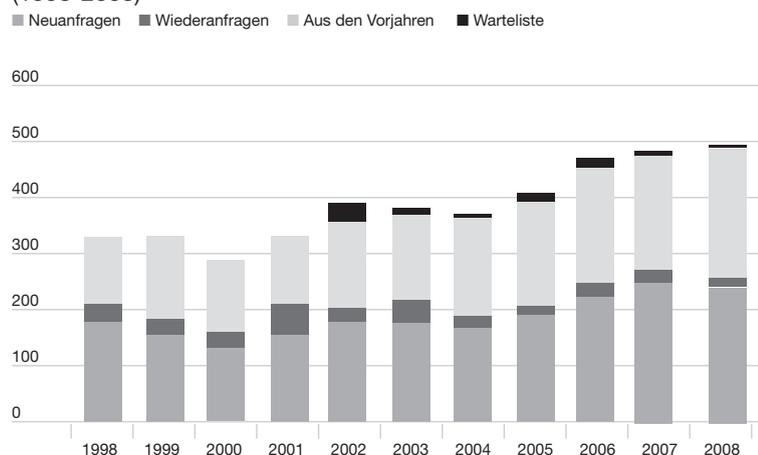
Dabei wird unterschieden zwischen der freiwilligen und der gerichtlichen Jugendhilfe. Die freiwillige Jugendhilfe umfasst Hilfeleistungen, die der Jugendhilfedienst mit den Betroffenen erarbeitet. Die gerichtliche Jugendhilfe wird vom Jugendgericht oder vom Jugendrichter angeordnet und vom Jugendgerichtsdienst umgesetzt. Jugendhilfedienst und Jugendgerichtsdienst sind beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angesiedelt.

### FREIWILLIGE JUGENDHILFE

Der Jugendhilfedienst wird mit einer Vielzahl von Problemsituationen konfrontiert: seelische und körperliche Vernachlässigung, körperliche und psychische Misshandlung, psychische Erkrankungen der Eltern oder der Kinder, Verdacht auf sexuellen Missbrauch, Drogen- und Alkoholmissbrauch, soziale Auffälligkeiten, problematische Trennungssituationen.

Bei Hilfsanfragen unterstützt und berät der Jugendhilfedienst den Jugendlichen, die Erziehenden sowie alle von der Problemsituation betroffenen Personen. Gegebenenfalls orientiert er die Betroffenen zu den geeigneten Personen oder Einrichtungen, die beratende, begleitende, unterstützende, therapeutische oder betreuende Aufgaben wahrnehmen können. Je nach Einschätzung der Lage kann er die Intervention nach einer kurzzeitigen Beratung beenden. Falls sich die kurzzeitige Beratung als unzulänglich erweist, erstellt der Jugendhilfedienst mit den Betroffenen ein Hilfsprogramm, das in Kooperation mit anerkannten Einrichtungen und Diensten auf freiwilliger Basis durchgeführt wird. Die Arbeit des Jugendhilfedienstes beinhaltet in diesem Fall eine langfristige soziale Begleitung beziehungsweise Koordination, um die Durchführung des Hilfsprogramms zu garantieren.

#### ANZAHL INTERVENTIONEN DES JUGENDHILFEDIENSTES (1998-2008)



Quelle: Ministerium der DG 2009

Im Durchschnitt sind von jeder Anfrage zwei Kinder betroffen. Dies bedeutet, dass der Jugendhilfedienst im Jahr 2008 mit der Situation von etwa 1.024 Kindern konfrontiert war. Dies entspricht mehr als fünf Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in der DG. Die Verteilung der Zielgruppe auf die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist über Jahre hinweg konstant, wobei mehr als 70 Prozent der Probleme in den nördlichen Gemeinden anfallen.

## GERICHTLICHE JUGENDHILFE

Scheitert die freiwillige Jugendhilfe, so kann der Jugendhilfedienst den Fall an den Prokurator des Königs verweisen, der dann entscheidet, ob das Jugendgericht bzw. der Jugendrichter mit der Akte befasst wird. In bestimmten Fällen kann der Prokurator des Königs das Jugendgericht oder den Jugendrichter direkt befassen. Diese können gegen den Willen der Betroffenen eine Maßnahme zum Wohle des Jugendlichen anordnen. Die möglichen Maßnahmen sind vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesetzlich festgelegt. Sie reichen von der pädagogischen oder therapeutischen Begleitung bis zur stationären Betreuung in einer offenen oder einer geschlossenen Einrichtung.

Im Vorfeld der gerichtlichen Entscheidung erstellt der Jugendgerichtsdienst die notwendigen Sozialberichte und Gutachten. Er organisiert auch die Umsetzung der vom Jugendgericht oder vom Jugendrichter angeordneten Maßnahmen und kann dazu die nötigen Verträge mit spezialisierten Diensten und Einrichtungen abschließen.

In den Jahren 2007 und 2008 begleitete der Jugendgerichtsdienst im Auftrag des Jugendgerichtes bzw. des Jugendrichters die Situation von rund 155 Kindern. Zudem führte er pro Jahr 10 Sozialuntersuchungen für den Prokurator des Königs durch.

## BETREUUNGS- UND AUFNAHMESTRUKTUREN

Sowohl der Jugendhilfe- als auch der Jugendgerichtsdienst greifen für die Umsetzung der Maßnahmen auf spezialisierte Dienste und Einrichtungen zurück. Wichtigste Partner für die ambulante Betreuung sind das Sozial-Psychologische Zentrum, das Zentrum für sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung Mosaik, die Vereinigung Oikos sowie die Vereinigung Courage.

Einrichtungen für die ständige stationäre Betreuung gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen. Das Zentrum für sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung Mosaik ist eine Einrichtung des Öffentlichen Sozialhilfezentrums Eupen. Hier werden bis zu 36 Kinder und Jugendliche in Wohngruppenstrukturen betreut. Hinzu kommt die stationäre Betreuungsmöglichkeit für vier Jugendliche durch die Organisation Oikos und für zehn Jugendliche durch die Organisation Courage.

Zusätzlich zu diesem Angebot gibt es betreute Wohngemeinschaften in Trägerschaft der Organisationen SIA und Oikos. Diese Wohngemeinschaften nehmen junge Menschen auf, die sich in Schwierigkeiten befinden und Hilfe bei der sozialen Integration benötigen. Insgesamt werden rund 20 Plätze vorgehalten, davon knapp ein Viertel für Jugendliche, die restlichen für junge Erwachsene. Sowohl die stationäre Betreuung als auch die Wohngemeinschaften werden von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziell unterstützt.

Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen kann auch in Pflegefamilien erfolgen. Der Pflegefamiliendienst des Ministeriums wirbt Pflegefamilien an, bereitet sie auf ihre Aufgabe vor und unterstützt sie während der Dauer der Unterbringung in allen Fragen des Pflegeverhältnisses. Er vermittelt die Kontakte zwischen dem Pflegekind und der Ursprungsfamilie. Zurzeit wohnen 60 Kinder aus der DG in Pflegefamilien.

Aufgrund der geringen Größe der Gemeinschaft und der oft niedrigen Fallzahlen ist es nicht möglich, für alle Bedürfnisse spezifische Formen der Betreuung in der Gemeinschaft selbst vorzuhalten. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat deshalb im Bereich der Jugendhilfe mit zahlreichen Partnern Verträge geschlossen, die es ihr ermöglichen, die spezialisierten Dienste und Einrichtungen dieser Partner zu marginalen Kosten zu nutzen. Die wichtigsten Partner in diesem Zusammenhang sind die Französische Gemeinschaft und der Landschaftsverband Rheinland.

## HERAUSFORDERUNGEN

In den letzten Jahren ist eine zunehmende Komplexität der Problematik in den Familien zu beobachten: es treten mehr und mehr Multiproblemfamilien auf. Die Umstände, in denen die Sozialarbeiter die Kinder vorfinden, werden immer dramatischer und komplexer. Die Entwicklung der letzten Jahre lässt darauf schließen, dass die Neuanfragen an den Jugendhilfe- und Jugendgerichtsdienst weiter ansteigen werden. Die Beobachtungen und Erkenntnisse der im Jugendhilfebereich tätigen Dienste lassen nicht auf eine Entschärfung der Lage hoffen. Im Gegenteil: die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung verschärft die Probleme der Kinder auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Herausforderung besteht in der Bewältigung dieser zunehmenden Schwierigkeiten vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen.



## 6.6. INTEGRATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Auf Ebene der Europäischen Union (EU) und von Seiten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird die Zahl behinderter Menschen auf sieben bis zehn Prozent der Bevölkerung geschätzt. Im Bezug auf die DG liefert lediglich die Anzahl der bei der Dienststelle für Personen mit Behinderung (DPB) eingeschriebenen Menschen mit Behinderung einen Anhaltspunkt. Die Dienststelle verwaltet derzeit ca. 5.000 Akten. Dies entspricht etwa sieben Prozent der Gesamtbevölkerung der DG. Seit einigen Jahren steigt diese Zahl um durchschnittlich 110 Akten pro Jahr weiter an. Die wirkliche Anzahl an Menschen mit Behinderungen dürfte jedoch weitaus höher liegen, da sich erfahrungsgemäß nicht alle als behindert einzustufende Personen bei der Dienststelle melden.

Bei der Dienststelle handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ihr Aufgabebereich umfasst die Unterstützung von Menschen mit allen Formen einer Behinderung. Sie schafft Rahmenbedingungen und bietet Hilfsmaßnahmen an, die es behinderten Menschen ermöglichen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

### WOHNSTRUKTUREN

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es zwei Wohnheime für Menschen mit einer Behinderung, eines in Eupen und eines in Lommersweiler (St. Vith). Im Jahr 2007 wohnten dort insgesamt 35 Personen in kleinen Wohneinheiten von sieben bis zehn Personen.

Daneben existieren Begleitetes Außenwohnen oder Wohngemeinschaften. Hier wohnen behinderte Menschen alleine oder zu mehreren in einer Eigentums- oder Mietwohnung und werden durch die Wohnheime oder den Begleitdienst selbstständiges Wohnen der Dienststelle begleitet. Dieser Begleitdienst ist auch Ansprechpartner für die Personen mit einer Behinderung, die vollkommen selbstständig wohnen. 2007 wurden 72 Personen betreut.

Zusätzlich gibt es sogenannte Wohnressourcen. Dabei handelt es sich um Einzelpersonen, Paare oder Familien, die eine oder mehrere Menschen mit Behinderung bei sich zu Hause aufnehmen. Sie bieten den behinderten Menschen ein familienähnliches Milieu und teilen mit ihnen das alltägliche Leben. 2007 wurden 46 Personen in Wohnressourcen betreut.

Bei Kurzaufenthalten können Personen mit schwerer Behinderung für einige Tage bzw. Wochen in einem Wohnheim oder einer Wohnressource aufgenommen werden. Dies erfolgt in Notsituationen oder als Entlastung für betreuende Eltern und Angehörige. 2007 wurden 20 Personen im Rahmen solcher Kurzaufenthalte betreut.

Wenn es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kein entsprechendes Betreuungs- oder Dienstleistungsangebot gibt, greift die Dienststelle auf spezifische Einrichtungen in der Wallonischen Region und im Ausland zurück. Die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Wallonische Region haben ihre wechselseitige Unterstützung in einem Kooperationsabkommen geregelt.



## AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG



Unter dem Namen Start-Service führt die Dienststelle für Personen mit Behinderung einen Dienst für Ausbildung und Beschäftigung. Zu seinen Aufgaben gehört es, arbeitsuchende Menschen mit Behinderung anhand ihrer Interessen und Fähigkeiten in eine entsprechende Ausbildung bzw. Beschäftigung zu orientieren und auf ihrem Eingliederungsweg zu begleiten. Er arbeitet eng mit dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammen. Die Arbeitsplatzassistenten des Dienstes unterstützen die Ausbildung, passen die Arbeitsabläufe an die Fähigkeiten der Person mit Behinderung an und unterstützen die Kollegen bei der Ausbildung der Person. Neben allgemeiner Beratung vermittelt der Dienst Orientierungspraktika im Betrieb zur Abklärung der beruflichen Fähigkeiten und Interessen, Ausbildungen im Betrieb als Vorstufe für eine Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt, Beschäftigung im Betrieb im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Ausbildungspraktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen, deren Fähigkeiten (noch) nicht ausreichen, um einer Arbeit unter Arbeitsvertrag nachzugehen. Im Jahr 2007 wurden rund 200 Personen in eine dieser Maßnahmen vermittelt.

Die drei Beschützenden Werkstätten der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Eupen, Kelmis, Meyerode) beschäftigen Arbeitnehmer, die einer bezahlten Arbeit nachgehen können, den Anforderungen und Zwängen auf dem freien Arbeitsmarkt aufgrund eingeschränkter körperlicher, geistiger oder psychischer Fähigkeiten jedoch kaum gewachsen sind. Neben Personen mit Behinderung werden nicht-behinderte Arbeitnehmer und leitendes Personal beschäftigt. Die Werkstätten besitzen auch Ausbildungsabteilungen, in denen Fachpersonal mit pädagogischer Grundausbildung die Personen auf eine Beschäftigung vorbereitet. Im Jahr 2007 waren rund 170 Personen mit einer Behinderung als Arbeitnehmer in den Beschützenden Werkstätten beschäftigt, weitere 50 in den Ausbildungsabteilungen. Über die Dienststelle bezuschusst die Deutschsprachige Gemeinschaft das Kaderpersonal der Werkstätten sowie die Stundenlöhne der Beschäftigten in verschiedenen Leistungskategorien.

Die vier Tagesstätten der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hergenrath, Eupen/Raeren, Elsenborn, Meyerode) beschäftigen Personen, die den Anforderungen einer Vertragsarbeit nicht gewachsen sind, aber aufgrund ihrer Fähigkeiten eine gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung ausüben können und möchten. Zum Angebot zählen Pizzaherstellung, Klein-Restaurations, "Catering", Recycling, Naturschutz- und Landschaftspflege, landwirtschaftliche Arbeiten, Schneiderei, kreative Arbeiten, etc. 2007 nutzten rund 110 Personen mit einer Behinderung die Tagesstätten.

## MATERIELLE UND SOZIALE HILFE

Die Dienststelle berät und unterstützt Personen mit einer Behinderung beim Ankauf von individuellen Hilfsmitteln, Geräten, spezifischen Anpassungen und beim behindertengerechten Bau oder Umbau ihrer Wohnung. Ein detailliertes Regelwerk legt fest, unter welchen Bedingungen bestimmte Hilfsmittel von der Dienststelle bezuschusst werden können. Die Hilfe wird aufgrund der Behinderung gewährt und dient der sozialen Integration der Person. Die entstandenen Kosten müssen Zusatzkosten bedeuten, welche eine nicht-behinderte Person unter gleichen Umständen nicht zu tragen hat. Vor jeglicher Anschaffung findet eine fachliche Beratung statt. 2007 wurden in rund 160 Fällen materielle und soziale Hilfen gewährt.

## BERATUNG, BEGLEITUNG UND FÖRDERUNG

Neben dem Wohnungsbegleitdienst und dem Dienst für materielle und soziale Hilfe bietet die Dienststelle eine Familienberatung, eine Freizeitvermittlung sowie Beratung und Information bei Fragen zu Freundschaft, Liebe, Partnerschaft und Sexualität an. Sie berät ebenfalls bei Fragen der Mobilität und Zugänglichkeit sowie bei Fragen bezüglich Behindertenbeihilfen.

Ein weiterer Dienst ist die Frühhilfe Ostbelgien. Sie gewährleistet spezifische Frühfördermaßnahmen für Kleinkinder mit Entwicklungsverzögerung und deren Familien. Ihre Arbeit beruht auf einer frühzeitigen ganzheitlichen Erfassung der Person und der Bedürfnisse der Familie. Die Frühförderung fördert gleichermaßen die Kompetenzen des Kindes sowie der gesamten Familie im Hinblick auf mehr Selbstbestimmung und Autonomie. Die Begleitung endet mit dem 6. Lebensjahr und mündet in eine Familienbegleitung. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 45 Kinder betreut, davon rund 30 Neuanträge.

Der Dienst "Come-Back" richtet sich an neurologisch geschädigte Personen und hat als Ziel, diesen Menschen durch gezielte neuropsychologische Fördermaßnahmen realistische Perspektiven zur beruflichen und sozialen Wiedereingliederung zu eröffnen. 2007 waren rund 50 Personen in der Betreuung, davon die Hälfte Neuanfragen.

## HERAUSFORDERUNGEN

Die Dienststelle ist darum bemüht, Angebote und Dienstleistungen so zu gestalten, dass auch Menschen mit Behinderungen eine aktive und umfassende Teilhabe (Partizipation) an der Gesellschaft erfahren. Ziel ist eine gesamtgesellschaftliche Integration (Inklusion). Diese soll über alle gesellschaftlichen Ebenen erfolgen. Daher muss die Behindertenpolitik in der DG auch als Querschnittsaufgabe betrachtet werden, und es liegt in der Verantwortung aller Ministerien, Gemeinden, Organisationen und Dienste, in konkreten, kleinen Schritten sicherzustellen, dass sie Personen mit Behinderung in ihre Planungen und Angebote einbeziehen und in ihren Initiativen die Teilhabe behinderter Menschen fördern. Dieses Ziel wurde in der DG bisher noch nicht umfassend erreicht.

Der Idealfall, dass jede öffentliche und private Einrichtung künftig ihre gesamten Angebote und Aufgaben so gestaltet, dass behinderte Menschen sich umfassend informieren bzw. die Angebote nutzen und wahrnehmen können, kann allerdings nicht kurzfristig eintreten. Jedoch sollte dieser Idealzustand Schritt für Schritt verfolgt werden. Die DG hat z.B. im Sportbereich dafür die Weichen gestellt. Die Aufnahme behinderter Menschen bedeutet für die Sportvereine einen höheren finanziellen Fördersatz. Auch die Sporttrainerausbildung enthält ein eigenes Fördermodul über den Umgang mit behinderten Sportlern. Die Bezuschussung von Infrastrukturvorhaben ist an deren behindertengerechte Gestaltung gebunden. Nicht alle Aufgaben in diesem Bereich können vom öffentlichen Dienst übernommen werden. Hier ist über die Unternehmen und die Vereine auch die Gesellschaft insgesamt gefordert.

Die in der DG zur Verfügung stehenden Mittel für materielle Hilfen für Menschen unter 65 Jahre sind ausreichend. Betreffend Menschen über 65 Jahre musste die Bezuschussung aufgrund einer sehr hohen Nachfrage bzw. aufgrund eines hohen Bedarfs dieser Zielgruppe nach Treppenliften, Badanpassungen wegen Mittelengpässen ausgesetzt werden.

Die Früherkennung von Behinderungen bzw. Lern- und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen trägt dazu bei, sozialen Ausschluss prophylaktisch zu verhindern. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit aller betroffenen Akteure erforderlich.

Gerade für eine kleinere Region wie die DG bietet die Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen interessante Möglichkeiten, auf Erfahrungen und spezialisierte Dienste zurückzugreifen. Aber auch innerhalb der DG gilt es, künftig noch intensiver die Bereiche Soziales und Familie sowie den Bereich Unterricht auf der Grundlage von gemeinsam entwickelten Strategien zu gestalten.

Mit der Dienststelle verfügt die DG bereits über eine spezialisierte Begleitstruktur. Dennoch gibt es in der DG noch zu wenige professionelle Integrationsmöglichkeiten für Menschen mit chronisch psychischen Erkrankungen. Gerade bei jungen Erwachsenen ist die progressive Stabilisierung vor der Wiedereingliederung in das berufliche und gesellschaftliche Leben besonders wichtig. Projekte zur aktiven Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben sind daher kontinuierlich zu entwickeln. Hier gilt es, die innerbelgische Organisation im Gesundheitswesen zu beachten und in die Entwicklung von neuen Maßnahmen einzubeziehen. Zudem muss die DG eine bessere Steuerungsmöglichkeit zwischen den bereits bestehenden Angeboten sowohl im Behinderten- als auch im Beschäftigungs- und Sozialbereich schaffen.

Die Zielgruppe der geistig, sensorisch und mehrfach behinderten Menschen ist eine kleine Zielgruppe, der es immer wieder schwer fällt, auf lokaler Ebene angemessene Ferien- und Freizeitangebote zu finden.

Eine Vernetzung der bestehenden Ferien- und Freizeitangebote zwecks größtmöglicher Integration von behinderten und kranken Menschen im Sinne einer angemessenen Freizeitgestaltung ist erforderlich und sollte daher auch im Verbund mit Nachbarregionen gelöst werden.

Im Jahr 2007 wurden in der DG per Erlass die Bestimmungen zum behindertengerechten Bauen festgehalten und geregelt, dass und wie jeder von der Gemeinschaft geförderte Bau den darin festgelegten Kriterien entsprechen muss. Jedoch fehlt in wichtigen Bereichen die Zuständigkeit, so zum Beispiel im sozialen Wohnungsbau, für den nach wie vor die Wallonische Region zuständig ist und auf den die Bestimmungen zum behindertengerechten Bauen somit nicht anwendbar sind.



## 6.7. GESELLSCHAFTLICHE UND SOZIALE INTEGRATION

Die bei jeder Gemeinde eingerichteten Öffentlichen Sozialhilfzentren (ÖSHZ) spielen eine maßgebliche Rolle bei den Bemühungen zur gesellschaftlichen und sozialen Integration. Laut Gesetz hat jede Person ein Anrecht auf Sozialhilfe. Der Zweck dieser Sozialhilfe besteht darin, jedem die Möglichkeit zu bieten, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Öffentlichen Sozialhilfzentren wurden geschaffen, um diese Hilfe zu gewährleisten. Sie bieten nicht nur lindernde und heilende, sondern auch vorbeugende Unterstützung an. Die Unterstützung kann materieller, sozialer, medizinischer, sozialmedizinischer oder psychologischer Art sein.

Jedes ÖSHZ untersteht einem Sozialhilferat, dessen Mitglieder durch den Gemeinderat benannt werden. Der Sozialhilferat entscheidet über die Form der gewährten Hilfe. Die Gewährung von Eingliederungseinkommen, gleichgestellter Sozialhilfe, sozialberuflicher Eingliederungen oder dringender medizinischer Hilfe für Personen ohne legale Aufenthaltsgenehmigung richtet sich nach gesetzlich vorgegebenen Kriterien. Der Sozialhilferat kann in diesen Fällen nur prüfen, ob die Bedingungen erfüllt sind. Bei dieser Form der Sozialhilfe beteiligt sich der Föderalstaat an den Kosten, je nach Situation zu 50 bis 100 Prozent. Bei der Bewilligung aller anderen Hilfen und Dienstleistungen richtet sich der Sozialhilferat nach dem Kriterium des menschenwürdigen Lebens: Wenn ohne die Hilfe des ÖSHZ die Menschenwürde angetastet würde, interveniert das ÖSHZ.

Die Finanzierung der ÖSHZ beruht hauptsächlich auf drei Pfeilern: den Geldern des Föderalstaats für die o.e. gesetzlich geregelten Dienstleistungen, die sogenannte Sozialhilfedotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Übernahme des jährlichen Haushaltsdefizits durch die Gemeinden. Die Verteilung der Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die ÖSHZ erfolgt nach objektiven Kriterien, wie zum Beispiel nach der Anzahl Empfänger des Eingliederungseinkommens pro Gemeinde.

## EMPFÄNGER VON EINGLIEDERUNGSEINKOMMEN UND GLEICHGESTELLTER SOZIALHILFE

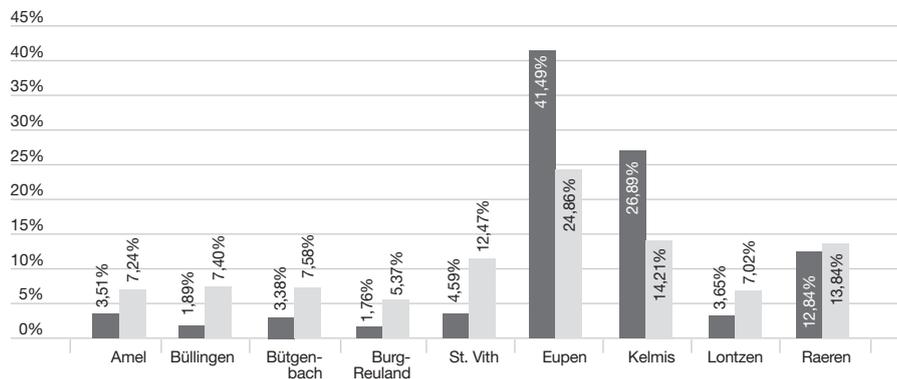
Unter Eingliederungseinkommen versteht man das Mindesteinkommen, das den Personen gewährt wird, die über keine oder zu geringe eigene Mittel verfügen, keinen Anspruch auf andere Einnahmen haben und nicht in der Lage sind, diese durch persönliche Anstrengung zu erwerben. Gleichgestellte finanzielle Sozialhilfe wird an bestimmte Kategorien von Ausländern gezahlt und entspricht in der Höhe dem Eingliederungseinkommen.

Zum 31. Dezember 2007 bezogen in der DG 740 Personen ein Eingliederungseinkommen oder gleichgestellte finanzielle Sozialhilfe. Die Zahl der Personen, die ein Eingliederungseinkommen erhalten, ist von 2002 bis 2007 laut Statistiken des zuständigen Föderalen Ministeriums um rund acht Prozent gestiegen. Die Zunahme ist umso bedeutender, als dazu eigentlich noch die Personen gezählt werden müssen, mit denen die ÖSHZ in Anwendung von Artikel 60 Paragraph 7 des Grundlagengesetzes über die Öffentlichen Sozialhilfzentren einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben, damit sie nach einem gewissen Zeitraum in den Genuss von Arbeitslosenunterstützung kommen können. Werden diese Zahlen mit berücksichtigt, ergibt sich eine Steigerung um 15 Prozent ([www.mi-is.be](http://www.mi-is.be)).

Die Zahl der Anträge auf gleichgestellte finanzielle Sozialhilfe ist dagegen in demselben Zeitraum um 12,5 Prozent gefallen. Dies ist insbesondere auf eine restriktivere föderale Asylpolitik zurückzuführen. Die nachfolgende Grafik zeigt die Verteilung der Empfänger von Eingliederungseinkommen und gleichgestellter finanzieller Sozialhilfe auf die neun Gemeinden. Fast 85 Prozent dieser Empfänger leben im Norden der DG.

## EMPFÄNGER VON EINGLIEDERUNGSEINKOMMEN UND GLEICHGESTELLTER FINANZIELLER SOZIALHILFE (2007)

■ Anteil an Gesamtbevölkerung ■ Anteil an Empfängern von Eingliederungseinkommen und Sozialhilfe in der DG



Quelle: Ministerium der DG, Auswertung der ÖSHZ Tätigkeitsberichte 2007

Der Bericht über Kinder- und Jugendarmut, den die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2007 in Auftrag gegeben hat, analysiert die Statistiken des Eingliederungseinkommens unter diesem Gesichtspunkt.

Um die Kinderarmut in der DG abschätzen zu können, orientieren die Berichtersteller sich am Eingliederungseinkommen, dessen Höhe für alleinstehende Personen in Belgien unter der Armutsgrenze von 685 Euro liegt. Somit kann die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die mit einem Erwachsenen leben, der ein Eingliederungseinkommen bezieht, als Anhaltspunkt für die Anzahl der Kinder und Jugendlichen gewertet werden, die in Armut leben. Mit insgesamt 288 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren bzw. 1,8 Prozent scheinen diese Zahlen in der DG gering. Im Hinblick darauf, dass 1,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen vom Eingliederungseinkommen leben, aber nur 0,9 Prozent der Menschen über 17 Jahre, bekommen sie jedoch eine andere Dimension. Hinzu kommen außerdem noch 119 Kinder und Jugendliche, deren Familien als Ausländer gleichgestellte Sozialhilfe erhalten. Beide Zahlen ergeben den Prozentsatz von 2,5 Prozent aller Kinder und Jugendlichen, die vom Eingliederungseinkommen oder einer vergleichbaren Hilfe und somit in Armut leben. Eine Auffälligkeit stellt dabei die geographische Verteilung dieser Kinder und Jugendlichen dar. 66 Prozent der Kinder, deren Eltern ein Eingliederungseinkommen, bzw. 57 Prozent der Kinder, deren Eltern eine Ausländerbeihilfe erhalten, leben in Eupen und Kelmis, wo sich diese Problematik derzeit konzentriert.

## SOZIAL-BERUFLICHE EINGLIEDERUNG

Die sozial-berufliche Eingliederung ist eine Form der sozialen Integration, um vorrangig den unter 25-jährigen Bürgern eine berufliche Eingliederung zu ermöglichen. Die dafür eingerichtete Stelle ist der Dienst für sozial-berufliche Eingliederung (DSBE) der ÖSHZ. In Eupen und Kelmis gibt es jeweils einen eigenen DSBE, die fünf südlichen Gemeinden gründeten gemeinsam mit Raeren und Lontzen einen Verbund.

Die Arbeit der DSBE beschränkt sich nicht nur auf die Vermittlung in Arbeit in Anwendung des o.e. Artikels 60 Paragraph 7 des Grundlagengesetzes und auf andere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Beratung zu und Vermittlung in Ausbildungen, Integrationsprojekte und Sprachkurse gehören ebenfalls zu den angebotenen Dienstleistungen.

Zur Verbesserung der Arbeit der DSBE soll eine Begleitplattform "Sozial-berufliche Eingliederung in der DG" geschaffen werden. Diese strebt eine gesamtheitliche Vorgehensweise und eine bessere Koordination der Arbeit des Arbeitsamtes, der Dienststelle für Personen mit Behinderung und der ÖSHZ an. Mit dieser Vorgehensweise soll gewährleistet werden, dass – unabhängig vom Hauptansprechpartner – eine optimale sozial-berufliche Eingliederung möglich wird und bedarfsorientiert erfolgt. Auch bei einem Wechsel des Hauptansprechpartners findet dann eine umfassende Übergabe der Informationen statt.

## NOTAUFNAHMEWOHNUNGEN

Ein weiterer Bereich der Betreuung sind Notaufnahmewohnungen für Personen, die vorübergehend wegen finanzieller Probleme, Trennungs- oder Scheidungssituationen oder anderer sozialer Probleme keinen adäquaten Wohnraum finden. Im Jahre 2007 gab es elf Träger von Notaufnahmewohnungen, u.a. die neun ÖSHZ. Insgesamt sind 20 Häuser und 72 Wohneinheiten durch die DG anerkannt. 18 Wohneinheiten befinden sich im Süden der DG, 54 im Norden. Diese bieten Wohngelegenheit für maximal 197 Personen. Effektiv Unterkunft fanden 2007 157 Personen. Bei einem Drittel davon handelt es sich um Kinder. Im Süden der DG kooperieren die ÖSHZ in diesem Zusammenhang mit der sozialen Immobilienagentur "Wohnraum für alle" VoG.

Die Durchschnittsbelegdauer der Notaufnahmewohnungen beträgt zwei Jahre. Daraus ist abzuleiten, dass die Notaufnahmewohnungen vorwiegend als Eingliederungswohnung genutzt werden und nicht als vorübergehende Notlösung.

## ASYLBEWERBER UND ANERKANNTE POLITISCHE FLÜCHTLINGE

In der Gemeinde Büllingen ist ein föderales Auffangzentrum für Asylbewerber untergebracht. In sechs der acht anderen Gemeinden haben die ÖSHZ eine spezifische Aufnahmestruktur für Asylbewerber aufgebaut. Das Ziel der dort eingerichteten Aufnahmewohnungen ist es, lange Aufenthalte von Asylbewerbern in Auffangzentren zu vermeiden und ihnen eine materielle statt einer finanziellen Hilfe zukommen zu lassen. Politisch anerkannte Flüchtlinge erhalten bei Bedarf Eingliederungseinkommen.

Laut den Statistiken zum Sonderfonds für Sozialhilfe lebten 2007 in der DG 246 anerkannte politische Flüchtlinge sowie deren Angehörige vom Eingliederungseinkommen.

## BEIHILFEN UND DIENSTLEISTUNGEN

Die ÖSHZ gewähren finanzielle Beihilfen in Form von gegebenenfalls rückforderbaren Beihilfen oder von Vorschüssen. Die häufigsten Anträge auf finanzielle Beihilfe werden zur Deckung der Energiekosten, der Gesundheitskosten, der Mietkosten sowie der Kosten für die Teilnahme an Kultur- und Sportaktivitäten gestellt.

Neben den finanziellen Beihilfen bieten die ÖSHZ auch direkte Dienstleistungen an, die sich nur geringfügig voneinander unterscheiden. In Büllingen leistet das ÖSHZ verstärkte administrative Hilfe zugunsten von Asylbewerbern aus dem Zentrum für Asylbewerber in Manderfeld. Auf ein Möbellager greifen mit Ausnahme von Amel, Lontzen und Raeren fast alle ÖSHZ zurück und eine soziale Wäscherei gibt es neben Eupen inzwischen auch in Burg-Reuland und Kelmis.

Die ÖSHZ arbeiten in Kooperation mit den Nahrungsmittelbanken des Roten Kreuzes zusammen. Betroffene können über eine vom ÖSHZ ausgestellte Bescheinigung dort Lebensmittelpakete bei den jeweiligen RK-Sektionen abholen. Insgesamt sind 606 solcher Bescheinigungen im Jahre 2007 ausgestellt worden, was einen Rückgang von etwa einem Drittel gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Dies wird unter anderem auf die Tatsache zurückgeführt, dass im Bereich der Sektion St. Vith eine organisatorische Änderung vorgenommen wurde, so dass die Lebensmittelverteilung dort direkt über das Belgische Rote Kreuz erfolgt.

Eine weitere wichtige Dienstleistung der ÖSHZ liegt in der Betreuung der Haus- und Notrufanlagen in der DG. Insgesamt verfügen in der DG 334 Personen oder Haushalte über eine Hausnotrufanlage. Dies entspricht einer Steigerung um 27 Prozent gegenüber 2006. Vergleicht man den prozentualen Anteil der Hausnotrufgeräte mit der Anzahl Personen über 65 Jahren in der DG, so betrug dieser rund 2,5 Prozent der Bevölkerung. In Flandern beträgt die vergleichbare Zahl fünf bis sieben Prozent der betroffenen Personen. Der Einsatz der Notrufgeräte konzentriert sich auf Kranke, Alleinstehende, hilfsbedürftige Personen und Personen mit einer Behinderung.

Die einzelnen Dienstleistungen werden häufig in Zusammenarbeit mit zahlreichen Sozialorganisationen und Initiativen erbracht, die Menschen in sozialen Notlagen betreuen und begleiten. Im Süden wie auch im Norden der DG haben diese Organisationen Netzwerke gegründet, die in ständigem Austausch untereinander und in enger Kooperation einen aktiven Beitrag gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der DG leisten wollen.

## SCHULDNERBERATUNG

In der Schuldnerberatung sind mehrere Akteure tätig: einerseits die ÖSHZ, andererseits das Referenzzentrum der Verbraucherschutzzentrale VoG. Die ÖSHZ übernehmen die Budgetbegleitung, die Kontenverwaltung sowie die klassische Schuldnerberatung. Für letztere Tätigkeit muss das ÖSHZ als Schuldnerberatungsstelle anerkannt sein. Unter "klassische Schuldnerberatung" fallen alle Aufgaben, die nicht zum Aufgabenbereich des Referenzzentrums gehören. Das Referenzzentrum interveniert bei der kollektiven Schuldenregelung, der Schuldnerberatung bei Schulden von Selbstständigen, bei Gläubigern im Ausland sowie beim Hausverkauf. Außer das ÖSHZ St. Vith, das einen eigenen Schuldnerberatungsdienst aufgebaut hat, haben die anderen ÖSHZ im Süden der DG für die klassische Schuldnerberatung ein Kooperationsabkommen mit dem Referenzzentrum abgeschlossen. Für die ÖSHZ im Norden der DG besteht für die klassische Schuldnerberatung ein Kooperationsabkommen zwischen den ÖSHZ.

Anträge auf Vergabe von zinslosen Darlehen durch den Entschuldungsfonds der DG können sowohl die ÖSHZ, die als Schuldnerberatungsstelle anerkannt sind, als auch das Referenzzentrum für einen Kunden stellen.

Bei einer Budgetbegleitung behält der Kunde die Vollmacht über seine Konten. Bei einer Kontenverwaltung übernimmt das ÖSHZ diese arbeitsintensive Aufgabe.

#### ANZAHL BUDGETBEGLEITUNGEN, KONTOVERWALTUNGEN UND KLASS. SCHULDNERBERATUNGEN (2007)

	Süden	Norden	Total
Budgetbegleitung	50	38	88
Kontenverwaltung	88	289	377
Klassische Schuldnerberatung	68	124	192

Quelle: Ministerium der DG 2008

## EINRICHTUNGEN

Die ÖSHZ betreiben oder unterstützen weitere Dienste und Einrichtungen zu unterschiedlichen Themen. Dazu zählen Altenwohnheime oder Altenwohn- und Pflegewohnheime. Bis auf das ÖSHZ Raeren und Lontzen sind alle ÖSHZ entweder Träger eines Altenwohnheimes oder Alten- und Pflegewohnheimes oder Teilhaber an einer diesbezüglichen interkommunalen Kooperation. Dabei stellt die Übernahme der Defizite der Altenwohnheime oder Alten- und Pflegewohnheime eine erhebliche finanzielle Belastung für die ÖSHZ dar. Im Jahr 2007 betrug sie 1,2 Millionen EUR.

Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Trägerschaft des Zentrums für sozial-pädagogische Kinder- und Jugendbetreuung Mosaik. Dieses befindet sich in der Trägerschaft des ÖSHZ Eupen. Es betreut Kinder, Jugendliche und deren Familien im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzgesetzes. Die Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen kann stationär, ambulant, teilweise auch stationär und ambulant erfolgen. 140 Kinder, Jugendliche und deren Familien wurden im Jahre 2007 betreut. Dies bedeutet gegenüber 2004 eine Zunahme um 26 Prozent. Auch im Bereich der ambulanten Betreuung hat seit 2004 eine Steigerung um 100 Prozent stattgefunden.

Gemeinsam mit den Gemeinden sind die Öffentlichen Sozialhilfezentren Träger des Sozialpsychologische Zentrums (SPZ), einer privatrechtlichen, von der DG finanziell unterstützten Organisation, die seit 30 Jahren im psycho-sozialen Bereich ein breit gefächertes Angebot für Ratsuchende vorsieht. Dabei geht es um die Betreuung von Klienten mit seelischen Problemen oder zwischenmenschlichen Schwierigkeiten, die Betreuung von Selbsterfahrungsgruppen, die Opferbetreuung, die Begleitung und Therapie von Sexualstraftätern, die Begleitung von Gefängnisinsassen sowie die Betreuung von Asylbewerbern im Auffangzentrum Manderfeld. Das SPZ besitzt Niederlassungen in Eupen und St. Vith. 2007 kamen etwa 1.400 Personen zur Beratung ins SPZ.

## 6.8. SOZIALER WOHNUNGSBAU

In der Wallonie – zuständig für Bauen und Wohnen in der DG – gilt als Ziel, zehn Prozent aller Wohnungen öffentlich bereit zu stellen. Dies soll Haushalten aller Einkommensgruppen die Möglichkeit eröffnen, einen Wohnstandort in der jeweiligen Gemeinde zu behalten. Gemessen am Ziel des Wallonischen Ministeriums für Wohnungswesen liegt die DG momentan weit unterhalb der 10 Prozent-Schwelle öffentlicher Wohnungen im Proporz zur Gesamtheit aller Wohnungen. Aktuell leben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft rund 30.000 Familien, davon 19.000 als Ein- oder Zweipersonenhaushalte. Wenn davon zehn Prozent in öffentlichen Wohnungen unterzubringen wären, müsste sich der Bestand öffentlich geförderter Wohnungen nahezu verdoppeln.

Während im Süden der DG eine eher ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung abläuft, sieht sich St. Vith der Herausforderung gegenüber, dass sich hier auch die interne Migration aus der Eifel stärker auswirkt.

Im Norden der DG stehen insbesondere Eupen, Raeren und Kelmis vor besonderen Wohnungsbauherausforderungen. Auffällig ist hier, dass Eupen und Lontzen eher mit den Problemen der internen Migration und Kelmis und Raeren eher mit den Problemen der externen Zuwanderung – z.B. Zuzug aus Deutschland – konfrontiert sind. Die höheren Baulandpreise im Norden führen zu Grundstücks- und Wohnbaupreisen, welche einen Wegzug vor allem jüngerer Bewohner und Familien auslösen, wenn ihnen keine adäquaten Angebote des sozialen Wohnungsbaus unterbreitet werden können.

Die demografische Entwicklung zeigt auch, dass künftig viel mehr Kleinwohnungen, nicht nur für Senioren, benötigt werden, als heute am Markt verfügbar sind. Insbesondere gilt es, Abwanderungen jüngerer Familien durch entsprechende Angebote an bezahlbarem Baugrund oder familiengerechten Wohnungen entgegen zu wirken.

Ein bedeutender Teil der Wohnungen in der DG besteht bereits seit über 60 Jahren. Ein weiterer Teil wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit den damals verfügbaren Mitteln gebaut. Allein die Zahl der vor dem Zweiten Weltkrieg gebauten Wohnungen beläuft sich auf über 6.000 Einheiten. Diese Wohnungen zukunftsfähig zu sanieren, stellt eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar.

Bezahlbarer Wohnraum für alle Bewohner der DG, integrierte Wohn- und vor allem Quartierkonzepte, insbesondere für den wachsenden Anteil an Senioren und alleinerziehenden Familien, sind notwendig, um Standards anzustreben, die sich auch nachhaltig auf die wahrnehmbare Qualität des Standorts Ostbelgien auswirken. Vor allem der Ansatz der Quartierkonzepte – als sinnvolle Alternative zum Mehrgenerationenwohnen oder des sich daraus abgewandelten Mehrgenerationenhauses – fehlen aktuell bei der Städteplanung bzw. werden bei der Umstrukturierung der Ortskerne nicht berücksichtigt.

## 6.9. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Die SWOT-Analyse für den Bereich Gesundheit und Soziales basiert zum einen auf der Situationsanalyse, zum anderen auf den Ergebnissen der Expertengespräche und thematischen Foren.

### SCHWÄCHEN:

- >> Wartelisten bei häuslicher Hilfe und Pflegeheimbetten
- >> Steigende Vereinsamung alter Menschen wegen mangelnder Mobilität
- >> Punktuelle Angebotsdefizite in der flexiblen Tagesbetreuung der Kinder von 0 – 3 Jahren
- >> Fachkräftemangel in den Krankenhäusern und in Pflegeberufen
- >> Überalterung der Hausärztestruktur
- >> Fehlendes Gesamtkonzept in der Gesundheitsprävention bei einer Vielzahl von Akteuren
- >> Zu wenig professionelle Integrationsmöglichkeiten für psychisch Erkrankte
- >> Zunahme der Anzahl Empfänger eines Eingliederungseinkommens
- >> Fehlende umfassende Sozialberichterstattung
- >> Mangel an bezahlbarem Wohnraum
- >> Mangel an angepasstem Wohnraum für Senioren und Familien

### RISIKEN:

- >> Betreuungsdefizite in kleinen Dörfern und Weilern
- >> Steigender Pflegebedarf
- >> Steigende Nachfrage an Alten- und Pflegewohnheimplätzen
- >> Steigende Demenzanfälligkeit
- >> Verlust der Krankenhausstandorte
- >> Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Tagesmütter
- >> Zunahme der Anzahl Kinder und Jugendliche in Problemsituationen
- >> Fehlendes Konzept für die Integration von Zuwanderern
- >> Wegzug von jüngeren Menschen und Familien

### STÄRKEN:

- >> 96 % der älteren Bevölkerung leben zu Hause
- >> Intrafamiliäre Solidarität und Nachbarschaftshilfe
- >> Vernetzung der Pflege- und Hilfsdienste und Aufbau einer zentralen Beratungsstelle
- >> Hohe Abdeckung durch Dienste der häusl. Hilfe
- >> Flächendeckende Begleitung von Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren und im Rahmen der Schulgesundheitsvorsorge
- >> Gute vor- und nachschulische Kinderbetreuung
- >> Ortsnahe Krankenhäuser
- >> Spezialisierte Strukturen der Jugendhilfe
- >> Spezialisierte Strukturen zur Begleitung von Menschen mit einer Behinderung
- >> Großer ehrenamtlicher Einsatz



### CHANCEN:

- >> Unterstützung des aktiven Alterns von Senioren
- >> Entwicklung alternativer Wohn- und Begleitkonzepte für Senioren
- >> Integrierte Wohn- und Quartierkonzepte
- >> Gründung von "Begegnungshäusern" für ältere Mitbürger
- >> Unterstützung von Ehrenamt und Engagement
- >> Kooperation der Krankenhäuser
- >> Ausbildung von Pflege- und Hilfskräften
- >> Entwicklung zu Kurzaufenthalten mit hausärztlicher ambulanter Betreuung
- >> Aufbau und Ausbau von Ärztehäusern
- >> Kooperation mit Nachbarregionen
- >> Dauerhafte Integration behinderter Menschen
- >> Alltags-Hilfeleistungen für Familien
- >> Barrierefreie Standards für Familien und Senioren und Prämien für Wohnungsneubau und Sanierung



## **NATUR UND UMWELT**

## 7.1. NATURRÄUMLICHE BESCHREIBUNG

Landschaftlich gesehen besteht die DG aus zwei voneinander abgesetzten Teilen, einem nördlichen im Vorland des Mittelgebirges und einem südlichen, der innerhalb der Eifel liegt. Die verschiedenen Naturräume der DG gehen alle über die Verwaltungsgrenzen hinaus und ergeben ein differenziertes Landschaftsbild.

Im Norden begrenzen der Dreiländerpark und die Ausläufer des Aachener Waldes mit seinen kreidezeitlichen Gesteinen die DG an der Grenze zu Deutschland und den Niederlanden. Das Gebiet stellt ein beliebtes Wander- und Naherholungsziel dar. Durch den "Dreiländerpunkt", an dem sich die Grenzen aller drei Staaten treffen, ist es auch ein Publikumsmagnet für Touristen aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden.

Südlich schließt sich die Vennfußfläche an, deren belgischer Teil auch als Eupener Land bezeichnet wird. Der Landschaftscharakter dieses sanft gewellten Gebietes ist durch die Grünlandwirtschaft, insbesondere die Milchwirtschaft geprägt, die zur Bezeichnung "Eupener Butterländchen" geführt hat. Weißdornhecken begrenzen die Weiden. Sie bieten wertvolle ökologische Nischen und tragen zum reizvollen Landschaftsbild dieser "Bocage-Landschaft" bei. Die Vennfußfläche ist überwiegend aus kalkigen Gesteinen aus dem Mitteldevon und Karbon aufgebaut und hat dadurch vergleichsweise gute Böden. Das Eupener Land geht weiter im Westen in das "Herver Land" und im Osten in das deutsche "Münsterländchen" über. Kleine Flüsschen mit wertvollen Außenbereichen sind ein weiteres Landschaftsmerkmal, das mit der Göhl als Natura 2000-Gebiet unter Schutz gestellt wurde. Eine Besonderheit stellen die Böden der ehemaligen Galmeiabbaugebiete bei Kelmis dar, wo sich auf den stillgelegten Abbaubereichen eine spezielle Fauna und Flora entwickeln konnte, zu der zum Beispiel das Galmeiveilchen gehört.

Die Vennabdachung, die sich südlich anschließt, ist durch eine markante Landschaftsgrenze gekennzeichnet: Dichte Waldgebiete lösen die offenen landwirtschaftlich genutzten Flächen ab und leiten mit einem steilen Anstieg zum Mittelgebirge von Hohem Venn und Eifel über. Neben weiten Nadelwäldern gibt es auch hier noch vereinzelte Mischwaldbestände wie im Hertogenwald. Auf den Schiefern, Grauwacken und Quarziten aus dem Devon bilden sich nur nährstoffarme Böden, die für intensiven Ackerbau nicht geeignet sind. Das steilere Relief begünstigt den Bau von Talsperren wie der Wesertalsperre.

Das Hohe Venn ist mit Höhen bis etwa 600 Meter und seinem kambrio-silurischen Untergrund der erdgeschichtlich älteste Teil der Region. An diesem Landschaftsraum hat die DG nur kleine Flächenanteile im Bereich den Kommunen Eupen und Raeren. Weite Hochmoorflächen, die als Wasserspeicher dienen, sind für diese Landschaft charakteristisch. Hier entspringen eine ganze Reihe von Flüssen, die sich schließlich ins Vorland ergießen. Im vorletzten Jahrhundert wurde damit begonnen, das Moor mit Hilfe von Drainagen trockenzulegen. Heute stehen die ökologisch sehr empfindlichen Moorbereiche unter Naturschutz. Eine strenge Zonierung verhindert unerwünschte Beeinträchtigungen des Ökosystems.

Vennabdachung und Hohes Venn trennen den nördlichen Teil der DG vom südlichen. Im Süden schließt sich der Bereich der Hocheifel an, der nach Westen zu in die Ardennen und nach Osten in die deutsche Eifel übergeht. Die engen, tief eingeschnittenen Täler, die Amel, Warche und Our in die Hochfläche eingegraben haben, prägen hier das Bild der Landschaft. Quellgebiete, Wiesen- und Auenlandschaften bilden vielfältige Lebensräume, die vermehrt in Schutz- und Pflegemaßnahmen eingebunden wurden sowie als Natura 2000-Gebiete geschützt sind. Die Siedlungen des südlichen Teils der DG liegen auf diesen Hochflächen. Ein abwechslungsreicher Mittelgebirgscharakter mit einem Wechsel von Grünland und Bewaldung prägt das Bild. Auch hier sind Hecken ein wichtiges Landschaftsmerkmal. Neben den Feld- und Weidehecken aus Weißdorn, werden hier auch Rotbuchen eingesetzt, die vor allem als meterhohe Haushecken zum Windschutz Verwendung finden.

## 7.2. FLÄCHENNUTZUNG UND GRUNDLAGEN DER RAUMORDNUNG

### DIE GRUNDFLÄCHE DER GEMEINDEN

Mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 86,9 Personen pro Quadratkilometer zählt die DG nach den OECD-Richtlinien als ländlicher Raum. Die Gemeinde Büllingen ist mit 150 Quadratkilometern die größte, Kelmis mit weniger als 20 Quadratkilometern die kleinste Gemeinde der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die nachfolgende Tabelle illustriert den ländlichen Charakter der Gemeinden des Kantons Sankt Vith. Zur Kategorie "Andere Flächen" gehören hauptsächlich das Hohe Venn, Seen und Ödland.

#### BEBAUTE UND UNBEBAUTE FLÄCHEN IN KM<sup>2</sup> (2005)

Gemeinde	Unbebaute Flächen	% Gemeinde	Bebaute Flächen	% Gemeinde	Andere Flächen	% Gemeinde	Total	% DG
Amel	117,23	93,67%	6,28	5,02%	1,64	1,31%	125,15	14,66%
Büllingen	135,61	90,12%	10,70	7,11%	4,17	2,77%	150,49	17,63%
Burg Reuland	103,87	95,33%	4,83	4,43%	0,26	0,24%	108,96	12,76%
Bütgenbach	65,26	67,06%	26,08	26,80%	5,98	6,14%	97,31	11,40%
St. Vith	135,14	91,98%	10,78	7,34%	1,01	0,69%	146,93	17,21%
Kanton St. Vith	557,12	88,60%	58,67	9,32%	13,05	2,08%	628,84	73,66%
Eupen	65,88	63,51%	16,69	16,09%	21,17	20,41%	103,74	12,15%
Kelmis	13,93	76,87%	3,47	19,14%	0,72	3,99%	18,12	2,12%
Lontzen	24,31	84,63%	3,90	13,57%	0,52	1,80%	28,73	3,37%
Raeren	61,59	82,98%	8,64	11,64%	3,99	5,38%	74,21	8,69%
Kanton Eupen	165,71	73,72%	32,70	14,54%	26,40	11,74%	224,81	26,34%
<b>DG</b>	<b>722,83</b>	<b>84,67%</b>	<b>91,37</b>	<b>10,70%</b>	<b>39,45</b>	<b>4,63%</b>	<b>853,65</b>	<b>100%</b>

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik

#### Unbebaute Flächen

Die nachstehende Tabelle bestätigt die Beobachtungen aus der vorherigen Tabelle, zeigt aber auch den relativ hohen Anteil Waldfläche in den zwei urbaner geprägten Gemeinden Eupen und Kelmis. Vor allem fällt aber der hohe Prozentsatz an Agrarflächen in Lontzen auf und das fast vollständige Fehlen von Waldflächen.

#### UNBEBAUTE FLÄCHEN IN KM<sup>2</sup> (2005)

Gemeinde	Agrar- fläche	% Gemeinde	Wald	% Gemeinde	Total unbebaut	% DG
Amel	61,93	49,48%	55,31	44,19%	117,23	16,22%
Büllingen	70,10	46,58%	65,52	43,54%	135,61	18,76%
Burg Reuland	65,17	59,81%	38,70	35,52%	103,87	14,37%
Bütgenbach	31,89	32,77%	33,37	34,29%	65,26	9,03%
St. Vith	74,10	50,44%	61,03	41,54%	135,14	18,70%
Kanton St. Vith	303,18	48,21%	253,94	40,39%	557,12	77,07%
Eupen	17,08	16,47%	48,80	47,04%	65,88	9,11%
Kelmis	5,82	32,11%	8,11	44,76%	13,93	1,93%
Lontzen	23,46	81,65%	0,86	2,98%	24,31	3,36%
Raeren	24,23	32,64%	37,36	50,34%	61,59	8,52%
Kanton Eupen	70,59	31,40%	95,13	42,32%	165,71	22,93%
<b>DG</b>	<b>373,77</b>		<b>349,06</b>		<b>722,83</b>	<b>100%</b>

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik



## Bebaute Flächen

In der Statistik der bebauten Flächen überrascht zweifellos der sehr hohe Anteil der Gemeinde Bütgenbach. Die Erklärung hierfür ist, dass die Flächen für diverse Nutzungen, bei denen es sich praktisch ausschließlich um Militärübungsgebiete handelt, als bebaute Flächen eingestuft werden. Daher ergibt sich auch ein korrekteres Bild der bebauten Flächen, wenn man diese Flächen für diverse Nutzungen nicht berücksichtigt.

Sonst liefern die Angaben über die bebauten Flächen wenig Überraschungen. Der Wohnflächenanteil entspricht mehr oder weniger der Aufteilung der Bevölkerung in den neun Gemeinden, wobei der Proporz der Wohngrundstücke für die städtischen Gemeinden Eupen und Kelmis allerdings eindeutig unter ihrem Bevölkerungsanteil in der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt.

Die Kategorie der Transportflächen umfasst hauptsächlich die nicht katastrierten Flächen (90 %), die wiederum das Eisenbahnnetz, die Wasserläufe, Parkplätze und vor allem die öffentlichen Straßen, Plätze und Wege beinhalten.

Mit Ausnahme von Eupen stehen hier die ländlichen Gemeinden mit einem generell sehr umfangreichen Verkehrsnetz an der Spitze dieser Statistik. Die Position der Stadt Eupen ist auf den ersten Blick erstaunlich, kann jedoch durch den hohen Anteil an Parkplätzen, Bürgersteigen und öffentlichen Plätzen erklärt werden.

## BEBAUTE FLÄCHEN IN KM<sup>2</sup> (2005)

Gemeinde	Wohnflächen	Industrieflächen	Steinbrüche, Brunnen, Stollen, usw.	Gewerbe-flächen	Flächen die durch öffentliche Dienste genutzt werden	Transportflächen	Technische Infrastrukturen	Flächen für Erholung und Freizeit	Flächen für diverse Nutzung	TOTAL bebaute Flächen
Amel	1,56	0,54	0,00	0,07	0,10	3,50	0,00	0,47	0,02	6,28
Büllingen	1,87	0,39	0,00	0,15	0,14	5,09	0,00	0,36	2,70	10,70
Burg Reuland	1,28	0,12	0,00	0,05	0,09	3,13	0,00	0,15	0,01	4,83
Bütgenbach	1,78	0,32	0,09	0,13	0,48	3,60	0,00	0,62	19,06	26,08
St. Vith	2,45	0,81	0,02	0,27	0,24	6,28	0,01	0,71	0,01	10,78
Kanton St. Vith	8,94	2,18	0,11	0,67	1,05	21,60	0,01	2,31	21,8	58,67
Eupen	3,27	1,34	0,00	0,39	0,39	10,87	0,01	0,41	0,02	16,69
Kelmis	1,98	0,15	0,07	0,08	0,05	0,89	0,00	0,24	0,01	3,47
Lontzen	1,31	0,28	0,04	0,10	0,06	1,91	0,00	0,19	0,01	3,90
Raeren	2,81	0,47	0,00	0,18	0,08	4,46	0,01	0,60	0,04	8,64
Kanton Eupen	9,37	2,24	0,11	0,75	0,58	18,13	0,02	1,44	0,08	32,70
<b>DG</b>	<b>18,30</b>	<b>4,42</b>	<b>0,22</b>	<b>1,42</b>	<b>1,62</b>	<b>39,74</b>	<b>0,03</b>	<b>3,76</b>	<b>21,86</b>	<b>91,37</b>

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik

## RAUMORDNUNG

Auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die Wallonische Region für Raumordnung und Städtebau verantwortlich. Die gesetzlichen Bestimmungen sind in einem Gesetzbuch zusammengefasst, dem Code Wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine (CWATUP).

In der Wallonischen Region sind zwei staatliche Ebenen für die Raumordnung zuständig: die Region selbst und die Gemeinde. Auf jeder dieser Ebenen wird unterschieden zwischen strategischen und rechtsverbindlichen Planungsdokumenten. Dabei haben die strategischen Dokumente einen indikativen Charakter: sie geben raumordnerische Ziele und Mittel vor und enthalten Leitlinien für die Behörde bei Einzelentscheidungen.

Das strategische Planungsinstrument auf Ebene der gesamten Wallonischen Region ist das Regionale Entwicklungsschema (Schéma de Développement de l'Espace Régional – SDER), welches die Raumordnungspolitik der Region grundlegend definiert. Alle weiteren Planungsinstrumente müssen auf der Grundlage dieses Entwicklungsschemas erarbeitet werden. Es enthält die Entwicklungspole, die großen Transport- und Kommunikationswege, die Knotenpunkte, die Ober- und Unterzentren sowie die ländlichen Räume.

Operationelle und rechtlich verbindliche Planungsinstrumente auf Ebene der Region sind die Sektorenpläne (Plan de Secteur) und die Regionalen Städtebauverordnungen (Règlement Régional d'Urbanisme – RRU). Der Sektorenplan ist die höchste Plan-kategorie mit verbindlicher Wirkung. Er enthält die Darstellung von Zonen, die für bestimmte Funktionen bzw. Nutzungen vorgesehen sind, wie zum Beispiel Wohnzone, Industrie- und Gewerbe-zonen, Dienstleistungszonen, Zonen für Erholungszwecke, Zonen für die landwirtschaftliche Nutzung, u.v.m. Abweichungen von der vorgeschriebenen Flächennutzung sind unter bestimmten Bedingungen möglich. Die Regionalen Städtebauverordnungen legen allgemeine Regeln zur Bauweise und zur Flächennutzung fest. Bisher gibt es fünf solche Verordnungen: zu den Bauten in geschützten Stadtkernen, zu den Bauten im ländlichen Raum, zu den Werbetafeln, zur thermischen Isolation von Wohnbauten und zur Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude für Personen mit eingeschränkter Mobilität.

Das strategische Planungsinstrument auf Gemeindeebene ist das Kommunale Strukturschema (Schéma de Structure communal – SSC). Das Strukturschema hält die raumordnerischen Ziele der Gemeinde fest und stellt die sich daraus ergebenden Maßnahmen kartographisch dar. Es hält die Bestimmung der einzelnen Zonen und die Ansiedlung der Ausrüstungen und der Infrastrukturen fest. Es gibt allgemeine Richtlinien zur Harmonisierung und Integration der Verkehrsflüsse. Die Erstellung eines Strukturschemas ist Voraussetzung für die Dezentralisierung der Gemeinde, das heißt für die Verlagerung zusätzlicher Entscheidungsbefugnisse im Bereich Raumordnung von der Region auf die jeweilige Gemeinde.

Verbindliche operationelle Planungsdokumente auf Gemeindeebene sind der Kommunale Raumordnungsplan (Plan Communal d'Aménagement - PCA) und die Kommunale Städtebauverordnung (Règlement communal d'Urbanisme - RCU). Ein kommunaler Raumordnungsplan kann die ganze oder nur Teile eine Gemeinde betreffen. Er präzisiert die Vorgaben des Sektorenplans und kann unter ganz bestimmten Bedingungen davon abweichen. Wenn ein kommunaler Raumordnungsplan vorliegt, erhöht sich die Autonomie der Gemeinde bei Einzelentscheidungen. Eine kommunale Städtebauverordnung legt präzise technische oder ästhetische Bedingungen für Bauten oder andere Objekte auf dem Gemeindegebiet fest.

Das Raumordnungsgesetzbuch legt fest, für welche Arbeiten eine Städtebaugenehmigung eingeholt werden muss. Dies ist unter anderem der Fall beim Bau, Umbau oder Abriss von Gebäuden, bei der Ausführung von technischen Arbeiten, bei Nutzungsänderungen oder bei Bodenreliefänderungen. Durch die Genehmigung bescheinigt die ausstellende Behörde, dass das Vorhaben

den raumordnerischen und städtebaulichen Bestimmungen der Wallonischen Region und der Gemeinde entspricht. Die Genehmigungen werden vom Gemeindegremium erteilt nach Begutachtung des Antrags durch den Beauftragten Beamten (Fonctionnaire délégué) der Wallonischen Region. Verfügt die Gemeinde über ein dezentralisiertes Genehmigungssystem, braucht sie das Gutachten nicht einzuholen und kann autonom entscheiden. Bei Vorhaben der öffentlichen Hand oder von öffentlichem Interesse erteilt der zuständige wallonische Minister oder der Beauftragte Beamte die Baugenehmigung.

Das Raumordnungsgesetzbuch legt ebenfalls fest, dass vor der Aufteilung eines Grundstücks in mehrere Parzellen eine Parzellierungsgenehmigung eingeholt werden muss. Die Anfrage umfasst den Plan der künftigen Parzellierung sowie die städtebauliche Auflagen, denen die zu errichtenden Gebäude genügen müssen.

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft gibt es keinen eigenen Sektorenplan, sondern sie ist auf drei Sektorenpläne verteilt: Eupen-Verviers, Malmedy-St. Vith und Hohes Venn-Eifel. Seit 2008 gibt es in Eupen einen Beauftragten Beamten der Wallonischen Region, der nur für die neun deutschsprachigen Gemeinden zuständig ist. St. Vith ist die einzige Gemeinde, die über ein dezentralisiertes Genehmigungssystem verfügt. Im Jahr 2007 wurden in der gesamten DG im Wohnbereich 502 Städtebaugenehmigungen erteilt, 302 für Neubauten und 200 für Umbauten. Weitere 142 Genehmigungen betrafen andere Gebäude als Wohngebäude.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat einstimmig die Forderung erhoben, dass die Zuständigkeiten in den Bereichen Raumordnung und Wohnungsbau von der Wallonischen Region auf die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden sollen. Die Gemeinschaft braucht diese Zuständigkeiten, um die eigene Entwicklung stärker beeinflussen und die Maßnahmen in den bisherigen Zuständigkeitsbereichen räumlich besser verankern zu können.



## 7.3. LANDWIRTSCHAFT UND FORSTWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft prägen in hohem Maße die Kulturlandschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die hohe Lebensqualität, welche der DG immer wieder attestiert wird, ist daher auch zu einem großen Teil der Tätigkeit der Land- und Forstwirte zuzurechnen. Beide Sektoren nehmen daher nicht nur in der wirtschaftlichen Betrachtung, sondern wegen ihrer multifunktionalen Leistungen eine gesamtgesellschaftlich wichtige Rolle ein. Vor diesem Hintergrund kommt ihnen bei der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzeptes eine besondere Bedeutung zu, die über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinausgeht.

### LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist eher kleinbetrieblich ausgerichtet. So betrug 2007 die durchschnittlich bewirtschaftete Fläche im Kanton Eupen 37,39 ha und im Kanton St. Vith 31,27 ha pro Betrieb. Die nachfolgende Tabelle gibt detaillierte Angaben zu den Betriebsgrößen pro Gemeinde.

LANDWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBE NACH GRÖSSE DER BEWIRTSCHAFTETEN FLÄCHE (2007)

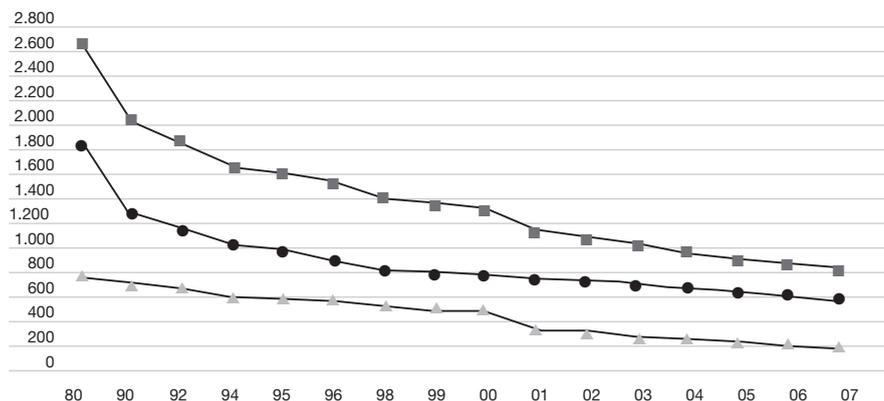
Gemeinde	ohne Flächen	< 4,9 ha	5-9,9 ha	10-19,9 ha	20-29,9 ha	30-49,9 ha	> 50 ha	Anzahl Betriebe	Gesamtfläche (ha)	Durchschnitt (ha)
Amel	0	23	19	27	15	48	30	162	4.959,86	30,62
Büllingen	0	32	22	30	18	42	28	172	4.731,12	27,51
Burg-Reuland	0	16	13	15	16	35	36	131	4.773,98	36,44
Bütgenbach	0	12	6	4	0	15	21	58	2.209,97	38,10
St. Vith	0	36	18	29	18	38	38	177	5.215,66	29,47
Kanton St. Vith	0	119	78	105	67	178	153	700	21.890,59	31,27
Eupen	0	9	0	0	5	10	17	41	1.693,30	41,30
Kelmis	5	7	0	0	2	2	2	18	259,30	14,40
Lontzen	0	0	4	4	11	15	15	49	1.961,70	40,04
Raeren	0	4	4	0	7	16	16	47	1.880,80	40,02
Kanton Eupen	5	20	8	4	25	43	50	155	5.795,10	37,39
<b>DG</b>	<b>5</b>	<b>139</b>	<b>86</b>	<b>109</b>	<b>92</b>	<b>221</b>	<b>203</b>	<b>855</b>	<b>27.685,70</b>	<b>32,38</b>

Quelle: Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Generaldirektion Statistik 2008

Wie in vielen anderen Mittelgebirgsregionen befindet sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahrzehnten in einem höchst problematischen Abwärtstrend. Dies geht mit einer Nivellierung der landwirtschaftlichen Struktur einher und führt auch im Erscheinungsbild der Dörfer zu Veränderungen, weil zunehmend landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben und anderen Nutzungen zugeführt werden. Dabei stehen einige Betriebe ökonomisch durchaus gut da. Aber auch sie geraten vor dem Hintergrund der weltweiten Agrarstrukturprobleme, die insbesondere in den Grünlandregionen massiv zu Wettbewerbsverzerrungen führen, ebenfalls in naher Zukunft in Schwierigkeiten. Von den Betriebsleitern über 50 Jahren besitzen 35 Prozent keinen Nachfolger, bei 13 Prozent ist die Nachfolge ungewiss.

## ENTWICKLUNG DER ANZAHL LANDWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE (1980 - 2007)

■ Anzahl Betriebe ● Vollzeit-Betriebe ▲ Teilzeit-Betriebe



Quelle: Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien 2008

Die Landwirtschaft in der DG ist einseitig auf Grünland- und Milchviehwirtschaft ausgerichtet. Rund 95 Prozent der bewirtschafteten Fläche ist Grünland, auf drei Prozent der Fläche wird Mais angebaut. Lediglich im Süden der Gemeinschaft, vor allem in St. Vith und Burg-Reuland, findet man auf einigen wenigen Flächen Gerste und Hafer. Die aktuell betriebene Form der Milchwirtschaft ist nur bedingt zukunftsfähig. Für das Grünland der Landwirtschaft in der DG bedeutet dies eine Abkehr von der Bedienung eines Marktes für austauschbare Massenware. Auch im Interesse des Landschaftsbildes muss das offene Grünland erhalten werden. Dem Landwirtschafts-Image der DG kann es daher nur entsprechen, wenn die Landwirte stärker auf hochwertige Nischenprodukte setzen, die am Markt zunehmend nachgefragt werden.



## REGIONALE PRODUKTE



Zurzeit sind zwei Organisationen in der Vermarktung regionaler Produkte tätig: der Eifel-Ardennen-Tisch (EAT) und Regiomarché.

Der Eifel-Ardennen-Tisch wurde im Rahmen des LEADER-Programms ins Leben gerufen und wird vom Landwirtschaftlichen Schulungszentrum des Bauernbundes getragen. EAT bietet die Produkte von rund 30 Produzenten an, von denen zwei Drittel aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft stammen. Die Produkte werden bei den Produzenten selbst, in Geschäften oder kleinen Supermärkten vertrieben. Hauptaufgabe des EAT ist es, den Verbraucher für die Produkte regionaler Herkunft zu sensibilisieren. Den Vertrieb organisieren die Produzenten selbst. Es gibt keine Qualitätscharta für die Auswahl der Produkte oder der Produzenten. Vorbereitungen für eine solche Charta laufen zurzeit an.

Regiomarché ist ein Netzwerk von Erzeugern von Lebensmitteln zur gemeinsamen Vermarktung von regionalen Produkten aus der Euregio Maas-Rhein. Dem Netzwerk sind rund 100 Produzenten angeschlossen, davon 20 aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Auf dem Gebiet der Euregio Maas-Rhein gibt es rund 50 Verkaufsstellen, davon eine in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in Eupen. Nach eigenen Aussagen werden nur Produkte, deren Hauptbestandteile aus der Euregio Maas-Rhein stammen und deren Produktionsweg vollständig nachvollziehbar ist, unter dem Namen Regiomarché verkauft. Hinzu kommen von den entsprechenden Verbänden zertifizierte Bio-Produkte.

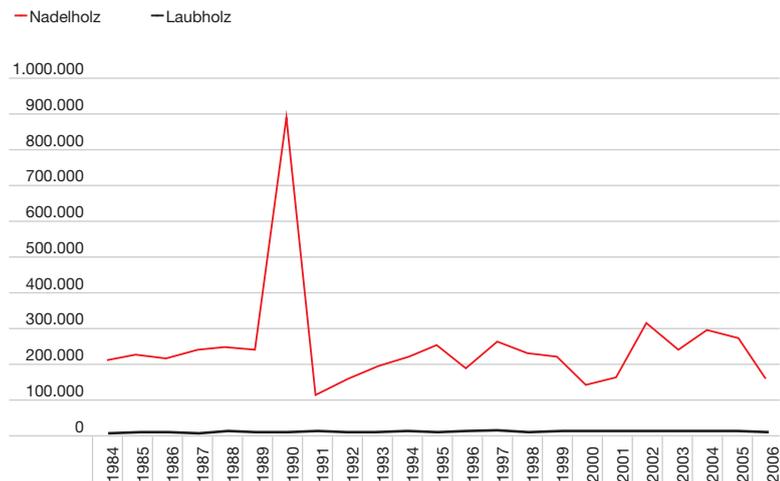
Die Vermarktung regionaler Produkte mit einem entsprechenden Herkunftsnachweis ist nur auf der Grundlage einer Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe möglich. Eine Erweiterung der Angebotspalette im Hinblick auf Sortimentsbreite und -tiefe wäre nur über weitere Betriebe möglich. Kooperationen mit angrenzenden Vermarktungsstrukturen stellen eventuell eine interessante Möglichkeit dar, die bislang aber nur ansatzweise diskutiert wurde.

## FORSTWIRTSCHAFT

Die Forstwirtschaft besitzt für die DG ebenfalls eine große Bedeutung, da sie einen Teil der attraktiven Kulturlandschaft bewirtschaftet, einen wichtigen Rohstoff Ostbelgiens bereitstellt und mit dem Ökosystem Wald auch zu der hohen Lebensqualität der DG beiträgt. Die Forstwirtschaft fällt in den Zuständigkeitsbereich der Wallonischen Region.

Zur Waldbewirtschaftung liegen die Zahlen nicht auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sondern nur auf Ebene der Forstdirektion Malmedy des Ministeriums der Wallonischen Region vor. Diese Forstdirektion umfasst neben den neun deutschsprachigen Gemeinden im Süden die Gemeinden Malmedy und Weismes und im Norden die Gemeinde Bleyberg. Sie verwaltet den sogenannten Staatswald im Eigentum der Wallonischen Region und die Wälder der Gemeinden, der Öffentlichen Sozialhilfzentren und der Kirchenfabriken, jedoch nicht den Privatwald. Laut Angaben der Forstdirektion Malmedy unterstanden ihr im Jahr 2005 insgesamt 38.200 Hektar Waldfläche, davon 17.560 Hektar Staatswald. Auf 67,5 Prozent der Fläche wuchs Nadelholz, auf 16,5 Prozent Laubholz. Rund drei Prozent der Fläche waren Kahlfelder und rund 13 Prozent unproduktive Flächen. Im gleichen Jahr wurden rund 267.000 Kubikmeter Nadelholz und rund 11.000 Kubikmeter Laubholz verkauft. Die Entwicklung des Holzverkaufs der letzten Jahre zeigt die folgende Grafik:

## FORSTDIREKTION MALMEDY HOLZVERKAUF IN M<sup>3</sup> (1984 – 2006)



Quelle: Ministerium der Wallonischen Region, Forstdirektion Malmédy, 2009

Nadelbäume, vor allem Fichten wurden seit dem 18. Jahrhundert systematisch aufgeforstet, stellen aber vor dem Hintergrund des eintretenden Klimawandels ein zunehmendes Risikopotenzial für Waldbesitzer, Tourismus und Naturschutz dar. In jüngster Zeit werden Ansätze einer nachhaltigen Waldwirtschaft verfolgt mit dem Ziel, den Wald zu einem Laubwald – auch durch Naturverjüngung – umzubauen. Die Waldbauleitlinien der Forstverwaltung sehen die Erhöhung des Laubholzanteils vor. Hier stellen sich Probleme vor allem im Süden, da dort eine Umstellung auf geringere Resonanz bei den Kommunen stößt und die kleineren Sägereien großen Einfluss auf die Wahl der Holzarten ausüben. Hier wäre sowohl eine Bewusstseinskampagne bei den Kommunen als auch eine Umstellung der Sägewerke auf stärkere Holzarten notwendig.

Energieholz ist derzeit keine Zielsetzung der Waldbewirtschaftung, da in Belgien ein erhebliches Schwachholzdefizit besteht und in der stofflichen Verwertung noch eine starke Nachfrage nach schwachen Hölzern vorhanden ist.

Die Forstwirtschaft der DG besitzt ein beträchtliches Zukunftspotenzial, zumal sich ein Großteil der Wälder in öffentlichem Besitz befindet. Die Unterstützung und Weiterentwicklung der Holzwirtschaft erfolgt mit Hilfe des Kompetenzzentrums Holz der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Sitz in St.Vith. Das Kompetenzzentrum informiert und berät den Verbraucher zu den Einsatzmöglichkeiten von Holz, speziell zu den Hölzern aus dem Eifel-Ardennen-Raum. Die Informationen betreffen Themen wie Holzhausbau, Energie aus Holz, Modernisieren mit Holz, Holz im Außenbereich und Holz im Innenbereich. Das Kompetenzzentrum unterstützt die Betriebe bei der Weiterentwicklung ihrer Produkte und beim Aufbau von Projekten.

Betriebe der Holzwirtschaft und Holzinteressierte in Ostbelgien haben sich im Förderverein Forst und Holz zusammengeschlossen. Ziele und Aufgaben des Vereines sind die Förderung des Einsatzes von Holz als Baustoff, Werkstoff, Chemierohstoff und Energieträger.

## 7.4. UMWELTSITUATION

Die DG ist ein überwiegend ländlich geprägter Raum mit geringer Bevölkerungszahl und -dichte. Dies bedeutet, dass die Luft- und Wasserqualität im Vergleich mit den angrenzenden städtisch und industriell geprägten Räumen grundsätzlich besser ist. Detaillierte Angaben zur Umweltqualität sind nur eingeschränkt möglich, da die Systeme der Wallonischen Region zur Erfassung entsprechender Daten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur wenige Messpunkte aufweisen.

### WASSER

#### Trinkwasser

Die Trinkwasserversorgung ist für den Norden und den Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterschiedlich organisiert. Im Süden zeichnen weitgehend die Gemeinden dafür verantwortlich. Die einzigen Ausnahmen bilden die Gemeinde St. Vith, die zum Teil (für das Gebiet der Altgemeinde Lommersweiler) durch die Wallonische Wasserversorgungsgesellschaft (SWDE) bedient wird, sowie einige Dörfer der Gemeinde Burg-Reuland, die mit Trinkwasser aus der benachbarten Bundesrepublik versorgt werden. Die nördlichen Gemeinden werden alle, bis auf Kelmis, wo wiederum die Gemeinde verantwortlich zeichnet, durch die SWDE versorgt.

Das gesamte Gebiet der Wallonischen Region ist in Wassereinzugsgebiete unterteilt. Die nördlichen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören den Wassereinzugsgebieten Weser und Untere Maas an, die südlichen Gemeinden den Wassereinzugsgebieten Amel, Mosel und Untere Maas.

Generell kann die physio-chemische Wasserqualität der Flussläufe als gut bis sehr gut bezeichnet werden. Lediglich an einigen Messpunkten (Itterbach und Getzbach im Norden, Ulf und Mittelbach im Süden) wurden hohe Nitratwerte festgestellt, was – zumindest für den Süden – zum Teil darauf zurück zu führen ist, dass diese Quellen sich in landwirtschaftlichen Zonen befinden. Die Gemeinden haben deshalb damit begonnen, Schutzzonen rund um diese Quellgebiete zu definieren.

#### Abwasserklärung

Verantwortlich für die öffentliche Abwasserreinigung in den Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die A.I.D.E (Association Intercommunale pour le Démergement et l'Épuration des Communes de la Province de Liège). Grundlage bilden die Abwasserreinigungspläne, die so genannten "PASH" (Plan d'Assainissement par Sous-bassin Hydrographique), die pro Wassereinzugsgebiet die kollektiven und individuellen Klärzonen festlegen.

Die aktuelle Situation weist grundlegende Unterschiede zwischen den dichter besiedelten Gemeinden im Norden der DG und den weniger dicht besiedelten südlichen Gemeinden auf. Während im Norden der DG aktuell nahezu 100 Prozent der Abwässer geklärt werden, liegt der Anteil in St. Vith bei rund 75 Prozent, in Büllingen und Bütgenbach bei ca. 50 Prozent, in der Gemeinde Burg-Reuland bei 28 Prozent. In Lontzen wird im Frühjahr 2009 mit dem Bau einer Kläranlage begonnen, eine weitere Kläranlage ist in Walhorn geplant, so dass auch dort mittelfristig ein ähnlich hoher Anteil kollektiv geklärt wird wie in den anderen nördlichen Gemeinden. Im Norden sieht der Abwasserreinigungsplan vor, dass sich fast 95 Prozent der Haushalte in kollektiven Klärzonen befinden. Die anderen Haushalte befinden sich in einer autonomen Klärzone, d.h. sie sind individuell für die Klärung verantwortlich. Im Süden dagegen ist das Bild weitaus differenzierter: Liegt der Anteil Haushalte in einer kollektiven Klärzonen in Bütgenbach

noch bei 88 Prozent, sind dies in St. Vith und Büllingen nur noch 57 Prozent. In der Gemeinde Burg-Reuland überwiegt der Anteil Haushalte in einer autonomen Klärzone mit 66 Prozent. In den Ortschaften der Gemeinde Amel erfolgt die Abwasserreinigung ausschließlich individuell.

Im Bereich der autonomen Klärzonen sind die Häuser mit Mikrokläranlagen auszurüsten, was bei Neubauten bereits Pflicht ist. Für bestehende Bauten gibt es Subventionen, die jedoch nicht kostendeckend sind. Darüber hinaus gibt es Probleme, die Mikrokläranlagen permanent durch Privathaushalte zu bedienen und zu unterhalten. Zentrale Klein-Kläranlagen in Dörfern zu installieren wäre ein weiterer Lösungsansatz, der jedoch auch eine Kanalisation erforderlich macht. Die Abwasserklärung hat auch eine touristische Komponente, unter anderem, weil die Abwässer in den Badezonen der Our immer wieder zu Badeverboten führen.

## SONSTIGE UMWELTASPEKTE

Außer in Eupen gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft keine Station zur Messung der Luftqualität. In Eupen wurden keine Überschreitungen der vorgesehenen Normen festgestellt.

Die Müllentsorgung für die Privathaushalte der fünf südlichen Gemeinden erfolgt durch den interkommunalen Zweckverband Idelux, der die Provinz Luxemburg abdeckt. In den nördlichen Gemeinden zeichnet der interkommunale Zweckverband Intradell, der auf Ebene der Provinz Lüttich tätig ist, dafür verantwortlich. Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über das Abfallaufkommen der Privathaushalte der DG im Jahr 2007

### ABFALLAUFKOMMEN DER PRIVATHAUSHALTE (2007)

	Hausmüll		Organische und Grünabfälle		Wiedervertbare Abfälle		Inerte Stoffe		Total	
	Menge in T	Pro Kopf in kg	Menge in T	Pro Kopf in kg	Menge in T	Pro Kopf in kg	Menge in T	Pro Kopf in kg	Menge in T	Pro Kopf in kg
<b>Amel</b>	278	52	740	138	1.148	215	315	59	2.481	464
<b>Büllingen</b>	745	136	343	63	924	169	288	53	2.299	420
<b>Burg-Reuland</b>	298	75	347	88	911	231	235	60	1.791	454
<b>Bütgenbach</b>	431	77	1.834	327	1.415	252	582	104	4.261	760
<b>St. Vith</b>	713	77	1.205	130	2.108	228	566	61	4.592	497
<b>Kanton St.Vith</b>	2.464	83	4.469	151	6.506	220	1.985	67	15.425	521
<b>Eupen</b>	2.862	155	2.000	109	3.626	197	440	24	8.928	485
<b>Kelmis</b>	1.697	161	786	74	1.934	183	914	87	5.331	505
<b>Lontzen</b>	537	102	312	59	699	133	375	71	1.923	365
<b>Raeren</b>	1.297	126	982	95	1.951	189	848	82	5.077	492
<b>Kanton Eupen</b>	6.393	143	4.080	92	8.210	184	2.577	58	21.259	477
<b>DG</b>	8.858	119	8.549	115	14.716	198	4.562	62	36.684	495

Quelle: <http://environnement.wallonie.be>

Betrachtet man die Entwicklung der Menge Haushaltsmüll zwischen 2001 und 2005, stellt man fest, dass diese in allen Gemeinden zurückgegangen ist. Besonders hervorzuheben ist die Entwicklung in St. Vith, wo die Müllmenge seit Einführung der Mülltrennung mit elektronischer Gewichtsmessung im Jahr 2003 um 65 Prozent reduziert werden konnte. In Lontzen hatte ein ähnliches System bereits vor 2001 zu einer wesentlichen Reduzierung des Haushaltsmülls geführt. Positive Effekte hatte die Schaffung von Containerparks in allen Gemeinden sowie die Einführung von separaten Sammlungen für Papier und Karton, PMC und Glas.

Im Norden der Gemeinschaft und in einigen angrenzenden französischsprachigen Gemeinden organisiert die Vereinigung Rcycl zudem die professionelle Sammlung, Trennung und Instandsetzung bzw. Wiederverwertung des Sperrmülls durch Auszubildende oder Mitarbeiter von Sozialbetrieben. Das Projekt ist eine Alternative zu den klassischen Sperrmüllaktionen, die ein- oder mehrmals pro Jahr in vielen Gemeinden durchgeführt werden. Anstatt die Sperrgüter direkt bei der Sammelaktion zu zerkleinern, zu verschrotten und danach zu verbrennen oder auf einer Mülldeponie zu lagern, versucht das Projekt, ein Maximum wiederzuverwerten. Dem Bürger wird hierbei ein flexibler und ständiger Sperrgutabholdienst nach telefonischer Terminabsprache angeboten. Seit Projektstart wurden rund 20 Arbeitsplätze (VZÄ) geschaffen. Die Wiederverwertungsrate liegt bei zehn Prozent Instandsetzung und Wiederverkauf sowie bei 70 Prozent Recycling.

## REGIONALE ANSÄTZE UND POTENZIALE FÜR ENERGIE UND ERNEUERBARE ENERGIEN

### Energienutzung durch Privathaushalte

Betrachtet man die Entwicklung des durchschnittlichen Energieverbrauchs nach Einwohnern und Privathaushalten, stellt man fest, dass der Verbrauch für alle Gemeinden, außer Eupen, unter dem wallonischen Durchschnitt liegt.

Was die Energiequelle betrifft, sind große Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinden zu erkennen: Im Jahr 2001 benutzten in den fünf südlichen Gemeinden 80 bis 90 Prozent der Haushalte Heizöl als Energiequelle, gefolgt von Holz mit immerhin sechs bis 14 Prozent. Erdgas kann im Süden nicht genutzt werden, da dafür kein Verteilernetz existiert. In Raeren, Kelmis und Lontzen war Heizöl ebenfalls Hauptenergiequelle, gefolgt von Strom und Erdgas. In der Gemeinde Eupen rangierte Erdgas an erster Stelle, gefolgt vom Heizöl. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Ergebnissen auf der Ebene der gesamten Wallonie, stellt man fest, dass die Situation im Norden keine signifikanten Unterschiede aufweist. Die energetische Nutzung von Holz in den südlichen Gemeinden kann jedoch durchaus als atypisch bezeichnet werden.

### Energieversorgung

Was die klassischen Energiequellen betrifft, gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Wesertalsperre in Eupen und dem Bütgenbacher Stausee lediglich zwei kleinere Produktionseinheiten.

Hinsichtlich der Nutzung nachhaltiger Energien besteht in der DG ein großes Interesse sowie eine große Nachfrage nach solchen Ansätzen, zumal der Raum mit der Land- und Forstwirtschaft dafür auch eine gute Biorohstoffbasis bietet. Allerdings fehlen zumeist noch die für eine umfassende Nutzung von Biorohstoffen als Energiepotenzial erforderlichen technischen Infrastrukturen.



### **Biomasseerzeugung aus Holz**

Insbesondere auf der Grundlage des Holzes (Waldholz, Sägewerksabfälle, Schnittgut aus Landschaftspflegemaßnahmen) kann Energie erzeugt werden. Es gibt Berechnungen für den Kanton St. Vith, die aufzeigen, dass bei einem jährlichen Verbrauch von einer Million Kubikmeter Sägeholz im Jahr 100.000 Kubikmeter als Abfall übrig bleiben, die für regenerierbare Energie genutzt werden können, wie z. B. im Gewerbegebiet Kaiserbaracke. Gleichermäßen erlebt die Heizung mit Holzpellets und Holzschnitteln gegenwärtig einen Aufschwung, sowohl beim Hausbrand als auch bei öffentlichen Projekten und Privatunternehmen. Sie können vor allem im umfassenden Energiemix als Ersatz für Öl- und Gasheizungen dienen. Die in der DG vorhandenen Potenziale für Biomassennutzung aus Holz sind sehr groß und prädestinieren hier eine Bioenergie-Modellregion. Die Tatsache, dass es auf dem belgischen Markt ein Defizit an Schwachhölzern gibt, führt dazu, dass die Forstverwaltung aufgrund der bestehenden Nachfrage in der stofflichen Verwertung einer Nutzung als Energieholz bisher eher kritisch gegenübersteht.

### **Windenergie**

Windenergie besitzt ein beträchtliches Potenzial. Die erste Windkraftanlage in Belgien wurde 1998 am Tomberg in Rodt/St. Vith durch die Kooperative Energie 2030 mit einer installierten Leistung von 600 KW errichtet. Weitere Anlagen wurden oder werden errichtet : Parc Electrabel in Elsenborn/Bütgenbach (4 x 2 MW), Parc Electrabel in Bolder Bier/Büllingen (6 x 2 MW), Parc Aspiravi in Halenfeld/Amel (5 x 2 MW), Parc BMR auf der Emmelser Heide/ St. Vith (5 x 2 MW). Darüber hinaus wird zurzeit die Machbarkeit eines Projektes auf dem Walhorner Feld (Eupen/Lontzen) untersucht. Die Frage der Landschaftsästhetik und der Verträglichkeit von Windkraftparks mit touristischen Dienstleistungen spielt aber eine zunehmende Rolle.

### **Biogas und Biokraftstoff**

1999 ging in Belgien die erste Biogasanlage an den Start. Biogas ist eine natürliche und erneuerbare Energiequelle, die ein Gas liefert, das zu 55 bis 60 Prozent aus Methan als Abfallprodukt aus der Landwirtschaft besteht. Neben den Rückständen aus der Viehzucht kann die Produktion von Energiepflanzen und die Nutzung von Hausmüll als Grundstoff dienen. Neben der hofeigenen Gülle kommen bei der bestehenden Anlage in Recht auch andere Abfälle aus der Lebensmittelbranche zum Tragen, wie z. B. Fehlproduktionen der Chocolaterie Jacques. Der erste Motor liefert derzeit 150 KW. 2005 wurde ein zweiter Motor von 190 KW angeschlossen. Im Jahre 2007 existierten in der Wallonischen Region sechs Biomethanisations-Einheiten auf der Basis landwirtschaftlicher Produkte mit einer installierten Leistung zwischen 20 und 600 kW (vgl. AGRA-OST/Région Wallonne: Evaluation du potentiel de la filière agricole de biométhanisation). Raps hätte in der Region ein großes Potenzial und die Herstellung von Treibstoff ist nicht besonders aufwendig, aber das Thema der Substituierung von Flächen, die der Erzeugung von Lebensmittelrohstoffen und landwirtschaftlichen Futtermitteln dienen und nun zur Energieerzeugung herangezogen werden sollen, ist gesellschaftspolitisch umstritten. Auch ist der Anbau von Pflanzen zur Biokraftstoffgewinnung aus naturschutzfachlichen Erwägungen nicht unproblematisch.

## 7.5. NATURSCHUTZ

Die neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft kennzeichnen sich durch eine große Vielfalt an natürlichen Schutzgebieten. Die Grundlage für den Naturschutz bildet das 1973 verabschiedete Gesetz zur Erhaltung der Natur, das vier verschiedene Schutzstatute definiert. Dieses wurde 2001 angepasst, indem die Natura 2000-Gebiete als weitere Schutzgebiete hinzukamen.

### NATURSCHUTZGEBIETE

#### Staatliche und anerkannte private Naturschutzgebiete

Dieser Schutzstatus ist besonders konsequent. Zur langfristigen Absicherung der Landschaftsqualität werden zahlreiche Verbote (z.B. für das Betreten und für Wanderwege) erlassen. Mehrere Zugangszonen können dabei allerdings geschaffen werden. Das Staatsnaturreiservat des Hohen Venns ist dafür ein gutes Beispiel. Dort wird das Betreten empfindlicher Hochmoorflächen über Holzstege sowie über zonierte Zugangsregelungen gewährleistet und kontrolliert. Es gibt sowohl staatliche als auch private Naturschutzgebiete.

Das größte staatliche Naturschutzgebiet in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist mit ca. 4.300 ha das Hohe Venn. Flächenmäßig betrifft das Hohe Venn in der DG die Gemeinden Bütgenbach (81 ha), Eupen (1.388 ha) und Raeren (48 ha). Der größte Anteil der Vennflächen liegt auf dem Gebiet angrenzender französischsprachiger Gemeinden. Weitere kleinere Schutzgebiete befinden sich in Büllingen (Oleftal, Wirtzbach), Bütgenbach (Schwalmtal), St. Vith (Holzbach, Treisbach) und Amel (Emmelse Tal).

Ungefähr 204 ha anerkannte private Naturschutzgebiete in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind Eigentum der Naturschutzvereinigung Natagora. Sie befinden sich größtenteils auf dem Gebiet der Gemeinden Burg-Reuland, Büllingen und St. Vith. Die einzigen privaten Naturschutzgebiete im Norden befinden sich auf dem Gebiet der Gemeinde Kelmis (Koul, Göhlthal).

#### Forstschutzgebiete

Hierbei handelt es sich um Waldflächen, die wegen ihrer besonderen Waldpflanzengesellschaften geschützt werden. Forstwirtschaft und Jagd sind als Elemente der Kulturlandschaftsnutzung erlaubt. Mit dem "Ruhrbusch" verfügt die Gemeinde Bütgenbach über das zweitgrößte Forstschutzgebiet der Wallonischen Region (108 ha). Ein weiteres kleineres Forstschutzgebiet (20 ha) befindet sich in Burg-Reuland (Ouren).

#### Feuchtgebiete von biologischem Interesse

Die biologisch relevanten feuchten Zonen sind Sümpfe, Venngebiete, Moore und natürliche oder künstliche Gewässer, in denen das Wasser stehend oder fließend ist und deren ökologischer und wissenschaftlicher Wert durch einen Ministeriellen Erlass anerkannt ist. Im Jahr 2001 ist auf dem Gebiet der Gemeinde Kelmis der Casinoweier als Feuchtgebiet von biologischem Interesse ausgewiesen worden.

## Unterirdische Hohlräume von wissenschaftlichem Interesse

Die unterirdischen Hohlräume von wissenschaftlichem Interesse werden vom für den Naturschutz zuständigen Minister anerkannt auf Basis von verschiedenen Klassierungskriterien, so u.a. das Vorkommen von bedrohten, lokal heimischen oder seltenen Arten, die an das unterirdische Leben angepasst sind. Ausgewiesen auf dem Gebiet der DG sind der Schieferstollen Recht (St. Vith) und das Beber Loch (Lontzen).

## Natura 2000-Gebiete (FFH-Gebiete)

Das Netz Natura 2000 ist ein kohärentes europäisches Netz, das aus den gesamten Bewahrungs- und Schutzzonen besteht, die von den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU vorgeschrieben wurden. In der Wallonie wird damit das Ziel verfolgt, die langfristige Bewahrung der Fauna, Flora sowie ihrer natürlichen Standorte dauerhaft als genetische Ressource zu sichern.

Das Netz Natura 2000 umfasst in der Wallonie 240 Standorte mit 220.944 ha, das sind etwa 13 Prozent der gesamten Fläche. Die nachstehende Tabelle stellt die Flächen und Flächen-anteile der Natura 2000-Gebiete in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dar. Der Anteil der Natura 2000-Gebiete in der DG liegt insgesamt bei 15,4% der Fläche. Der Großteil dieser Flächen (9.200 ha) befindet sich im Süden der DG. So beläuft sich der Flächenanteil in Lontzen auf nur 4,3 Prozent, in Bütgenbach hingegen auf herausragende 38,2 Prozent. Ein Großteil dieser Fläche liegt auf dem Gebiet des Militärlagers Elsenborn. Die Ausweisung der Natura 2000-Gebiete ist bei den Landwirten der Region teilweise umstritten, da sie Auflagen für die Bewirtschaftung der Flächen und somit Einkommenseinbußen befürchten.



## NATURA 2000-GEBIETE (2009)

	Gemeindefläche (Ha)	Fläche Natura 2000 (Ha)	Anteil Natura 2000 an der Gemeindefläche (%)
Amel	12.515	949	7,6
Büllingen	15.049	2.466	16,4
Burg-Reuland	10.896	1.005	9,2
Bütgenbach	9.731	3.721	38,2
St. Vith	14.693	1.153	7,8
Kanton St. Vith	62.884	9.294	14,8
Eupen	10.374	2.494	24,0
Kelmis	1.812	213	11,8
Lontzen	2.873	124	4,3
Raeren	7.421	1.019	13,7
Kanton Eupen	22.481	3.850	17,1
DG	85.365	13.144	15,4

Quelle: Ministerium der Wallonischen Region, Forstdirektion Malmédy 2009

Neben diesen Schutzgebieten gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zahlreiche Gebiete von großem biologischen Interesse. Die DG besitzt somit eine große Zahl hochwertiger, schützenswerter Ausgleichsräume gegenüber den stark verstädterten und industrialisierten Regionen von Aachen, Maastricht und Lüttich. Die Umweltqualität liegt deutlich über dem Niveau der genannten Stadtregionen und dient sowohl dem Umweltschutz als auch der sinnvollen touristischen Nutzung. Diese Umwelt- und Landschaftsqualität stellt damit auch eine wichtige Grundlage der touristischen Entwicklung der DG bzw. der touristischen Region Ostbelgien dar. Sie ist ein Kapital und eine wichtige Grundlage für eine attraktive und wettbewerbsfähige Region und zudem dauerhafter Garant für die Lebensqualität der Bewohner sowie die Aufenthaltsqualität für Besucher.

## DER NATURPARK HOHES VENN – EIFEL

Ein Naturpark wird als zusammenhängendes ländliches Gebiet von mindestens 5.000 ha Fläche von hoher biologischer und geographischer Bedeutung definiert. In einem Naturpark sollen die Belange des Natur- und Umweltschutzes im Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Ortes verfolgt werden.

Die neun Naturparke in der gesamten Wallonischen Region umfassen mehr als 300.000 ha. Dies entspricht 19 Prozent der Fläche der Region. Der Naturpark Hohes Venn-Eifel ist mit 72.000 ha der größte Naturpark. Drei Viertel der Fläche liegen in der DG. Zusammen mit weiteren 168.000 ha Fläche in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bildet er den deutsch-belgischen Naturpark Hohes Venn-Eifel. Von den zwölf belgischen Naturparkgemeinden gehören sieben zur DG : Burg-Reuland, St. Vith, Amel, Büllingen, Bütgenbach, Eupen, Raeren. Fünf Gemeinden liegen im französischsprachigen Gebiet: Waimes, Malmédy, Stavelot, Jalhay, Baelen. Träger des belgischen Naturparks ist die Provinz Lüttich. Die Verwaltung obliegt der von der Wallonischen Region auf der Grundlage der wallonischen Naturparkgesetzgebung eingesetzten Verwaltungskommission. Die Kommission besteht aus 25 Mitgliedern. Dazu gehören die Gemeinden, die Provinz Lüttich, die Wallonische Region, die Französische und die Deutschsprachige Gemeinschaft, Naturschutzvereinigungen, landwirtschaftliche und handwerkliche Berufsverbände sowie Tourismusverbände. Die Einrichtung eines Naturparks setzt die Formulierung eines Management-Plans voraus, an dessen Erstellung in diesem Fall die Gemeinden der DG einen großen Anteil hatten.



Der Naturpark soll sich zu einer Vorbildlandschaft entwickeln. Ziele sind u. a.:

- Schutz, Pflege und Entwicklung der Landschaft, insbesondere Erhöhung der Biodiversität sowie die Förderung naturnaher Bewirtschaftungsmethoden in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft,
  - Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Anliegen,
  - Sicherung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus,
  - Schaffung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie
  - eigenständige Regionalentwicklung mit einer strukturpolitischen Sonderrolle des Naturparks.

Das Naturparkzentrum Botrange, inmitten des Hohen Venns nahe dem höchsten Punkt Belgiens gelegen, ist das Besucherzentrum des Naturparks. Anhand einer Dauerausstellung und jährlicher Wechselausstellungen sowie einer Vielzahl von geführten thematischen Wanderungen und pädagogischen Aktivitäten wird der Naturpark vorgestellt. Das Zentrum gehört zu den wichtigsten touristischen Anlaufstellen der gesamten Region. Dort ist auch die Naturparkverwaltung untergebracht.

## WEITERE ENTWICKLUNGSTRUMENTE

Ein weiteres Entwicklungsinstrument sind Flussverträge, deren Ziel der Gewässerschutz, die Verbesserung der Qualität der Wasserläufe, zum Beispiel die Renaturierung des Lebensraums der Flussperlmuschel, sowie die Wiederherstellung der Flusslandschaften darstellt. An Weser, Amel und Our wurden bereits Verträge unterzeichnet. Ein weiterer Flussvertrag wird zurzeit für die Göhl vorbereitet.

Das Naturzentrum Ternell in Eupen ist eine Bildungseinrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Themenbereich Naturschutz und die naturbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Seit 1999 ist es zusätzlich als Regionales Zentrum für Umweltpädagogik der Wallonischen Region (CRIE - Centre Régional d'Initiation à l'Environnement de la Région Wallonne) anerkannt. Das Naturzentrum liegt in zentraler geografischer Lage nahe der Grenze zu Deutschland in unmittelbarer Nähe des Hohen Venns. Das Naturzentrum Ternell arbeitet mit Hochschulen und Universitäten im In- und Ausland und vielen Naturschutzverbänden zusammen.



## 7.6. KOMMUNALE PROGRAMME ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG

Seit 1991 fördert die Wallonische Region so genannte "Kommunale Programme zur Ländlichen Entwicklung" (KPLE). Diese dienen der Entwicklung "einer Reihe aufeinander abgestimmter Entwicklungs-, Gestaltungs- und Umgestaltungsmaßnahmen, die eine Gemeinde im ländlichen Raum unternimmt, um ihn unter Beachtung seiner Eigentümlichkeiten so neu zu beleben und wiederherzustellen, dass dadurch die Lebensbedingungen seiner Einwohner in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht verbessert werden." Dabei wird großen Wert auf die Beteiligung der Bevölkerung gelegt.

Alle Gemeinden der DG außer Eupen und Kelmis haben entsprechende Programme ausgearbeitet. Die KPLE der Gemeinden Lontzen (2003), Burg-Reuland (2004) und Amel (2005) wurden durch die Regierung der Wallonischen Region genehmigt und befinden sich seitdem in der Umsetzungsphase. In St. Vith, Büllingen, Raeren und Bütgenbach wurden auf Basis der Erfassung der Ist-Situation, Expertenbefragungen sowie zahlreichen Dorfversammlungen und Dorf- und Gemeindebegehungen die Herausforderungen und Zielsetzungen der Gemeinden herausgearbeitet und die entsprechenden Örtlichen Kommissionen zur Ländlichen Entwicklung (ÖKLE) eingesetzt. Programmautor für die Gemeinden Büllingen, Bütgenbach, Burg-Reuland und Amel ist die WFG Ostbelgien; begleitet werden die Programme darüber hinaus von der Fondation Rurale de Wallonie.

Wesentliche Ziele dieser KPLE sind:

- Die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls durch die Förderung der Kommunikation und gemeinsamer Aktivitäten über Dörfer, Generationen und Nationalitäten hinaus;
- Die nachhaltige Sicherung der Zukunft aller Ortschaften:  
Erhalt der Nahversorgung und Steigerung der Qualität der Dorfkerne;
- Die qualitative Ausgestaltung der Dörfer als Lebensraum für alle;
- Die Stärkung der lokalen Wirtschaft auf Basis innovativer Ideen;
- Die Stärkung des Bewusstseins für Raumordnung, Umwelt, Natur und Kultur;
- Die Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen;
- Die Förderung der Mobilität;
- Der Erhalt der Landschaften sowie die Verbesserung der Landschaftsqualität.

## 7.7. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Aus der vorliegenden Situationsanalyse sowie den Expertengesprächen und thematischen Foren ergibt sich folgende SWOT-Analyse für den Bereich Natur und Umwelt.

### SCHWÄCHEN:

- >> Keine DG-spezifische Dokumentation für Umwelt und Natur
- >> Fehlendes Bewusstsein bei der Bevölkerung für die Bedeutung der Landwirtschaft
- >> Zu geringe Sortimentsbreite landwirtschaftlicher Produkte aus Grünland
- >> Keine breite Milchveredelung, geringe Sortimentsbreite
- >> Krisenanfällige Waldbestände - Fichtenmonokulturen
- >> Ökologischer Waldbau erfolgt zu langsam
- >> Naturpark zu wenig präsent - geringe Identifikation
- >> Dorfkerne als Standort für Ältere, Zugezogene und für Ferienwohnungen
- >> Fehlende oder überalterte Raumordnungs- und Bebauungspläne
- >> Zersiedlung v. a. durch Vorgaben in Sektorenplänen
- >> Fehlendes verfügbares Bauland im Süden
- >> Hohe Baulandpreise erschweren Wohnraumerwerb für junge belgische Familien im Norden
- >> Fehlender bzw. abwandernder Einzelhandel in den Dörfern

### RISIKEN:

- >> Verlust typischer Landschaftsformen, z.B. der Hecken
- >> Geringes Bewusstsein für die vorhandene Qualität der Landschaft
- >> Verlust landwirtschaftlicher Betriebe
- >> Agrarstruktureller Wandel – Verlust charakteristischer Kulturlandschaft
- >> Verlust von instabilen Wäldern bei weiterer Klimaveränderung
- >> "Kirchturmdenken" – wenig übergreifende Aktivitäten
- >> Weitere Zersiedlung der Dörfer
- >> Gefahr des Aussterbens der Ortskerne
- >> Fehlender Anreiz für die Familien zum Verbleib in den Dörfern
- >> Wenig Bereitschaft zur Wohnraumnutzung alter Bausubstanz in den Ortskernen

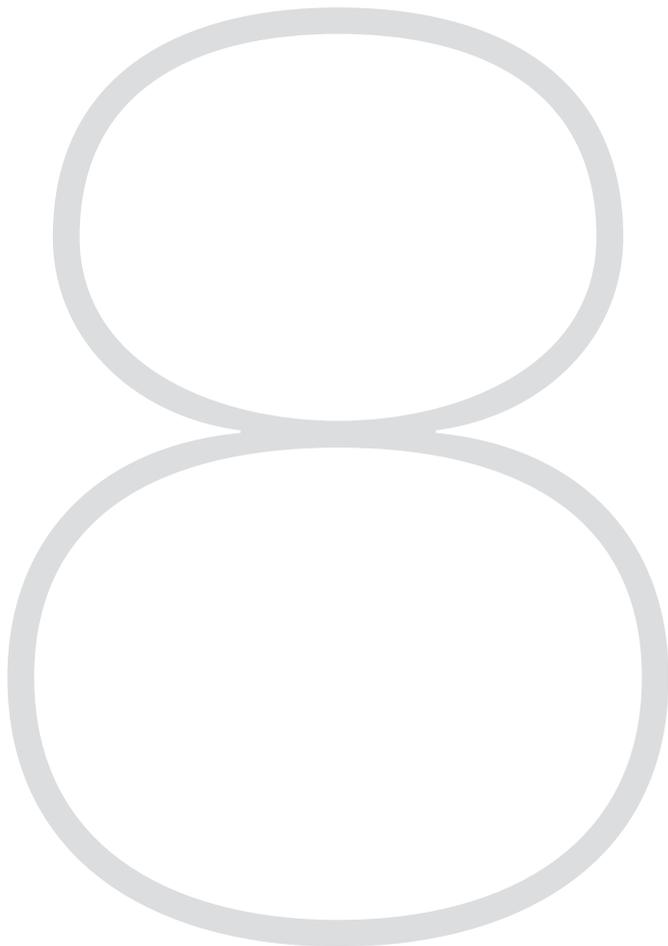


### STÄRKEN:

- >> Landschaftliche Vielfalt und Natur- und Kulturräumqualität
- >> Wettbewerbsfähige Grünlandbetriebe
- >> Flächenmäßig große Waldbestände
- >> Gute Luft- und Wasserqualität
- >> Hohe Spezialisierung im Holzbau- und -verarbeitungsbereich
- >> Naturpark Hohes Venn-Eifel

### CHANCEN:

- >> Monitoring zur Umweltqualität
- >> Hohe Lebensraumqualität als Standortfaktor
- >> Sensibilisierung und Stärkung des Umweltbewusstseins
- >> Förderung regionaler Qualitätsprodukte
- >> Regionale Produktvermarktung als Zukunftsperspektive
- >> Naturgemäße Waldbewirtschaftung und Umbau krisengefährdeter Waldbestände in strukturreiche Mischwälder
- >> Biorohstoff-Verwendung
- >> DG als belgische Energieeffizienz-Modellregion
- >> Nutzung und Funktion des Naturparks als Plattform und Dienstleister
- >> Prüfung der Einrichtung einer ökologischen Modellregion
- >> Neudefinition von Bauleitbildern
- >> Aktualisierung veralteter Sektoren- und Bebauungspläne
- >> Wohnraum-Initiative für junge Familien
- >> Sicherung der Bausubstanz und Nutzung leerstehender Häuser
- >> Konzertierte Aktionen zur Ausweisung von Bauland in Ortskernen
- >> Initiativen zur Sicherung der Nahversorgung



## **STRUKTURVERBESSERENDE MASSNAHMEN**

## 8.1. EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (INTERREG)

Die DG ist Partner in zwei grenzüberschreitenden Kooperationsverbänden: in der Euregio Maas-Rhein (EMR) und in der Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonische Region-Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (GR). Die Zusammenarbeit findet einerseits im institutionellen Rahmen statt, andererseits durch das Europäische Programm INTERREG. Die Grundlage für die grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen von INTERREG sind Operationelle Programme, welche durch die Europäische Kommission genehmigt wurden. Die darin definierten Schwerpunkte und Themengebiete der Projekte wurden im Vorfeld in einem breit angelegten Konsultationsprozess definiert. Die von der DG gesetzten Schwerpunkte orientieren sich hauptsächlich an der Regierungserklärung sowie den Zielsetzungen der verschiedenen Gemeinschaftszentren, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren und den neun Gemeinden in der DG.

### BILANZ DER BISHERIGEN GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN VON INTERREG

In der Euregio Maas-Rhein ist die DG bereits seit 1993 an der Durchführung von INTERREG Projekten beteiligt. Während bei INTERREG I (1991-1993) vor allem der Aufbau von Kontakten und Netzwerken gefördert wurde, ging es bei INTERREG II (1994-1999) darum, konkrete Pilotprojekte umsetzen. INTERREG III (2000-2006) zielte genau wie die laufende Programmperiode darauf ab, strukturelle Kooperationen aufzubauen.

Im Rahmen von INTERREG III standen für die EMR rund 53,6 Millionen Euro an Fördermitteln der EU zur Verfügung. Diesem Betrag stand ein gleicher Anteil an Kofinanzierungsmitteln durch die jeweiligen Projektpartner gegenüber. Projektpartner aus der DG waren an 44 Projekten mit einem Fördervolumen von rund vier Millionen Euro beteiligt.

Die Auswertung der bisherigen Programmphasen verdeutlicht, dass Partner aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft es verstanden haben, sich selbst aktiv in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzubringen. Insgesamt liegen die stärksten internationalen Ausrichtungen der DG in den Bereichen Tourismus, Unternehmensförderung, Bildung, Soziale und Gesellschaftliche Integration und Förderung der kulturellen Identität. Daran kann man erkennen, dass die DG in ihren Kernkompetenzen ein hohes Maß an Einbindung in die INTERREG-Arbeit im Rahmen der Euregio Maas-Rhein erreicht hat.

Neben der EMR ist die DG seit 2000 auch an der INTERREG Kooperation in der Großregion beteiligt. Für das Programm "Deutschland – Luxemburg – DG/Wallonische Region (DeLux)" standen in der Förderperiode 2000-2006 EU-Mittel in Höhe von rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Die Projektarbeit der Partner aus der DG wurde im Rahmen dieses Programms mit rund 1,2 Millionen Euro gefördert. Stark vertreten war die DG in den Bereichen Tourismus und Kultur sowie Arbeitsmarkt und Bildung.

## PERSPEKTIVEN IM RAHMEN DER INTERREG IV PROGRAMME 2007 - 2013

Die Prioritäten des für 2007 bis 2013 mit 106 Millionen Euro EFRE-Mitteln ausgestatteten INTERREG IV- Programms der Großregion liegen in den Bereichen Wirtschaft, Raumordnung und Menschen. Im Bereich der Euregio Maas-Rhein stehen 72 Millionen Euro EFRE-Mittel zur Verfügung, wobei die Prioritäten ähnlich gelagert sind wie im Programm der Großregion.

Für die DG war es bei den Verhandlungen um die Operationellen Programme für die INTERREG IV-Periode wichtig, einen Fokus aus Forschung und Technologie mit Themen wie Tourismus, Kultur und Soziales zu gewährleisten, damit auch weiterhin die originären Zuständigkeitsbereiche der DG als Prioritäten erhalten bleiben. Dies ist gelungen, obwohl der Hauptteil der INTERREG-Mittel gemäß der Lissabon-Strategie für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit verwendet werden soll. Statt einer Förderung vieler kleinerer Projekte geht die Tendenz sehr stark zu strategischen Großprojekten mit möglichst großer inhaltlicher Auswirkung und kreativer Entfaltung.

Wenn das INTERREG-Programm als Instrument für die Entwicklung der Region als Ganzes genutzt werden soll, wird es gerade für die DG von besonderer Bedeutung sein, Möglichkeiten zu prüfen, wie Innovationskonzepte in diesem Rahmen entwickelt werden können, um auch hier von den Erfahrungen der Nachbarregion zu profitieren.



## 8.2. DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS

### BILANZ DER BISHERIGEN ESF PROGRAMME

Seit 1992 wird der Europäische Sozialfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im Rahmen eigener Operationeller Programme umgesetzt. Hierbei wurden insbesondere folgende Angebote geschaffen bzw. ausgedehnt:

- Ausbildungs-, Orientierungs-, Betreuungsaktivitäten sowie Hilfe bei der Stellensuche z.B. für Jugendliche, Langzeitarbeitlose, Personen mit einer Behinderung
- Spezifische Berufsbildungsmaßnahmen für Frauen im Rahmen der Chancengleichheit
- Weiterbildungen für Arbeitnehmer, Betriebsleiter und Selbstständige u.a. im Hinblick auf die Anpassung an den Technologiewandel sowie Hilfen für Existenzgründer und –gründerinnen
- Studien zur Analyse der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sowie Informationen und Beratungen zu Weiterbildungsangeboten

Während der letzten Programmperiode von 2000 – 2006 kamen jährlich etwa 2.000 Personen in den Genuss eines ESF-geförderten Angebots, sei es durch eine individuelle Integrations- oder Ausbildungsmaßnahme, sei es durch individuelle Beratungen oder durch den Erhalt einer finanziellen Unterstützung. Insgesamt wurden in dieser Periode etwa 26 Millionen Euro in 90 verschiedene Projekte investiert. Etwa 1,5 Millionen wurden durch private Einnahmen finanziert (Produktion, Teilnehmerbeiträge), 11 Millionen durch die Europäische Union und 13,5 Millionen durch die DG.

Neben den wichtigen Ergebnissen für die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer beispielsweise im Hinblick auf die Vermittlung in Beschäftigung, hat die Finanzierung durch den ESF auch zu einer weiteren Professionalisierung der Betreuungsmaßnahmen in der DG geführt. Einige Maßnahmen, die im Rahmen von Pilotprojekten erprobt wurden und die sich bewährt haben, konnten in eine Regelbezuschussung übernommen werden.

### PERSPEKTIVEN IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS 2007 - 2013

In der aktuellen Periode, die von 2007 bis 2013 reicht, wurden folgende Prioritäten gesetzt:

- Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen mit Angeboten zur beruflichen Weiterbildung, Hilfestellungen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beratung bei Unternehmensgründungen
- Investition in eine aktive Beschäftigung mit Qualifizierungsangeboten für Arbeitslose und Maßnahmen, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren
- Förderung der sozialen Eingliederung mit Schulungsangeboten für Personen, die es besonders schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden, Hilfestellungen für Menschen mit Behinderung oder für Einwanderer
- Strukturelle Maßnahmen

Das Gesamtbudget für diese Programmphase beläuft sich auf 25 Millionen EUR, wovon die Hälfte durch die EU finanziert wird. Der Fokus liegt noch stärker als bisher auf der strategischen Ausrichtung der Maßnahmen. Im Rahmen einer Zwischenbilanz wird der effektive Bedarf auf dem Arbeitsmarkt erfasst und entsprechende Angebote geschaffen. Dies gilt insbesondere auch für Abhilfemaßnahmen bei eventuellen negativen Folgen der weltweiten Finanzkrise für den hiesigen Arbeitsmarkt.

Damit ist der Europäische Sozialfonds eines der wichtigsten Instrumente für die DG, kurativ oder präventiv Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Dies ist umso wichtiger, als der Arbeitsmarkt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund der Grenzlage, der ländlichen Struktur, der Prägung durch kleine und Kleinstunternehmen angepasster Lösungen bedarf.

## 8.3. LEADER

### BILANZ DER BISHERIGEN LEADER PROGRAMME

Seit 2002 besteht für die fünf südlichen Gemeinden der DG die Lokale Aktionsgruppe (LAG) "100 Dörfer – 1 Zukunft", die im Rahmen von LEADER gefördert wird. Im Mittelpunkt der Programmperiode 2000 – 2006 standen die Inwertsetzung und Vermarktung von lokalen Produkten aus dem Holzsektor und der Landwirtschaft sowie die Weiterentwicklung der touristischen Angebote unter Einbeziehung des Naturerbes.

- Im Bereich der Landwirtschaft wurde zusammen mit den interessierten Landwirten und Herstellern von lokalen Produkten eine vermarktungsfähige, ergänzende Produktschiene, der sogenannte Eifel-Ardennen-Tisch (EAT) aufgebaut. Die so in Wert gestellten Produkte wurden professionell vermarktet. Das Ziel der Eingliederung der Landwirte in eine juristische Struktur konnte jedoch noch nicht erreicht werden. Dies soll aber im Rahmen der Programmperiode 2007 – 2013 geschehen.
- Für die Bereiche Tourismus und Naturerbe galt es, bestehende und neue Angebote in den Bereichen Natur- und Kulturtourismus zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zusammenzufassen. Neben der Planung zweier Naturerlebnispfade war vor allem die Broschürenreihe "Wege in die Landschaft" ein voller Erfolg. Anhand von sieben Themenbroschüren und -routen konnte den Besuchern aber auch den Einheimischen die regionale Architektur, die Besiedlungsgeschichte, die Natur-, Kunst- und Kulturschätze näher gebracht werden.
- Im Bereich Holzwirtschaft wurden Betriebe und Verbraucher über die neuen Einsatzmöglichkeiten der lokalen Rohstoffe informiert. Außerdem wurden Kooperationen im Holzsektor entwickelt und Foren wie der Förderverein Forst und Holz unterstützt. Events wie die Holzerlebnistage oder die Eisblockwette konnten eine stetig steigende Zahl von Bauwilligen und Betrieben für den Baustoff Holz sensibilisieren.
- Schließlich konnten zwei Kooperationsprojekte mit insgesamt elf Partnerorganisationen aus sechs europäischen Ländern umgesetzt werden. Neben einem europäischen Landproduktmarkt mit Teilnehmern aus mehreren europäischen Ländern wurde ein Kochbuch mit regionalen Produkten veröffentlicht.

### PERSPEKTIVEN IM RAHMEN VON LEADER 2007 - 2013

Auch für die laufende Programmperiode 2007-2013 wurde die LAG "100 Dörfer - 1 Zukunft" als eine von fünfzehn Lokalen Aktionsgruppen auf wallonischer Ebene ausgewählt. Zielsetzung der LEADER-Strategie in der belgischen Eifel wird in den kommenden Jahren die "Nachhaltige Aufwertung der regionalen Ressourcen" sein.

- So wird das Kompetenzzentrum Holz der WFG Ostbelgien seine Informations- und Beratungsarbeit fortführen. Die Beratung wird sich jedoch nicht mehr ausschließlich mit dem Thema "Bauen mit Holz" befassen, sondern gemäß der gestiegenen Nachfrage den Bereich des nachhaltigen Bauens abdecken.
- Mit dem Ziel, das harmonische Landschaftsgefüge in der belgischen Eifel zu erhalten, aber ebenso mit der Absicht, das Bewusstsein für unsere Natur- und Kulturlandschaft bei der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern zu schärfen, plant der Naturpark Hohes Venn – Eifel die Ausarbeitung und Unterzeichnung einer Landschaftscharta sowie den Aufbau eines gemeindeübergreifenden geographischen Informationssystems.
- Die Sensibilisierung der Bevölkerung für eine angepasste Bauweise bei Neubauten sowie bei der Renovierung alter Bausubstanz ist Ziel und Inhalt eines Ratgebers, der unter Federführung der WFG Ostbelgien erstellt wird.
- Der Eifel-Ardennen-Tisch (EAT) strebt mittelfristig den Zusammenschluss regionaler Produzenten in einer Gesellschaft mit

sozialer Zielsetzung an. Weitere Zielsetzungen sind die logistische Weiterentwicklung sowie die Ausdehnung der Aktivitäten auf die Segmente Tourismus und Horeca.

- Auch das touristische Angebot in der Eifel soll dank LEADER erweitert werden. Anhand eines Knotenpunktsystems, das gemeinsam mit den lokalen Akteuren erarbeitet wird, gilt es das bestehende Wanderwegenetz dahingehend auszurichten, auch mehrtägige Wanderungen in den fünf Eifelgemeinden zu ermöglichen. Auch die im vorherigen LEADER-Programm entstandene Reihe von Themenbroschüren "Wege in die Landschaft" soll in den kommenden Jahren um die Themen archäologische Fundstätten und traditionelles Handwerk erweitert werden.
- Weiter strebt die LAG "100 Dörfer - 1 Zukunft" eine enge Kooperation mit verschiedenen LEADER-Regionen in der deutschen Eifel und in Nordluxemburg an. Ein gemeinsames Projekt zur Sicherung und Verbesserung der Wasserqualität über die Grenzen hinaus ist bereits in konkreter Planung.
- Schließlich möchte die LAG in Kooperation mit den Örtlichen Kommissionen zur Ländlichen Entwicklung (ÖKLE) der fünf Eifelgemeinden die für den ländlichen Bereich immer wichtiger werdenden Themen Mobilität und ortsnahe Versorgung erörtern. In den kommenden Jahren gilt es weiterhin, gemeinsam mit den lokalen Akteuren die LAG zu einem ständigen Instrument der Regionalentwicklung für den Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiterzuentwickeln und dabei die Kooperationen auf allen Ebenen (lokal, regional und transnational) voranzutreiben.

## 8.4. DER MARSHALLPLAN DER WALLONISCHEN REGION

Ende August 2005 legte die Regierung der Wallonischen Region einen Plan zur wirtschaftlichen Belebung der Wallonie vor. Dieses mit einer Milliarde Euro dotierte Projekt trägt den Beinamen "Marshallplan" und verfolgt fünf Hauptziele:

- Kompetenzpole schaffen, in denen die Wallonie europa- bzw. weltweit führend werden kann. Als vorrangige Bereiche wurden die Luft- und Raumfahrt, die Biowissenschaften, Transport und Logistik, die Nahrungsmittelbranche sowie der Maschinenbau benannt;
- Gründungsförderung durch die schnelle Umsetzung von Sondermitteln, die Risikobereitschaft und Unternehmergeist fördern;
- Die Steuerlast der Unternehmen reduzieren, vor allem durch die Schaffung von Freizonen, in denen Finanzhilfen und Steuerbefreiungen kombiniert werden;
- Forschung und Innovation voranbringen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen durch eine Forschung zu steigern, die leistungsfähiger und zugleich besser in das Wirtschaftsgefüge eingebunden ist;
- Verbesserung der Kompetenzen der Arbeiter und der Stellensuchenden durch Stärkung der sprachlichen Kompetenzen der Wallonen und durch Qualitätsverbesserung in Unterricht und Ausbildung.

Daneben fördert die Wallonische Region die Schaffung von betrieblichen Clustern. Ziel ist die Intensivierung der Kontakte und die Vereinfachung von Partnerschaften zwischen Unternehmen eines Sektors, das Benchmarking mit anderen Regionen, die Verstärkung der technologischen Entwicklung sowie die Förderung der Entwicklung von neuen Tätigkeiten und Produkten. Zurzeit existieren in der Wallonie vierzehn anerkannte Cluster: Klinische Forschung, Ernährung, Raum- und Luftfahrt, Öko - Bau, Feste Abfälle, Auto - Mobilität, TIC (Informations- und Kommunikationstechnologien), Transport - Logistik, TWIST (Image, Son et Texte numériques), MITECH (Mikro-Technologien), TWEED (Umwelt/Nachhaltige Entwicklung), Photonik (Optische Technologien), CAP 2020 (Energieeffizienz der Gebäude) sowie Plastiwin (Kunststoff).

Aktuell laufen die Kompetenzpole und die Clusterpolitik weitestgehend an der DG vorbei. Vereinzelt Unternehmen aus der DG sind zwar an wallonischen Clustern beteiligt, z.B. das Kabelwerk am Photonik Cluster; allerdings geschieht dies in der Regel auf Initiative der Unternehmen. Seitens der Wirtschaftsförderung und Verwaltung gibt es keinen systematischen Überblick, welche Unternehmen an welchem Cluster beteiligt sind.

## **8.5. TECHNOLOGISCHE TOP-REGION (TTR)**

Die im April 2008 ins Leben gerufene Technologische Top-Region (TTR) vereint die niederländische und belgische Provinz Limburg, die niederländische Provinz Nord-Brabant, die Provinz Flämisch-Brabant, die Provinz Lüttich (mit DG) und das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Das Ziel der TTR als funktionale Region ist die bessere Vernetzung und die Bildung von Kooperationen mit den in dieser Region ansässigen Technologieunternehmen und Forschungseinrichtungen (Leuven Knowledge Pearl, RWTH Aachen Campus, Liège Campus Sart-Tilman, High Tech Campus Eindhoven, Hasselt Science Park, Chemelot High Tech Campus), wobei diese von den beteiligten Regierungen unterstützt werden sollen.

Nach einer Analyse der beteiligten Regionen und der Sektoren High Tech Systems & Materialien, Lebensmittel & Ernährung sowie Biowissenschaft & Medizin-Technologie wurden für die TTR folgende Empfehlungen abgegeben:

- Verstärkte Vernetzung zwischen Regionalentwicklung, Wissenschaftspolitik und die Unterstützung von Innovationen;
- Einführung eines euregionalen Arbeitsmarkt-Monitors;
- Grenzüberschreitender Austausch von Studenten und Forschern;
- Gemeinsames Finanz-Netzwerk oder Cluster-Bildung im Wirtschaftssektor;
- Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen;
- Einführung eines grenzüberschreitenden Wagniskapital-Fonds.

## **8.6. ZUKUNFTSINITIATIVE EIFEL**

Auf der Basis der Bitburger Erklärung vom 2. September 2005 beschlossen die bisherigen Partner der Zukunftsinitiative Eifel eine stärkere koordinierte Zusammenarbeit. Diese basierte auf der damaligen Kooperation im Rahmen der Regionalmarke Eifel mit den zehn Landkreisen (sieben aus Rheinland-Pfalz und drei aus Nordrhein-Westfalen). Mit der Zukunftsinitiative Eifel sind vor allem neue Handlungsfelder eröffnet worden, die im regionalen Kontext weiter intensiviert und mit Projekten unterlegt werden. Diese betreffen die Bereiche Kultur und Tourismus, Wald und Holz, Landwirtschaft und Vermarktung, Handwerk und Gewerbe sowie Technologie und Innovation.

Durch die Vogelsanger Erklärung im Rahmen der dritten Eifel-Konferenz am 5. September 2008 wurde der Kreis der Partner um die Deutschsprachige Gemeinschaft erweitert. Die Vertragspartner sind neben den Landkreisen die Industrie- und Handelskammern Aachen, Koblenz und Trier, die Handwerkskammern Aachen, Koblenz und Trier sowie die Landwirtschaftskammern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Die Zukunftsinitiative Eifel hat im Handlungsfeld Technologie und Innovation ein Programm "EifelTec" aufgelegt, mit dem ein innovativer Technologietransfer für die Eifel erschlossen werden soll. Das Programm von EifelTec wird eines der ersten sein, das auf die Partnerschaft mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft reagiert, so dass dieses Programm künftig seine Fortführung unter dem Titel "EifelArdennenTec" haben wird. Darin sollen innovative Ansätze für einen optimierten Technologie- und Innovations-transfer in den ländlichen Raum aufgezeigt werden.

## 8.7. ZUSAMMENFASSENDE SWOT-ANALYSE

Die SWOT-Analyse für den Bereich Strukturverbessernde Maßnahmen basiert zum einen auf der Situationsanalyse, zum anderen auf den Ergebnissen der Expertengespräche und thematischen Foren.

### SCHWÄCHEN:

- >> Nutzung der INTERREG-Programme wegen Größe der DG und fehlender Akteure manchmal schwierig
- >> Nutzung des Marshall-Plans scheitert oft am einfachen Zugang zu Informationen oder am räumlichen Zuschnitt von Clustern

### STÄRKEN:

- >> Einbindung in zwei grenzüberschreitende INTERREG-Kooperationsverbünde (EMR und GR)
- >> Eigenes Operationelles Programm im Rahmen des Europäischen Sozialfonds
- >> Gemeindeübergreifende Kooperation im Rahmen des LEADER-Programms für den Süden der DG
- >> Mitgliedschaft in der Zukunftsinitiative Eifel seit 2008

### RISIKEN:

- >> Nicht immer vorhandene Strukturen für eine umfassende Beteiligung mit Partnern größerer Regionen
- >> Stärkere Fokussierung der EU-Förderprogramme auf Themen außerhalb der Zuständigkeiten der DG

### CHANCEN:

- >> Brückenfunktion bei grenzüberschreitenden Kooperationen (interkulturelle und Sprachkompetenz)
- >> Flexible Anpassung an Strukturvorgaben



# QUELLENVERZEICHNIS

## ALLGEMEINES

- Arbeitsamt der DG / Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens: Standortanalyse der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Januar 2007.
- Euregio Maas-Rhein: Operationelles Programm 2007-2013 im Rahmen des Ziels 3 "Territoriale Zusammenarbeit".
- Euregio Maas-Rhein: Euregionaler Informations-Service, 2007.
- Europäische Akademie Bozen: Stellungnahme zum REK der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 2009.
- Großregion Saar-Lor-Lux: Operationelles Programm 2007-2013 im Rahmen des Ziels 3 "Territoriale Zusammenarbeit".
- Horvath & Partners: Strategiewerkstatt für die DG, 2006.
- Ministerium der DG: Website [www.dglive.be](http://www.dglive.be).
- Regierung der DG: Regierungserklärung zur Infrastrukturpolitik, 24. April 2006.
- Regierung der DG: Regierungserklärung "Wege in die Zukunft", 18. September 2007.
- Regierung der DG: Erklärung zur Lage der DG, 16. September 2008.
- Regierung der DG: Umsetzung des Maßnahmenkatalogs der Regierungserklärung vom 13. September 2004. Abschlussbericht für die Legislaturperiode 2004-2009, 9. April 2009.
- Regierung der DG: Operationelles Programm der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im Rahmen des Ziels 2 "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" (2007-2013).
- Regierung der DG: Darstellung regionaler Prioritäten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Vorbereitung eines Operationellen Programms der Euregio Maas-Rhein im Rahmen des Ziels 3 "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (2007-2013).
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens / Lokale Aktionsgruppe "100 Dörfer – 1 Zukunft": Strategischer Entwicklungsplan im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER, Februar 2008.

## RÄUMLICHE LAGE UND GEBIETSABGRENZUNG

- Ministerium der DG: Website [www.dglive.be](http://www.dglive.be).
- Parlament der DG: Website [www.dgparlament.be](http://www.dgparlament.be).

## BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

- Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien: Angaben zur Bevölkerung der Ostkantone, 2008.
- Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien: Sozial- und Wirtschaftsstatistiken für die Ostkantone und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, 2009.
- Arbeitsamt der DG / Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens: Standortanalyse der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Januar 2007.
- Eichener, V.: Zukunft des Wohnungsmarktes in Aachen. Veröffentlichung zu einer Tagung der Stadt Aachen, 2006.
- Europäische Gemeinschaften: Regionen für den wirtschaftlichen Wandel - Die Regionalpolitik angesichts der demografischen Herausforderungen, 2007.
- Küpper, P.: Regionalentwicklung unter veränderten Vorzeichen in der DG, Dissertation an der Universität Trier, 2006.
- Ministerium der DG: Demografiemonitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2008, 2009.

## KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT

- Christmann, R.: Kulturelle Identität – wie positioniert sich die DG nach Innen und nach Außen?, Vortrag im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung zum REK, 2008.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Studie "Kultur als Wirtschaftsfaktor", 2002.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (Hrsg.): Bildung und Kultur: Grenzen überwinden – Kulturen verbinden. Das Kulturprogramm 2007 – 2013, 2007.
- Jugendbüro der DG: Unser Leitbild, 2006.
- Jugendbüro der DG: Tätigkeitsbericht 2006, 2007.
- Medienzentrum der DG: Jahresbericht 2007, 2008.
- Ministerium der DG: Medienkompetenz – Eine Kernkompetenz des 21. Jahrhunderts. Schriftenreihe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bd. 1, April 2005.
- Ministerium der DG: DG live, Freizeit – Sport – Kultur – Tourismus. Dienstleistungen der DG, April 2008.
- Provinz Limburg: Der wirtschaftliche Wert der Kultur in der Provinz Limburg und ihren Nachbarregionen, 2008.
- Rat der Deutschsprachigen Jugend: Nachhaltige Entwicklung - die Jugend engagiert sich, 2007.
- Rat der Deutschsprachigen Jugend: Evaluation der EURO<26 Schülerkarte 2007-2008, 2008.
- Rat der Deutschsprachigen Jugend: Maßnahmenkatalog, 2006.
- Regierung der DG: P.R.I.M.A. Empfehlungen an die Jugendpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2006.

## BILDUNG UND AUSBILDUNG

- Agentur für Europäische Bildungsprogramme: Programm für lebenslanges Lernen (LLP) Leitfaden 2009 Teil I: Allgemeine Informationen.
- Agentur für Europäische Bildungsprogramme: Programm für lebenslanges Lernen (LLP) Leitfaden 2009 Teil II: Sektorale Programme und Aktionen.
- Arbeitsamt der DG: SAVE – 2007. Schul- und Ausbildungsabgänger-Vermittlung, 2007.
- Arbeitsamt der DG: Arbeitsmarkt-Info, April 2008 bis Februar 2009.
- Arbeitsamt der DG: Ausbildung für Schüler und Jugendliche in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 2009.
- Bos, Wilfried, Sereni, Sabrina, Stubbe, Tobias C.: IGLU Belgien. Lese- und Orthografiekompetenzen von Grundschulkindern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 2008.
- Dienststelle für Personen mit Behinderung der DG: INFO PLUS, Sonderheft 2007.
- EURYDICE: Schlüsselthemen im Bildungsbereich in Europa - Der Lehrerberuf in Europa: Profil, Tendenzen und Anliegen.
  - > Bericht I (2002): Lehrerausbildung und Maßnahmen für den Übergang in das Berufsleben.
  - > Bericht II (2002): Angebot und Nachfrage.
  - > Bericht IV (2004): Die Attraktivität des Lehrerberufs im 21. Jahrhundert.
- EURYDICE: Evaluation der allgemein bildenden Schulen im Bereich der Schulpflicht in Europa, 2004.
- EURYDICE: Schlüsselzahlen zu den Informations- und Kommunikationstechnologien an den Schulen in Europa, 2004.
- EURYDICE: Schlüsselthemen im Bildungsbereich in Europa. Der Lehrerberuf in Europa: Profil Tendenzen und Anliegen. Bd. 3, Bericht I – IV, 2004.
- Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in KMU: Memorandum der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2004.
- Ministerium der DG: Unterricht und Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Schriftenreihe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bd. 3, 2008.
- Ministerium der DG: Weiterbildungshandbuch 2008-2009, Juni 2008.
- Ministerium der DG: Pädagogisches Weiterbildungshandbuch, 2. Hbj. 2008.
- Ministerium der DG: PISA 2006 – Schwerpunkt Naturwissenschaften. Vortrag im Parlament, 24.01.2008.
- Ministerium der DG: Die Schulmedotheken in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und ihre grenzüberschreitende Vernetzung, Mai 2008.
- Universität Lüttich: DELF-Studie (Diplôme d'Etudes de la Langue Française), 2007.

## WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR UND BESCHÄFTIGUNG

- agiplan: Kompetenzfeldanalyse für die DG, 2009.
- Arbeitsamt der DG / Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens: Standortanalyse der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Januar 2007.
- Arbeitsamt der DG: Arbeitsmarkt - Kommentar zum Stand der Arbeitslosigkeit, 2008.
- Dienststelle für Personen mit Behinderung der DG: Jahresberichte 2007 und 2008.
- Dienststelle für Personen mit Behinderung der DG: INFO PLUS, Sonderheft 2007.
- Entra Unternehmerentwicklung: Evaluierung der derzeitigen und geplanten Organisations- und Aufgabenstruktur des Bereichs Tourismus in der DG, 2009.
- Europäische Akademie Bozen: Stellungnahme zum REK der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 2009.
- Sozialforschungsstelle Dortmund Landesinstitut: Berufliche Integration älterer Arbeitnehmer/innen in der DG, 2003.
- Survey & Amenagement/BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung 2005: Ausarbeitung eines grenzüberschreitenden Mobilitätsplans Eifelverkehrsplanung, Ronquières, Aachen; 2005.
- Verkehrsamt der Ostkantone: Marketingstrategie 2006.
- Verkehrsamt der Ostkantone: Tätigkeitsberichte 2006 und 2007.
- Verkehrsamt der Ostkantone: Touristisches Leitbild "Vision 2014". Strategische Ziele, 2007.
- Verkehrsamt der Ostkantone: Touristisches Inventar 2009, Ostbelgien.
- Verkehrsamt der Ostkantone: Der Tourismus Ostbelgiens in Zahlen, 2007.
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens: Mobilität am Dreiländereck, Projektberichte der Phasen 1 bis 3, 2007.
- Wirtschafts- und Sozialrat der DG:  
Ausbildung und Beschäftigung 2010 – Analyse des Arbeitsmarktes der DG und seiner Perspektiven, 2004.

## GESUNDHEIT UND SOZIALES

- Arbeitsgemeinschaft für Suchtvorbeugung und Lebensbewältigung: Familienpädagogische Angebote, 2008.
- Augustin, T., Hinrichs, T: Innovative Daseinsvorsorge: Den Herausforderungen für ländliche Räume begegnen. In: LandInForm, 2007.
- Dienststelle für Personen mit Behinderung der DG: Jahresberichte 2007 und 2008.
- Dienststelle für Personen mit Behinderung der DG: INFO PLUS, Sonderheft 2007.
- Häuslicher Begleitsdienst der Seniorenheime: Tätigkeitsbericht 2005 – 2008, 2008.
- Mertens, Tanja: Ausgeschlossen?! Kinder- und Jugendarmut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2007.
- Ministerium der DG: Tätigkeitsberichte Dienst für Kinder und Familie 2003 – 2005 und 2006-2007.
- Ministerium der DG: Risikoverhalten der Jugendlichen – Untersuchung im Auftrag der DG, 2008.
- Ministerium der DG: Tätigkeitsbericht 2006 des Jugendhilferates und Jugendhilfedienstes, 2007.
- Nosbau: Jahresbericht 2007, 2008.
- Parlament der DG, Ausschuss für Gesundheit, Beschäftigung und Soziales:  
Bericht über Unterbringungs-, Begleit- und Betreuungsstrukturen für Senioren in der DG, 2006.
- Parlament der DG, Ausschuss für Gesundheit, Beschäftigung und Soziales:  
Bericht über den Dialog zur Entwicklung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in der DG, 2006.
- Piraprez-Cormann, Karin: Ansätze zu einer fördernden Familien-, Gesundheits- und Seniorenpolitik,  
Vortrag im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung zum REK der DG, 2008.
- Wissenschaftliches Institut für Volksgesundheit, Gesundheitsumfrage Belgien, 2004.

## **NATUR UND UMWELT**

- Agentur für Nachhaltige Entwicklung: Regiomarché - Lebensmittel aus ihrer Region, 2005.
- Arbeitsgruppe "Raumordnung und Städtebau": Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen in der DG. Abschlussbericht, 7. April 2009.
- CIPRA: Energieeffizientes Bauen und Sanieren im Alpenraum, 2006.
- Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe: Handbuch Bioenergie – Klimaanlagen, 2003.
- Haumont, Scholosse & Partner: Entschädigung von Wohnminderungen durch Raumordnungs- und Städtebaupläne in der Wallonischen Region, 2008.
- Kommission für nachhaltige Entwicklung: Der Zukunft begegnen - Vorentwurf des föderalen Plans für nachhaltige Entwicklung, 2008.
- Ministerium der DG: Studiengruppe Allgemeine Finanzierung der deutschsprachigen Gemeinden Belgiens. Abschlussbericht. Schriftenreihe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bd. 4, April 2008.
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz, 2008.
- Naturparkzentrum Botrange: Programm NaturErleben 2008.
- Regierung der DG: Die DG nachhaltig gestalten – Fortschrittsbericht 2008 zu 39 ausgewählten Regierungsmaßnahmen, 18. März 2009.
- Umweltbundesamt Berlin: Energiespar-Contracting, 2002.
- WOODNEWS - Mitteilungsblatt des Förderverein Forst & Holz, 26. Ausgabe, Juni 2006.

## **STRUKTURVERBESSERENDE MASSNAHMEN**

- Euregio Maas-Rhein: Operationelles Programm 2007-2013 im Rahmen des Ziels 3 "Territoriale Zusammenarbeit".
- Großregion Saar-Lor-Lux: Operationelles Programm 2007-2013 im Rahmen des Ziels 3 "Territoriale Zusammenarbeit".
- Ministerium der DG: Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Schriftenreihe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bd. 2, Mai 2006.
- Ministerium der DG: Quantitative Analyse der INTERREG-III-A-Programme der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 2007.
- Regierung der DG: Operationelles Programm der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im Rahmen des Ziels 2 "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" (2007-2013).
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens / Lokale Aktionsgruppe "100 Dörfer – 1 Zukunft": Kandidatur zur Gemeinschaftsinitiative LEADER, Februar 2008.
- Zukunftsinitiative Eifel: Präsentationsbroschüre "bewegen.bewirken.begeistern".









**Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

**Verantwortlicher Herausgeber** ..... Norbert Heukemes, Generalsekretär  
**Projektleitung MDG** ..... Pascale Müllender, Referentin  
**Externe Projektberatung** ..... Futour München, Aixplan Aachen  
**Redaktion** ..... Dieter Popp (Futour), Bettina Kreisel (Aixplan), Pascale Müllender (MDG), Norbert Heukemes (MDG)  
**Grafik** ..... Margraff Concept-Design  
**Fotos** ..... Willi Filz  
chudoscnik (S. 28 links, S.32, S.33 zweite v. links) · KuKuK (S.28 Mitte)  
Irene K. (S.28 rechts) · KKE (S.39 links aussen) · photocase (S.34 oben u. Mitte)  
Christian Charlier (S. 40, S.118 - S.120) · bigfamily (S. 152)  
**Druck** ..... Kliemo AG

© 2009 Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft - April 2009



[WWW.DGLIVE.BE](http://WWW.DGLIVE.BE)





**DG - OSTBELGIEN LEBEN 2025**  
REGIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT  
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT  
**BAND 1**

